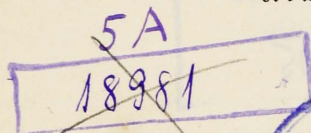


Die Lehre
von der
ehelichen Gütergemeinschaft

nach
livländischem Stadtrecht

von
Dr. Heinrich Güngens,
Rechtsanwalt.



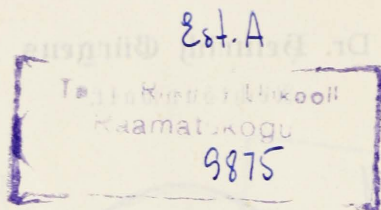
N^o 85812



Riga.

Verlag von Jond & Poliewsky.
1898.

Дозволено цензурою. Рига, 4 Апрель 1898 г.



Meinem Freunde und langjährigen Collegen

fr. Hofgerichts- und Rathsadvocaten Carl Hedenström

zugeeignet.

1873

518.

V o r w o r t.

Daß eine systematische Darstellung der Lehre von der ehelichen Gütergemeinschaft des livländischen Stadtrechts ein dringendes Bedürfniß ist, wird ein Jeder empfunden haben, der, sei es in der Praxis oder sei es bei theoretischen Studien, zu den einschlagenden Fragen dieser Rechtsmaterie Stellung zu nehmen Veranlassung gehabt hat. Die Codification des ostseeprovinziellen Privatrechts vom Jahre 1864 hatte zwar ausdrücklich und bestimmt die Gütergemeinschaft als das dem gesetzlichen Güterstande des livländischen Stadtrechts zu Grunde liegende Princip anerkannt, zugleich aber dieselbe als ein Gemeinschaftsverhältniß „ohne besondere Antheile“ der Communionsinteressenten definirt. Damit ist die eheliche Gütergemeinschaft der livländischen Städte an die Entscheidung über die bestrittene Vorfrage geknüpft, ob das Miteigenthum einer Modification im Sinne einer Rechtsgemeinschaft mit quotaliv ungesonderten Mitrechten der Theilhaber fähig sei.

Die hierdurch hervorgerufenen Zweifel über den Bestand einer materiellen Gütergemeinschaft in dem livländischen Stadtrechte fanden eine Unterstützung darin, daß letzteres seiner historischen Entwicklung nach wesentlich basirt ist auf das hamburgisch-rigische Recht, eine besondere Redaction des hamburgischen Stadtrechts von 1270, welches, so sehr es sich auch dem System einer materiellen Gütergemeinschaft annähert, doch principiell den Boden des gesonderten Güterrechts nicht verlassen hat.

Die Nöthigung, über das dem Güterrecht der livländischen Städte zu Grunde liegende Princip sich volle Klarheit zu schaffen, ist aber eine um so größere, als die Codification von 1864 viele sehr wichtige Einzelfragen nicht selbst entschieden, sondern deren Entscheidung der Wissenschaft und Praxis überlassen hat.

Fragen wir, in wie weit Wissenschaft und Praxis der ihnen zugefallenen Aufgabe gerecht geworden sind, so wird man ihnen gern zugestehen, daß sie auf viel gethane Arbeit und schätzungswerthe Leistungen zurückblicken können. Unter den Werken der Wissenschaft ist in erster Linie das auf umfassende rechtshistorische Studien gegründete Buch von Dr. Carl Erdmann über „Das Güterrecht der Ehegatten nach dem Provinzialrecht Liv-, Est- und Kurlands“ (erschieden Dorpat 1872) zu nennen, ferner die rechtshistorischen Arbeiten von J. G. L. Napiersky (namentlich sein Buch über die Quellen des Rigaschen Stadtrechts, Riga 1876) und die Abhandlung von Kupffer über die „Befugniß der Betheiligten zur letztwilligen Verfügung über das in der Gütergemeinschaft begriffene Gut“ (erschieden 1882 in der „Zeitschrift für Rechtswissenschaft“, Jahrgang VII, S. 259 u. folg.) hervorzuheben. Die Praxis weist in den acht Bänden der von Victor Zwingmann herausgegebenen „civilrechtlichen Entscheidungen der Rigaschen Stadtgerichte“ eine große Zahl trefflich motivirter Urtheile, die in unsere Rechtsmaterie einschlagen, auf. Durch diese Leistungen sind viele Einzelfragen dem Gebiete der Ungewißheit entrückt und zu einer befriedigenden Lösung gebracht und auch vielfach auf das dem Gemeinschaftsverhältniß zu Grunde liegende Princip eingegangen worden.

Dr. Erdmann war in seiner bezeichneten Schrift, gestützt sowohl auf den dem livländischen Stadtrechte und dem livländischen Landrechte gemeinsamen Ursprung aus dem alten sächsischen Recht, als auch auf die Ansicht, daß ein Gemeinschaftsverhältniß ohne „besondere Antheile“ der Gemeinschaftsgenossen begrifflich nicht zu construiren sei, zu dem Resultate gelangt, daß das eheliche Güterrecht der livländischen Städte gleich dem des livländischen Landrechts nicht eine Vermögensgemeinschaft dem Eigenthumsrechte nach, sondern bloß eine durch die eheliche Vormundschaft vermittelte äußere Gemeinschaft (Verwaltungsgemeinschaft) sei. Die Gerichtspraxis hatte sich wie vor der Codification, so auch längere Zeit nach derselben und zwar auf Grund der Annahme eines Miteigenthums mit ruhendem Antheile der Ehefrau auf den Standpunkt der materiellen Gütergemeinschaft gestellt, war aber seit dem Jahre 1881 in die Ansicht Erdmann's eingelenkt. Es konnte demnach scheinen, daß auch die principielle Frage zum Abschluß gelangt wäre. In Wirklichkeit steht die Sache aber doch anders. So sehr auch durch die erwähnte

Abhandlung Erdmann's die Lehre von dem baltischen ehelichen Güterrecht im Allgemeinen gefördert worden ist, so machte sich doch die Meinung geltend, daß Erdmann in dem Bestreben, die baltischen Güterrechte möglichst auf ein Grundprincip zurückzuführen, den Besonderheiten des livländischen Stadtrechts nicht genügend Rechnung getragen hatte.

Kupffer erklärte in seiner obenerwähnten Abhandlung (1882), der letzten Schrift, die über unsere Rechtsmaterie in Druck erschienen ist, die Frage, ob die Gütergemeinschaft des livländischen Stadtrechts als äußere oder innere zu betrachten sei, noch als eine „Streitfrage“ und suchte seine Aufgabe, die Bedingungen der Testirfähigkeit der Ehegatten festzustellen, unabhängig von derselben zu lösen.

Die Rigaschen Stadtgerichte hielten zwar principiell an der seit dem Jahre 1881 von ihnen angenommenen, von der ehelichen Vormundschaft ausgehenden Auffassung des Gemeinschaftsverhältnisses fest, gelangten aber bei Entscheidungen von Einzelfragen zu Resultaten, die sich mit dem Princip einer bloß äußeren Gütergemeinschaft zwar vereinigen, aber aus ihm nicht ableiten lassen, während sie bei der Annahme einer innern Gütergemeinschaft sich von selbst ergeben. Dies zeigte sich namentlich darin, daß sie bei der Ehescheidung die eheliche Errungenschaft nicht dem Manne allein, sondern beiden geschiedenen Ehegatten zusprachen, und dem Ehemanne nach wie vor das Recht abgesprochen wurde, der Frau die ihr bei Auflösung der Ehe nach dem Gesetz zukommende Quote am ganzen Gut durch einseitige letztwillige Disposition zu entziehen.

Und endlich erkannte der Senat im Jahre 1892 (in einer Entscheidung seines Meß-Departements vom 15. September des bez. Jahres sub Nr. 1437 in Sachen der Eva Sape, betreffend das Testament der Ilse Johanson), daß die Ehegatten nach livländischem Stadtrecht an dem von ihnen in die Ehe gebrachten und während derselben erworbenen Vermögen volles Miteigenthum haben.

Obige Thatsachen fordern zweifellos zu einer Revision unserer Lehre auf.

In einer Abhandlung, welche ich in der Dorpater „Zeitschrift für Rechtswissenschaft“ (Jahrgang IV, Heft 3) — gleichzeitig mit dem erwähnten Buche Erdmann's — „über das Princip des ehelichen Güterrechts nach livländischem Stadtrecht“ erscheinen ließ, war auch ich für eine bloß äußerliche Vereinigung der Güter in der Hand

des Ehemanns auf Grund der ehelichen Vormundschaft eingetreten, wobei ich jedoch zugleich die Möglichkeit zugestanden hatte, daß das Rechtsverhältniß auch als eine innere Gütergemeinschaft zu quotativ nicht bestimmten Antheilen aufgefaßt werden könne. Die oben geschilderte noch nicht gehobene Differenz in den Anschauungen über das Princip des Rechtsverhältnisses, ferner die Thatsache, daß eine Reihe von wichtigen Einzelfragen in der Praxis unentschieden geblieben war und endlich der Umstand, daß ich mich im Laufe der Zeit immer mehr zu der letztbezeichneten von mir früher zwar für möglich gehaltenen, aber doch verworfenen Ansicht hingezogen fühlte, führten mich vor einigen Jahren zu dem Entschlus, mich von Neuem an eine Untersuchung über das Princip des in Rede stehenden Güterrechts zu machen und damit eine eingehende Darstellung der ganzen Lehre zu verbinden. Die Abhandlung, die ich gegenwärtig dem juristischen Publicum übergebe, ist die Frucht einer seit der Zeit in Angriff genommenen, vielfach unterbrochenen Arbeit. Sie stellt sich unumwunden auf den Standpunkt der letztbezeichneten Ansicht, die ich gegenwärtig für die richtige halte.

Eine Bestärkung fand ich nachträglich in dieser Ansicht dadurch, daß das deutsche Recht in dem neuen bürgerlichen Gesetzbuche die Frage nach dem Princip der ehelichen Gütergemeinschaft in gleicher Weise zum Abschluß gebracht hat, indem es das Rechtsverhältniß ebenfalls als eine Gemeinschaft, bei der während bestehender Ehe bestimmte Antheile der Ehegatten nicht hervortreten, auffaßt.

Ueber den praktischen Werth der von mir vertretenen Ansicht im Vergleich zu der von der ehelichen Vormundschaft ausgehenden Ansicht mag hier eine allgemeine Bemerkung Platz finden.

Wie bereits erwähnt, hat nur ein Theil des heute in der Uebung begriffenen ehelichen Güterrechts der livländischen Städte in der Codification vom Jahre 1864 Aufnahme gefunden, während ein anderer Theil desselben auch gegenwärtig sich nur auf Gewohnheitsrecht und Gerichtspraxis stützt. Auch der letztere, der ungeschriebene Theil unseres ehelichen Güterrechts, läßt sich ohne Zwang aus dem Princip der von mir vertretenen innern Gütergemeinschaft ableiten. Damit bietet dieses Princip die Gewähr, wenn es in der Rechtsprechung zur Anerkennung gelangt, daß auch jene ungeschriebenen Bestimmungen unseres Rechts, die nicht weniger mit unserm Rechtsbewußtsein als die geschriebenen verwachsen sind, in Zukunft uns erhalten bleiben werden.

Ganz anders verhält es sich mit der Ansicht, die von dem Princip der ehelichen Vormundschaft ausgeht. Sie kann, wenn sie letztere nicht über die ihr gesteckten Grenzen ausdehnt und mit einer Machtfülle ausrüstet, welcher gegenüber das Eigenthum der Ehefrau an ihrem eingebrachten Gut zu einem leeren Begriff herabsinkt, aus ihr nur einen kleinen Theil der Wirkungen unseres geschriebenen und ungeschriebenen Rechts erklären, während sie den größern Theil desselben nur als mit einander unverbundene Rechtsingularitäten aufzufassen vermag. Die Unfruchtbarkeit und geringe Resistenzfähigkeit einer solchen Ansicht liegt zu Tage. Angriffen Widerstand leisten und sich organisch fortentwickeln kann nur ein Recht, welchem lebensfähige Rechtsideen zu Grunde liegen. Solche in der ehelichen Vormundschaft in jener unserm heutigen Rechtsgefühl widersprechenden Erweiterung oder in einem Conglomerat von einzelnen Rechtsätzen, die den Charakter unverbundener Rechtsingularitäten tragen, zu finden, ist aber unmöglich. Jene Ansicht bedroht daher, wenn sie zur herrschenden wird, unser eheliches Güterrecht mit der Gefahr der Stagnation oder der allmäligen Zersetzung.

Das eheliche Güterrecht der livländischen Städte blickt, was seine Hauptzüge betrifft — die Verhaftung des Frauenguts für die Schulden des Mannes, das unbeschränkte Dispositionsrecht des Mannes über das bewegliche Gut der Frau, die nach dem Tode eines der Gatten eintretende Theilung des Vermögens nach Quoten der Gesamtmasse und bei beerbter Ehe die Fortsetzung der Gütergemeinschaft — auf sechs Jahrhunderte ununterbrochenen Bestehens zurück. Daß eine Zeit kommen werde, in der in Folge neuer Rechtsanschauungen und Bedürfnisse die Gesetzgebung auch an dieses alt ehrwürdige Rechtsinstitut reformirend Hand anlegen wird, wer wollte es bezweifeln. Ganz andere Wirkungen als eine solche Reform im Gesetzgebungswege, hätte aber die Zerbröckelung, von der es bedroht wäre, wenn die eheliche Vormundschaft als Erklärungsprincip desselben die dauernde Herrschaft erhielte. Diese würde nicht schadhafte Stellen des Gebäudes repariren, sondern einen Theil desselben niederreißen und den andern Theil dadurch unbewohnbar machen. Man denke sich beispielsweise den Fall, daß die Praxis dem Ehemann gestatten würde, einseitig über das von ihm in die Ehe gebrachte und während derselben erworbene Gut leztwillig zu verfügen, wozu seine Berechtigung beim Mangel einer dieses ausdrücklich ausschließenden

positiven Rechtsbestimmung aus dem System einer bloßen Verwaltungsgemeinschaft gefolgert werden kann. Die Bestimmungen, daß das Illatenvermögen der Ehefrau für die Schulden des Mannes haftet und der Mann unter Lebenden auch sonst fast unbeschränkt über dasselbe verfügen kann, müßten dabei nothwendig bestehen bleiben, da diese ausdrücklich im Gesetz sich finden. Die Folge davon wäre, daß die Ehefrau vom Vermögen des Mannes vollständig enterbt werden könnte, nichts destoweniger aber bei kinderloser Ehe seinen Blutsverwandten die Hälfte ihres Illatenvermögens hergeben müßte.

Die Resultate, zu welchen ich in meiner Abhandlung in Bezug auf die einzelnen Lehren der Rechtsmaterie gelange, sind in erster Linie folgerungen aus positiven Bestimmungen des Rechts, sodann aber auch auf die allgemeine Theorie der ehelichen Gütergemeinschaft gestützt. Unter dieser verstehe ich die aus der Natur der innern ehelichen Gütergemeinschaft durch die Rechtswissenschaft und vornehmlich durch die deutsche Rechtswissenschaft entwickelten und zu einem einheitlichen System verbundenen Grundsätze, deren Bedeutung für die Interpretation und für die Ergänzung auch des Güterrechts der livländischen Städte anerkannt werden muß, wenn man erwägt, daß dasselbe, dem hamburgischen Recht vom Jahre 1270 entstammend, das, was es bis heute im Laufe der Zeit geworden ist, zu einem nicht geringen Theil einem Gewohnheitsrecht verdankt, das unter dem Einfluß jener allgemeinen Theorie entstanden ist, daß mithin die Natur der Sache — wenn ich mich so ausdrücken darf — in dem hier behandelten Güterrecht dieselbe ist, die jener allgemeinen Theorie der innern Gütergemeinschaft zu Grunde liegt.

Da die Lösung der von mir gestellten Aufgabe nicht ohne eine präcise Stellungnahme zur Lehre vom Miteigenthum möglich ist, so habe ich meinem eigentlichen Thema eine kurze Charakteristik der verschiedenen Auffassungen des Miteigenthums vorangeschickt.

Riga, den 8. Februar 1898.

H. Gürgens.

Inhaltsverzeichnis.

Einleitung.

Das Miteigenthum.

Verschiedene Auffassungen des Miteigenthums:	Seite.
Miteigenthum nach römischem Recht § 1	1
Miteigenthum zur gesammten Hand § 2	4

Erster Theil.

Das eheliche Güterrecht der libländischen Städte vor der Codification von 1864:

Erstes Capitel: Die Rechtsquellen vor 1864 §§ 3 und 4	7
Zweites Capitel: Die juristische Natur des Rechtsverhältnisses nach den Quellen vor 1864 §§ 5—8	14

Zweiter Theil.

Die eheliche Gütergemeinschaft der libländischen Städte nach der Codification von 1864:

Erstes Capitel: Die Rechtsbestimmungen der Codification § 9	29
Die wesentlichen Unterschiede zwischen den Rechtsbestimmungen der alten Quellen und der Codification § 10	33
Zweites Capitel: Das Princip der ehelichen Gütergemeinschaft.	
Uebersicht über die verschiedenen Ansichten darüber § 11.	35
Ansicht I.: Alleineigenthum des Mannes § 12.	35
Ansicht II.: Princip der juristischen Person § 13.	37
Ansicht III.: Miteigenthum im römisch-rechtlichen Sinne § 14	38
Ansicht IV.: Miteigenthum ohne besondere Antheile § 15	38
Ansicht V.: Princip der ehelichen Vormundschaft §§ 16 und 17	45
Entscheidung für die Ansicht IV. § 18.	56
Ableitung der einzelnen Grundsätze aus dem aufgestellten Princip § 19	63
Widerlegung scheinbar gegen eine wirkliche Gütergemeinschaft sprechender Gründe § 20.	68
Drittes Capitel: Die Rechtsverhältnisse während bestehender Ehe.	
Das Geltungsgebiet der ehelichen Gütergemeinschaft § 21	72
Eintritt der Gemeinschaft kraft des Gesetzes und Folgerungen daraus für's Grundbuchwesen § 22	78
Modificationen und Ausschließung der Gütergemeinschaft durch Eheverträge § 23	80
Das Sondergut der Ehegatten §§ 24 und 25	82
Das Verfügungsrecht der Ehefrau über ihr Sondergut § 26.	90
Einfluß der Grundbuchordnung auf die Wirkungen der Eheverträge und das Sondergut § 27.	91
Die Rechte des Ehemanns am Gesamtgut § 28.	94
Die Rechte der Ehefrau am Gesamtgut § 29	97
Die Schulden der Ehegatten § 30.	100

	Seite.
Die Passiv-Legitimation bei Klagen wider die Ehegatten § 31	104
Viertes Capitel: Die Auflösung der ehelichen Gütergemeinschaft.	
Gründe der Auflösung § 32	105
Erster Abschnitt: Die Auflösung der Gütergemeinschaft durch den Tod eines Ehegatten.	
Charakterisirung der bei der Auflösung dem überlebenden Ehegatten und den Blutsverwandten der Verstorbenen gebührenden Antheile § 33	105
Die Haftung des überlebenden Ehegatten und der Blutsverwandten des Verstorbenen für die Schulden § 34	111
Fortsetzung. Auseinandersehung zwischen dem überlebenden Ehegatten und den Blutsverwandten § 35	115
Zweiter Abschnitt: Aufhebung der Gütergemeinschaft durch Ehevertrag oder durch Austritt des Ehemanns aus der Unterordnung unter das Stadtrecht § 36	118
Dritter Abschnitt: Trennung der Ehe wegen Nichtigkeit und durch Ehescheidung §§ 37 und 38	122
Fünftes Capitel: Die fortgesetzte Gütergemeinschaft.	
Erster Abschnitt: Natur derselben.	
Allgemeine Charakteristik § 39.	131
Subjecte der fortgesetzten Gütergemeinschaft und Object derselben § 40. .	134
Die Natur der ideellen Antheile des überlebenden Ehegatten und der Kinder §§ 41 und 42	136
Zweiter Abschnitt: Die einzelnen Grundsätze der fortgesetzten Gütergemeinschaft.	
Die Haftung für die Schulden § 43.	143
Die Rechte des überlebenden Parents § 44	144
Das Dispositionsrecht des überlebenden Parents über die zur Gesamtmasse gehörigen Immobilien insbesondere § 45	147
Beschränkungen der Rechte der Wittve während der Minderjährigkeit der Kinder § 46	150
Die Rechte der Kinder während der fortgesetzten Gütergemeinschaft § 47.	154
Dritter Abschnitt: Die Schichtung.	
Eintritt und Bedingungen derselben § 48.	157
Das Wesen und die Rechtsfolgen der Schichtung § 49	160
Die Rechtsfolgen des Todes des conjux binubus bei rechtswidrig unterbliebener Absonderung der Kinder erster Ehe § 50	166
Das Erbrecht einseitiger Kinder in Concurrenz mit zweiseitigen in andern Fällen § 51	169
Vierter Abschnitt: Die Einfindschaft § 52	170
Sechstes Capitel: Testwillige Verfügungen während der Gütergemeinschaft.	
Die dabei in Frage kommenden Gesetzesbestimmungen § 53	174
Das Testirrecht der Ehegatten während bestehender Ehe § 54	176
Das Testirrecht des überlebenden Ehegatten und der Kinder während der fortgesetzten Gütergemeinschaft § 55	182

Einleitung.

Verschiedene Auffassungen des Miteigenthums.

Miteigenthum nach römischem Recht.

§ 1.

Das Provinzialrecht der Ostseegouvernements schließt sich in der Lehre über das Miteigenthum, wie die Art. 927—941 des III. Theils desselben nachweisen, im Allgemeinen dem römischen Rechte an. Das hiernach stattfindende Verhältniß ist folgendes: Das Eigenthumsrecht ist mehreren Miteigenthümern in der Weise gemeinschaftlich, daß es nur durch den übereinstimmenden Willen Aller in Bewegung gesetzt werden kann. Will daher ein Eigenthümer seinen Willen für die Sache geltend machen und ein anderer widerspricht, so behält der Widersprechende Recht. Zugleich wird Jedem von ihnen ein bestimmter ideeller Antheil zugeschrieben. Nach diesem bestimmt sich das Maß, in dem er sowol während des bestehenden Verhältnisses an dem wirthschaftlichen Nutzen der Sache, als auch bei der Auflösung des Verhältnisses, die er jeder Zeit verlangen kann, an dem realisirten Werthe desselben theilnimmt. Ueber seinen ideellen Antheil kann jeder Miteigenthümer unabhängig vom andern disponiren.¹⁾

Die früher allgemein herrschende Ansicht nahm an, daß beim Miteigenthum das Recht zwischen den einzelnen Miteigenthümern getheilt sei.²⁾ Diese Ansicht ist von Windscheid und in Anlehnung an ihn

¹⁾ Arndt's Pandekten § 133. Windscheid, Pandektenrecht Aufl. 5 Bnd. I § 51, § 142 Anmerk. 10 u. 11 und die oben cit. Art. des III. Theils des Provinzialrechts.

²⁾ Arndt's Pandekten § 53; Sintonis Pandekten § 41 Anmerk. 81; Unger, System des öster. Privatrechts. Bnd. I Cap. 13 S. 609 Anmerk. 10.

nachher von Steinlechner³⁾ auf's Lebhafteste bekämpft worden, welche im Gegensatz zu ihr die Lehre aufgestellt haben, daß nicht das Recht des Eigenthums, sondern der wirtschaftliche Nutzen desselben getheilt ist. Für das Privatrecht der Ostseeprovinzen hat sich der Lehre der Letzteren angeschlossen Ferdinand Seraphim in seiner Abhandlung „Ueber den Einfluß der Erbtheilung auf die Erbgutzeigenschaft“, in der Zeitschrift für Rechtswissenschaft, Jahrgang 8, S. 139 u. folg. und Dr. Carl Erdmann, System des Privatrechts der Ostseeprovinzen Bnd. II § 116. Und in der That hält letztere Auffassung allein die Kritik aus.

Läge im Miteigenthum wirklich eine Theilung des Rechts, so bestände folgende Alternative: Entweder müßte die Theilung eine derartige sein, daß jedem Theilhaber Befugnisse verschiedenen Inhalts zufielen oder so gemeint sein, daß jedem von ihnen eine jede Befugniß des Eigenthums, aber nur zum Theil zukäme. Im ersteren Fall würde durch die Theilung in der Person eines jeden Miteigenthümers ein Recht von verschiedenem Inhalt entstehen, was dem Verhältniß des Miteigenthums nicht entsprechen würde, da in diesem die Theilhaber doch gleichartige Rechte haben. Es käme also nur noch die zweite Art der Theilung in Betracht. Aber auch die Unterstellung dieser zeigt sich als eine unmögliche, denn die in einem Rechte liegenden Befugnisse sind entweder einfache oder zusammengesetzte. Eine einfache Befugniß kann aber entweder nur ganz oder garnicht ausgeübt werden; folglich kann auch nicht von einer solchen auf einen Miteigenthümer ein Theil, auf den anderen ein anderer Theil übergehen. Die zusammengesetzte Befugniß ließe dagegen allerdings eine Vertheilung auf mehrere Personen zu, jedoch nach dem Gesagten nur so, daß Jeder von ihnen einfache Befugnisse verschiedenen Inhalts erhielte. Solches würde aber wiederum zu verschiedenartigen Rechten der einzelnen Miteigenthümer führen, mithin dem Verhältniß des Miteigenthums widersprechen⁴⁾.

³⁾ Windscheid a. a. O. Bnd. I § 51, § 142 Anmerk. 10 u. 11 u § 169a. Steinlechner, das Wesen der juris communio I. Abthl. Innsbruck 1876, insbesondere § 30 u. II. Abthl. 1878, insbesondere §§ 1—5 und Nachtrag.

⁴⁾ Eine wirkliche Theilung eines Rechts ist nur denkbar, wenn das Object des Rechts, wie z. B. beim Eigenthum an einer Quantität fungibeler Sachen oder bei einem auf eine solche gerichteten Forderungsrecht theilbar ist und dann in natura getheilt wird. Denn hier entstehen in der That an Stelle des einen Rechts zwei Rechte von gleichem Inhalte. Siehe darüber Steinlechner a. a. O. Bnd. I §§ 15 u. 16 und Windscheid a. a. O. § 142, Anmerk. Letzterer widerlegt die herrschende Ansicht mit folgenden Worten: „Ein Recht, d. h. ein Rechtsinhalt

Ist aber hiernach die Ansicht, daß beim Miteigenthum das Recht getheilt sei, unhaltbar, so kann die richtige Auffassung nur die sein, daß die Miteigenthümer das Eigenthumsrecht zusammen ungetheilt haben; das Recht eines jeden Einzelnen von ihnen nicht Rechtstheil, sondern eine auf den ganzen Inhalt des Rechts gerichtete Mitberechtigung ist, die darin besteht, die im Eigenthume liegenden Befugnisse im Einvernehmen mit den übrigen Miteigenthümern auszuüben⁵⁾. Angeknüpft an diese Mitberechtigung des Einzelnen ist aber ein Forderungsrecht, kraft dessen er mittelst der Gemeinschafts-Theilungsklage (*actio communi dividundo*) von den andern sowol die Theilung des Nutzens und des Erlöses der Sache nach einem bestimmten Maßstabe, als auch Auflösung des Gemeinschaftsverhältnisses verlangen kann⁶⁾. Und nur in diesem uneigentlichen Sinn ist es zu verstehen, wenn das Eigenthum als ein theilbares Recht⁷⁾ und die Mitberechtigung eines jeden Miteigenthümers als Theil (ideeller Theil, *pars indivisa*, *pars pro indiviso*) bezeichnet wird.

Gegen diese Auffassung des Miteigenthums wird nun zweierlei eingewendet: einerseits, daß die Quellen, wenn sie den Miteigenthümern Theile zusprechen, doch so reden, als ob das Recht selbst getheilt wäre⁸⁾ und andererseits, daß obige Auffassung auf ein Eigenthum Mehrerer in *solidum* hinauszläuft, ein solches Eigenthum Mehrerer aber von

kann nicht getheilt sein; wer die Befugniß, seinen Willen in einer bestimmten Form geltend zu machen, nur zum Theil hat, hat gar nichts. Ein Rechtsinhalt kann nur Mehreren gemeinschaftlich sein in der Weise, daß die durch denselben gegebene Befugniß nicht anders als von Mehreren gemeinschaftlich soll ausgeübt werden können, und für dieses Verhältniß sind die Theile, welche den mehreren Berechtigten zugeschrieben werden, ohne alle Bedeutung; jeder Berechtigte ist immer an die Zustimmung der andern gebunden, wie auch die Größe ihrer Anthteile bestimmt sein mag“.

⁵⁾ L. 28 D. com. div. 10,3: Sabinus ait in re communi neminem domino- rum jure facere quidquam invito altero posse.

⁶⁾ Siehe Windscheid a. a. O. § 449.

⁷⁾ In diesem Sinne sind außer dem Eigenthumsrecht theilbar alle Rechte, welche einen reell theilbaren Erfolg gewähren und in Geld umgesetzt werden können, z. B. der *ususfructus*, während die Rechte, wo dieses nicht zutrifft, als untheilbar bezeichnet werden, wie z. B. der *usus* und die *Realservituten*. Siehe Windscheid a. a. O. §§ 51, 142 Anmerk. 11, 169a, 205, 207 Anmerk. 12, 209 N 8 u. Anmerk. 16.

⁸⁾ Römisches Recht: L. 11 D. de serv. 8,1; L. 7 § 3 D. de lib. causa 40,12 und die andern bei Windscheid a. a. O. § 142, Anmerk. 11 angeführten Stellen. Prov.-R. Art. 927: „Ein Miteigenthum findet statt so daß nur eine Theilung des Rechtsinhalts vorliegt“.

den Quellen als unmöglich bezeichnet wird⁹⁾. Die erste Behauptung ist im gewissen Sinne wahr, sie widerlegt aber die Richtigkeit unserer Auffassung nicht; denn, kann beim Miteigenthum das Eigenthumsrecht selbst nicht getheilt sein — und das ist oben nachgewiesen worden — so muß es auch ungeachtet dessen, daß die Quellen es getheilt nennen, ungetheilt bleiben¹⁰⁾. Außerdem reden ja die Quellen ebenso wie von einer Theilung des Rechts, auch von einer Theilung der Sache, obwohl sie zugestehen, daß die Sache in Wirklichkeit nicht getheilt ist¹¹⁾. Die zweite Behauptung ist unrichtig. Das von den Quellen verworfene *condominium plurium in solidum* ist ein mehrfaches Eigenthum an einer und derselben Sache¹²⁾, so daß (nach ihm) jeder ein Eigenthumsrecht für sich hat. Dagegen ist das Miteigenthum nach unserer Auffassung nur ein Eigenthum, und steht dieses einem Jeden ganz nur in dem Sinne zu, daß er es ungetheilt, nicht in dem Sinne, daß er es ohne den Andern hat.

Miteigenthum zur „gesamnten Hand“.

§ 2.

Abweichend von den Grundsätzen des römisch-rechtlichen Miteigenthums ist das im deutschen Mittelalter bei einigen Instituten zur Entwicklung gelangte Miteigenthum der „gesamnten Hand“¹⁾.

In ausgeprägtester Form erscheint diese Rechtsgemeinschaft in der Gesamtbelehnung: „Die mehrere zugleich Belehnten empfangen hiernach das gesammte vasallische Recht ungetheilt, so daß die Berechtigung eines Jeden am Ganzen gleichmäßig wirksam erscheint und der wegfallende Theil eines Gemeiners den Uebrigen anwächst. Nach der

⁹⁾ L. 5 § 15 D. commodati 13, 6: „duorum in solidum dominium vel possessionem esse non posse“. Pr.-R. Art. 927 Anmerk. 3: „Ein solches Eigenthum Mehrerer an derselben Sache, vermöge dessen Jedem von ihnen die Sache ganz gehört, ein f. g. Gesamteigenthum wird gesetzlich nicht anerkannt“.

¹⁰⁾ Ueber die Unverbindlichkeit unrichtiger Legal-Constructionen zu vergl. Zhering, „Geist des römischen Rechts“, 4. Aufl. § 41 S. 371 u. folg.

¹¹⁾ Windscheid a. a. O. § 142, Anmerk. 11: „Wenn die Sache trotzdem, daß sie als getheilt bezeichnet wird, in Wirklichkeit nicht getheilt ist, so wird es sich mit dem Rechte wol nicht anders verhalten“.

¹²⁾ Windscheid a. a. O. § 169a.

¹⁾ Siehe darüber Stobbe, deutsches Privatrecht, Bnd. 2 § 81 S. 71–73 u. 78–82.

Ansicht des Lehnsherrn sollen sie und ihre Nachkommen in ungesonderter Gemeinschaft und familienartigem Zusammenleben auf dem Lehnsgute verharren; würden sie zur einer Theilung schreiten, so würde dies die Auflösung des gegenseitigen Anfallsrechts zur Folge haben. Ebenso soll keiner der Gemeiner seinen Antheil veräußern und damit den Genossen eine Fremden aufdrängen“²⁾). Das Miteigenthum der gesammten Hand unterscheidet sich vom römischen Miteigenthum also dadurch, daß in ihm den Genossen nicht bloß das Recht, sondern auch der wirthschaftliche Nutzen der gemeinschaftlichen Sache ungetheilt zusteht, keiner von ihnen seine Mitberechtigung einem Andern ohne Genehmigung der übrigen abtreten darf und die einseitige jederzeitige Lösbarkeit des Gemeinschaftsverhältnisses ausgeschlossen sein kann. Es charakterisirt sich mithin als ein Miteigenthum, welchem die Gemeinschafts-Theilungszlage ganz fehlt, oder doch nur in sehr beschränkter Weise gegeben ist, — als ein Miteigenthum ohne bestimmte Antheile der Einzelnen.

Gegen Ende des siebzehnten und im Laufe des achtzehnten Jahrhunderts zum Gegenstande eingehender juristischer Untersuchungen gemacht, wurde es im Gegensatz zum römisch-rechtlichen Miteigenthum, mit dem es als unvereinbar erkannt wurde, als ein deutsch-rechtliches Gesammteigenthum formulirt und ihm als solchem allgemein die Existenzfähigkeit zugestanden³⁾).

Dagegen ist es in unserem Jahrhundert als mit dem Begriff des Eigenthums widersprechend von der Mehrzahl der Schriftsteller wieder aufgegeben worden⁴⁾). Wie weit dies mit Recht oder Unrecht geschehen ist, werden wir später zu untersuchen Gelegenheit haben. Hier sei nur noch darauf hingewiesen, daß die Gemeinschaft zur gesammten Hand auch in den Ostseeprovinzen Eingang gefunden hatte, wie das auch hier unstreitig bestanden habende Institut der Gesammtbelehnung oder der Gesammthandgüter beweist⁵⁾).

²⁾ Gerber, deutsches Privatrecht § 116 S. 289—291.

³⁾ Siehe hierüber Stobbe a. a. O. § 81 Anmerk. 24 u. 26 und Dunter, Gesammteigenthum S. 1—11.

⁴⁾ Den erfolgreichsten Angriff gegen dasselbe machte Haffe in seiner „ethischen Gütergemeinschaft“, Kiel 1808, § 10 und folgende.

⁵⁾ Vergleiche darüber Bunge, Privatrecht §§ 362 u. 363.

Erster Theil.

Das eheliche Güterrecht der livländischen Städte vor der Codification von 1864.

Erstes Capitel.

Die Rechtsquellen vor 1864.

§ 3.

Die älteren Rechtsquellen des livländischen Stadtrechts,¹⁾ die für das eheliche Güterrecht von wesentlicher Bedeutung sind, sind folgende:

- 1) das sogenannte rigisch-hapsalische Recht vom Jahre 1279,²⁾
- 2) die unter dem Namen „hamburgisch-rigisches Stadtrecht“ oder „Buffendorffsches Statut“³⁾ bekannte besondere Redaction des hamburgischen Stadtrechts vom Jahre 1270, welches einige Jahre nach Entstehung des rigisch-hapsalischen Rechts in Riga recipirt worden ist,
- 3) das wahrscheinlich aus dem Jahre 1293 datirende „umgearbeitete rigische Stadtrecht“ (auch „Dehrichsches Statut“⁴⁾ genannt), welches zu einem großen Theil seinen Inhalt aus dem hamburgisch-rigischen Recht entnommen hat, und

1) Siehe über dieselben Bunge, „Einleitung in die Rechtsgeschichte“ §§ 60, 61 u. 86 und ebendenselben „das liv- und estländische Privatrecht“ Thl. 1 § 18, ferner Napierksky „die Quellen des rigischen Stadtrechts“, Riga, Deubner 1876, Einleitung.

2) Abgedruckt bei Napierksky, a. a. O. S. 15–49.

3) Abgedruckt ebendasselbst S. 53–130

4) Abgedruckt ebendasselbst S. 133–200.

- 4) die „Statuten und Rechte der Stadt Riga“ aus dem Jahre 1673⁵⁾, welche im Wesentlichen wieder auf dem umgearbeiteten rigischen Stadtrecht aufgebaut sind.

Die Bestimmungen, welche diese Quellen über das eheliche Güterrecht enthalten, sind überaus lückenhaft und können daher nur richtig verstanden werden im Zusammenhange mit dem älteren sächsischen Recht, namentlich dem Sachsenspiegel und dem Magdeburger-Recht, auf deren Untergrund sich das hamburgische Recht entwickelt hatte⁶⁾. Eine gedrängte Schilderung des ehelichen Güterrechts, wie es nach diesem Recht bestand, ist daher voranzuschicken⁷⁾.

Die Frau steht für ihr ganzes Leben unter einer Vormundschaft — der s. g. Geschlechtsvormundschaft, — welche dem Vater, in Ermangelung dieses dem nächsten männlichen Verwandten der väterlichen Seite und bei ihrer Verheirathung dem Manne zukam. Der Grund dieser Vormundschaft war die Wehrlosigkeit der Frau. Der Geschlechtsvormund hält die Schutzbefohlene in seiner schirmenden Hand, er deckt sie mit derselber gegen Angriffe von außen, er hat nach innen über sie zu befehlen, sie zu beherrschen, insbesondere auch ihr Vermögen zu verwalten. Die Vormundschaft bedeutet Schutz und Schirm nach außen und Herrschaft nach innen. Dergestalt Vormund seiner Frau⁸⁾, nimmt der Mann ihr Gut in seinen Besitz und hat ein Recht auf seinen Besitz. Alles Vermögen, das des Mannes und der Frau befindet sich in der Hand des Mannes⁹⁾. Andererseits hat er aber auch für die

5) Im Druck erschienen unter Anderem in Riga 1798 bei J. Müller und 1868 bei Wilhelm Haeder. Diese Statuten wurden vom Rigaschen Rath auf eine an ihn im Jahre 1662 von der Schwedischen Regierung gerichtete Aufforderung hin ausgearbeitet und in dem obengenannten Jahre vollendet.

Die vom Rath im Jahre 1674 nachgesuchte Königliche Bestätigung derselben blieb indeß aus. Gleichwohl fanden sie seit dem Jahre 1680 Eingang in die Gerichtspraxis — auch bei der Appellationsinstanz in Stockholm — und sind seitdem als gewohnheitsrechtliche Rechtsquellen stets anerkannt worden (S. Bunge „Einleitung“ § 86).

6) Siehe Heise u. Cropp „eheliches Güterrecht in Hamburg“ in den juristischen Abhandlungen Bnd. 2 S. 429 und Baumeister „Privatrecht der Stadt Hamburg“ Bnd. 2 § 89 S. 158.

7) Wir folgen dabei der Darstellung Stobbe's in seinem deutschen Privatrecht, Bnd. IV § 207 S. 3 und § 218 S. 76 und folgende.

8) Sachsenspiegel Buch I Art. 31 § 2: „Swenne ein man wib nimt, so nimt her in sine gewere al er gut zu rechter vormundschafft“.

9) In diesem Sinne ist der Satz des Sachsenspiegels „Mann und Weib haben kein gezwettes Gut bei ihrem Leben“ (Siehe ebendasselbst § 1) zu verstehen.

Bedürfnisse der Ehe zu sorgen. Er ist dazu nicht bloß mit seinem Vermögen verpflichtet, sondern kann auch die Einkünfte des Frauenguts, welche überhaupt in sein Vermögen fallen, zu diesem Zwecke verwenden, ja auch das Gut selbst angreifen. Vollkommen frei, ohne daß er der Zustimmung der Frau bedarf, verfügt er über sein gesamntes Vermögen. In Bezug auf das Frauengut ist zwischen Immobilien und Mobilien zu unterscheiden. Die ersteren darf er, abgesehen von Fällen der Noth, nur wenn die Frau und ihre nächsten Erben die Einwilligung ertheilen, veräußern; sie bleibt zweifellos Eigenthümerin derselben, aber über ihre Mobilien hat er die unbedingteste Verfügung und braucht bei Veräußerung derselben auch keinen Ersatz aus seinem Vermögen zu leisten¹⁰⁾. Für die Schulden des Mannes ist das Vermögen der Frau so weit verhaftet, als seine Veräußerungsberechtigung hinsichtlich ihres Gutes reicht; ihre Mobilien können daher von den Gläubigern für seine Schulden in Anspruch genommen werden. Bei Auflösung der Ehe durch den Tod fällt das Vermögen in seine ursprünglichen Bestandtheile auseinander. Stirbt die Frau, so fallen ihre Immobilien an ihre nächsten Erben. Dagegen bleibt dem Manne das gesammte Mobilienvermögen, doch mit Ausnahme der an ihre weiblichen Verwandten fallenden „Gerade“, d. h. aller Mobilien der Art, wie Frauen sie als Aussteuer zuzubringen oder für ihren persönlichen Gebrauch zu haben pflegen. Beim Tode des Mannes nimmt die Frau aus seinem Nachlaß ihre Geradestücke und alle diejenigen Mobilien heraus, welche Geradequalität haben. Alle sonst etwa noch in natura vorhandenen Stücke ihres Vermögens und ebenso Alles, was die Ehegatten während der Ehe erworben haben (Errungenschaft) verbleibt den Erben des Mannes. Aber es konnte der Mann besondere Vermögensvorthelle ihr durch eine Morgengabe zuwenden. Im spätern sächsischen Recht entwickelte sich aus der Sitte der Bestellung einer Morgengabe ein gesetzlicher Anspruch. Sind beim Tode der Frau unmündige Kinder oder überhaupt in der väterlichen Vormundschaft sich befindende Kinder vorhanden, so behält der Vater das mütterliche Erbtheil so lange in seinem vormundschaftlichen Besiz, bis sie abgesondert werden. Stirbt aber der Mann zuerst, so bleibt die Frau im Besiz des ungesonderten Vermögens so lange, als die Vormünder der Kinder oder, wenn diese volljährig sind, sie selbst die Gemeinschaft nicht kündigen.

¹⁰⁾ Streitig ist, ob dieses Verfügungsrecht über das Mobilien der Frau ihm als Eigenthümer desselben oder als Vormund zusteht. S. darüber Stobbe a. a. O. § 218 Anm. 12.

§ 4.

Wir gehen jetzt auf die wesentlichen Bestimmungen der oben genannten vier alten Quellen des rigischen Stadtrechts über.

Das rigisch-hapsalsche Recht hat nur eine das eheliche Güterrecht betreffende Bestimmung. Da sie sich auf die Verhältnisse nach Auflösung der Ehe bezieht, so empfiehlt es sich ihrer erst an der Stelle zu erwähnen, wo von diesen die Rede sein wird.

Die andern drei Rechtsquellen enthalten theils Bestimmungen, die dem Wesen nach ihnen allen gemeinsam sind, theils solche, in denen sie von einander abweichen.

Allein im hamburgisch-rigischen Recht kommt folgende vor: „Wenn eine Frau Liegenschaften in die Ehe bringt oder der Mann mit ihrem Gute solche kauft, so kann der Mann ohne ihre Genehmigung solche weder verkaufen, noch versetzen“¹⁾.

An allen drei Quellen dem Wesen nach gemeinsamen Bestimmungen sind folgende anzuführen, wobei wir in der Wortfassung den Statuten von 1673 folgen:

„Was beide annoch lebende Eheleute an unbeweglichem Erbe kaufen, solches sind sie wieder zu verkaufen, zu vertauschen, zu verpfänden und zu vergeben ohne Jemandes Einrede mächtig, so lange sie beide leben. Stirbet aber einer ihrer, so heißt es Erbgut und mag weder von dem Manne, noch der Frauen, keinerlei Weise veräußert werden, ohne der Erben Verlaub; es wäre dann die hohe Noth, welche man zu beweisen schuldig ist“²⁾.

Die Frau kann ohne ihres Mannes Vorwissen nur einkaufen Strickwerk, Leinwand, Flachs, Wolle und dem Aehnliches. Für andere Einkäufe der Frau ist der Mann zu keiner Zahlung verpflichtet. Dagegen kann sie auch ohne seine Zustimmung verkaufen, was sie ohne seine Zustimmung gekauft hat.

In dem umgearbeiteten Stadtrecht und den Statuten von 1673 ist obiger Bestimmung noch hinzugefügt: daß das, was eine Kauf-

¹⁾ I, 22 (XIX): Wert eyner vrowen erue medegheuen, also men se to manne gheuet, ofte wert mit ereme gode erue ghekoft, dat erue ne mach ere man setten noch sellen ofte vplaten an ere vulbort vnde ere iawort.

²⁾ Statuten von 1673, Lib. III Tit. 11, § 4; umgearbeitetes rigisches Recht IV, 4; hamburgisch-rigisches Recht I, 10.

und Handelsfrau, die einen offenen Laden hat, erhandelt und kauft, sie unverrückt nebst ihrem Manne zu zahlen schuldig ist³⁾.

In den Statuten von 1673 findet sich ferner die Bestimmung, daß für die Schulden des Mannes die Kleider der Frau von den Gläubigern nicht gepfändet werden dürfen (Lib. II, Cap. 32 § 4), wohl aber der Mann berechtigt ist, denselben bis zur Zahlung „im Falle der Noth“ ihre „besseren Ueberkleider“ hinzureichen (Lib. III, Tit. 6 § 5). Die Frau persönlich für seine Schulden in Bürgschaft zu geben, ist ihm in jedem Falle untersagt (ebendasselbst⁴⁾).

In Bezug auf die Rechtsverhältnisse nach Auflösung der Ehe durch den Tod eines der Gatten, gilt Folgendes:

I. Im Falle, daß keine Kinder vorhanden sind: nimmt nach dem hamburgisch-rigischen Recht⁵⁾, nachdem zuvörderst die Schulden „von dem gemeinen und von dem ganzen Gut“ bezahlt worden, der überlebende Ehegatte sein eingebrachtes Gut zurück und theilt sich zu gleichen Theilen in den Rest des Vermögens mit den Erben des verstorbenen Gatten.

³⁾ Hamburgisch-rigisches Recht VII, 13; umgearbeitetes Stadtrecht I, 11 und Statuten von 1673, Lib. III Tit. 6 § 5 und Tit. 11 § 8.

⁴⁾ Das hamburgisch-rigische Recht und die umgearbeiteten Statuten bestimmen ebenfalls, daß die Frau den Gläubigern nicht in Pfand gegeben werden dürfe, wohl aber die letzteren das Recht haben, ihr die besten Oberkleider zu nehmen, wobei jedoch hier von ihren eigenen Schulden, nicht von den Schulden des Mannes die Rede ist (Hamburgisch-rigisches Recht VII, 13; umgearbeitetes rigisches Recht I, 11).

⁵⁾ II, 15. So war eyn man vnde eyn vrowe tosamene sint in echtscap vnde neyne kindere ne hebbet, steruet de man, de vrowe sal nemen tovoeren ere got up, dat se to eme bracht heuet, vnde darna sint ere cledere ofte is ere erue ofte ere husinghe wat argere scade er, vnde is et wat ghebeteret, vrom er. Dat selue do de man, ofte de vrowe steruet. Men sal ouer io tovoeren de scult ghelden van deme meynen vnde van deme ghansen gode, vnde were dar wat vnbouene, dat solde de vrowe hebben half vnde eres mannes vrunt half; vnde dat selue do de man. Ghescud et binnen X iaren, so sall es er iuwelic, de dar leuende bliuet, vullencomen mit goden luden, wo vele godes er eyn to deme anderen brachte. Is et oc bouen X iar komen, so sall et iuwelic mit sines silues hant holden uppe den heiligen, wat he to sineme gaden brachte. Weret oc also dat erer tvier eyn wat dor got gheuen wolde, dat solde he don van deme golde, dat uppe sin erue vallen mochte, et ne were also dat eruegot were, dat ne mach neyn man geuen ane erue lof.

Nach dem rigisch-hapsalschen Recht⁶⁾, nach dem umgearbeiteten rigischen Recht⁷⁾ und nach den Statuten von 1673⁸⁾ wird dagegen des eingebrachten Gutes nicht besonders erwähnt, sondern theilt sich der überlebende Ehegatte mit den Blutsverwandten des Verstorbenen in „alles Gut, was sie beide hatten“ und zwar erhält der überlebende Ehemann zwei Dritttheile und die Frau, wenn sie die überlebende ist, die Hälfte; wobei die beiden letzten Quellen den Zusatz haben, daß die Frau vor der Theilung ihre Morgengabe vorausnehmen kann.

Ueber den Charakter dieser Morgengabe lassen sich die Statuten von 1673 aus, indem sie bestimmen⁹⁾, daß dieselbe für die Wittwe eines Bürgers großer Gilde 240 Reichsthaler und für die eines Bürgers kleiner Gilde 160 Reichsthaler beträgt, und daß die Wittwe, wenn sie nach dem Tode ihres in Schulden verstorbenen Mannes für dieselbe einen Vorzug vor den andern Creditoren genießen will, zur rechten Zeit bonis cediren müsse.

II. Im Falle einer beerbten Ehe bleibt der überlebende Ehegatte im Besiz des ganzen Vermögens, bis er zu einer zweiten Ehe schreitet oder sich selbst mit den Kindern zu theilen wünscht. Tritt dieser Fall ein, so findet nach übereinstimmender Bestimmung aller vier Quellen die Theilung stets in die gesammte Masse ohne Unterscheidung ihrer ursprünglichen Bestandtheile statt, wobei die Wittwe, wenn ein Kind am Leben ist, die Hälfte, wenn ihrer aber mehrere vorhanden sind, ein Dritttheil erhält¹⁰⁾. Auseinander gehen die Quellen aber in Bezug auf die Größe der Quoten, wenn der Mann der überlebende ist, indem das rigisch-hapsalsche Recht und ebenso das hamburgisch-rigische Recht dem Manne stets die Hälfte, die andern beiden Quellen ihm aber, falls er mit einem Kinde concurrirt, zwei Dritttheile des Gutes zusprechen¹¹⁾.

Eine von Obigem abweichende Theilung des Vermögens findet in dem Falle statt, wenn der überlebende Ehemann bei seiner Wieder-
verheirathung sich mit den Kindern erster Ehe nicht abgetheilt hat und

6) Art. 68—70.

7) V, 2.

8) Lib. IV Tit. 6 § 1.

9) Lib. III Tit. 3 § 1 u. 2.

10) Rig.-hapsalsch. Recht Art. 70. Rigisches-hamburgisches Recht V, 7; umgearbeitetes rigisches Recht V, 3 u. 4; Statuten Lib. IV Tit. 4 §§ 1—4.

11) Siehe die in der vor. Anm. citirten Stellen.

nach seinem Tode auch aus der zweiten Ehe Kinder hinterläßt. In diesem Falle „nehmen“ nach den Statuten von 1673¹²⁾ „die Kinder erster Ehe ihrer Mutter Gut aus dem „gemeinen Samen“ voraus und dann die Wittve ihr zugebrachtes Gut; was alsdann aber übrig ist, darin theilen sich alle Kinder mit der Wittve nach Hauptzahl“¹³⁾.

In Bezug auf letztwillige Verfügungen der Ehegatten sind aus den Quellen folgende Stellen anzuführen:

1) Mann und Frau zugleich betreffend:

Hamburgisch-rigisches Recht:

- II. 15: Wenn bei kinderloser Ehe einer von den Ehegatten etwas zu Gott gefälligen Zwecken vergeben will, so soll er es von dem Gute thun, welches auf seine Erben fallen würde.

2) Den Mann allein betreffend:

a. Hamburgisch-rigisches Recht:

- V. 7: Wenn bei beerbter Ehe der Mann seine Verhältnisse berichten will, so soll er zuerst seine Schulden bezahlen, darnach kann er an seine armen Freunde geben, so viel er will, jedoch soll er es geben aus seinem wohl-erworbenen Gut. Dann folgt die oben bereits besprochene Stelle, wonach von dem sodann übrig Gebliebenen die Frau ein Drittel und die Kinder zwei Drittel, wenn aber nur ein Kind vorhanden ist, sowohl sie, wie das Kind die Hälfte erhalten sollen.

b. Umgearbeitete Statuten:

- VII. 6: Wenn ein Mann bei kinderloser Ehe seine Verhältnisse berichten will, so soll er seine Schulden zuerst bezahlen, darnach kann er aber von seinem Gut zu wohlthätigen Zwecken oder seinen Freunden so viel vergeben, als er will, jedoch nicht unbewegliches Gut.

¹²⁾ Lib. IV Tit. 2 § 1.

¹³⁾ Gleiche Bestimmungen enthalten für den obigen Fall die umgearbeiteten Statuten (V, 18) und das hamburgisch-rigische Recht (II, 22), jedoch mit der Abweichung, daß der Rest zu je einer Hälfte nach den ersteren den Kindern erster und den Kindern zweiter Ehe, nach dem letztern den Kindern erster Ehe und der Wittve nebst deren Kindern zufällt.

3) Die Frau betreffend:

a. Hamburgisch-rigisches Recht:

III. 4: Eine Frau mag, wenn sie keine Kinder hat, auf ihrem Todtenbette um Gottes willen von ihren Kleidern und Hausgeräthten (ingedome) so viel vergeben, als sie will.

b. Umgearbeitete Statuten:

VII. 9: Wenn Kinder vorhanden sind, so kann die Frau auf ihrem Todtenbette ihre täglichen Kleider vergeben, das Geschmeide aber den rechten Erben nicht entziehen. Will sie mehr vergeben, so bedarfes der Einwilligung des Mannes. Die letztere Bestimmung ist auch

c. in den Statuten von 1673 (Lib. III, Tit. 16 § 1) zu finden und ist hier den Kleidern noch hinzugefügt ihr „gemeines Geräthe“. Andere Stellen über letztwillige Dispositionen der Ehegatten enthalten die Statuten nicht¹⁴).

Zweites Capitel.

Die juristische Natur des Rechtsverhältnisses nach den Quellen von 1864.

§ 5.

Nachdem wir in Obigem den wesentlichen Inhalt der alten Quellen in Bezug auf die uns hier beschäftigende Rechtsmaterie kennen gelernt haben, wenden wir uns nun der Frage zu, worin die principiellen Grundlagen des ehelichen Güterrechts nach diesen Quellen zu suchen sind?

A. Nach den hamburgisch-rigischen Statuten.

Ein entscheidendes Gewicht bei dieser Untersuchung fällt der richtigen Auslegung des Art. I, 10 und der über die letztwilligen Verfügungen der Ehegatten handelnden Art. II, 15 — III, 4 und V, 7 der genannten Statuten zu. Wir gehen daher näher auf diese ein.

Nach der dem gen. Art. I, 10 (in den Hamburgischen Handschriften I, 8) vorangehenden Bestimmung des Art. I, 7 haben bei

¹⁴) Lib. IV, Tit. 1 § 2 verordnet nur ganz allgemein, daß der ein Testament errichten will, zuvörderst seine Schulden zahlen lassen, darnach aber, wenn er was zu Gottes Ehre und seiner Freunde Besten zu vermachen hätte, solches wohl thun mag, aber außer seinen liegenden Gründen und unbeweglichen Erbgütern.

einer Veräußerung eines Immobils die nächsten Erben des Veräußerers ein Näherrecht, zufolge dessen Letzterer es jenen zuerst anbieten muß und Andern als diesen nur dann verkaufen darf, sofern die nächsten Erben auf ihr Recht verzichten. Von dieser Regel wird nun im ersten Satz des Artikels I, 10 eine Ausnahme gemacht, indem in ihm bestimmt wird, daß diejenigen Immobilien, die ein Mann und eine Frau während bestehender Ehe kaufen sie so lange sie beide leben an wen sie wollen („so weme so se willet“) veräußern können. Die ratio dieser Ausnahmegestimmung ist offenbar die, daß die während bestehender Ehe von den Ehegatten gekauften Immobilien als deren gemeinschaftliches Eigenthum zu betrachten sind und daher, wenn ein solches Immobil bei seiner Weiterveräußerung von einem der nächsten Blutsverwandten des Mannes oder der Frau retrahirt werden dürfte, dadurch nicht nur derjenige Ehegatte, dessen nächster Erbe der Retrahent ist, sondern ebenso auch der andere ebenfalls am Immobil berechnigte Gatte, zu welchem er in keinem verwandtschaftlichen Verhältniß steht, eine Rechtsbeschränkung erleiden würde, was unzulässig erscheinen muß, da der Rechtsgrund für die Rechtsbeschränkung, die das Näherrecht involvirt, allein in dem verwandtschaftlichen Verhältniß des Retrahenten gefunden werden kann. Diese Auffassung¹⁾ der Bestimmung des Art. I, 10 setzt freilich voraus, daß das Näherrecht nach hamburgischen Recht auch auf wohlervorbene Immobilien sich erstreckt hat. Letzteres ist aber auch nicht zu bezweifeln²⁾, da erstens der das Näherrecht festsetzende Art. I, 7 das Wort „erbe“ braucht, welcher Ausdruck ebenso ererbte Immobilien, als wohlervorbene Immobilien einschließt³⁾;

1) Eine eigenthümliche Einschränkung des Inhibitionsrechts der nächsten Erben bei Veräußerungen von Erbgütern findet sich nach Baumeister (a. a. O. S. 303 u. Anm. 40) im Goslarer Recht, daß den Satz enthält, daß wenn in der Ehe Kinder geboren werden, die wieder sämmtlich sterben, dennoch die Seitenverwandten vor Auflösung der Ehe kein Widerspruchsrecht auch nicht hinsichtlich des in die Ehe inferirten Erbguts haben. Baumeister fügt dem hinzu: „Unser Stadtrecht von 1270 I, 8 (identisch mit dem hamburgisch-rigischen Recht I, 10) würde jener Hypothese nicht nothwendig widersprechen. Allein die Analogie des Landrechts führt zu der Annahme, daß bis zur Geburt von Kindern das bisherige Recht der Verwandten durch die Ehe überall nicht geändert werde.“

2) So auch Baumeister a. a. O. § 115 S. 302 und Bunge „Die Stadt Riga“ S. 217.

3) S. Bunge „Die Stadt Riga“ S. 209.

zweitens in unserem dem Art. I, 7 alsbald folgenden Art. I, 10 dasselbe Wort gebraucht ist, in ihm es aber nur den Sinn eines Immobiles überhaupt haben kann, und drittens das Näherrecht sich in den livländischen Städten, das sich auf Grund des hamburgischen Rechts entwickelt hat, noch heute, auch auf wohl erworbenene Immobilien erstreckt (Provinzialrecht Thl. 3 Art. 1658 und Statuten von 1673 Lib. II Cap. 32 § 10), wenn sie wegen Schulden öffentlich verkauft werden.

Von manchen Schriftstellern⁴⁾ wird diesem Theil des Artikels noch der weitere Sinn beigelegt, daß die von den Ehegatten während der Ehe gekauften Immobilien von ihnen auch nur gemeinschaftlich verkauft werden können, also der Mann bei ihrer Veräußerung an den Consens der Frau gebunden sei. Da der Wortlaut zu dieser Auslegung nicht zwingt, so könnte letztere ihre Begründung nur in der ratio der Bestimmung finden, diese verhält sich aber Obigem nach, da sie nur das Näherrecht der Blutsverwandten ausschließen will, zu der Frage, ob der Mann in seiner Disposition über das eheliche Vermögen durch den Consens der Frau beschränkt sei oder nicht, völlig indifferent. Daß sie dieser Frage nicht präjudicirt, beweist auch der Umstand, daß die zwölf Jahre nachher erfolgende neuere Aufzeichnung des hamburgischen Rechts (v. J. 1292) ungeachtet dessen, daß nach ihr (C. XIII) der Ehemann sogar die von der Frau in die Ehe eingebrachten Liegenschaften ohne ihren Consens veräußern darf, dennoch die Bestimmung des Art. I, 10 aus den alten Statuten herübergenommen hat (C. III).

In den übrigen Sätzen des Art. I, 10 wird festgesetzt, daß die von den Ehegatten während der Ehe gekauften Immobilien Erbgut genannt werden und Erbgut ohne Genehmigung der nächsten Erben (von Fällen der Noth abgesehen) überhaupt nicht veräußert werden könne. Auch über die Auslegung dieser Bestimmung herrscht Streit. Cropp und Pauli beziehen sie auf die Zeit nach stattgehabter Theilung des Nachlasses, gehen aber darin auseinander, daß Cropp (a. a. O. S. 557 Not. 224) die in Rede stehenden Immobilien nach dem Ableben eines Gatten nur in so weit Erbgut sein läßt, als sie dessen Erben (nicht dem überlebenden Ehegatten) zufallen, Pauli dieselben (und zwar ganz) ebenso wohl in den Händen des Letzteren, als in den Händen der

4) So Bunge a. a. O. § 282 Anm. c und Cropp a. a. O. S. 487 Anm. 108.

nächsten Blutsverwandten des verstorbenen Ehegatten für Erbgut erklärt (S. „Zeitschrift für deutsches Recht“ Bnd. 10 S. 330); Baumeister (a. a. O. § 115 S. 305 Anmerk. 45) bezieht die Stelle auf die Zeit vor Theilung des Nachlasses und soll sie seiner Ansicht nach besagen, daß die von den Ehegatten gemeinschaftlich gekauften Immobilien nur in dem Sinne Erbgut seien, daß der überlebende Ehegatte sie nicht ohne die Zustimmung der Kinder resp. der sonstigen nächsten Blutsverwandten des verstorbenen, da diese an ihnen durch Erbrecht Miteigenthum erworben, veräußern könne. Wir werden später sehen, daß die Codification, in welche diese Stelle, vermittelt durch die Statuten von 1673 (Lib. III Tit. 11 § 4) übergegangen ist⁵⁾, sich offenbar dieser letztern Auslegung angeschlossen hat⁶⁾.

Die Bestimmungen, welche die hamburgisch-rigischen Statuten über das Recht der Ehegatten zu letztwilligen Verfügungen enthalten, müssen, um richtig verstanden zu werden, unter folgende gleichzeitig wirkende Gesichtspunkte gestellt werden: Erstens über ererbtes Vermögen darf nicht testirt werden. Zweitens über sein wohl erworbenes Vermögen ist jeder Ehegatte letztwillig zu verfügen berechtigt, anderseits sollen aber die Rechte, welche dem überlebenden Ehegatten und den Kindern gesetzlich an dem Nachlaß zufallen, möglichst erhalten bleiben. Drittens fällt natürlich auch in das Gewicht, daß die Frau unter der Vormundschaft des Mannes steht, und daher dort, wo der Mann einseitig verfügt, sie dazu in der Regel seiner vormundschaftlichen Genehmigung bedarf. Hiernach ergeben sich dann die Einzelbestimmungen von selbst:

Ist die Ehe kinderlos, so kann der Mann von seinem wohlgekommenen Gut das vergeben, was nach seinem Tode seinen Blutsverwandten zufallen würde⁷⁾ da dadurch die Rechte der überlebenden Frau nicht beeinträchtigt werden. Sind Kinder vorhanden, so darf der Mann „von seinem wohl erworbenen Gut“ überhaupt „zu Gottes Ehre und seinen armen Freunden geben, was er will“⁸⁾. Hierdurch werden freilich seine Ehefrau und die Kinder in ihren gesetzlichen Erbtheilen beeinträchtigt, doch ließ sich hier die Beeinträchtigung nicht ausschließen, wenn man die Testirfreiheit nicht vollständig aufheben wollte. Ganz

5) Art. 967.

6) Siehe unten § 10 Anm. 1 und § 20 Anm. 7.

7) II, 15.

8) V, 7.

die gleichen Rechte hat die Frau⁹⁾, nur bedarf sie — mit einer Ausnahme — zu ihren Verfügungen der vormundtschaftlichen Genehmigung des Mannes¹⁰⁾. Die Ausnahme bezieht sich auf Gegenstände geringen Werthes (Kleider und Ingebdöme) und besteht auch nur für den Fall kinderloser Ehe¹¹⁾, (so daß von einer Schädigung der Kinder garnicht, von einer solchen des Mannes aber nur in äußerst geringem Maße die Rede sein kann).

Worin sind nun die leitenden Gesichtspunkte für das eheliche Güterrecht nach den hamburgisch-rigischen Statuten zu finden? Das beiderseitige Vermögen der Ehegatten erscheint nach ihnen in folgenden Beziehungen seiner Substanz nach verschmolzen:

1) Für die Schulden des Mannes haftet die gesammte Masse, was daraus ersichtlich ist, daß bei Auflösung der Ehe durch den Tod eines Gatten die Schulden stets vom „gemeinen und ganzen Gut“ bezahlt werden¹²⁾.

2) Bei beerbter Ehe findet die Theilung zwischen dem überlebenden Ehegatten und den Kindern nach Quoten der Gesamtmasse statt¹³⁾.

Abgesehen von Obigem steht das hamburgisch-rigische Recht, ebenso wie das alte sächsische Recht, aus dem es sich entwickelt hat, auf dem Standpunkte der dem Eigenthum nach getrennten Güter; wobei jedoch der Mann kraft seiner ehelichen Vormundschaft das Frauengut verwaltet und nützt und — im großen Ganzen — auch über dasselbe frei disponirt. So nimmt namentlich bei unbeerbter Ehe der überlebende Ehegatte vor der Theilung sein Allatenvermögen heraus; ferner verfügt der Mann lektwillig über sein Gut und thut dies unabhängig von der Frau¹⁴⁾. Das Eigenthum der Frau an den von ihr in die Ehe gebrachten und von ihrem Gut gekauften Immobilien tritt darin hervor, daß der Mann ohne ihre Zustimmung dieselben weder verkaufen noch verpfänden darf (I, 22). Wenn der Mann dagegen, unter Lebenden, wie nothwendig geschlossen werden muß, über das bewegliche Vermögen der Frau unbeschränkt verfügt (vergl. Art. VII, 13), so be-

⁹⁾ II, 15.

¹⁰⁾ Folgerung aus III, 4.

¹¹⁾ Ebendasselbst.

¹²⁾ Siehe oben S. 11 u. 13.

¹³⁾ Siehe oben S. 12.

¹⁴⁾ Art. V, 7 (nach den hamburgischen Handschriften VI, 7).

weist das nicht gegen ihr ausschließliches Eigenthumsrecht, sondern ist dies, da er nach dem Sachsenpiegel das gleiche Recht hat, aus seiner ehelichen Vormundschaft zu erklären.¹⁵⁾

Ob nach dem hamburgisch-rigischen Recht die eheliche Errungenschaft, d. h. das von den Ehegatten während der Ehe durch ihre Arbeit Erworbene und von den Einkünften ihres Vermögens Ersparte gemeinschaftliches Vermögen derselben oder Alleineigenthum des Mannes ist, läßt sich meiner Ansicht nach mit Sicherheit nicht feststellen. Cropp (a. a. O. §§ 41—44) entscheidet sich fürs Letztere. Pauli (s. seine „Darstellung des Rechts der Erbgüter“ S. 81 u. 82) nimmt das Erstere an.

Für das Alleineigenthum des Mannes an derselben wird angeführt:

- 1) daß der Art. V, 7 den Mann als denjenigen bezeichnet, welcher in der Ehe das Gut erworben hat und er nach ihm Gaben von seinem wohlgewonnenen Gut machen kann, ohne daß die Frau dazu zu consentiren braucht und
- 2) daß zufolge Art. II, 22, wenn der Mann mit Hinterlassung einer zweiten Ehefrau und unabgetheilter Kinder aus beiden Ehen verstirbt, die Kinder erster Ehe die Mäthen ihrer Mutter, die Kinder zweiter Ehe gemeinschaftlich mit ihrer Mutter deren Mäthen zum Voraus erhalten und daß alles Uebrigbleibende, worunter somit auch die eheliche Errungenschaft enthalten ist, zum Vermögen des Mannes gerechnet, zu einer Hälfte den Kindern erster Ehe und zur andern Hälfte der zweiten Ehefrau und ihren Kindern zufällt.

Für die Gemeinschaftlichkeit der Errungenschaften spricht dagegen Folgendes:

- 1) Nach Art. II, 15 ist es jedem der beiden Ehegatten gestattet, Gaben zu wohlthätigen Zwecken von dem Gute, welches auf seine Erben fallen würde, zu machen. Zu dem Gute aber, welches den Erben ab intestato anfallen würde, ge-

¹⁵⁾ Die Bestimmung desselben Art. (VII, 13), daß was die Frau ohne ihren Vormund einkauft, auch ohne ihn verkaufen mag, läßt dagegen nicht mit Sicherheit einen Schluß auf das Bestehen getrennter Güter zu, da von manchen Schriftstellern auch für das System der Gütergemeinschaft die Ansicht vertreten wird, daß das von der Frau wider Willen des Mannes erworbene Vermögen nicht seinem Dispositionsrecht unterliegt. Vergl. darüber das unten Folgende.

hört, auch ein Theil der ehelichen Errungenschaft, mithin scheinen der Frau Gaben daran gestattet¹⁶⁾.

- 2) Da der Art. II, 15 zwischen dem jedem Ehegatten besonders gehörenden Vermögen, welches er nach dem Tode des andern vor der Theilung vorwegnimmt und dem gesammten übrigen Vermögen, welches nach Quoten zwischen ihm und den Erben des verstorbenen getheilt wird, unterscheidet, so fällt unter das letztere außer dem vom Verstorbenen eingebrachten und daher ihm allein gehört habenden Gut nur noch die eheliche Errungenschaft. Zugleich bezeichnet der Art. aber einen Theil dieses zwischen dem überlebenden Ehegatten und den Erben des verstorbenen zur Theilung gelangenden übrigen Vermögens als gemeinschaftliches Gut, folglich kann unter diesem nur die Errungenschaft gemeint sein. Es ist freilich von Einigen die Meinung aufgestellt worden, daß das in der Stelle vorkommende Wort „meyne“ (Gut) sich auf das nach der Auflösung der Ehe gemeinschaftlich gewordene Gut beziehe¹⁷⁾; dies ist aber nicht wahrscheinlich, da des Umstandes, daß das Vermögen nach vorheriger Ausscheidung der Muten des überlebenden Ehegatten ein gemeinschaftliches werde, erst Erwähnung geschieht, nachdem vom gemeinen Gut die Rede war;

- 3) läßt auch der Art. I, 10 bei seiner allgemeinen Fassung vermuthen, daß unter den in ihm erwähnten Immobilien, die zweifellos als gemeinschaftliches Eigenthum beider Ehegatten behandelt werden, nicht bloß die zu verstehen sind, zu deren Kaufpreis die Frau mit ihr von dritten Personen vermachtem oder geschenktem Gut beigetragen hat¹⁸⁾, sondern ebenso auch die, welche aus gemeinsam erworbenen Mitteln angekauft worden sind.

16) Ueber die von Cropp versuchte, meines Erachtens nicht überzeugende Widerlegung dieses Arguments, siehe denselben a. a. O. § 44, S. 545.

17) Dieser Meinung sind Cropp a. a. O. S. 534 und Napierstz „Morgengabe des rigischen Rechts“ S. 14. Ebenso wenig kann diesen Schriftstellern beigefügt werden, wenn sie glauben, das Wort „meyne“ auch auf die „gesammten bisher unter der Verwaltung des Mannes äußerlich vereinigten Güter“ beziehen zu können. Dagegen spricht, daß die Stelle neben dem „meynen“ auch des ganzen Guts erwähnt, also jenes weniger als dieses sein muß.

18) Das nimmt Cropp an, § 44.

§ 6.

Nach dem umgearbeiteten rigischen Stadtrecht ist die innere Verschmelzung der beiderseitigen Güter zu einem Gesamtgut weiter fortgeschritten.

1) Der Grundsatz der Theilung nach Quoten der Gesamtmasse (ohne jegliche Unterscheidung der ursprünglichen Bestandtheile), welcher in dem hamburgisch-rigischen Recht nur für den Fall der beerbten Ehe bestand, wird jetzt auf den Fall der unbeerbten Ehe ausgedehnt,¹⁾ wobei die Wittwe jedoch vor der Theilung die f. g. Morgengabe als Voraus vorwegnimmt.²⁾ Was die Natur der letzteren anbetrifft, so läßt sich aus der Entwicklung, die dieses Institut im ältern sächsischen Recht,³⁾ sowie auch in dem livländischen und estländischen Landrecht (hier „Widerlage“ genannt) genommen hat, schließen, daß sie ursprünglich als freiwillige Gabe vom Ehemann der Frau für den Fall ihres Wittthums bestellt wurde und erst allmählig aus der Sitte ihrer Bestellung sich ein gesetzlicher Anspruch bildete.⁴⁾ Daß sie ursprünglich — gleich der Widerlage des livländischen und estländischen Landrechts im Verhältniß zu dem Werthe der von der Frau in die Ehe gebrachten Mitgift stand und diese ihr zu ersetzen bestimmt war, ist, wenn auch nicht gewiß — wie einige Schriftsteller annehmen —⁵⁾ so doch nicht unwahrscheinlich. In jedem Fall läßt sich die Morgengabe aber, nachdem sie den Charakter einer auf eine ein für alle Mal bestimmte Geldsumme gerichteten Forderung, welche der Frau als Gläubigerin an den Nach-

1) Siehe oben S. 12.

2) Siehe oben ebendasselbst.

3) Siehe oben S. 9.

4) Erdmann a. a. O. S. 21; Napierstky, Morgengabe §§ 8 u. 9; vergl. auch Provinzialrecht Theil 3, Art. 1744--46.

5) Die Ansicht wird vertreten von Erdmann a. a. O. S. 21, 22 u. 239 und Napierstky a. a. O. § 9 S. 38. Dagegen spricht der f. g. Meyer — Flügelsche Entwurf Pars 2 Tit. 3 Art. 1, worüber zu vergleichen Napierstky a. a. O. S. 31. Dieser Entwurf wurde auf Veranlassung des Rigischen Rathes im Jahre 1653 abgefaßt, fand aber — offenbar weil er das ältere Recht durch eine unberechtigte Bevorzugung des römischen Rechts vielfach entstellte, — keine Aufnahme (s. hierüber Bunge „Einleitung“. — § 86).

laß zusteht, angenommen hatte, nicht mehr als ein Beweis gegen die Verschmelzung des Vermögens der Ehegatten verwerthen; eher beweist sie für solche, denn, soll ihr die Morgengabe einen Ersatz für ihre Maten bieten, so muß sie ihr gesondertes Eigenthum an denselben verloren haben, also letztere mit dem übrigen in der Hand des Mannes vereinten Vermögen, aus dem ihr nach seinem Ableben die Forderung ausbezahlt wird, dem Eigenthumsrechte nach verschmolzen sein. Eine andere Frage ist freilich die, in welcher Weise diese Verschmelzung gedacht werden muß, ob als Alleineigenthum des Mannes oder als Miteigenthum Beider. Dies festzustellen, muß aber einer spätern Stelle vorbehalten werden.

- 2) Wird in dem umgearbeiteten Statut die Bestimmung des alten Rechts, daß die von der Frau in die Ehe gebrachten oder mit ihrem Gut erkauften Immobilien vom Manne nur mit ihrer Genehmigung veräußert oder verpfändet werden dürfen, fortgelassen, so daß gefolgert werden darf, daß nunmehr zwischen ihren und den vom Manne inferirten Liegenschaften auch in Bezug auf seine Dispositionsrechte an denselben kein Unterschied gemacht wird. Aufnahme in das neue Statut (s. Art. IV, 4) findet freilich die Bestimmung I, 10 des hamb.-rig. Statuts, doch zwingt, wie wir oben gesehen haben, diese Stelle keineswegs zu der Annahme, daß der Mann bei der Veräußerung von gemeinschaftlich erworbenen Immobilien der Zustimmung der Frau bedarf. Bestätigt wird das unterschiedlose freie Dispositionsrecht des Mannes über alle Immobilien durch die Gerichtspraxis: Die Immobilien der Frau wurden nicht nur in dem Grundbuche („Erbebuch“) dem Manne zugeschrieben⁶⁾, sondern er verkaufte sie, gleich wie die seinigen, unabhängig von ihrer Zustimmung. Letzteres ist aus zwei Fällen ersichtlich, welche das Rigische Erbebuch aus dem Jahre 1405 nachweist⁷⁾.

⁶⁾ Siehe Napierstky „Die Auflassung nach älterem Rigischen Städterecht“ in der „Zeitschrift für Rechtswissenschaft“, Jahrgang 7, S. 19, Anm. 37.

⁷⁾ Vergleiche die von Bunge in „Stadt Riga“ S. 274 Anm. 245 angeführten Inscriptionen 346 u. 352, sowie Napierstky „Die Erbebücher der Stadt Riga“

- 3) Wird die Verpflichtung des Mannes, die Schulden der Frau zu bezahlen — welche Verpflichtung bis dahin sich nur auf ihrseitige Einkäufe von zu ihrem persönlichen Gebrauch bestimmten Gegenstände, als Wimpel (Schleier), Strickwerk und Flachs erstreckte — gegenwärtig auch auf die Geschäfte ausgedehnt, die sie als etablierte Kauffrau eingeht⁸⁾.

Ungeachtet alles dessen wäre die Annahme, daß das Güterrecht nach den umgearbeiteten Statuten mit dem System des Sachsenspiegels zu Gunsten einer allgemeinen Gütergemeinschaft dem Eigenthumsrechte nach bereits vollständig gebrochen habe, schwerlich zu rechtfertigen. Freilich ist der Satz des hamburgisch-rigischen Rechts (V, 7), daß der Mann auch für den Fall der beerbten Ehe über sein (wohlgewonnenes) Gut lehtwillig disponiren kann, von den neuen Statuten nicht aufgenommen worden, wohl aber bestimmen sie (VII, 16), daß er bei kinderloser Ehe zu Ehre Gottes und zum Besten seiner Freunde sein bewegliches Vermögen vergeben kann, wie er will, und (VII, 9) daß die Frau auf ihrem Siechbette bei Leben ihres Mannes, mit dem sie Kinder hat, mehr nicht als ihre täglichen Kleider und gemeines Geräthe vergeben dürfe, ihr Geschmeide aber den rechten Erben verbleiben müsse, — Bestimmungen, von welchen die erste zweifellos beweist, und die zweite wenigstens muthmaßen läßt, daß man den Ehegatten noch ein separates Eigenthum während bestehender Ehe zuschrieb.

Es weist daher das eheliche Güterrecht der umgearbeiteten Statuten noch ebenso eine Mischgestalt auf, wie das hamburgisch-rigische Recht, wenngleich bei ihnen die Annäherung zur allgemeinen Güterge-

S. XXI. Bunge zieht seinerseits freilich obige Folgerung nicht, sondern deduciert aus der in die umgearbeiteten Statuten herübergenommenen Bestimmung des Art I, 10, daß die von der Frau inferirten Immobilien nach wie vor nicht ohne ihre Genehmigung veräußert werden dürfen. Nach Bunge's Ansicht sind die beiden oben angeführten Inscriptionen unerklärlich.

⁸⁾ Umgearbeitetes Stadtrecht I, 11. Erdmann („Das Güterrecht der Ehegatten“ S. 116 u. 117) will diese Bestimmung so auffassen, daß der Mann die Handelschulden der Frau bloß aus ihrem (nicht auch aus seinem) Vermögen zu bezahlen verpflichtet sei. Zu dieser Auffassung giebt dieselbe aber durchaus keine Anhaltspunkte. Die Fassung, die die Bestimmung in den Statuten von 1673, die sie übernommen haben, gefunden hat (Lib. III, Tit. 6, § 5) spricht unverkennbar für unsere Auffassung, da es daselbst heißt, daß die Frau solche Schulden „nebst ihrem Manne zu zahlen schuldig ist.“

meinschaft eine größere ist. Man blieb auch jetzt beim alten Recht und reihte demselben die dem System der allgemeinen Gütergemeinschaft angehörenden Grundsätze nur äußerlich an.

§ 7.

Fragt man aber nach den Gründen, aus denen die Neuerungen entstanden waren, so sind sie wohl lediglich in den praktischen Bedürfnissen des fortgeschrittenen Rechtslebens zu suchen. Der Grundsatz, daß die gesammte Masse für die Schulden des Mannes hafte, war eine nothwendige Concession an das gesteigerte Creditbedürfniß, wie solches sich mit der Zeit des größeren Verkehrs in den Städten entwickelt hatte. Sollte dasselbe gefördert und erhalten werden, so konnte in Bezug auf die Schulden des Mannes hinfort zwischen seinem Vermögen und dem mit diesem zusammen von ihm verwalteten und überdies seinem Nutzungsrecht unterworfenen Frauengut nicht mehr unterschieden werden¹⁾. Daß der Mann, wie früher schon die Mobilien, so jetzt auch die Immobilien der Frau, ohne ihrer Zustimmung zu bedürfen, veräußern konnte, das konnte die practische Anschauung nur als eine selbstverständliche Consequenz jener ersten Neuerung ansehen, da, sobald die Immobilien der Frau für seine Schulden zwangsweise verkauft werden konnten, die Bestimmung, daß er sie ohne Zustimmung der Frau nicht freiwillig veräußern dürfe, von ihm dadurch leicht umgangen werden konnte, daß er Schulden contrahirte, wegen welcher sie dann doch zum Verkauf gelangen konnten.

Auf die nach Auflösung der Ehe stattfindende Theilung des Vermögens nach Quoten der Gesamtmasse führte ein doppelter praktischer Grund.²⁾ Da erstens für die vom Manne contrahirten Schulden nunmehr das beiderseitige Vermögen der Ehegatten haftete und keine Verpflichtung des Mannes bestand, für verbrauchtes oder veräußertes Eigenthum der Frau ihr einen Ersatz zu leisten, so konnte es leicht vorkommen, daß beim Tode des Mannes das Vermögen der Frau in Folge von durch ihn contrahirten Schulden verzehrt war, während sein Vermögen unverzehrt geblieben. Wollte man daher bei der Rückgabe des weiblichen Eigenthums und der Regulirung der Masse sich nicht den größten Schwierigkeiten oder Unbilligkeiten aussetzen, so blieb nichts

1) Cropp a. a. O. S. 503 und Runde „Deutsches eheliches Güterrecht“ § 14, S. 30.

2) S. Cropp a. a. O. S. 526, 528—530 und Stobbe a. a. O. § 224, S. 118.

andere übrig, als alles vorhandene Gut auch in Bezug auf die Erbtheilung zu einer Masse zu vereinigen. Zweitens wollte man auch nach Auflösung der Ehe dafür Sorge tragen, daß der überlebende Gatte, soweit möglich, eine seine bisherige Lebensgewohnung entsprechende Existenz forsetze. Dieser Zweck ließ sich aber am besten dadurch erreichen, daß, wenn Kinder aus der Ehe vorhanden waren, man zwischen dem überlebenden Ehegatten und den Kindern die bisherige Einheit in der Administration der Güter einstweilen fort dauern ließ und wenn keine Kinder vorhanden waren oder im ersten Fall der überlebende Ehegatte mit den Kindern theilen wollte oder mußte, man von der bisher unter der Verwaltung des Mannes vereinigten ganzen Vermögensmasse dem Ueberlebenden eine Ration theilte³⁾. Was endlich die Verhaftung des ganzen in der Hand des Mannes vereinten beiderseitigen Vermögens für die von seiner Frau in ihrer Eigenschaft als etablirte Handelsfrau contrahirten Schulden anbelangt, so konnte — so lange solche Haftung nicht bestand, sondern der Mann die Zahlung solcher Schulden abweisen konnte — natürlich die Frau auf irgend einen Credit keinen Anspruch machen; folglich wies auch hier das praktische Bedürfnis auf die Neuerung hin.

Das Ergebnis der Entwicklung ist nach den umgearbeiteten Statuten, um es kurz zusammenzufassen — also folgendes: Während bestehender Ehe: dem Eigenthumsrechte nach haben beide Ehegatten — abgesehen von der Errungenschaft, von der es zweifelhaft bleibt, ob sie gemeinschaftliches Eigenthum ist — getrennte Güter, der Mann hat aber kraft der ehelichen Vormundschaft über die Güter der Frau nicht bloß das Recht der Verwaltung und Nutzung, sondern disponirt auch (unter Lebenden) über sie völlig unbeschränkt; er verpfändet und veräußert sie ohne ihrer Zustimmung zu bedürfen und ohne ihr für das veräußerte Gut Ersatz leisten zu müssen. Die Frau dagegen disponirt über ihr Gut nur, soweit es sich um kleine Anschaffungen ihres persönlichen Bedarfs handelt oder sofern sie als Handelsfrau etablirt ist; hier wie dort ist für ihre Dispositionen aber auch das Vermögen des Mannes verhaftet. In Bezug auf letztwillige Verfügungen, soweit solche überhaupt zulässig erscheinen, disponirt jeder Gatte über sein Vermögen, die Frau jedoch — abgesehen von Vergebungen geringen Werths — nur mit seiner Zustimmung.

³⁾ Gropp a. a. O. § 37 S. 526.

Nach Auflösung der Ehe fließt das beiderseitige Vermögen stets und vollständig der Substanz nach zu einer Masse zusammen, in welche der überlebende Ehegatte und die Erben des verstorbenen sich nach Gesamt-Quoten theilen (Gütergemeinschaft von Todes wegen); bei beerbter Ehe findet diese substantielle Verschmelzung aber erst bei der Absonderung der Kinder statt⁴⁾.

Die Statuten von 1673 schließen sich in unserer Rechtsmaterie in allen wesentlichen Beziehungen mit einer Ausnahme den umgearbeiteten Statuten an. Die Ausnahme ist bedeutungsvoll. Sie betrifft die Testirfreiheit des Ehemannes und besteht darin, daß die Bestimmung des früheren Rechts, zufolge welcher derselbe noch bei kinderloser Ehe über sein bewegliches Vermögen einseitig testiren konnte, in den neuen Statuten weggelassen wird: ein Umstand, den man dahin deuten kann, daß die Umbildung, die — wie wir weiter unten sehen werden — die Testirfähigkeit des Ehemannes in einer dem System der inneren Gütergemeinschaft entsprechenden Weise später erfuhr, schon damals sich vorbereitete.

§ 8.

Bevor wir zur Stellungnahme der Codification von 1864 zu unserer Rechtsmaterie übergehen, werfen wir noch einen flüchtigen Blick auf die Auffassung, die das Rechtsverhältniß in der juristischen Literatur und in der Praxis vor der Codification gefunden hatte.

Seit dem Ende des siebzehnten Jahrhunderts, besonders aber im achtzehnten Jahrhundert wurde in Deutschland die Grundlage für diejenigen Systeme des ehelichen Güterrechts, in welchen die Grundsätze der unbeschränkten Haftung des Frauengutes für die Schulden des Mannes und der Theilung des Vermögens nach Auflösung der Ehe nach Quoten der gesammten Masse bestanden, in dem oben¹⁾ kennen gelernten „Gesamteigenthum“ gesehen. Im Zusammenhange mit dieser Theorie wurde im achtzehnten Jahrhundert das zwischen den Ehegatten bestehende Rechtsverhältniß auch nach hamburgischem Recht allgemein als eine Gütergemeinschaft aufgefaßt²⁾. Bei der engen Verwandtschaft, die das rigische Recht mit dem hamburgischen Recht hat, fand sodann die Ansicht auch Eingang in Riga. Wann Letzteres geschehen

4) Statuten von 1673. Rib. IV, Tit. IV, §§ 1—5.

1) S. oben S. 5.

2) Cropp a. a. O. § 20 S. 481 Anmerk. 100 und S. 482, ferner § 30 S. 506 Anmerk. 136.

ist, läßt sich nicht ermitteln. Wie wir eben gesehen haben, kann vermuthet werden, daß bereits zur Zeit der Entstehung der letzten Statuten (1673) die Lehre auch hier ihren Einfluß zu üben begann. Am Anfang unseres Jahrhunderts war sie jedenfalls auch in den livländischen Städten zur herrschenden geworden. Als Beweis dafür mögen nachstehende Auszüge aus einzelnen Schriften dienen.

Nielsen in seinem im Jahre 1824 erschienenen „Versuch einer Darstellung des Erbfolgerechts in Lissland“ Thl. 1 § 179 Anmkt. sagt in Bezug auf das eheliche Güterrecht Rigas Folgendes: „Communio bonorum ist daher sicher das einzige Princip und nicht zu bezweifeln. Sobald nach vollzogener Copulation die neuen Ehegatten zu Bette gehen und der Beischlaf stattgefunden, entstehet die *communio bonorum* in dem Vermögen beider Gatten, des reichen in des armen und des armen in des reichen. Von Stunde an können sie nicht anders als gemeinschaftlich und reciproc testiren.“

R. J. L. Samson von Himmelstiern in seiner Darstellung des bürgerlichen Rechts der Ostseeprovinzen, St. Petersburg 1831 (Lithographirt), § 289: „Nach livländischen Stadtrechten“: „Für Schulden, welche der Mann während der Ehe contrahirt, haftet die Ehefrau, weil sie in Gemeinschaft der Güter lebt, zwar mit ihrem Vermögen, aber nicht mit ihrer Person.“

Zimmerberg referirt in seinen „Bemerkungen über die Erbgutseigenschaft und die eheliche Gütergemeinschaft nach rigischem Stadtrecht“ in den theoretisch-praktischen Erörterungen, herausgegeben von Bunge und Madai 1840, Bnd. 1, S. 82 u. 93 über einen um das Jahr 1835 in Livland spielenden Proceß, in welchem der Kläger sich darauf gestützt habe, daß „nach den Stadtrechten Gütergemeinschaft unter den Eheleuten stattfinde“ und die Beklagten solches auch zugestanden, zugleich aber geläugnet hätten, daß solche sich auch auf die überlebenden Ehegatten und die Kinder erstrecke.

Bunge, das liv- und estländische Privatrecht, Reval 1848, Thl. 2, § 282: „Wiewohl die rigischen Statuten es nirgends ausdrücklich aussprechen, so ergiebt sich doch unzweideutig aus mehreren zerstreuten Bestimmungen derselben . . . und ist auch in der Praxis unbestritten, daß während bestehender Ehe eine f. g. allgemeine Gütergemeinschaft unter den Ehegatten stattfindet.“

Abweichender Ansicht ist freilich Napierczyk in seiner „Morgengabe des rigischen Rechts“, Dorpat 1842, indem nach ihm das

Princip des Rechtsverhältnisses „durchaus nicht in einer f. g. Gütergemeinschaft zu suchen sei“, sondern demselben „die Gewere für rechte Vormundschaft“ zu Grunde liegt (§. 13, 14 u. 15).

Daß auch die Praxis das Verhältniß als Gütergemeinschaft aufsaßte, ist nicht nur im Allgemeinen constatirt durch das eben erwähnte Zeugniß von Bunge und den oben bezeichneten von Zimmerberg erwähnten Proceßfall, sondern wird auch weiter dadurch bewiesen, daß sich in ihr ein Rechtsfaß ausgebildet hatte, der nicht anders als durch die Gütergemeinschaft erklärt werden kann. Dieser Rechtsfaß wird von Bunge a. a. O. § 424 S., 427 u. 428 bezeugt und geht dahin, daß „Ehegatten nicht gegenseitig den ihnen gesetzlich zustehenden Antheil an dem in der Gütergemeinschaft befangenen Vermögen durch einseitige Willensverfügung entziehen oder schmälern dürfen und überhaupt ein Ehegatte bei Lebzeiten des andern ohne dessen Genehmigung zu Veräußerungen auf den Todesfall nicht befugt ist, es sei denn über Gegenstände, welche von der Wirkung der allgemeinen Gütergemeinschaft ausgenommen sind.“

Zweiter Theil.

Die eheliche Gütergemeinschaft der livländischen Städte nach der Codification von 1864.

Erstes Capitel.

Die Rechtsbestimmungen der Codification.

§ 9.

In den sämtlichen Rechtsgebieten des ostseeprovinziellen Privatrechts ist für das Verhältniß der Ehegatten zu einander von der allergrößten Bedeutung die vormundschaftliche und haus herrliche Gewalt des Mannes, die das Provinzialrecht aus dem alten deutschen Recht übernommen hat¹⁾. Sie findet in folgenden Bestimmungen des Gesetzbuches ihren Ausdruck: Art. 8. „Der Ehemann ist berechtigt, von der Frau Gehorsam und Fügung in seinen Willen zu fordern,“ „den Wohnort zu bestimmen,“ . . . und „als vermutheter Anwalt und ehelicher Beirath gerichtlich und außergerichtlich ihre Gerechtsame zu vertreten;“ Art. 197: In Bezug auf das Verhältniß zu den Kindern hat bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den Eltern der Mann den Ausschlag zu geben; Art. 11: Durch die Ehe wird der Ehemann Vormund (Chevogt, ehelicher Beirath oder Assistent) der Ehefrau und Art. 12: „Vermöge der ehelichen Vormundschaft gebührt dem Ehemann die Herrschaft und Verwaltung über das gesammte Vermögen, sowohl über das von ihm, wie von der Ehefrau in die Ehe gebrachte, als auch über das von Beiden gemeinschaftlich oder von jedem von ihnen einzeln während der Ehe erworbene oder sonst ihnen zugefallene, soweit nicht Gesetz oder Vertrag eine Ausnahme begründen.“

¹⁾ S. Bunge, liv- und estländisches Privatrecht, Bnd. I, §§ 43, 44 u. 46. Die Geschlechtsvormundschaft über die unverheiratheten Frauen, die in den Ostseeprovinzen auf derselben deutschrechtlichen Grundlage bestand, wurde durch das Gesetz vom 22. December 1787 aufgehoben, indem letzteres in Bezug auf die Vormundschaft das weibliche Geschlecht dem männlichen im Allgemeinen gleichstellte. Als eheliche Vormundschaft bestand sie aber fort.

Eine charakteristische Eigenthümlichkeit dieser Vormundschaft ist, daß der eheliche Vormund zu einer Rechnungslegung über seine Verwaltung nicht verpflichtet ist, sowie daß sowohl in Bezug auf diese, als auch in Bezug auf die Vertretung der Frau seine Rechte weit ausgedehnter sind, als es sonst bei der Vormundschaft der Fall ist: Besonderheiten, welche sich aus der Innigkeit des ehelichen Lebens ergeben. In Verbindung mit der vormundschaftlichen Gewalt verleiht das Provinzialrecht in seinem ganzen Geltungsgebiete dem Manne das Recht, die Einkünfte des Frauenguts zu nutzen²⁾, welches Recht offenbar auf der Erwägung beruht, daß, wenn er in erster Linie die Kosten des von ihm geleiteten ehelichen Lebens aufzubringen verpflichtet ist, es billig erscheint, daß die Frau ihm als Beisteuer dazu die Einkünfte ihres Guts zu überlassen hat³⁾.

In ihrer persönlichen Rechtsfähigkeit erleidet die Frau — abgesehen von Ausnahmen⁴⁾ — durch die eheliche Vormundschaft keine Beschränkung. Die von ihr eingegangenen Rechtsgeschäfte sind daher — soweit dabei die dem Manne zustehenden Verwaltungs- und Nießbrauchsrechte bestehen können — vollständig rechtsverbindlich. Die Folge hiervon ist, daß sie aus ihren Rechtsgeschäften sowohl mit ihrem Sondergut, als nach Auflösung der Ehe mit ihrem Vermögen überhaupt einzustehen hat⁵⁾, sowie ferner, daß, so weit die Beschränkung, die sie durch die eheliche Vormundschaft erfährt, kraft besonderer gesetzlicher Bestimmungen cessirt, d. i. im Bereich des inneren Hauswesens und in dringender Noth, sowie auch in Bezug auf ihre Haftung aus Delicten⁶⁾, auch ihr in der vormundschaftlichen Verwaltung des Mannes befindliches Gut für ihre Handlungen haftet.

Wie die Frau in Folge der Verwaltungs- und Nutzungsrechte des Ehemanns einerseits in der Ausübung ihrer Vermögensrechte beschränkt ist, so erweitert das Gesetz aber andererseits wiederum ihre Rechte, indem es ihr in bestimmten Grenzen die Berechtigung ertheilt, Verfügungen zu treffen und Schulden zu contrahiren, für welche auch

²⁾ Art. 41 u. folg., Art. 82, Art. 96 u. folg.

³⁾ Ueber diese Auffassung des deutschen Rechts vergleiche Heise und Cropp, juristische Abhandlungen, Bnd. 2, S. 435.

⁴⁾ Eine solche Ausnahme besteht für die Veräußerung ihrer Immobilien, da diese ohne Zustimmung des Mannes auch keine persönliche Verbindlichkeit der Frau begründet (Art. 29).

⁵⁾ Art. 55 und 103.

⁶⁾ Art. 56, 57 und 103.

der Mann mit seinem Vermögen aufzukommen hat⁷⁾. Dieses Recht, die so genannte „Schlüsselgewalt“ ist ebenfalls dem deutschen Rechte entlehnt⁸⁾.

Speciell für das eheliche Güterrecht der livländischen Städte sind aus dem III. Theil des Provinzialrechts folgende Bestimmungen hervorzuheben.

Wie bereits oben angeführt ist, bezeichnet das Gesetzbuch das durch die Ehe zwischen den Ehegatten begründete Rechtsverhältniß als eine „allgemeine Gütergemeinschaft“ (Art. 79). Zufolge derselben wird das beiderseitige Vermögen in eine gesammte Masse vereinigt, „an welcher, so lange die Ehe besteht, keinem der Ehegatten ein besonderer Antheil zusteht“ (Art. 80). Zu der der Gütergemeinschaft unterliegenden Gesammtmasse gehört das ganze beiderseitige Vermögen der Ehegatten, einerlei wann und wie es von ihnen erworben ist, jedoch mit Ausschluß der außerhalb der Stadtgerichtsbarkeit belegenen Immobilien und des sogenannten Sonderguts der Ehegatten (Art. 80 und 81). Als Sondergut gilt aber das, was von ihnen durch Vertrag von der Gemeinschaft ausgenommen ist und außerdem bestimmte Vermögensobjecte kraft gesetzlicher Bestimmung (Art. 81 u. 27). Die Verwaltung und Nutzung des in der Gütergemeinschaft begriffenen Vermögens, sowie auch die Verfügung über dasselbe steht im Allgemeinen dem Manne zu (Art. 82 u. 84), in bestimmten Grenzen aber auch der Frau, nämlich sowohl im Bereiche des inneren Hauswesens (s. g. Schlüsselgewalt) als auch, wenn sie sich mit Zustimmung des Mannes als Handelsfrau etablirt hat, im Bereiche dieses Handelsbetriebes (Art. 88 u. 56). Beschränkt ist das Verfügungsrecht des Mannes in Bezug auf diejenigen Immobilien, welche in den Grundbüchern auf den Namen der Frau verzeichnet sind und diejenigen, „welche während bestehender Ehe von beiden Ehegatten gekauft sind.“ „Diese darf der Mann ohne Genehmigung der Frau weder veräußern, noch mit Hypotheken und anderen Lasten beschweren“ (Art. 83). Für die Schulden des Mannes, „sie mögen vor oder nach Eingehung der Ehe, aus Verträgen oder aus unerlaubten Handlungen, aus entgeltlichen oder unentgeltlichen Titeln, mit oder ohne Wissen und Willen der Ehefrau entstanden sein“, haftet die Gesammtmasse (Art. 85). Mit ihrem Sondergut haftet die Frau für dieselben nicht, „ebenso wenig mit

7) Provinzialrecht Thl. III Art. 56, 88 und 103.

8) S. Stobbe a. a. O. Bnd. IV § 220 S. 88 u. 89 und § 229 S. 149 u. folg.

ihrer Person" (Art. 86). In Betreff der Schulden der Frau gilt im Allgemeinen der Grundsatz, daß für dieselben die Gesamtmasse nicht haftet, sondern es verantwortet für dieselben nur die Frau mit ihrem Sondergut und mit ihrem bei Auflösung der Ehe frei werdenden Vermögen. Ausgenommen von dieser Regel sind aber 1) die Schulden, die sie innerhalb der Sphäre des inneren Hauswesens eingeht, 2) ihre vorehelichen Schulden, 3) ihre Delictschulden und 4) wenn sie sich mit Genehmigung des Mannes als Handelsfrau etablirt hat, auch die Schulden, die sie als solche contrahirt. Für die ersten hat der Mann sowohl mit der Gesamtmasse, als auch persönlich einzustehen, die zweiten ist er soweit zu bezahlen verpflichtet, als das von ihr in die Ehe gebrachte und während derselben durch sie in die Gesamtmasse geflossene Vermögen reicht; für die dritten und vierten haftet die Gesamtmasse (Art. 56, 88, 89, 90, 91 u. 92). Gegen den Mißbrauch der dem Manne an dem Gesamtvermögen zustehenden Rechte Seitens desselben wird die Frau in so weit geschützt, als der Mißbrauch in offener Verschwendung besteht, in welchem Falle ihm auf Antrag der Frau ein Curator bestellt werden kann, auf den — unter der Aufsicht des Waisengerichts — seine Verwaltungsrechte übergehen (Art. 87). Eine „einseitige Kündigung der Gütergemeinschaft durch einen der Ehegatten ist unzulässig" (Art. 95); dagegen kann sie durch einen von beiden Theilen abzuschließenden Vertrag aufgehoben werden, wobei jedoch die früher erworbenen Rechte dritter Personen nicht verletzt werden dürfen (Art. 94 u. 38). Ebenso führt die Auflösung der Gütergemeinschaft herbei der Austritt des Mannes aus der Unterordnung unter die städtische Gerichtsbarkeit (Art. 93).

Stirbt einer der Ehegatten und kommt es in Folge seines Todes zur Theilung zwischen dem überlebenden Ehegatten und den Erben des Verstorbenen, so findet — ohne Unterscheidung der ursprünglichen Bestandtheile des beiderseitigen Vermögens — die Theilung in das Gesamtgut statt, und zwar nach denselben Quoten, die wir oben aus dem umgearbeiteten rigischen Stadtrecht und aus den Statuten von 1673 kennen gelernt haben (Art. 1819, 1829, 1830 u. 1831), wobei das Gesetzbuch aus den Letzteren auch die Bestimmung über die Morgengabe herübergenommen hat (Art. 1820 u. 1821). Die Theilung erfolgt aber sogleich nach dem Tode nur dann, wenn keine Kinder aus der Ehe am Leben sind. Ist dagegen die Ehe eine beerbte, so „setzt der überlebende Ehegatte, so lange er es wünscht oder nicht zu einer zweiten

Ehe schreitet, die Gütergemeinschaft mit den Kindern fort, indem Letztere in die Stelle des verstorbenen Ehegatten treten“ (Art. 1822 u. 1829). Während dieser fortgesetzten Gütergemeinschaft „haben zwar die Kinder ideelle Theile am Ganzen, allein die Verwaltung und der Nießbrauch des gesamten Vermögens gehört dem überlebenden Ehegatten“ (Art. 1827). Stirbt während derselben eines der Kinder ohne Hinterlassung von Leibeserben, so fällt dessen ideeller Antheil der Gesamtmasse zu (Art. 1826). Ueber die von den Ehegatten während der Ehe durch Kauf erworbenen Immobilien darf der überlebende Parent während der fortgesetzten Gütergemeinschaft „zum Nachtheil der Kinder“ nicht verfügen (Art. 967).

Eine Auflösung der in der Gütergemeinschaft begriffenen Gesamtmasse in ihre ursprünglichen Bestandtheile findet nur in zwei Fällen statt: einmal im Falle der Ehescheidung oder der Trennung der Ehe wegen Nichtigkeit und zweitens in dem Falle, daß der überlebende Ehemann sich bei seiner Wiederverheirathung mit den Kindern erster Ehe nicht abgetheilt hat und nach seinem Tode auch aus der zweiten Ehe Kinder hinterläßt. Im ersten Falle „nimmt jeder der beiden Gatten das von ihm in die Ehe gebrachte, das ihm während der Ehe besonders zugefallene, sowie das von ihm besonders erworbene Vermögen heraus; das während der Ehe gemeinsam Erworbene wird aber unter ihnen zu gleichen Theilen getheilt“ (Art. 126 u. 118). Im zweiten Falle „nehmen die Kinder ihrer Mutter Gut voraus, dann die Wittve oder zweite Frau ihr Eingebrautes und in das Uebrige theilen sich die Kinder aus beiden Ehen und die Wittve nach Kopftheilen“ (Art. 1854).

Die wesentlichen Unterschiede zwischen den Rechtsbestimmungen der alten Quellen und der Codification.

§ 10.

Vergleicht man nun in Bezug auf unsere Materie die Codification von 1864 mit den Statuten von 1673, so fällt vor Allem in die Augen die allgemeine Charakterisirung, die in der Codification von dem Rechtsverhältniß gegeben wird, in den Statuten aber vollständig fehlte. Sie bezeichnet es als eine allgemeine Gütergemeinschaft und zwar als eine solche, bei der den Ehegatten besondere Antheile an der Masse nicht zustehen. Im Einzelnen sind dann noch folgende Unterschiede zu verzeichnen:

In den Statuten von 1673 war von den Bestimmungen des früheren Rechts, die speciell von den einseitigen lektwilligen Verfügungen

der Ehegatten handelten, noch der Satz stehen geblieben, daß die Ehefrau „auf ihrem Siechbette bei Leben ihres Mannes, mit dem sie Kinder hat, mehr nicht denn ihre tägliche Kleider und gemeines Geräthe, an wen sie wolle, vergeben möge“ (Lib. III, Tit 16 § 1). Die Codification läßt diese Bestimmung, die dem Princip der Gütergemeinschaft nicht entspricht, fallen.

Zweitens erklärt die Codification — worüber die Statuten schweigen — auch für die Delictschulden der Frau die gesammte Masse für verhaftet und bestätigt auch hiermit die Verschmelzung des Vermögens zu einem Gut.

Drittens tritt nun auch bei beerbter Ehe die vollständige Verschmelzung der Güter ihrer Substanz nach sogleich nach Auflösung der Ehe ein, indem die Kinder schon vom Augenblick des Todes des verstorbenen Parens an „idelle Theile am Ganzen haben“ (Art. 1825).

Viertens ist der überlebende Parens während der fortgesetzten Gütergemeinschaft bei Veräußerungen von Seitens der Ehegatten während der Ehe gemeinschaftlich angekauften Immobilien jetzt nur noch insoweit beschränkt, als er über sie nicht „zum Nachtheil der Kinder“ verfügen darf (Art. 967.¹⁾)

Auf der andern Seite enthält die Codification drei den Statuten von 1673 unbekannte Rechtsätze, welche zwischen dem Vermögen der Ehegatten, je nachdem ob es vom Manne oder von der Frau herrührt, einen Unterschied machen. Diese Bestimmungen sind:

- 1) daß der Mann ohne Zustimmung der Frau die auf ihren Namen in den Grundbüchern verzeichneten, sowie die von beiden Ehegatten während der Ehe gekauften Immobilien weder veräußern, noch mit Hypotheken oder andern Lasten beschweren darf;
- 2) daß für die vorehelichen Schulden der Frau nicht die Gesamtmasse, sondern nur das von ihr in die Ehe gebrachte und durch sie während der Ehe in die Gesamtmasse geflossene Vermögen haftet, und
- 3) daß für den Fall der Ehescheidung die Gesamtmasse in ihre ursprünglichen Bestandtheile aufgelöst wird.

¹⁾ Der Art. 967 beruht auf einer Usual-Interpretation des § 4, Tit. II, Lib. III der Statuten von 1673. Demselben correspondiren in den umgearb. rig. Statuten I, 10 und in den umgearbeiteten Statuten IV, 4. Siehe oben S. 17 und unten § 20 Anm. 7 und §§ 28 und 45.

Zweites Capitel.

Das Princip der ehelichen Gütergemeinschaft.

Uebersicht über die verschiedenen Ansichten derselben.

§ 11.

Wie nun die Gütergemeinschaft, die die Codification von 1864 für das eheliche Güterrecht der livländischen Städte statuirt, ihrer juristischen Natur nach aufzufassen ist, darüber gehen die Ansichten auseinander. Ziehen wir die Meinungen die über die Natur des Rechtsverhältnisses für die mit unserem Rechte verwandten Rechte in Deutschland, namentlich auch für das hamburgische Recht aufgestellt worden sind, in unsere Untersuchung mit hinein, so sind folgende Ansichten zu nennen:

Ansicht I: Die Ehegatten sind in einem Hauswesen vereinte Genossen und benutzen als solche das eheliche Gut ohne Rücksicht auf seine Herkunft (vom Mann oder der Frau) gemeinsam; doch kommt ihre Genossenschaft nicht zum Ausdruck in einem gemeinschaftlichen Eigenthum Beider an demselben, sondern ist der Mann der alleinige Eigenthümer des ganzen Vermögens, während die Frau an demselben nur eventuelle Rechte hat, die nach der Auflösung der Ehe wirksam werden.

Ansicht II: Das Vermögen gehört keinem der Ehegatten, sondern einer von ihnen gebildeten juristischen Person.

Ansicht III: Mann und Frau sind Miteigenthümer im Sinne des römisch-rechtlichen condominium, wobei jedoch der Antheil der Frau in Folge der ehelichen Vormundschaft des Mannes während bestehender Ehe ruht (dominium dormiens).

Ansicht IV: Die Ehegatten sind zwar Miteigenthümer, das Miteigenthum steht ihnen aber nicht nach den Grundsätzen des römischen Rechts zu bestimmten ideellen Theilen, sondern ungetheilt zu.

Ansicht V: Die Gütergemeinschaft ist nur eine äußere. Jeder Ehegatte bleibt während bestehender Ehe Eigenthümer seines Vermögens, wobei die stattfindenden Besonderheiten im Wesentlichen aus der ehelichen Vormundschaft zu erklären sind.

Betrachten wir nun diese Ansichten näher.

Ansicht I. Alleineigenthum des Mannes.

§ 12.

Was für diese Ansicht, die zuerst von Duncker in seinem Buch über „das Gesamteigenthum“ ¹⁾ und nach ihm speciell für das ham-

1) Siehe daselbst § 22 S. 219 u. folg.

burgische Recht von Baumeister in seinem „Privatrecht der freien und Hansestadt Hamburg“ ²⁾ vertreten worden ist, besonders einzunehmen geeignet ist, ist das dem Eigenthum ähnliche Dispositionsrecht, welches der Ehemann über das Frauengut ausübt und die unbeschränkte Haftung des letzteren für seine Schulden einerseits und andererseits die im Vergleich hierzu nur geringen Rechte, welche der Frau während der Ehe am Vermögen des Mannes zustehen — eine Ordnung des Verhältnisses, wie sie auch im livländischen Stadtrecht stattfindet. Außerdem charakterisirt unser Provinzialrecht die eheliche Vormundschaft als eine „Herrschaft“ des Mannes über das beiderseitige Vermögen (Art. 12). Diese Charakteristik läßt aber die Annahme zu, daß im Gebiet des livländischen Stadtrechts seine vormundschaftliche Gewalt sich bis zu einer vollständigen Herrschaft über das Frauengut — und das wäre Alleineigenthum an demselben — erweitert hätte. Endlich lassen sich auch aus dem geschichtlichen Entwicklungsproceß, den das eheliche Güterrecht der livländischen Städte durchgemacht hat, Momente anführen, welche für diese Ansicht sprechen, nämlich die früher bestanden habende Praxis, wonach die von der Frau in die Ehe gebrachten Immobilien in den Grundbüchern auf den Namen des Mannes verzeichnet wurden, sowie die Wahrscheinlichkeit dessen, daß die Morgengabe früher den Zweck gehabt hat, der Frau einen Ersatz für das von ihr dem Manne zugebrachte Vermögen zu gewähren, welcher Ersatz die natürlichste Erklärung fände, wenn ihr Eigenthumsrecht an den Illaten in der Ehe ganz oder theilweise aufgehoben wäre. Indes sprechen doch überwiegende Gründe gegen diese Auffassung. Erstens der Umstand, daß die Codification das Rechtsverhältniß auch während bestehender Ehe ausdrücklich als „Gütergemeinschaft“ charakterisirt. Zweitens müßte, wenn die eheliche Vormundschaft sich wirklich zu einem Alleineigenthum des Mannes am Gut der Frau entwickelt hätte, der Schutz, den die Frau durch sie finden sollte, in den denkbar größten Gegensatz zu einem solchen umgeschlagen sein, eine Annahme, welche ebenso unwahrscheinlich wäre, als sie den sittlichen Standpunkt, den der Mann zu dem in seiner Hand vereinten Vermögen einzunehmen hat, verrückte. Drittens: ist das Dispositionsrecht der Ehefrau über die gesammte Masse und die Haftung dieser für ihre Schulden auch eine beschränkte, so sind sie doch immer vorhanden; obige Ansicht vermag sie aber — so beschränkt sie auch sind — nicht zu erklären. Viertens endlich scheitert sie an dem Erbrechte, welches die Blutsverwandten der

²⁾ Siehe daselbst Bnd. II § 89 S. 156 u. folg.

Frau bei unbeerbter Ehe nach deren Tode an ihrem Vermögen (in den dritten Theil des Gesamtgutes) haben. Da Niemand ein Vermögen, das er nicht bereits bei Lebzeiten hatte, auf seine Erben vererben kann, so setzt jenes Erbrecht der Blutsverwandten voraus, daß der Frau schon während bestehender Ehe ein Antheil an dem Vermögen zustand, sei es ein Miteigenthum an dem gesammten Gut oder sei es auch nur ein Eigenthum an gewissen Objecten desselben, das sich dann bei ihrem Tode in eine Quote des Gesamtguts umsetzte.

Ansicht II. Princip der juristischen Person ¹⁾.

§ 13.

Die Unterstellung einer juristischen Person als Rechtssubject der vereinten Gütermasse hat nach Haffe, der diese Ansicht besonders ausgebildet und entwickelt hat (siehe seine oben citirte Schrift), in der Wissenschaft überhaupt nicht namhafte Vertreter gefunden. Sie kann auch in der That nicht den Charakter des Gezwungenen und Unnatürlichen verläugnen, wodurch sie sich als Kind einer mühsamen Reflexion verrieth. Der Begriff der mystischen Person, einmal an sich künstlich und nur dem entwickelten Rechtsbewußtsein verständlich, sodann nur dazu bestimmt, solchen Zwecken die rechtliche Organisation zu sichern, welche über das Leben einer Generation hinauszugehen, soll hier auf eine Gemeinschaft angewendet werden, welche einerseits, weniger als die meisten übrigen Rechtsinstitute von der Gesetzgebung berührt, kaum von der Gestaltung abgewichen ist, welche ihr Jahrhunderte altes Gewohnheitsrecht verliehen hat, und die andererseits mit dem Tode der sie bildenden Personen nothwendig aufhören muß. Für die Consequenzen, zu welchen sie führt, daß bei Auflösung der Ehe durch den Tod eines Gatten nicht Beerbung des verstorbenen Gatten oder Theilung eines gemeinschaftlichen Eigenthums, sondern Beerbung der juristischen Person eintritt, sowie daß für die Schulden der Gesamtmasse beide Ehegatten weder persönlich noch mit dem zur Gesamtmasse nicht gehörigen Vermögen einzustehen haben, fehlt es in unserem Provinzialrecht jedenfalls an jeglichen Anhaltspunkten ²⁾.

1) Eine Varietät dieser Ansicht bildet die Auffassung, daß die Ehegatten eine vermögensrechtliche Genossenschaft bilden. Ueber diese Ansicht und deren Widerlegung vergl. Stobbe a. a. O. § 239 S. 224—226 und § 82 Anmerk. 26.

2) Obige Stelle ist entnommen meiner Abhandlung „Ueber das Princip des ehelichen Güterrechts“ in „der Zeitschrift für Rechtswissenschaft, herausgegeben von der juristischen Facultät der Universität Dorpat“, Jahrgang 4, Heft 3, S. 14.

Ansicht III. Miteigenthum im römisch-rechtlichen Sinn*).**§ 14.**

Sie ist mit unserm Provinzialrecht unvereinbar, weil nach Art. 80 desselben an der gesammten Masse keinem der Ehegatten ein besonderer Antheil zusteht. Außerdem vertheilt sich — im vollständigen Gegensatze zu dem römischen condominium — weder die Nutzung des Vermögens, noch die Disposition über dasselbe, noch die Schuldenhaftung unter den Eheleuten bei bestimmten Antheilen, und ebenso wenig ist es ihnen gestattet, einseitig das Gemeinschaftsverhältniß aufzulösen. Diesem Widerspruch suchen sich nun zwar die Vertreter dieser Ansicht dadurch zu entziehen, daß sie die bestimmten Antheile der Ehegatten für bis zur Auflösung der Ehe ruhend oder gebunden erklären. Damit aber bestimmte Antheile in dieser Weise als gebunden aufgefaßt werden können, müssen sie doch schon vor dem sie in den ruhenden Zustand gelangten, entstanden sein. Nach unserem Recht bestimmt sich die Größe der Antheile aber erst bei Auflösung der Ehe und zwar nach Maßgabe von Umständen, wie sie erst dann gegeben sind (nämlich ob bei Auflösung der Ehe Kinder vorhanden sind und in welcher Anzahl), nicht wie sie während der Ehe bestanden. Folglich konnte es während der Ehe noch garnicht bereits bestimmte Antheile geben.

Ansicht IV. Miteigenthum ohne besondere Antheile.**§ 15.**

Wir haben hier zunächst bereits oben Gesagtes zu recapituliren. Im Mittelalter hatte sich eine Rechtsgemeinschaft entwickelt, die als die „gesammte Hand“ bezeichnet wird und darin von dem Miteigenthum des römischen Rechts abweicht, daß hier das Eigenthum unter den Genossen auch seinem ökonomischen Nutzen nach ungetheilt ist ¹⁾. Seit dem Ausgange des siebzehnten Jahrhunderts und hauptsächlich im achtzehnten Jahrhundert wurde überall dort, wo im ehelichen Güterrecht der Grundsatz bestand, daß das Frauengut unbeschränkt für die Schulden des

*) In Deutschland ist diese Ansicht hauptsächlich vertreten worden von Runde in seinem Buch „deutsches eheliches Güterrecht“ §§ 58 u. 59. Auch hat sie Billigung gefunden in den bis zum Jahre 1881 ergangenen Entscheidungen der früheren Rigaschen Stadtgerichte. Siehe „Civilrechtliche Entscheidungen der Rigaschen Stadtgerichte“ herausgegeben von Zwingmann, Bnd. I S. 113—118, 120, 125; ferner Bnd. III S. 108, Bnd. IV S. 115 u. 122, Bnd. V S. 6—14.

¹⁾ Siehe oben §§ 2 und 8.

Mannes haftet und nach Auflösung der Ehe das beiderseitige Vermögen nach Quoten der Gesamtmasse getheilt wird, diese Art der Rechtsgenossenschaft von der Rechtswissenschaft auch dem Verhältniß der Ehegatten zu Grunde gelegt, wobei man es als ein deutsch-rechtliches Gesamteigenthum definirte. Im Laufe dieses Jahrhunderts wurde diese Theorie von den meisten Schriftstellern verlassen, indem man die Construction eines Gesamteigenthums, als mit dem Begriff des Eigenthums unvereinbar erklärte. In neuerer Zeit ist sie aber mit großer Entschiedenheit und Ueberzeugungskraft wieder aufgenommen worden von Stobbe, freilich mit der Modification, daß nicht Gesamteigenthum, sondern ein modificirtes Miteigenthum zu Grunde zu legen sei.

Stobbe charakterisirt das Verhältniß also 2): Es ist Miteigenthum, aber nicht römische *communio* mit intellectuellen Quoten, sondern deutsches Miteigenthum, wie es sich seit dem Mittelalter in der gesamten Hand ausgebildet hat. Der einzelne Gatte ist weder Eigenthümer des ganzen Vermögens, noch Miteigenthümer nach intellectuellen Quoten. Die Höhe seines Antheils, die Größe seines Eigenthums ergibt sich erst bei Auflösung der Gemeinschaft. Während des Bestehens derselben liegt keine practische Veranlassung vor, dem Einzelnen einen intellectuellen Antheil zuzusprechen 3).

In meiner im Jahre 1873 in der „Zeitschrift für Rechtswissenschaft,“ (herausgegeben von der juristischen Facultät der Universität Dorpat),

2) Stobbe, a. a. O. Bnd. 4 § 239 und Bnd. 2 § 82.

3) Näher der Ansicht Stobbe's, als der Ansicht III steht die Auffassung, welche über die Natur des Rechtsverhältnisses das bürgerliche Gesetzbuch für das deutsche Reich zeigt (s. § 1438 u. folg.). Nach ihm liegt dem Verhältniß ein Miteigenthum zu Grunde, „bei welchem im Gegensatz zu dem auf dem Princip der Freiheit der einzelnen Theilhaber beruhenden römischen Miteigenthum die Antheile der einzelnen Theilhaber während der Dauer der Gemeinschaft durch die Zwecke der Letzteren gebunden sind und deshalb, als selbstständige Vermögensrechte nicht geltend gemacht werden können, sondern erst mit der Auflösung der Gemeinschaft practisch hervortreten.“ Es „entspricht vorwiegend diese Art der Regelung, wenn auch die Ansichten über die rechtliche Natur der bei diesem Güterstande unter den Ehegatten bestehenden Eigenthumsgemeinschaft, namentlich darüber, ob dieselbe als ein deutsch-rechtlich modificirtes römisches Miteigenthum oder als ein selbstständiger deutsch-rechtlicher Gemeinschaftsbegriff (Gemeinschaft zur gesamten Hand) aufzufassen ist, vielfach auseinander gehen, im practischen Resultate doch dem geltenden Rechte, insbesondere dem preussischen und französischen Rechte, sowie der neuern Doctrin und Praxis.“ (Siehe die Motive zum Gesetzbuch, Bnd IV S. 330 u. 332 und Bd. III. S. 85, 434, 435 u. 438).

Jahrgang IV, Heft III erschienenen Abhandlung „Ueber das Princip des ehelichen Güterrechts“ habe auch ich — und zwar unabhängig von Stobbe, dessen Meinung ich damals noch nicht kannte — diese Ansicht vertreten, freilich nur als eine im Allgemeinen theoretisch mögliche, während ich für das livländische Stadtrecht der Ansicht V noch den Vorzug einräumen zu müssen glaubte. Heute halte ich sie — in einer gewissen Combination mit der Ansicht V — nicht bloß für eine im Allgemeinen mögliche, sondern auch für die unserem Stadtrecht wirklich zu Grunde zu legende Ansicht.

Ich formulire sie also: Die Ehegatten sind Miteigenthümer des Vermögens. Während aber bei dem römischen Miteigenthum, wenn auch nicht das Eigenthum selbst, so doch sein ökonomischer Werth zwischen den Miteigenthümern getheilt ist, steht hier auch der ökonomische Werth des Gutes beiden Ehegatten ungetheilt zu. Es ist ein Miteigenthum ohne besondere Antheile der Genossen. Jeder der Ehegatten gebraucht die Vermögensobjecte ganz und bezieht von ihnen die Früchte ungetheilt und disponirt über das ganze Recht, aber keiner von ihnen allein, sondern nur gemeinsam mit dem andern, und weil das Vermögen ihnen ungetheilt zusteht, muß es auch für ihre Schulden ungetheilt haften. Haben hiernach die Ehegatten dem Eigenthumsrechte nach vollständig gleiche Berechtigungen, so sind letztere jedoch ihrer Ausübung nach verschieden. Diese Verschiedenheit der Ausübung wurzelt im Boden des Familienrechts — der ehelichen Vormundschaft des Mannes einerseits und der Schlüsselgewalt der Frau andererseits. Die Uebereinstimmung der Bestimmungen der Codification von 1864 mit dieser Ansicht werden wir weiter unten nachweisen, nachdem wir auf die Ansicht V näher eingegangen sein werden, mit der ich sie im gewissen Sinne combinire. Hier möchte ich nur einige Bedenken aus dem Wege räumen, welche gegen sie vom Standpunkte der logischen Construction erhoben worden sind.

Diese Polemik knüpft an die oben bereits besprochene Construction eines Gesamteigenthums⁴⁾ an. Dem Angriffe von dieser Seite könnte unsere Auffassung des modificirten Miteigenthums allerdings nicht widerstehen, wenn man es als ein mehrfaches Eigenthumsrecht an der Sache oder wenn man es — wie es eine Zahl von Germanisten in

⁴⁾ Darüber zu vergleichen Stobbe a. a. O. Bnd. II § 82 Anmerk. 29; Gerber „deutsches Privatrecht“ § 77 und Duncker „Das Gesamteigenthum“, Einleitung und § 2.

Bezug auf das Gesamteigenthum thut⁵⁾ als ein Eigenthum sowohl der Gesamtheit, als der Einzelnen ansehen wollte, denn da das Eigenthum sich stets auf die ganze Sache erstreckt und in allen nur denkbaren Befugnissen an derselben besteht, so kann an einer Sache auch nur ein Eigenthumsrecht bestehen und kann das eine Recht entweder nur den Einzelnen oder nur einer Gesamtheit, die dann zugleich als juristische Person gefaßt werden müßte, gehören⁶⁾. Jene Charakteristik paßt aber durchaus nicht auf das hier vertretene modificirte Miteigenthum, denn hier besteht nur ein Eigenthumsrecht und gehört es nur den Einzelnen und ist ihm daher auch eine Unterscheidung von Rechten der Gesamtheit und Rechten der Einzelnen fremd. Daß die Rechte der Genossen bei der ehelichen Gütergemeinschaft aber von einander verschieden sind, liegt nicht in dem ihr zu Grunde liegenden Miteigenthum, sondern in den Bestimmungen des Familienrechts, die hier neben dem Sachenrecht für die Gestaltung der Rechtsverhältnisse entscheidend sind.

In einem Punkt trifft der Angriff, den das Gesamteigenthum erfahren hat, allerdings auch unser modificirtes Miteigenthum, nämlich in so weit, als bei ihm auch der ökonomische Werth der Sache den Miteigenthümern ungetheilt zusteht. Der Angriff gegen das Gesamteigenthum in letzterer Beziehung wird aber durch nachstehende Erwägung zurückgeschlagen.

Das römische condominium und unser modificirtes Miteigenthum sind darin einander vollständig gleich, daß das Eigenthumsrecht nur von allen Miteigenthümern zusammen in Bewegung gesetzt werden, also die in ihm liegenden Befugnisse jeder nur mit Zustimmung des andern ausüben kann. Der Unterschied zwischen ihnen liegt nur darin, daß bei jenem nach bestimmten Quoten jeder Miteigenthümer an dem Ertrage und dem Erlöse der Sache theilhaftig ist, über diese Theilhaberechtigung frei verfügen und jederzeit die Auflösung des Gemeinschaftsverhältnisses verlangen kann; beim modificirten Miteigenthum aber auch die Nutzung der Sache nur Allen zusammen gebührt und auch Keiner ohne die Zustimmung des Andern sich dem Gemeinschaftsverhältniß entziehen kann⁷⁾.

⁵⁾ Siehe die bei Stobbe a. a. O. Bnd. II S. 80 Anmerk. 26 angeführten Schriftsteller. So lehrt beispielsweise Beseler, Privatrecht § 83: Das Eigenthum sei so vertheilt, „daß neben dem Rechte der Gesamtheit selbstständige Sonderrechte der einzelnen Mitglieder begründet sind.“

⁶⁾ Stobbe, a. a. O. S. 80 u. 81.

⁷⁾ Siehe oben §§ 1 und 2.

Fassen wir nun zunächst das erste Unterscheidungsmerkmal, die quotative Antheilsberechtigung der Miteigenthümer an den Früchten in's Auge. Unmöglich ist es, diese dem römischen condominium eigene Berechtigung so zu verstehen, daß Jeder einen bestimmten Theil der Früchte, welcher seinem Antheil am Eigenthumsrechte entspricht, auch gegen den ausgesprochenen Willen des Andern für sich nehmen kann; z. B. daß, wenn an einem Apfelbaume auf einem Grundstück, das Zweien zu gleichen ideellen Theilen gehört, hundert Äpfel vorhanden sind, jeder der beiden Miteigenthümer sich fünfzig Äpfel beliebig, ohne auf den Widerspruch des andern Rücksicht nehmen zu brauchen, aussuchen kann. Unmöglich ist dies, weil einmal, wenn ein Jeder von ihnen gleichzeitig einen bestimmten Apfel zu erfassen im Begriffe wäre, eine Theilung in diesem Sinne thatsächlich undurchführbar wäre und zweitens weil, wenn umgekehrten Falls Einer dem Andern zuvorkommen dürfte, jener alle guten, dieser alle schlechten Äpfel erhalten könnte, wodurch der ökonomische Werth der Sache ganz verschieden unter ihnen sich vertheilen würde.

Das Verhältniß kann vielmehr nur also gedacht werden: dem Eigenthumsrecht nach hat ein jeder Miteigenthümer auf jede mögliche Nutzung der Sache, also — um bei unserm Beispiel zu bleiben — auch auf jeden Apfel einen Anspruch, aber ebenfalls nur zusammen mit dem andern. Er kann daher keinen Apfel ohne die Zustimmung des Andern brechen und für sich allein nehmen. Mit dem Eigenthumsrechte verbunden ist aber eine aus dem Gemeinschaftsverhältniß fließende persönliche Verpflichtung jedes Miteigenthümers, zufolge welcher jeder vom andern verlangen kann, daß die von ihnen gemeinschaftlich bezogenen Nutzungen ihrem Werthe nach und nach bestimmten Quoten zwischen ihnen getheilt werden.

Geht man von dieser allein möglichen Auffassung des römisch-rechtlichen Miteigenthums aus und erwägt man zugleich, daß der uns gemachte Vorwurf uns mit dem Eigenthumsbegriff in Widerspruch zu stellen, dem römischen condominium nicht gemacht wird, so könnte der angebliche Widerspruch, in dem unser modificirtes Eigenthum zu dem Eigenthumsbegriff stehen soll, nur darin liegen, daß hier jene persönliche Verpflichtung der Miteigenthümer zur Theilung der Nutzungen und zur eventuellen Aufhebung der Vermögensgemeinschaft fehlt oder — was dasselbe ist — es müßte, wenn der Vorwurf begründet sein soll, jene dem römischen condominium eigene persönliche Ver-

pflichtung der Miteigenthümer zur Theilung zc. ein logisch nothwendiges Postulat des Eigenthumbegriffes sein. Dem ist aber nicht so. Denn einmal kann eine Verpflichtung nur dann Postulat der Logik sein, wenn zuvor eine andere Verpflichtung besteht, aus der sie abgeleitet wird. Der hier in Rede stehenden Verpflichtung geht aber keine vorher, sondern ist sie unmittelbar angeknüpft an das Gemeinschaftsverhältniß selbst und zweitens liegt, allein vom logischen Standpunkte aus betrachtet, durchaus nichts Unerklärliches darin, daß der eine Miteigenthümer den andern nicht zur Theilung der Nutzungen der Sache und zur Aufhebung der Gemeinschaft zwingen kann. Die *actio communi dividundo* kann daher nicht eine logische Folgerung aus dem Begriff des Eigenthums sein, sondern muß erklärt werden aus dem wirthschaftlichen Zweck des Eigenthums, dessen Realisirung — im Allgemeinen — allerdings postulirt, daß die Theilung der Nutzung der Sache nach einem bestimmten Maßstabe, sowie die Auflösung der Gemeinschaft sich erzwingen lasse. Von diesem Standpunkte betrachtet, ist es aber auf der andern Seite wieder ganz natürlich, daß, wo ausnahmsweise der wirthschaftliche Zweck des Eigenthums sich auch ohne dieses Recht auf Theilung der Nutzungen erreichen läßt und höhere Rücksichten die Lösung der Gemeinschaft verbieten, die Verpflichtung zu beiden entfällt.

Sodann sind gegen das hier vertretene modificirte Miteigenthum noch zwei Gründe geltend gemacht worden, welche — wenn wir sie richtig verstehen — auf folgendem Gedankengang beruhen. Erstens: Theile setzen überall ein Ganzes voraus, welches getheilt ist. Bei unserer Auffassung aber wäre weder die Sache, noch das Recht, noch der Werth, folglich im Grunde gar nichts getheilt. Wenn aber gar nichts getheilt sei, so könne man ebenso wenig wie von bestimmten, auch nicht von unbestimmten Theilen sprechen, welche letztere überdies eine *contradictio in adjecto* enthielten⁸⁾. Dieser Einwand läuft, da er sich nur gegen das Wort „Theil“ richtet, das Rechtsverhältniß

⁸⁾ Siehe Erdmann „Das Güterrecht der Ehegatten“, S. 257, Anmerk. 525: „Der neuerdings von H. Gürgens (Dorpater Zeitschrift für Rechtswissenschaft, Jahrgang IV) aufgestellten Meinung, als ließe sich ein Miteigenthum ohne bestimmte ideelle Theile denken, vermag der Verfasser sich nicht anzuschließen. Es scheint jener Deduction eine Verwechselung zwischen nicht ausdrücklich fixirten und zwischen nicht existirenden Anttheilen der *condomini* zu Grunde zu liegen. Denn es ist eben logisch unmöglich ein Eigenthum Mehrerer an derselben Sache anders als nach Sachtheilen (ideellen oder realen) zu denken.“

sonst aber nicht berührt, auf einen bloßen Wortstreit hinaus und fällt daher zusammen, wenn das Recht der Miteigenthümer nicht mit dem Ausdruck „Theil“ oder „Antheil“, sondern mit dem der „Mitberechtigung“ bezeichnet wird.

Zweitens: Das Miteigenthum mache bei einer Reihe von Processen, wie namentlich bei Veräußerungen, Verhaftung des Vermögens für die Schulden der einzelnen Miteigenthümer, Kostentragung, Gewinnvertheilung es zur unabweislichen Nothwendigkeit, daß ein Maßstab bestehe, wonach der Werth des Rechts, den ein jeder Einzelne an der Sache habe, berechnet werden könne, folglich sei ein Miteigenthum ohne bestimmte Quotentheilung (oder zu unbestimmten Anthteilen) unmöglich⁹⁾. Dieser Einwand würde seine volle Berechtigung haben, wenn das von uns vertretene modificirte Miteigenthum den Anspruch erheben wollte, die allgemeine Form des Miteigenthums zu sein und daher jederzeit durch Vortrag der Partheien constituirt werden könnte, oder wenn, wo es ausnahmsweise besteht, der Maßstab für die Vertheilung des ökonomischen Werths des Gesamtguts auch bei Auflösung des Gemeinschaftsverhältnisses unfixirt bliebe. Unter diesen Voraussetzungen würde das Institut allerdings der Ausführbarkeit entbehren, indem dort die ökonomische Ausnutzung des Eigenthums in vielen Fällen unmöglich, hier der Modus der Theilung des gemeinschaftlichen Vermögens eine rechtlich nicht lözbare Frage sein würde. Obige Voraussetzungen treffen aber dann nicht zu, wenn man das modificirte Miteigenthum auf die eheliche Gütergemeinschaft und diesem analoge Rechtsverhältnisse einschränkt und wenn zugleich das Recht die Fixirung von bestimmten Anthteilen der Genossen nicht vollständig unterläßt, sondern nur bis zur Auflösung des Gemeinschaftsverhältnisses hinauschiebt, während des Bestehens desselben aber das Verhältniß so ordnet, daß weder für die einzelnen Genossen selbst, noch für dritte Personen, die an sie Ansprüche haben, eine Veranlassung zur Fixirung von bestimmten Quoten des Gesamtguts hervortritt. Diese beiden Bedingungen zeigen sich aber bei der ehelichen Gütergemeinschaft vollständig erfüllt, indem hier bei der Auflösung der Ehe sich die bis dahin quotativ unbestimmt gelassene Mitberechtigung jedes Gatten in eine bestimmte Quote am Gesamtgut umwandelt oder (wie bei der Ehescheidung), das

⁹⁾ Erdmann, „System des ostseeprovinziellen Privatrechts“, Bd. 2, S. 22. Ueber andere Vertreter dieser Meinung siehe Stobbe a. a. O. Bd. 2, § 82, S. 82, Anmerk. 29.

Gesammtgut sich in seine ursprünglichen Bestandtheile auflöst und während des Bestehens der Ehe das Recht in dem Institut der ehelichen Vormundschaft, in der Schlüsselgewalt der Ehefrau und in dem Grundsatz, daß für die von den Ehegatten rechtsgiltig eingegangenen Schulden im Allgemeinen das Gesamtgut, für die vor-ehelichen Schulden der Frau aber nur das von ihr in die Ehe gebrachte oder während derselben erworbene Gut haftet, Vorkehrungen getroffen hat, die die Nothwendigkeit zu einem Hervortretenlassen besonderer ideeller Antheile der den Ehegatten während Bestandes ihres Gemeinschaftsverhältnisses ausschließen. Die Behauptung, daß der Antheil jedes Ehegatten ein bestimmter sein muß, beruht daher entweder auf der unerwiesenen Behauptung, daß es bei der ehelichen Gütergemeinschaft auch schon während Bestehens derselben gewisse Fälle gebe, in welchen ohne Annahme solcher Antheile eine Anzahl Rechtsfragen in Betreff der Verwerthung und Realisirung des Eigenthumsrechts unlösbar bleiben müssen oder läuft, wie bereits oben bemerkt worden ist, auf einen bloßen Wortstreit hinaus oder ist endlich, wie Stobbe¹⁰⁾ richtig bemerkt eine *petitio principii*.

Ansicht V. Princip der ehelichen Vormundschaft.

§ 16.

Vorauszuschicken ist hier, daß diese Ansicht natürlich nur für die Verhältnisse während bestehender Ehe den Erklärungsgrund in der ehelichen Vormundschaft sieht, während sie für die Rechtsverhältnisse nach Auflösung der Ehe, mit der die eheliche Vormundschaft erlischt, auf Grund positiver Rechtsvorschriften das Bestehen einer vollständigen, resp. einer theilweise eintretenden Gemeinschaft zugesteht.

Als hervorragendste Vertreter dieser Ansicht sind zu nennen Cropp, welcher sie für das hamburgische Recht in seiner oben bereits vielfach citirten Abhandlung „eheliches Güterrecht in Hamburg“ aufgestellt hat, und für das livländische Stadtrecht Erdmann in seinem ebenfalls bereits wiederholt erwähnten „Güterrecht der Ehegatten nach dem Provinzialrecht Liv-, Est- und Kurlands.“

Auch schloß sich der Rigasche Rath seit seinem Appellations-erkenntniß vom 18. November 1881, № 7546, dieser Ansicht an¹⁾

¹⁰⁾ Stobbe, a. a. O. „Es ist eine *petitio principii* von Forster“ (III § 182 zu № 37), „daß der Antheil des Einzelnen immer ein bestimmter sein muß.“

¹⁾ Siehe Zwingmann, Entscheidungen Bd. VI, S. 90 und Bd. VII, S. 21

In der Zeit vor der Codification von 1864 haben sich noch für sie ausgesprochen Rapiersky in seiner citirten Abhandlung über die „Morgengabe nach rigischem Stadtrecht“²⁾ und in gewissem Sinne auch Bunge (Privatrecht Bd. 2, § 282)³⁾. Ich habe ihr, wie oben bereits erwähnt, in meiner frühern Abhandlung⁴⁾ ebenfalls den Vorzug vor allen andern Ansichten eingeräumt, dabei aber zugleich die Möglichkeit anerkannt, das Rechtsverhältniß auch auf ein Miteigenthum ohne bestimmte ideelle Antheile zurückführen zu können.

Cropp's Ansicht⁵⁾ ist im Wesentlichen folgende: Das Rechtsverhältniß ohne alles Mittelglied aus einer Gütergemeinschaft abzuleiten ist unmöglich, da „aus dieser allein nie erklärt werden kann, warum der Mann die Befugniß hat, das Gesamtgut einseitig mit Schulden zu beschweren und die Güter der Frau einseitig zu veräußern, während ihr die gleichen Befugnisse keineswegs zukommen, sie vielmehr zur Veräußerung ihrer eigenen oder wohl gar der Güter ihres Mannes überall nicht, und zur Eingehung von Verbindlichkeiten, welche der Mann zu erfüllen hätte, nur in so weit berechtigt erscheint, als solche des Hauses Nothdurft betreffen, auf vernünftige Weise in Haushaltungsangelegenheiten contrahirt sind oder als sie mit Bewilligung des Mannes Handel treibt“⁶⁾. Um dieses erklären zu können, müssen die Vertreter des Princip's der Gütergemeinschaft den Umstand mit zu Hilfe nehmen, daß der Mann das Haupt der Ehe ist oder, wenn man

2) Siehe denselben § 4.

3) Bunge erklärt zunächst als unstreitig, daß „während bestehender Ehe eine f. g. allgemeine Gütergemeinschaft der Ehegatten stattfindet“ und fügt dann hinzu, daß „man ein Gesamteigenthum als Grundlage dieser Gemeinschaft annehmen müßte, wenn dieselbe sich nicht aus der Vormundschaft des Ehemannes, welcher auch das Vermögen der Frau unterworfen ist, genügend erklären ließe“ (siehe sein Privatrecht Bd. 2, § 282, S. 107). Hiernach erkennt m. E. Bunge den Wirkungen nach eine innere Gütergemeinschaft an, glaubt aber dieselben ohne zu dem bestrittenen Begriff des Gesamteigenthums greifen zu müssen, schon genügend aus der ehelichen Vormundschaft erklären zu können. Wäre Letzteres aber nicht möglich, so müßte ihr doch das Gesamteigenthum unterstellt werden.

4) Dorpater Zeitschrift für Rechtswissenschaft, Jahrg. IV., Heft 3, S. 22 u. folg.

5) Während Cropp's Ansicht Anfangs viel Anhänger fand, wird gegenwärtig für Hamburg wieder allgemeine Gütergemeinschaft angenommen; siehe Neubauer, „eheliches Güterrecht“, S. 271; Roth, „System des deutschen Privatrechts“, Bd. 2, S. 103, 78, Anmerk. 60 und Schröder, „das eheliche Güterrecht Deutschlands“ in den „deutschen Zeit- und Streitfragen“, Heft 59, S. 36.

6) a. a. O. S. 483.

dieses mit seinem juristischen Namen bezeichnet, daß dem Manne die eheliche Vormundschaft auch über das Vermögen der Frau zusteht. Muß dies aber geschehen, so fragt es sich billig, ob nicht diese Vormundschaft des Mannes allein schon den zwingenden Erklärungsgrund der Sache abgeben könne. Dieses ist nun allerdings der Fall, denn es kommt nur darauf an, Befugnisse des Mannes über das Vermögen der Frau zu erklären, nicht aber gegenseitige Befugnisse der Eheleute, und zu solcher Erklärung genügt offenbar die Nachweisung eines einseitigen Rechts des Mannes, und bedarf es nicht die eines gegenseitigen Rechts von Mann und Frau. Dieses Recht des Mannes besteht aber seiner juristischen Form nach darin, daß er das Vermögen seiner Frau, wie sie selbst unter seine Vormundschaft oder, was damit gleichbedeutend ist, daß er ihre Güter in seine Gewähr aufnimmt ⁶⁾. Sieht man zuvörderst auf das Veräußerungsrecht des Mannes, so ist dasselbe in Bezug auf die von der Frau inferirte Fahrniß unbeschränkt. Dieses ist eine consequente Folge davon, daß sie solche aus ihrer Gewähr gelassen und sie dem Manne anvertraut hat. Daß aber der Mann (nach älterem Recht) die Liegenschaften der Frau ohne ihre Zustimmung nicht veräußern kann, das erklärt sich wieder vollkommen aus derselben rechtlichen Ansicht, indem derjenige, welchem die Gewähr an einer fremden Liegenschaft zusteht, damit auch nach dem germanischen Recht noch nicht die Befugniß, solche dem Eigenthümer ohne dessen Zustimmung durch eine Veräußerung zu entziehen, erhält. Sollte die Sache aus einer Gemeinschaft der Güter und etwa aus der größeren Wichtigkeit, die man auf die Erhaltung der Liegenschaft legte, erklärt werden können, so müßte der Mann an die Zustimmung seiner Ehefrau auch in dem Falle gebunden worden sein, wenn er eine von ihm mit in die Ehe gebrachte oder von ihm während der Ehe erworbene Liegenschaft hätte veräußern wollen. Dieses findet aber nicht statt ⁷⁾. Was die Verhaftung des Frauenguts für die Schulden des Mannes anbetrifft, so konnte bereits nach sächsischem Recht der Mann bei seinem Leben das Gut der Frau zur Bezahlung seiner Schulden verwenden. Wenn das hamburgische Recht in dieser Beziehung weitergeht, indem es den Gläubigern das Recht giebt auch nach dem Tode des Mannes das der Frau bis dahin angefallene Gut zur Befriedigung ihrer Forderungen heranzuziehen, so ist auch dieses erweiterte Recht der

6) S. 485 und 486.

7) S. 486 und 487.

Gläubiger, wie es sich in den Städten allmählich entwickelt hatte, als eine Folge der sich auf das Gut der Frau erstreckenden ehelichen Vormundschaft zu erklären⁹⁾.

Daß aber nach Auflösung der Ehe das Vermögen auch dem Eigenthum nach zusammenfließt und nach Gesamtquoten getheilt wird, erklärt Cropp so, wie wir die gleiche Vermögensverschmelzung oben¹⁰⁾ nach den umgearbeiteten rigischen Statuten und den Statuten von 1673 erklärt haben, nämlich aus der an eine Unmöglichkeit grenzenden Schwierigkeit, das beiderseitige Vermögen seinen ursprünglichen Bestandtheilen nach von einander zu trennen, nachdem es während der Ehe in Folge des fast unbeschränkten Dispositionsrechts des Mannes auch über das Frauengut und der unbeschränkten Haftung des letzteren für seine Schulden, sich vollständig mit einander vermischt hat.

Erdmann's Ansicht, der — für das livländische Stadtrecht — in der ehelichen Vormundschaft ebenfalls das einzige Erklärungsprincip für das Rechtsverhältniß erblickt, beruht in der Hauptsache auf den gleichen Erwägungen, wie die Auffassung Cropp's. Wir beschränken uns daher darauf, nur diejenigen Momente derselben anzuführen, die sich speciell auf das livländische Stadtrecht beziehen oder in denen sie von der Ansicht Cropp's abweicht. Diese Momente sind folgende:

- 1) Die Immobilien der Frau sind nicht für die Schulden des Mannes verhaftet, denn, da nach dem Art. 83 des III. Theils des Provinzialrechts der Mann die auf den Namen der Frau verzeichneten und die während bestehender Ehe von beiden Ehegatten gekauften Immobilien ohne Genehmigung der Frau mit keinerlei Lasten beschweren kann, so muß gefolgert werden, daß er sie auch nicht verschulden dürfe¹¹⁾.
- 2) Der Satz, daß die Gesamtmasse für die Handelschulden der Frau haftet, sei den alten Quellen fremd, da nach diesen der Mann nur verpflichtet sei, solche Schulden aus dem Vermögen der Frau zu bezahlen. Der Art. 92 des III. Theils des Provinzialrechts lasse zwar seinem Wortlaute nach jene weitere Deutung zu, doch könne er nur dann mit seiner Quelle in Einklang gebracht werden, wenn

⁹⁾ Cropp a. a. O. S. 502 und 503.

¹⁰⁾ Siehe oben § 7.

¹¹⁾ Erdmann, a. a. O. S. 101, 102, 232 und 233.

hier ein wirkliches Gemeinschaftsverhältniß zwischen den Ehegatten — eine Societät — angenommen werde, „so daß der Regel nach in der Genehmigung des Ehemanns zur Etablierung eines Handelsgeschäfts, wie sie der Art. 92 verlange, eine stillschweigende Affociirung zu suchen sein dürfte¹²⁾.

3) Mit der Bestimmung des Art. 90 des III. Theils des Provinzialrechts, wonach für die Delictschuld der Frau nicht bloß ihr Sondergut, sondern eventuell auch die Gesamtmasse haftet, sei keineswegs eine Consequenz aus dem ältern ehelichen Güterrecht Rigas beabsichtigt. Dies gehe einerseits daraus hervor, daß die bezügliche Bestimmung in den Rigaschen Statuten früherer Zeit nirgends zu finden sei, und daß der ausschließliche Hinweis des Art. 90 auf (übrigens falsch citirte) Digestenstellen die Absicht des Gesetzgebers deutlich kennzeichnet, hier einen gemeinrechtlichen Satz zu sanctioniren. Es dürfte derselbe sich auch in der bekannten Theorie des römischen und ältern deutschen Rechts finden lassen, wonach wegen Beschädigung durch unselbstständige Personen, als einen Aufsichtsmangel ihrer Gewalthaber involvirend, auch gegen die Letzteren eine Klage gerichtet werde, gleichsam aus ihrem eigenen Delict¹³⁾.

4) Nur bei beerbter Ehe findet nach dem Tode eines der Ehegatten eine Verschmelzung des Vermögens dem Eigenthumsrechte nach statt und erklärt sich diese aus dem germanischen Institut der Absonderung der Kinder, welche nach dem hamburgischen Recht — um den Kindern die Einrichtung eines selbstständigen Haushalts zu erleichtern — dahin geordnet war, daß sie, wenn nach dem Tode eines Parens das Vermögen desselben zur Theilung gelangte, zugleich mit ihrem Erbtheile aus dessen Vermögen, vom überlebenden Parens die Abfindung auch von seinem dereinstigen Nachlaß verlangen konnten¹⁴⁾. Behufs solcher Absonde-

¹²⁾ Siehe S. 116 und 117.

¹³⁾ Siehe S. 133, 134 und 141.

¹⁴⁾ Siehe S. 211.

nung muß daher der überlebende Parens sein Vermögen in die Theilungsmasse einwerfen¹⁵⁾.

- 5) Ist die Ehe unbeerbt, so nimmt die Wittve vor der Theilung voraus: a) ihre ererbten Immobilien, da diese als Erbgut ihren nächsten Blutsverwandten nicht entzogen werden können, b) die auf ihren Namen verzeichneten wohl-erworbenen Immobilien, da solche als ihr Sondergut aufzufassen sind und c) ihre Morgengabe, die, gleichwohl sie nicht mehr wie im frühern Recht dem jedesmaligen Werthe ihrer Mitgift entspricht, sondern in einem gesetzlich ein für alle Mal bestimmten Pauschalquantum besteht, nichts desto weniger das von ihr dem Manne zugebrachte Vermögen vertritt. Das sodann übrig bleibende Gut ist rechtlich als Nachlaß des Mannes zu betrachten und erhält sie davon als seine Erbin die Hälfte¹⁶⁾.

Der Theilungsmodus nach Quoten der Gesamtmasse ist sodann auch auf den Fall des unbeerbten Wittwers ausgedehnt, „wahrscheinlich um die Blutsverwandten der Frau nicht ihres Erbrechts an den in specie nicht mehr nachweisbaren Illaten der Frau zu berauben“¹⁷⁾. Die ihm bei der Theilung zufallende Quote ist aber kein Erbrecht im Vermögen der Frau, sondern repräsentirt nur sein eigenes Vermögen¹⁸⁾.

§ 17.

An den oben dargelegten Ansichten Cropp's und Erdmann's — der ersteren, soweit in ihr das Erklärungsprincip auch für das Güterrecht der livländischen Städte liegen soll — glaube ich nachstehende Ausstellungen machen zu müssen.

Der Versuch, die unbeschränkte Haftung des Frauenguts für die Schulden des Mannes ausschließlich aus der ehelichen Vormundschaft

15) Ebendasselbst S. 232. Nach einer andern Stelle der Erdmannschen Schrift (S. 227 Anmerk. 352) enthält das Aufgehen der Illaten und der Aussteuer der Frau eine „Collation aus Zweckmäßigkeitsgründen gegen Erwerb einer größern Erbschaft“.

16) Ebendasselbst S. 181—184 und 227 Anmerk. 352.

17) Erdmann ebendasselbst S. 238 u. 239. Ob auch der Wittwer bei unbeerbter Ehe — ebenso wie die Wittve — die auf seinen Namen verzeichneten von ihm erworbenen Immobilien vor der Theilung vorwegnimmt, läßt Erdmann unausgesprochen, es dürfte aber wohl in der Consequenz seiner Ansicht liegen.

18) Ebendasselbst S. 248.

abzuleiten, muß daran scheitern, daß (ebenso wie nach dem hamburgisch-rigischen Recht¹⁾ die von der Frau in die Ehe gebrachten und mit ihrem Gut während der Ehe angekauften Immobilien) nach der Codification von 1864²⁾ die auf ihren Mann in den Grundbüchern verzeichneten und von beiden Ehegatten während der Ehe angekauften Immobilien dem Ehemann kraft der ehelichen Vormundschaft zustehenden Dispositionsrechte garnicht unterliegen, gleichwohl aber auch diese Immobilien für seine Schulden haften. Diese Haftung kann mithin nicht aus dem Dispositionsrechte des Mannes fließen. Wenn aber Erdmann zur Vermeidung dieses bei der Zugrundelegung der Cropp'schen Auffassung sich ergebenden Widerspruchs auf Grund des Art. 83 der Codification die Immobilien der Frau von der Haftung für die ehemännlichen Schulden ganz ausnehmen will, weil der Mann nach diesem Art. dieselben ohne Genehmigung der Frau mit keinerlei Lasten beschweren kann, so steht dem der Umstand entgegen, daß unter den Lasten eines Immobilis wohl die hypothekarischen, nicht aber auch die persönlichen Schulden des Eigenthümers des Immobilis verstanden werden können, mithin der Art. 83, welcher dem Ehemann bloß die Beschwerung der in Rede stehenden Immobilien mit Lasten verbietet, die Frage, wie weit sie für seine Schulden haften, garnicht berührt; für diese vielmehr nur der darauf folgende Art. 85 maßgebend sein kann, zufolge dessen die gesammte Masse „für sämtliche vom Ehemann contrahirten Schulden haftet“³⁾. Wie wir früher gesehen haben, ist dies auch nach den ältern Quellen ganz zweifellos⁴⁾.

Die Meinung Erdmann's, daß für die Bestimmung des Art. 92, wenn man nicht einen Widerspruch desselben mit seinen Quellen annehmen will, der Grund nur darin gefunden werden kann, daß der Codificator in der Genehmigung des Ehemanns zur Etablirung seiner Frau eine stillschweigende Associirung Beider angenommen habe, scheint mir nicht haltbar, weil, wie wir oben⁵⁾ gesehen haben, die Quelle dieses

1) Siehe oben § 4, Anm. 1.

2) Art 83.

3) Damit stimmt auch die Praxis überein: Siehe das in „Zwingmann's Entscheidungen“ abgedruckten Erkenntniß: Bnd. 3 S. 18 und 19.

4) Siehe oben Seite 11 u. 13 und Cropp a. a. O. S. 565 u. 566. — Die Frage, ob die Immobilien, die der Ehemann ohne Zustimmung der Frau nicht veräußern kann, dennoch für seine Schulden haften, wird auch vom bürgerl. Gesetzbuch für's deutsche Reich bejaht (Siehe daselbst §§ 1438 u. 1459).

5) Siehe oben § 6 Anm. 8.

Artikels — Statuten von 1673 Buch III Tit. 6 § 5 — ebenso bestimmt, wie letzterer selbst, den Mann für die Handelsschulden der Frau nicht bloß mit ihrem Vermögen, sondern überhaupt haften läßt; weil ferner die Genehmigung des Mannes zur Etablirung der Frau bei dem Eigenthumsrecht nach gesonderten Gütern — wie Erdmann sie annimmt — keineswegs den Schluß rechtfertigt, daß der Ehemann sich in dem von ihr etablirten Handelsgewerbe mit ihr associire, und weil drittens das Societätsverhältniß, wenn es nicht in der Form einer offenen Handelsgesellschaft geschlossen wird, durchaus nicht immer eine Mitverhaftung des einen socius für die Schulden des andern begründet.

Daß die Bestimmung des Art. 92 aber nicht aus der ehelichen Vormundschaft abgeleitet werden kann, scheint ebenfalls gewiß, denn der Vormund ist für die von ihm genehmigten Geschäfte seines Mündels (abgesehen von einer etwaigen seinerseitigen Verschuldung) niemals mit seinem eigenen Vermögen verantwortlich.

Also auch der Satz des Art. 92 kann daher — wenn er sich nicht aus der Theorie der Gütergemeinschaft entwickelt hat — nur auf eine singuläre Rechtsbestimmung zurückgeführt werden⁶⁾.

Ferner können wir auch nicht die Auffassung Erdmann's hinsichtlich der Entstehung des Art. 90 des III. Theils des Provinzialrechtstheilen. Die erste Frage, welche die Codification in Betreff der Delictschulden der Frau zu beantworten hatte, war die: kann das Vermögen der Frau — soweit es nicht Sondergut, sondern der ehelichen Vormundschaft des Mannes unterworfen ist — überhaupt für ihre Delictschulden in Anspruch genommen werden? War diese Frage zu bejahen, dann war weiter festzustellen, ob bloß ihre Maten oder die gesammte Masse für dieselben verhaftet sei? Die Möglichkeit zu Zweifeln in Bezug auf die erste Frage war dadurch gegeben, daß der Frau in Folge der ehelichen Vormundschaft des Mannes die Disposition über ihr Vermögen (abgesehen vom Sondergut) fehlt (Art. 11 und 12). Bei Erwägung dieser Frage mußte es von entscheidender Bedeutung sein, daß dieselbe in einem analogen Falle von einer Bestimmung des römischen Rechts bejahend beantwortet wird. Dies ist die Bestimmung der L. 13 § 1 D. de dolo malo (IV, 3) und der L. 1 § 15 D. depositi (XVI, 3), zufolge welcher derjenige Minderjährige, welcher der Mündigkeit bereits nahe steht, für Schulden, die aus von ihm be-

⁶⁾ Siehe oben S. 25.

gangenen Delicten entstanden sind, haftet: Auf Grund dieser Analogien hielt nun der Codificator es für geboten, auch das unter der Vormundschaft stehende Vermögen der Ehefrau für ihre Delictschulden für verhaftet zu erklären und führte unter dem Art. 90, in welchem er in diesem Sinne die Frage entschied, die beiden gen. Digestenstellen als die Quelle dafür an. Daraus ergibt sich, daß er diese Stellen nicht, wie Erdmann meint, irrthümlich, sondern voll berechtigt als Quelle citirt hat. Daß dies die richtige Erklärung für das in Rede stehende Citat ist, wird auch dadurch bewiesen, daß die Codification sich veranlaßt gesehen hat die Frage, ob das unter der ehelichen Vormundschaft stehende Vermögen der Frau für ihre Delictschulden herangezogen werden könne, auch für das liv- und estländische Landrecht, sowie das kurländische Land- und Stadtrecht — in welchen Gebieten unbestritten keine Gütergemeinschaft besteht — zu entscheiden und auch hier die Bejahung der Frage auf jene beiden Stellen des römischen Rechts gestützt hat, wie solches der Art. 57 und die unter ihm befindliche Quellenangabe nachweist.

Der Art. 90 verbindet aber mit der Beantwortung der ersten Frage zugleich die der zweiten, indem er nicht bloß die Frau überhaupt für ihre Delictschulden verantwortlich erklärt, sondern zugleich bestimmt, daß für diese ihre Schulden die gesammte Masse haftet. Dafür findet sich unter dem Art. keine Quellenangabe und hat Erdmann darin allerdings Recht, daß dafür auch keine Bestimmung aus den alten Statuten angeführt werden kann. Daraus läßt sich aber nicht — wie Erdmann weiter meint — der Schluß ziehen, daß die im Art. ausgesprochene Haftung der Gesammtmasse für die in Rede stehenden Schulden der Frau auf die bekannte Theorie des römischen und älteren deutschen Rechts, wonach wegen Beschädigung durch unselbstständige Personen, als einen Aufsichtsmangel ihrer Gewalthaber involvirend, auch gegen die Letzteren eine Klage gerichtet wurde, zurückzuführen sei. Dieser Schluß verbietet sich durch nachstehende Erwägungen: Erstens hätte der Codificator, wenn er sich auf jene Theorie gestützt hätte, zweifelsohne die dieselbe stützenden Quellenstellen des römischen oder deutschen Rechts citirt; zweitens bezieht sich jene Theorie nach der Charakterisirung Erdmann's auf die Gewaltverhältnisse überhaupt, folglich müßten auch nach dem liv- und estländischen Landrecht, sowie dem kurländischen Land- und Stadtrecht der Ehemann für die Delictschulden der Frau und überall im Gebiet des Provinzialrechts die Eltern für die Delictschulden

der unter ihrer Gewalt stehenden Kinder haften — was Beides, wie die Art. 57 und 222 lehren, nicht zutrifft, und drittens steht nach Art. 3445 der Codification fest, daß für die Delictschulden der unter Aufsicht stehenden Personen die Aufsichtführenden nicht schlechthin, sondern nur in Fällen eines ihren nachzuweisenden Mangels der Beaufsichtigung haften.

Worin liegt nun aber nach der Auffassung des Codificators der Grund dafür, daß nicht bloß die Illaten der Frau, sondern die gesamte Masse für ihre Delictschulden haften? Der Mangel eines Quellencitatz dafür giebt darauf die Antwort. Weil dieses fehlt, kann er diese Haftung nur als eine selbstverständliche Consequenz der Verhaftung ihres Guts für diese Schulden angesehen haben, selbstverständlich ist diese Consequenz aber nur dann, wenn ihm die Gütergemeinschaft, welche er an der Spitze der Lehre (Art. 79) als das Princip hinstellt, als eine wirkliche, d. h. auch der Substanz nach stattfindende Vereinigung des beiderseitigen Vermögens der Ehegatten gilt und zugleich als eine solche, in der das Vermögen ihnen nicht zu bestimmten Theilen, sondern ungetheilt zusteht, denn, wie wir oben gesehen haben, folgt aus dem ungetheilten Miteigenthum der Satz, daß das gemeinschaftliche Vermögen auch ungetheilt für die Schulden jedes Gatten haftet, ganz von selbst.

Auch ist meines Erachtens der Auffassung Erdmann's über die Rechtsverhältnisse nach Auflösung der Ehe nicht beizupflichten.

Der Versuch, den Theilungsmodus nach Quoten des Gesamtvermögens (bei beerbter Ehe) daraus zu erklären, daß man bestrebt war, den Kindern die Etablirung eines selbstständigen Haushalts zu erleichtern und deshalb den überlebenden Parens verpflichtete, bei der Theilung des Vermögens des verstorbenen Parens die Kinder auch mit ihrem Erbtheil in sein Vermögen abzufinden, scheitert an folgender Erwägung: Wäre der Gesetzgeber von diesem Bestreben ausgegangen, so hätte er vor Allem dem überlebenden Parens zur Pflicht machen müssen, mit den Kindern, sobald sie ein reiferes Alter erreicht, überhaupt zu theilen, statt dessen ist er nach livländischem Stadtrecht, falls er nicht eine zweite Ehe eingeht, berechtigt, während seiner ganzen Lebenszeit im Besitz des ganzen Vermögens zu verbleiben (Art. 1823).

Endlich kann ich Erdmann auch nicht beipflichten, wenn er lehrt, daß die Frau bei unbeerbter Ehe vor der Theilung die von ihr ererbten Immobilien (als Erbgut) und die auf ihren Namen verzeichneten (als

Sondergut) aus der Masse vorwegnimmt. Nach Art. 1819 der Codification muß der überlebende Gatte sich „in das gesammte in der Gütergemeinschaft begriffene Gut (Art. 80) mit den nächsten Blutsverwandten des verstorbenen Gatten theilen“. Nach Art. 80 wird aber diese gesammte Masse gebildet aus dem von den Ehegatten in die Ehe gebrachten, dem Einen von ihnen oder Beiden gemeinschaftlich während der Ehe, aus welchem Grunde es auch sei, zugefallenen und dem von ihnen während der Ehe erworbenen Vermögen, während ausgenommen von ihr nach Art. 81 nur die außerhalb des Stadtgerichtsbezirks belegenen Immobilien und das Sondergut sind. Die ererbten Liegenschaften der Frau von der Theilung mit den Blutsverwandten auszuschließen, widerspricht mithin einer ausdrücklichen Bestimmung der Codification. Ebenso machen auch die älteren Quellen, nachdem von ihnen der Theilungsmodus nach Gesamtquoten für die unbeerbte Ehe eingeführt war, hierbei keinerlei Unterschied zwischen dem ererbten und dem wohl erworbenen Vermögen der Ehegatten⁷⁾. Nach hamburgischem Recht gilt das Gleiche⁸⁾.

Ebenso wenig läßt es sich aufrecht halten, daß die in den Grundbüchern auf den Namen der Frau verzeichneten Immobilien als ihr Sondergut zu betrachten seien. Sondergut der Frau ist nach Art. 12, 27, 38 u. 81 nur dasjenige Vermögen, welches sich die Ehefrau durch einen Ehevertrag ihrer eigenen Verwaltung und Benutzung ausdrücklich vorbehalten hat, und außerdem ganz bestimmte Sachen, die im Gesetz (Art. 27, Punkt 2—5) als solches bezeichnet sind und zu denen jedenfalls die auf den Namen der Frau verzeichneten Immobilien nicht gehören. Eheverträge können nach livländischem Stadtrecht aber nur in gerichtlicher, jetzt notarieller Form abgeschlossen werden⁹⁾.

Daraus folgt, daß, damit die von der Frau in die Ehe gebrachten oder während derselben von ihr erworbenen Immobilien als Sondergut betrachtet werden können, es keineswegs genügt, daß sie in den Grundbüchern auf ihren Namen verzeichnet werden¹⁰⁾.

⁷⁾ Siehe umgearbeitete rigische Statuten V, 2, 3 u. 4 und Statuten von 1673 Tit. III Tit. 3 § 1 u. 2 u. Tit. IV Tit. 4 §§ 1—4.

⁸⁾ Siehe Cropp a. a. O. S. 566; vergl. auch Pauli, „Das Recht der Erbgüter“ in der „Zeitschrift für deutsches Recht“ S. 336.

⁹⁾ Siehe Art. 36 der Codification und das Gesetz vom 9. Juli 1889 (6188) Verordnung I, A. Art. 309.

¹⁰⁾ Das Nähere darüber folgt unten § 22 Anm. 6.

Weitere entscheidende Gründe gegen die Annahme, daß das Princip der ehelichen Vormundschaft ohne gleichzeitige Unterstellung einer inneren Gütergemeinschaft der Ehegatten das Güterrecht der livländischen Städte zu erklären vermöge, wird die gleich unten folgende nähere Besprechung der Ansicht IV ergeben, deren Vereinbarkeit mit den positiven Bestimmungen der Codification jetzt nachgewiesen werden soll.

Entscheidung für die Ansicht IV.

§ 18.

Schon das negative Resultat, zu welchem wir bei der Kritik der Ansichten I, II, III und V gelangt sind, weist darauf hin, daß die richtige Erklärung unseres ehelichen Güterrechts in der Ansicht IV zu suchen sein wird. Der positive Beweis dafür dürfte sich aus Nachstehendem ergeben.

Das ältere sächsische Recht, dem das hamburgische Recht entstammte, stand auf dem Princip des f. g. ungezweigten Guts, wonach jeder Ehegatte gesondertes Eigenthum an seinem Vermögen hatte, das Frauengut aber kraft der ehelichen Vormundschaft des Mannes seiner rechenchaftslosen Verwaltung und Nutzung und, was den beweglichen Theil desselben anbetrifft, auch seiner unbeschränkten Disposition unterlag. Abweichend vom sächsischen Rechte bildete sich aber in Hamburg in Folge des in den Städten entwickelten Creditwesens gewohnheitsrechtlich der Grundsatz aus, wonach das Frauengut in unbeschränkter Weise für die Schulden des Mannes haftete. Diese Neuerung zog neue Abweichungen vom früheren Recht nach sich: Erstens die Theilung des Vermögens — nach Auflösung der Ehe — nach Quoten der Gesamtmasse, die zuerst nur für den Fall der beerbten Ehe (hamburgisch-rigisches Recht), später aber auch für die unbeerbte Ehe (umgearbeitete rigische Statuten) eingeführt wurde; und zweitens den Grundsatz, daß wenn die Frau sich mit Genehmigung des Mannes als Handelsfrau etablirt hatte, auch für ihre Schulden das Vermögen des Mannes haftete, gleichwie das ihrige für seine schlechthin (umgearbeitete rigische Statuten). Diese Neuerungen sind — wie wir oben ebenfalls gesehen haben — weder unmittelbar aus der ehelichen Vormundschaft ableitbar, noch entslossen sie der Annahme einer zwischen den Ehegatten bestehenden Gütergemeinschaft. Vielmehr waren auch sie nur durch praktische Lebensbedürfnisse hervorgerufene singuläre Bestimmungen des positiven Rechts, deren Entstehung mit der ehelichen Vormundschaft nur in sofern im

Zusammenhange stand, als diese in Verbindung mit dem Grundsätze der unbeschränkten Haftung des Frauenguts für die Schulden des Mannes, der Aussonderung des jedem Gatten gehörenden Vermögens aus der in der Hand des Mannes vereinten Masse die größten Schwierigkeiten entgegenstellte, und daher die gesonderte Vererbung des beiderseitigen Vermögens und die Nichtverhaftung des Mannesguts für die rechtswirksam eingegangenen Schulden der Frau mit der Zeit unhaltbar machen mußte.

Dieses war die Ordnung des ehelichen Güterrechts, wie wir sie in den umgearbeiteten Statuten vorfanden. Es war dem Princip nach noch auf dem Boden des alten sächsischen Rechts, nach welchem das Vermögen der Ehegatten nur kraft der ehelichen Vormundschaft mit einander verbunden war, haften geblieben, seinen wichtigsten Einzelbestimmungen nach fiel es aber bereits ins System einer inneren Gütergemeinschaft. Die Statuten von 1673 ließen die Bestimmung der umgearbeiteten Statuten, wonach der Ehemann bei kinderloser Ehe noch einseitig über sein bewegliches Vermögen testiren konnte, fallen — wahrscheinlich, weil seine Berechtigung dazu bereits schwankend geworden war — und eröffneten damit der Folgezeit die Möglichkeit, dem Ehe-manne dieses Recht abzuspochen. Das Gewohnheitsrecht erhob diese Möglichkeit zur Wirklichkeit, indem es den Grundsatz schuf, daß die Ehegatten nur gemeinsam testiren können. Damit war das letzte Band zerrissen, wodurch das eheliche Güterrecht der livländischen Städte bisher noch mit dem System der dem Eigenthumsrecht nach getrennten Güter verbunden war.

Das neue Recht, das es abgelöst hatte, wies aber nur noch einzelne Grundsätze auf. Es fehlte noch an der Formulirung der Rechts-idee, in der sie sich zu einem einheitlichen System zusammenfassen ließen. An diesem Punkt setzte die Rechtswissenschaft ihre Thätigkeit ein, indem sie nicht, wie von manchen angenommen wird, in das bestehende Recht demselben fremde Gedanken hineintrug, sondern indem sie das, was sie an Einzelbestimmungen im positiven Recht vorfand, in zutreffender Weise zum Gegenstande einer unentbehrlichen Synthese machte. Anknüpfend an die im achtzehnten Jahrhundert in Deutschland fast allgemein angenommene Theorie, daß das eheliche Güterrecht, wo es von den Grundsätzen der unbeschränkten Haftung des Frauenguts für die Schulden des Mannes und der Theilung des Vermögens — nach Auflösung der Ehe — nach Quoten der Gesamtmasse beherrscht war, als eine wirkliche

Gütergemeinschaft aufzufassen sei, erkannte sie in diesem Princip auch die Grundlage des ehelichen Güterrechts der livländischen Städte.

Obigen Rechtszustand fand die Codification von 1864 vor, deren Aufgabe es war, die geltenden Rechtsbestimmungen zu sammeln, systematisch zu ordnen und durch authentische Interpretation „in volle Gewißheit und Bestimmtheit zu bringen“¹⁾.

Diese Aufgabe vollzog die Codification, was das Princip des uns hier beschäftigenden ehelichen Güterrechts betrifft, durch Aufstellung folgender Grundsätze:

Durch die Ehe wird unter Ehegatten, welche für ihre Person der Stadtgerichtsbarkeit unterworfen sind, eine allgemeine Gütergemeinschaft begründet (Art. 79).

Durch die Gütergemeinschaft wird das beiderseitige Vermögen der Ehegatten in eine gesammte Masse vereinigt, an welcher, so lange die Ehe besteht, keinem der Ehegatten ein besonderer Antheil zusteht (Art. 80).

Sind bei Auflösung der Ehe durch den Tod keine Kinder aus derselben am Leben, so muß der überlebende Ehegatte sich in das gesammte in der Gütergemeinschaft begriffene Gut (Art. 80) mit den nächsten Blutsverwandten des Verstorbenen (nach bestimmten Quoten) theilen (Art. 1819).

Ist die Ehe eine beerbte gewesen, so setzt nach dem Tode des einen Ehegatten der überlebende die Gütergemeinschaft mit den Kindern fort, indem letztere in die Stelle des verstorbenen Ehegatten treten (Art. 1822).

Während der fortgesetzten Gütergemeinschaft haben die Kinder ideelle Theile am Ganzen (Art. 1825).

Daß die Codification, entsprechend unserer Ansicht IV, das dem ehelichen Güterrecht der livländischen Städte zu Grunde liegende Princip — so weit es das Rechtsverhältniß der Ehegatten während bestehender Ehe betrifft — in dem Miteigenthum ohne besondere Antheile erblickt, bedarf nach den oben angeführten beiden ersten Aussprüchen nicht noch des Nachweises. Indem sie das Vermögen als ein

1) S. den die Promulgation des I. und II. Theils des Provinzialrechts enthaltenden Allerhöchsten Befehl vom 1. Juli 1845. Ueber die der Codification beizumessende authentische Interpretation des Rechts der alten Quellen und deren subsidiäre Geltung zu vergl. meine Abhandlung über „das Verhältniß des Provinzialgesetzbuchs zu den alten Rechtsquellen“ in der „Baltischen Monatschrift“ Band 13, Heft 4, S. 271 u. folg. u. S. 281 u. 282.

gemeinschaftliches bezeichnet und zugleich sagt, daß keinem der Ehegatten während bestehender Ehe an dem gemeinsamen Vermögen ein besonderer Antheil zusteht, so spricht sie es direct aus. Nur wenn die hier von ihr für das Verhältniß der Ehegatten während bestehender Ehe festgestellte Form des Miteigenthums gegenüber der regelmäßigen Erscheinungsform desselben eine Modification wäre, die mit dem Begriff des Eigenthums logisch unvereinbar wäre oder mit den Wirkungen, die das Gesetz selbst an das Gemeinschaftsverhältniß knüpft, im offenen Widerspruch stehen würde, dürfte das von ihr hier aufgestellte Princip unbeachtet gelassen werden.

Dies ist aber, wie wir bereits oben gesehen haben, durchaus nicht der Fall.

Für die Richtigkeit unserer Ansicht spricht aber noch eine Reihe anderer Beweise:

- 1) Die Codification bezeichnet, außer dem ehelichen Güterrecht der livländischen Städte nur noch die fraglos auf dem Boden der innern Gütergemeinschaft stehenden Güterrechte der livländischen Landgeistlichen und der Stadt Narwa³⁾ als eine „Gütergemeinschaft“, während sie für alle übrigen baltischen Güterrechts-Systeme, in welchen die Güter der Ehegatten dem Eigenthume nach nicht verschmolzen, sondern unter der ehelichen Vormundschaft des Mannes nur äußerlich verbunden sind, den Ausdruck „Gütergemeinschaft“ nicht gebraucht, wovon auch nicht das Güterrecht der estländischen Städte ausgeschlossen ist, auf welches, wenn es bei dem Ausdruck nur auf einige der innern Gütergemeinschaft gleich kommende Wirkungen abgesehen wäre, er entschieden hätte angewendet werden müssen, da einerseits nach diesem Recht, wenn in der Ehe ein Kind geboren ist, das Frauengut auch für die Schulden des Mannes haftet⁴⁾ und nach Auflösung der Ehe, wenn sie beerbt ist, eine in manchen Wirkungen ähnliche Gesamtmasse, wie nach livländischem Stadtrecht, entsteht⁵⁾, und andererseits auch das lübbische eheliche Güterrecht, auf welchem das estländische stadtrechtliche Güterrecht beruht,

3) Siehe Art. 67 u. folg. und Art. 109.

4) Art. 106.

5) Art. 1852.

den Rechtssystemen der Gütergemeinschaft in jenem weitern Sinne zugezählt wird⁶⁾, ja in früherer Zeit sogar als „Musterrecht für allgemeine Gütergemeinschaft“ galt. Hieraus läßt sich mit Sicherheit annehmen, daß die Codification das für das Güterrecht der livländischen Städte gewählte Wort „Gütergemeinschaft“ in seinem eigentlichen Sinne, d. i. in dem eines gemeinschaftlichen Eigenthums verstanden hat.

- 2) Haben wir oben gesehen, daß die Codification (Art. 90) für die Haftung des Gesamtvermögens für die Delictschulden der Frau keine Quelle anführt, sondern diese nur als einfachen Folgesatz daraus ableitet, daß die Frau für diese Schulden (ungeachtet der ehelichen Vormundschaft) haftbar ist; folglich sieht sie das beiderseitige Vermögen auch dem Eigenthumsrechte nach als verschmolzen an.
- 3) Ist mit einer bloß äußern Gemeinschaft eine Stelle des Provinzialrechts, die sich auf die Erßigung des im Besitze des Mannes befindlichen Allatenvermögens der Frau bezieht, unvereinbar. Dies ist die Anmerkung zum Art. 858, zufolge welcher die Bestimmung, daß die Erßigung des eingebrachten Guts der Frau dem Manne gegenüber während der Dauer der Ehe ruht, sowohl für's livländische Stadtrecht (angezeigt durch den Hinweis auf den Art. 79 u. folg.), als auch für das Recht der Landgeistlichen (Art. 67 u. folg.) in Hinblick auf die hier bestehende allgemeine Gütergemeinschaft nicht in Betracht kommt. Diese Rechtsbestimmung kann nur daraus erklärt werden, daß in Folge der Gütergemeinschaft der Ehemann bereits durch die Eingehung der Ehe ein Miteigenthum an dem Allatengut der Frau erworben hatte und ebenso auch sein ganzes Vermögen, also auch, was er in der Ehe durch Erßigung erwirbt, ein zwischen ihm und der Frau gemeinschaftliches Vermögen ist, woraus dann weiter folgt, daß er, bei fort-l a u f e n d e r Erßigung, an dem Allatengut der Frau doch nichts erwerben würde, was er nicht schon durch die Ehe selbst erworben hätte und daher im beregten Falle die

⁶⁾ Siehe Neubauer „das in Deutschland geltende Güterrecht“ (Berlin 1889) S. 265.

begonnene Erziehung am Frauengut in Folge der Ehe nicht bloß unterbrochen, sondern ganz wegfallen muß⁷⁾.

- 4) Es ist zweifellos, daß nach livländischem Stadtrecht der überlebende Ehegatte nicht die Wahl hat, ob er bei der Theilung mit den Blutsverwandten des verstorbenen sein Eingebrahtes zurücknehmen oder mit Einwerfung desselben die Quote an der Gesamtmasse beanspruchen will, sondern daß sein Recht auf letztere beschränkt ist⁸⁾. Diese Bestimmung des livländischen Stadtrechts zwingt ebenfalls zu der Annahme, daß das ausschließliche Eigenthum der Ehegatten an ihrem Eingebrahten schon während der Ehe einem Miteigenthum am beiderseitigen Vermögen gewichen war, denn wäre solches nicht geschehen, so müßte, da durch den Tod eines Andern Niemand sein Eigenthum verlieren kann, der überlebende Ehegatte nach Auflösung der Ehe durch Ausschlagung des Nachlasses des verstorbenen sich sein ausschließliches Eigenthum an seinem eingebrahten Gut erhalten können⁹⁾.

- 5) Nach Art. 1822 und 1825 erwerben die Kinder während der fortgesetzten Gütergemeinschaft, indem sie in die Stelle des verstorbenen Parens treten, ideelle Theile am „Ganzen.“ Dies setzt voraus, daß auch der verstorbene Parens bereits ein Miteigenthum am Ganzen gehabt hatte. Denn wäre es anders, so würden die Kinder dadurch, daß sie an seine Stelle treten, nur ideelle Theile an dem von ihm in die Ehe eingebrahten resp. von ihm während derselben erworbenen Gut erwerben können. Diese Wirkung der

7) Die Art, wie Erdmann für's livländische Stadtrecht (a. a. O. S. 72 Anmerk. 415) diese Anmerkung zu erklären sucht, ist meines Erachtens nicht überzeugend.

8) Siehe Art. 1819, 1821, 1830 u. 1831 in Verbindung mit Art. 1777 und Erdmann, System, Bnd. 3 § 208.

9) Erdmann sucht, wie wir oben gesehen haben, diese Bestimmung unter dem Gesichtspunkt einer „Collation aus Zweckmäßigkeitsgründen gegen Erwerb einer größern Erbschaft“ zu erklären. Eine „größere Erbschaft“ kann aber Einem doch nicht aufgedrungen werden und außerdem kann sehr wohl das vorhandene Patenvermögen des überlebenden Ehegatten die Quote an der Gesamtmasse an Werth übersteigen. Endlich involvirt der Begriff der Collation eine Willensaction (die Handlung des „Einwerfens“), während hier die Wirkung ipso jure eintritt.

fortgesetzten Gütergemeinschaft, die den Kindern sofort nach Auflösung der Ehe auch ideelle Theile an dem eingebrachten Gut des überlebenden Ehegatten gewährt, kann anders als durch die Annahme eines bereits während der Ehe bestehenden Miteigenthums zwischen den Ehegatten in keinerlei Weise erklärt werden. Der Umstand, daß die Quoten der Gesamtmasse, die die Kinder nach Art. 1829—1831 bei der Schichtung erhalten, zugleich auch eine Abfindung vom Vermögen des überlebenden Parents enthalten — an welchen Umstand man vielleicht hier denken wird — könnte doch nur erklären, daß sie bei der Schichtung, nie aber auch, daß sie schon vor derselben am ganzen Vermögen Miteigenthum erwerben.

- 6) Wie oben bereits wiederholt erwähnt worden ist, hatte sich für das livländische Stadtrecht vor der Zeit der Codification ein festes Gewohnheitsrecht dahin ausgebildet, daß die Ehegatten nur durch gemeinschaftliche Testamente über ihr Gut letztwillig verfügen und daher auch keiner von ihnen dem andern die ihm bei der Auflösung der Ehe am Gesamtgut gesetzlich zukommende Quote durch einseitige Disposition entziehen konnte. Auch diese Bestimmung zwingt zu der Annahme einer innern Gütergemeinschaft der Ehegatten. Dieses Argument hat freilich zur Voraussetzung, daß die Codification dieses Gewohnheitsrecht nicht aufgehoben habe. Diese Voraussetzung ist meiner Ansicht nach aber, obgleich die Codification über diese Frage vollständig schweigt, durchaus begründet. Das livländische Privatrecht bestand vor der Codification zu einem großen Theil aus Gewohnheitsrecht. Dieses von dem bei der Codification zu berücksichtigenden Rechte auszuschließen, war daher undenkbar und, wie eine Masse auf dasselbe hinweisender Quellenangaben unter den Art. des Gesetzbuches nachweisen, nicht beabsichtigt¹⁰⁾ und nicht geschehen.

Es muß daher angenommen werden, daß die Codification die erwähnte, die einseitige Testirfreiheit der Ehegatten ausschließende, gewohnheitsrechtliche Bestimmung nur um deswillen weggelassen hat,

¹⁰⁾ Siehe oben § 18, Anm. 1.

weil sie dieselbe bei dem von ihr aufgestellten Princip des nicht nach Quoten gesonderten Miteigenthums und in Hinblick darauf, daß das einseitige Dispositionsrecht, welches der Ehemann über die gesammte Masse bei Rechtsgeschäften unter Lebenden hat, allein auf seiner Mundialgewalt beruht und daher mit seinem Tode selbstverständlich erlöschen muß, einerseits für selbstverständlich hielt, anderseits aber auch nicht durch Aufnahme einer dies bestätigenden Bestimmung in's Gesetzbuch der Praxis und der Wissenschaft die Möglichkeit abschneiden wollte, an dem Satz solche Einschränkungen zu machen, die — wie z. B. die Zulassung von einseitigen Verfügungen über die den Blutsverwandten des Verstorbenen nach dem Gesetze zukommenden Quoten — das Interesse keines der Ehegatten beeinträchtigen.

Dies sind die Gründe, die nach der Codification die Annahme eines modificirten Miteigenthums unter den Ehegatten unabweisbar machen. Indem wir letzteres als Princip des Güterrechts der livländischen Städte aufstellen, müssen wir jedoch der von der ehelichen Vormundschaft ausgehenden Ansicht nach zwei Seiten hin ein Zugeständniß machen.

Erstens ist anzuerkennen, daß unser eheliches Güterrecht seinen historischen Ausgang von ihr genommen hat und das Miteigenthum nur das Endergebniß seiner Entwicklung ist.

Dieser Moment in unserer Ansicht ist in sofern von Wichtigkeit, als dieser Entwicklungsverlauf Spuren zurückgelassen hat, welche ohne sich mit dem System einer innern Gütergemeinschaft unvereinbar zu zeigen, doch aus diesem selbst sich nicht ableiten lassen.

Zweitens vermag das Miteigenthum allein die Wirkung unseres Güterrechts nicht zu erklären, sondern nur in Verbindung mit der ehelichen Vormundschaft, welche, wie für alle andern ehelichen Güterrechte der Ostseeprovinzen, auch für das Güterrecht der livländischen Städte von größter Bedeutung ist.

Ableitung der einzelnen Grundsätze aus dem aufgestellten Princip.

§ 19.

Es gilt nun aus dem Princip, wie wir es oben festgestellt haben, im Einzelnen die Bestimmungen der Codification abzuleiten, resp. ihre Vereinbarkeit mit ihm im Einzelnen nachzuweisen.

Daß die ursprünglichen Bestandtheile des beiderseitigen Vermögens in der Gesammtmasse verschwinden und auch nach Auflösung der Ehe

durch den Tod eines der Gatten nicht wieder zur Erscheinung gelangen, ist die ganz selbstverständliche Folge des Miteigenthums, welches jeder Ehegatte mit Eingehung der Ehe am Vermögen des andern erwirbt. Die Befugniß des Mannes, das gesammte Vermögen zu verwalten, zu nutzen und im Allgemeinen auch zu veräußern, entspricht ebenfalls seinem Miteigenthumsrechte. Daß er aber dabei in der Regel nicht der Zustimmung der Frau bedarf, sondern selbstständig verfährt, erklärt sich aus der ehelichen Vormundschaft, welche ihn zum Verwalter des Frauenguts macht und zugleich nach einem allgemeinen Grundsatz des Provinzialrechts¹⁾ das Recht der seinerseitigen Nutzung desselben als ein Aequivalent für die von ihm zu tragenden Kosten des Haushalts einschließt, wodurch sich sein im Miteigenthum bereits liegendes beschränktes Nutzungsrecht zu einem unbeschränkten consolidirt. Daß er endlich das gemeinsame Gut auch seinem Capitalbestande nach vermindern oder verbrauchen kann, ohne der Frau für die ihr daraus entstehenden Verluste Ersatz leisten zu müssen, ist eine Folge davon, daß bei dem modificirten Miteigenthum auch der ökonomische Werth des Vermögens zwischen beiden Ehegatten ungetheilt ist, wodurch, wenn unter seiner Verwaltung das Vermögen wächst oder sich mindert, die Möglichkeit ausgeschlossen wird, den Gewinn oder den Verlust auf jeden Einzelnen von ihnen quotativ zu vertheilen und daher bewirkt wird, daß die Frau wegen einer Minderung des gemeinsamen Vermögens ebenso wenig von dem Manne Ersatz beanspruchen, als er eine Mehrung desselben ausschließlich für sich in Anspruch nehmen kann²⁾.

Ferner: Da Obigem nach nur in der vormundschaftlichen Gewalt des Mannes der Grund dafür liegt, daß derselbe das gemeinschaftliche Vermögen verwalten und nutzen, sowie über dasselbe disponiren kann, ohne an ihren Willen gebunden zu sein, so versteht sich auch von selbst, daß die Frau, die dieser Gewalt entbehrt, ihrerseits in der Regel unabhängig von dem Willen des Mannes kein Verwaltungs-, Nutzungs- und Dispositionsrecht am Gesamtgut hat. Zugleich erklärt sich daraus aber auch die Ausnahme, wonach sie innerhalb des Bereichs des innern Hauswesens sowohl, als auch beim Betriebe eines Handelsgeschäfts,

1) Siehe oben § 9, Anm. 2 und 3.

2) Dieser Grundsatz, der bereits dem Rechte der alten Statuten angehörte und damals als eine Consequenz der ehelichen Vormundschaft gegolten haben mochte, kann bei unserer heutigen Auffassung der Vormundschaft aus dieser nicht mehr abgeleitet werden.

wenn sie mit Zustimmung des Mannes sich als Handelsfrau etablirt, ebenso wie er über das gemeinsame Gut disponiren kann, denn dort verpflichtet ihn das Gesetz zur Zustimmung zu ihren Verfügungen (Art. 56), hier ist eine Zustimmung zu ihren Dispositionen ein für alle Mal von ihm ertheilt, ihre Dispositionen über ihr Gut sind aber zugleich stets solche über das gesammte Gut, da das beiderseitige Vermögen in diesem untrennbar verschmolzen ist.

Zur Erklärung der Bestimmungen über die Schulden der Ehegatten ist Folgendes zu sagen: Abgesehen von der für alle Rechtsgebiete der Ostseeprovinzen gleichmäßig geltenden Ausnahmebestimmung des Art. 56, wonach der Ehemann für die von der Frau innerhalb des innern Hauswesens eingegangenen Schulden auch persönlich verhaftet ist, besteht auch für das Stadtrecht die Regel, daß persönlich jeder Ehegatte nur aus den von ihm selbst eingegangenen Schulden verpflichtet wird. (Zu vergl. Art. 85, 86, 90, 91 u. 92). Dies entspricht vollständig unserer obigen Auffassung des Gemeinschaftsverhältnisses, da eine Bestimmung, daß jeder Miteigenthümer für die Schulden des andern persönlich haftet, dem Miteigenthum fremd ist. Mit der persönlichen Haftung eines jeden der Ehegatten aus seinen Schulden, mit der stets auch die Haftung seines Sonderguts verbunden ist, concurrirt hier aber noch eine Haftung der Gesamtmasse für die Schulden, welche für die des Mannes eine uneingeschränkte ist und für die der Frau auf die Delictschulden und die von ihr im innern Hauswesen oder als Handelsfrau contrahirten Schulden beschränkt ist.

Auf das Dispositionsrecht über das gemeinsame Vermögen, so weit es jedem Gatten zusteht, läßt sich diese Verhaftung der Gesamtmasse nicht zurückführen, da der Mann über die auf den Namen der Frau aufgetragenen und über die von Beiden gemeinschaftlich erworbenen Immobilien garkein freies Dispositionsrecht hat und der Frau, abgesehen von den mehrerwähnten Ausnahmen, ein Verfügungsrecht am Gesamtvermögen überhaupt fehlt, gleichwohl aber für seine Schulden auch jene Immobilien und für ihre Delictschulden das ganze Vermögen haftet. Die Erklärung liegt vielmehr auch hier in dem besonders gearteten Miteigenthum. Da diesem nach das ganze Vermögen Beiden — und zwar ungetheilt gehört, so muß, sofern nicht andere Momente hindernd dazwischen treten, dasselbe auch für die Schulden eines jeden von ihnen ungetheilt haften. Ein diese Wirkung zum Theil ausschließendes Hinderniß liegt in der ehelichen Vormund-

schaft des Mannes und dem kraft dieser ihm am Vermögen zustehenden Nutzungsrecht. Dieses verhindert — so lange die Ehe besteht — die Gläubiger der Frau dasselbe anzufassen, in so weit, als der Mann ihr nicht seine Genehmigung zur Eingehung der Schulden ertheilt hat oder nach denjenigen gesetzlichen Schranken, denen die eheliche Vormundschaft in allen Rechtsgebieten gleichmäßig unterworfen ist, der Mann das in seiner Hand befindliche Frauengut (und damit auch sein eigenes mit jenem nach Stadtrecht untrennbar verbundenes Gut) ihren Gläubigern nicht entziehen darf. Jene Genehmigung liegt aber vor, wo die Frau im Einverständniß mit ihm sich als Handelsfrau etablirt hat, und ein seine Vormundschaft einengender allgemeiner Grundsatz besteht darin, daß für die von ihr im Bereiche des innern Hauswesens contrahirten Schulden, sowie für ihre Delictschulden ihr Vermögen trotz der ehelichen Vormundschaft ihren Gläubigern haftet³⁾.

Etwas abweichend hiervon gestaltet sich das Verhältniß in Betreff der vorehelichen Schulden der Frau. Da den Gläubigern, die aus solchen Schulden gegen sie Forderungen haben, trotz der ehelichen Vormundschaft das Frauengut nicht entzogen werden kann, so läßt das von uns aufgestellte Princip des modificirten Miteigenthums erwarten, daß auch für diese die Gesamtmasse für verhaftet erklärt werde⁴⁾. Diese Consequenz ist jedoch von der Codification von 1864 nicht gezogen worden. Vielmehr sind nach Art. 89 die von der Frau vor der Ehe contrahirten Schulden zunächst aus ihrem Sondergut zu berichtigen, aus der Gesamtmasse aber sodann nur so weit, als das von ihr in die Ehe gebrachte und während derselben durch sie in die Gesamtmasse geflossene Vermögen reicht. Diese Sonderheit ist entsprossen dem ältern Recht, in welchem das Vermögen dem Eigenthumsrechte nach nicht vollständig zusammengefloßen war, in Verbindung mit dem römischen Recht, das die Bestimmung enthält, daß ein Vermögen stets abzüglich der auf ihm ruhenden Schulden zu verstehen ist und, hier angewandt, die Folge haben mußte, daß das Vermögen der Frau nur abzüglich ihrer vorehelichen Schulden in das vormundschaftliche Nutzungsrecht des

³⁾ Siehe oben § 9, Anm. 6.

⁴⁾ Diese Consequenz ziehen in der That auch die ausländischen Gesetzgebungen, welche das System der Gütergemeinschaft, sei es als gesetzliches, sei es als vertragzmäßiges Güterrecht statuiren. So namentlich die Particularrechte verschiedener deutscher Staaten und das französische Recht: Siehe hierüber Neubauer a. a. O. § 38. Ebenso auch das deutsche bürgerliche Gesetzbuch § 1459.

Mannes eintrat⁵⁾. Wenngleich aus dem Princip der Gütergemeinschaft nicht ableitbar, so ist die Bestimmung doch andererseits mit diesem nicht unvereinbar⁶⁾. Denn wie wir oben gesehen haben, haftet das Gesamtgut für die Schulden der Frau, abgesehen von den Fällen der Einwilligung des Mannes in die Contrahirung derselben, nur so weit, als positive Bestimmungen des Gesetzes die Wirkung seines vormundschaftlichen Nutzungsrechts ausschließen. Liegt aber die Sache so, so kann auch unbeschadet des Bestehens einer Gütergemeinschaft durch eine positive Gesetzesbestimmung das Verhältniß in einem bestimmten Falle so geordnet werden, daß das Nutzungsrecht des Mannes am Vermögen zu Gunsten der Gläubiger nur zum Theil eingeschränkt wird, zum andern Theil aber in Wirkung verbleibt und dies findet hier statt, wenn die Gläubiger berechtigt werden, zwar dasjenige Gut, das die Frau in die Ehe gebracht hat, nicht aber auch das, was vom Manne herrührt, für die in Rede stehenden Schulden in Anspruch zu nehmen.

Es handelt sich daher in der Bestimmung des Art. 89 nicht um eine Regirung der Gütergemeinschaft, sondern um eine singuläre Modification des vormundschaftlichen Nutzungsrechts des Mannes, welches während es gegenüber den Haushaltungs-, Handels- und Delictschulden der Frau vollständig zurücktritt, hier nur in Bezug auf das von der Frau eingebrachte Gut cessirt, was darin seine Rechtfertigung findet, daß hier die Gläubiger, da sie der Frau den Credit ertheilt haben zu einer Zeit, wo ihr Einzelvermögen noch nicht in das Miteigenthum am ganzen Vermögen übergegangen war, an dem Zuwachs, den jenes nachher durch die Ehe in dem Miteigenthum fand, keine wohlervorbenen Rechtsansprüche aufzuweisen haben.

Die Codification von 1864 setzt sich also, indem sie jene Bestimmung aus dem frühern Recht herübernahm, damit keineswegs dem Vorwurf aus, sich mit dem von ihr anerkannten Princip der Gütergemeinschaft in Widerspruch gesetzt zu haben, sondern legt damit nur Zeugniß davon ab, daß sie das vorgefundene Recht nicht so umformen

⁵⁾ Daß hier der Grund für die Bestimmung des Art. 89 liegt, beweisen die unter ihm angeführten Bestimmungen des römischen Rechts, namentlich der L. 39 § 1 de verb. signif. 50,16: „Bona intelliguntur cujusque, quae deducto aere alieno supersunt“.

⁶⁾ Runde erkennt die Nicht-Verhaftung der Gesamtmasse für die vorehelichen Schulden der Frau sogar als das der Theorie nach richtige Princip an, obwohl er constatirt, daß die Praxis nicht selten davon abweicht: Siehe denselben a. a. O. § 61 S. 145 und 146 und § 67 S. 162.

wollte, als wäre dieses von Anfang an von der Gütergemeinschaft ausgegangen, sondern nur so, wie es sich allmählig von dem entgegengesetzten Standpunkt aus zur Gütergemeinschaft entwickelt hatte.

Widerlegung scheinbar gegen eine wirkliche Gütergemeinschaft sprechender Gründe.

§ 20.

Außer der oben besprochenen Bestimmung des Art. 89 giebt es in der Codification von 1864 noch vier Bestimmungen, welche scheinbar gegen die Annahme einer wirklichen Gütergemeinschaft beweisen. Das sind die Art. 83, 967, 126 und 1834. Eine nähere Betrachtung lehrt aber, daß auch sie, wenn auch nicht aus dem Princip der Gütergemeinschaft ableitbar, sich doch sehr wohl in das System einer solchen eingliedern lassen.

Betrachten wir zunächst die Bestimmung des Art. 83, wonach die in den Grundbüchern auf den Namen der Frau verzeichneten und die von beiden Ehegatten gekauften Immobilien nicht ohne Genehmigung der Frau vom Manne veräußert oder belastet werden können. Da nach der Codification, obwohl das Vermögen gemeinschaftlich ist, doch in Folge der ehelichen Vormundschaft der Mann im Allgemeinen einseitig über das gesammte Vermögen verfügen kann¹⁾, so bedarf an dieser Bestimmung einer nähern Erklärung nur der in ihr direct ausgesprochene Satz, daß die Frau zu Veräußerungen dieser Immobilien, wenn sie rechtswirksam sein sollen, ihre Zustimmung zu geben hat, während die Nichterforderlichkeit ihrer Zustimmung zu den Veräußerungen der von dem Manne herrührenden Immobilien die einfache Consequenz seiner vormundschaftlichen Gewalt ist. Jener Satz erklärt sich nun ebenfalls aus dem der Codification vorangegangenen Recht oder doch der Auslegung, die dasselbe zur Zeit der Codification fand. Die hamburgisch-rigischen Statuten hatten, ausgehend vom Einzeleigenthum der Ehegatten, bestimmt, daß die von der Frau in die Ehe gebrachten oder von ihrem Gut gekauften Immobilien nicht ohne Zustimmung des Mannes verkauft und verpfändet werden durften²⁾. In die umgearbeiteten rigischen Statuten und in die Statuten vom Jahre 1673 war freilich diese Bestimmung nicht herübergenommen worden³⁾, und hat aller Wahrscheinlichkeit nach auch die Gerichtspraxis während längerer

¹⁾ Art. 84.

²⁾ Siehe oben § 4, Anm. 1.

³⁾ Siehe oben S. 22.

Zeit nach Aufzeichnung der umgearbeiteten Statuten von der Nothwendigkeit einer solchen Zustimmung der Frau abgesehen⁴⁾, doch hatten beide Statuten den Satz des hamburgisch-rigischen Rechts recipirt, daß beide Ehegatten diejenigen Immobilien, die sie kaufen, während bestehender Ehe auch wieder veräußern können, nach dem Tode Eines von ihnen aber solche Immobilien als Erbgut anzusehen seien und nur mit Zustimmung der Erben veräußert werden dürfen⁵⁾. Diese Bestimmung der Statuten wurde nun, obwohl sie nur ausdrückt, daß während bestehender Ehe die Erben die Veräußerung solcher gemeinschaftlich erworbenen Immobilien nicht verhindern können, zur Zeit der Codification dahin aufgefaßt, daß dieselben während bestehender Ehe von den Ehegatten auch nur gemeinsam verkauft werden können. Dies wird nachgewiesen dadurch, daß einerseits der Art. 83 als seine Quelle neben dem Gewohnheitsrecht jene Stelle der Statuten von 1673, die jene Bestimmung enthält (Buch III, Tit. 11 § 4), citirt und andererseits solche Auslegung der Stelle in der rechtswissenschaftlichen Literatur jener Zeit vertreten wurde⁶⁾.

Es ergibt sich mithin, daß die Codification, obwohl sie vom Princip der Gütergemeinschaft ausging und es diesem Princip mehr entsprochen hätte, dem Manne, ebenso wie er kraft der ehelichen Vormundschaft über die von ihm herrührenden Immobilien einseitig verfügen kann, auch ein gleiches Recht in Bezug auf die von ihnen gemeinschaftlich gekauften Immobilien einzuräumen, letzteres nur um deswillen unterlassen hat, weil dem nach der Meinung der Codificatoren eine positive Rechtsbestimmung entgegenstand, welche unberücksichtigt zu lassen, um so weniger gerechtfertigt erscheinen mußte, als einerseits es sich hier um eine dem gegenwärtigen Rechtsgefühl entsprechende Milderung der ehelichen Vormundschaft handelte und andererseits das Princip der Gemeinschaftlichkeit des Vermögens es durchaus nicht ausschließt, daß an einem Theil desselben die vormundschaftliche Gewalt eine geringere Wirkung ausübt, als an einem andern. Daß aber die Codificatoren die für die von beiden Ehegatten gekauften Immobilien als bestehend angenommene Bestimmung auch auf die in den Grundbüchern auf den Namen der Frau allein verzeichneten Immobilien

4) Siehe oben § 6, Anm. 7.

5) Siehe oben § 4, Anm. 2 und § 5 S. 15.

6) So bei Bunge a. a. O. § 282 Anmerk. c und Cropp a. a. O. S. 487 Anmerk. 108 Siehe auch oben § 10, Anm. 1.

ausdehnten, kann nur selbstverständlich erscheinen, da die Frau hinsichtlich der von ihr allein erworbenen Immobilien nicht ungünstiger gestellt sein kann, als hinsichtlich der von ihr und dem Mann gemeinschaftlich erworbenen.

In der Bestimmung des Art. 83 eine Anerkennung eines Eigenthums der Frau an den in ihm bezeichneten Immobilien zu sehen, würde sich auch verbieten durch den Art. 85, wonach diese Immobilien für die Schulden des Mannes gerade so haften, wie die von ihm allein erworbenen.

Art. 967. Nach dieser Gesetzbestimmung darf der überlebende Parens während der fortgesetzten Gütergemeinschaft über die von ihm und dem verstorbenen Ehegatten während der Ehe gemeinschaftlich erworbenen Immobilien nicht zum Nachtheil der Kinder verfügen⁷⁾. Indem der Artikel zugleich mittelst Schlusses *e contrario* folgern läßt, daß der überlebende Parens bei Veräußerungen der von ihm selbst in die Ehe gebrachten und von ihm während der Ehe allein erworbenen Immobilien einer solchen Dispositionsbeschränkung zu Gunsten der Kinder nicht unterworfen ist, statuirt er einen Unterschied in der rechtlichen Behandlung der Immobilien während der fortgesetzten Gütergemeinschaft, der darauf hinzuweisen scheint, daß der überlebende Ehegatte nach Auflösung der Ehe an den von ihm selbst herrührenden Immobilien das ausschließliche Eigenthum habe und folgeweise auch schon während der Ehe gehabt haben müsse. Diese Folgerung erweist sich aber bei näherer Betrachtung als unzulässig.

Nach Art. 1825 haben die Kinder während der fortgesetzten Gütergemeinschaft „am Ganzen“ ideelle Theile, wodurch die Annahme daß der überlebende Ehegatte an gewissen Immobilien das Alleineigenthum habe, ausgeschlossen ist. Die Erklärung dafür, daß er über die vom verstorbenen Ehegatten inferirten oder von ihnen gemeinschaftlich erworbenen Immobilien geringere Dispositionsrechte habe als über die von ihm herrührenden liegt aber darin, daß, wie wir eben gesehen haben, der Ehemann auch während der Ehe in Bezug auf die ersteren in seinem Dispositionsrecht beschränkt ist und nach der Theorie der fortgesetzten Gütergemeinschaft, wie sie allgemein angenommen ist, der überlebende

7) Die Bestimmung dieses Art. beruht — wie das unter ihm befindliche Quellen-Citat beweist — auf einer Usualinterpretation des oben erwähnten § 4 Tit. II Lib. III der Statuten von 1673. S. oben § 10, Anm. 1 u. § 5, Anm. 6.

Ehegatte während derselben das gleiche Dispositionsrecht an der Gesamtmasse hat, wie der Mann es während der Ehe hatte⁸⁾.

Art. 126. Ob das System der materiellen Gütergemeinschaft es verlange, daß im Falle der Ehescheidung die Gesamtmasse unter die Ehegatten nach Quoten getheilt werde, oder ob auch hier — wie bei der bloß formellen Gütergemeinschaft (Verwaltungsgemeinschaft) — es das Richtige sei, daß das vereinte Vermögen in seine ursprünglichen Bestandtheile aufgelöst werde und jeder Ehegatte das von ihm in die Ehe Gebrachte oder während derselben Erworbene herausnehme, ist eine auch heute noch unentschiedene Controverse. Für das Erste spricht die Erwägung, daß die Ehescheidung, da sie nicht zurückwirke, die Folgen des bisherigen Bestandes der Ehe nicht aufheben könne, folglich auch die Theilung des Vermögens so stattfinden müsse, wie dasselbe im Augenblicke der Scheidung sich befinde, also in die Gesamtmasse⁹⁾. Für das Zweite¹⁰⁾ wird dagegen geltend gemacht, „daß die Ehe in ihrem regelmäßigen Verhältnisse eine lebenslängliche Verbindung ist und nur in dieser Voraussetzung vernünftiger Weise anzunehmen ist, daß die Gemeinschaft der Güter gewollt worden sei¹¹⁾, folglich dort, wo wie bei der Ehescheidung diese Voraussetzung hinfällig werde, auch die Gütergemeinschaft nicht mehr als gewollt betrachtet werden könne. Der Hinweis auf obige Controverse genügt, um zu zeigen, daß wenn nach Art. 126 des III. Theils des Provinzialrechts im Falle der Ehescheidung das vereinte Vermögen wieder in seine ursprünglichen Bestandtheile aufgelöst wird, daraus kein Argument gegen das Bestehen einer wirklichen Gütergemeinschaft entnommen werden kann, sondern das hier stattfindende Zurückgreifen auf die vor der Ehe bestanden habenden Rechtsverhältnisse als eine restitutio in integrum aufzufassen sei¹²⁾. Daß es

⁸⁾ Ueber das Nähere siehe unten §§ 44 und 45.

⁹⁾ S. Runde a. a. O. § 101 S. 226 u. 227. Auch der größere Theil der deutschen Particularrechte folgt dieser Auffassung: Siehe darüber Neubauer „das in Deutschland geltende Güterrecht“ (2. Aufl.) § 48.

¹⁰⁾ Diese Ansicht wird namentlich vertreten von Eichhorn „deutsches Privatrecht“ § 310 und Haffe „eheliche Gütergemeinschaft“ § 35 S. 117. Von den Gesetzgebungen sind für dieselbe das preussische Landrecht und für den Fall der erbten Ehe auch das Hohenlohsche Landrecht: Siehe darüber Neubauer, a. a. O. Bunge (a. a. O. § 281 S. 104 und § 285 Anmerk. e) vertritt, Eichhorn folgend, diese Ansicht auch für unser Provinzialrecht.

¹¹⁾ Mit obigen Worten gesteht auch Runde (a. a. O. § 101 Anmerk. e) dieser Ansicht eine Berechtigung zu, obwohl er selbst zur erstern Ansicht neigt.

¹²⁾ So auch Bunge a. a. O. § 281 S. 104 u. § 285 Anmerk. e.

sich hier nicht um eine Zurücknahme des Guts, an welchem jeder Ehegatte während der Ehe sich das ausschließliche Eigenthum erhalten hatte, sondern um die Aufhebung eines durch dieselbe entstandenen Mit-eigenthumes handelt, beweist auch die oben (§ 18, P. 3) besprochene Anmerkung zum Art. 858.

Art. 1834. Die Bestimmung dieses ebenfalls den frühern Statuten entnommenen Artikels, wonach in dem Falle, daß ein Ehemann, der nach dem Tode seiner Frau sich mit seinen Kindern erster Ehe nicht abgetheilt hatte, nach seinem Tode auch aus einer zweiten Ehe Kinder nebst einer Wittve hinterläßt, die den Nachlaß bildende Gesamtmasse in ihre ursprünglichen Bestandtheile aufgelöst wird, kann gegen die Gütergemeinschaft ebenfalls nicht angeführt werden. Hier liegt ein Fall vor, in welchem, in Folge einer rechtswidrigen Unterlassung der Abtheilung der Kinder erster Ehe, beim Tode des Mannes zwei rechtlich von einander zu trennende Vermögensmassen, nämlich erstens das Gesamtgut, bezüglich dessen er nach dem Tode seiner ersten Frau die Gütergemeinschaft mit seinen Kindern erster Ehe fortgesetzt hatte und zweitens das Gesamtgut, das in Folge seiner zweiten Ehe aus der Vereinigung seines Guts mit dem seiner zweiten Ehefrau entstand, in eine Masse verschmolzen sind, ohne daß thatsächlich ihre Absonderung von einander mehr möglich ist. Bei dieser Unmöglichkeit bleibt daher, wenn man nicht die Theilung in die beiden Vermögensmassen in sich schließende Gesamtmasse nach ganz willkürlich gewählten Quoten dieser letzteren bewerkstelligen will, nur übrig, die Gesamtmasse selbst in ihre ursprünglichen Bestandtheile aufzulösen.

Wir haben es also auch hier nicht mit einer Negirung der Gütergemeinschaft, sondern nur mit einer ex tunc wirkenden Aufhebung derselben zu thun, — die um deswillen ex tunc wirkt, weil die Wirkung ex nunc hier durch Umstände thatsächlicher Natur unmöglich gemacht ist.

Drittes Capitel.

Die Rechtsverhältnisse während bestehender Ehe.

Das Geltungsgebiet der ehelichen Gütergemeinschaft.

§ 21.

Die Gütergemeinschaft gilt gesetzlich für alle diejenigen Ehegatten, welche dem livländischen Stadtrecht unterworfen sind (Art. 79, Forts. v. 1890), das sind aber alle diejenigen Personen, welche, gleichviel ob

russische Unterthanen oder Ausländer, in den Städten Livlands ihren Wohnsitz haben, mit Ausnahme der Edelleute und der im wirklichen Staatsdienst stehenden Beamten. Bedingt ausgenommen sind die Personen, welche mit dem persönlichen Adel gleiche Rechte genießen, nämlich dann, wenn sie nicht im Dienste der Stadt stehen (Art. VIII, Pr. R. Th. 3, Fortf. vom J. 1890 und Th. 1 Art. 457).

Die Stadtgeistlichen leben in ehelicher Gütergemeinschaft, auch wenn sie dem Adelsstande angehören oder gleiche Rechte mit ihm haben¹⁾.

Wenn Mann und Frau im Allgemeinen verschiedenem Recht unterworfen sind, was, da die Frau nach Art. 6 (der Codification v. 1864), wenn sie höhern Standes als der Mann ist, — in Folge der Ehe die Rechte ihres Standes nicht verliert, vorkommen kann, so entscheidet für das Güterrecht der Stand des Mannes (Art. XXIX der Codification).

Das Geltungsgebiet der Gütergemeinschaft erfährt nach einer Seite eine Ausnahme, nach einer andern eine Erweiterung. Ausgenommen von ihr sind die den Ehegatten gehörigen Landgüter und sonstige außerhalb des Stadtgerichtsbezirks belegenen Immobilien. Andererseits sind aber der Gütergemeinschaft unterworfen auch diejenigen in der Stadt belegenen Immobilien, welche dem livländischen Landrecht und livländischen Bauerrecht unterworfenen Personen gehören.

Was nun zunächst die Ausnahme anbetrifft, so ist dieselbe in dem Art. 81 Pkt. 1 ausdrücklich festgestellt. Fraglich könnte es nach dem Wortlaut dieses Art. nur erscheinen, ob die Ausnahme auf sämtliche außerhalb der livländischen Städte befindlichen Liegenschaften sich bezieht. Der Schlusssatz der angez. Bestimmung „indem solche hinsichtlich des ehelichen Güterrechts nach dem bezüglichen Landrecht zu beurtheilen sind“, läßt der Auffassung Raum, daß sie nur für diejenigen Immobilien gelte, welche in den Geltungsgebieten der ostseeprovinziellen Landrechte (des livl., kurl., estl. und piltenischen Landrechts) belegen sind. Aus nachstehender Erwägung ergibt sich indeß, daß sie ganz allgemein zu fassen ist, also auch die in den Städten der andern Provinzen und in den inneren Gouvernements belegenen Liegenschaften betrifft. Für die in Kurland einschließlich des Piltenischen Kreises, sowie die in Estland belegenen Liegenschaften besteht der Grundsatz, daß dieselben dem Gesetz ihrer Belegenheit (also dem kurl-

¹⁾ Siehe Art. 67 und Erdmann, System des Provinzialrechts Bd. I. S. 23. Anm. 3.

ländischen, piltenischen und estländischen Landrecht) nur dann unterworfen sind, wenn sie nicht als Bestandtheile einer Vermögensgesamtheit in Frage kommen (Art. V, VII u. IX der Einleitung zur Codification), während für die in den Landbezirken Livlands belegenen Liegenschaften die Regel besteht, daß sie dem livländischen Landrecht auch dann unterliegen, wenn sie Bestandtheile einer Erbschaft²⁾ oder sonstigen Vermögensgesamtheit sind (Art. IV). Daraus folgt, daß unsere Ausnahmbestimmung wohl in Betreff der letztbezeichneten Immobilien auf eine landrechtliche Quelle zurückgeführt werden könnte, dagegen in Betreff der kurländischen und estländischen Landgüter nothwendig als eine Bestimmung des livländischen Stadtrechts selbst angesehen werden muß. Daß das livländische Stadtrecht aber ganz allein zu Gunsten der kurländischen und estländischen Landgüter die Ausnahme statuiren sollte, kann unmöglich angenommen werden, da dieselben im Vergleich zu den in den außerlivländischen Städten und in den Landkreisen der inneren Gouvernements belegenen Liegenschaften zu einer Bevorzugung in vorliegender Frage nicht den geringsten Anhalt bieten³⁾.

Was die oben erwähnte Erweiterung des Geltungsgebietes der Gütergemeinschaft anbetrifft, so ist dieselbe zwar nirgends ausdrücklich im Gesetz ausgesprochen, doch muß sie meiner Ansicht nach mit Nothwendigkeit aus andern positiven Bestimmungen des Gesetzes erschlossen werden⁴⁾.

Nach Art. XXIX der Einleitung zur Codification „stehen die ehelichen Güterrechte unter der Herrschaft des Rechts, welchem der Ehemann zur Zeit der Eingehung der Ehe seinem Wohnsitz und Stande nach unterworfen war.“ Hiernach wird für die vorliegende Frage, ob nämlich, wenn die Eheleute ihrem Wohnsitz und Stande nach dem livländischen Stadtrecht nicht unterworfen sind, innerhalb einer livländischen Stadt aber Immobilien besitzen, hinsichtlich der letzteren dennoch die Gütergemeinschaft des livl. Stadtrechts einzutreten habe, zu-

²⁾ Der innere Grund für diese Regel wird vornehmlich darin zu suchen sein, daß die Erbschaft nach livländischem Landrecht nicht als eine universitas aufgefaßt wurde. Siehe darüber Bunge, Privatrecht, Bd. 2 § 371.

³⁾ Obige Auffassung hat in Betreff eines in Mitau belegenen Immobilien auch Anerkennung gefunden in der Entscheidung des Rigaschen Rathes vom 3. Juni 1887 Nr. 5128 (Siehe Zwingmann, Entscheidungen, Bd. 8 S. 11).

⁴⁾ Die entgegengesetzte Ansicht vertrat das fr. livländische Hofgericht.

nächst dasjenige Recht in Betracht zu ziehen sein, dem sie ihrem Wohnsitz und Stande nach unterstehen. Wenn nun dieses Recht selbst den Grundsatz aufstellt, daß von dem gesetzlichen Güterrecht, welches für die ihm unterstellten Personen besteht, die außerhalb belegenen Immobilien eine Ausnahme machen, und daher nach dem *lex rei sitae* zu beurtheilen sind, so folgt daraus für die uns vorliegende Frage, daß trotz der Bestimmung des Art. XXIX das livländische Stadtrecht, also die Gütergemeinschaft in Anwendung zu kommen habe. Ein solcher Grundsatz, wie der angegebene, findet sich in der That im livländischen Landrecht vor.

Dies ergibt sich aus nachstehenden Bestimmungen:

- 1) Aus der oben bereits kennen gelernten Regel, daß die in den Landkreisen Livlands belegenen Immobilien — auch wenn sie als Bestandtheile eines Vermögensinbegriffs in Frage kommen, stets nach livländischem Landrecht zu beurtheilen sind. Denn es liegt in der Consequenz, daß das livländische Landrecht diesen Grundsatz auch gegen sich zur Anwendung gebracht wissen will, d. h. auch Immobilien, die außerhalb seines Geltungsgebiets liegen, im gleichen Fall dem fremden Recht unterwirft.
- 2) Der Art. 1730 bestimmt, daß nach livländischem Landrecht nach dem Tode des Ehemannes die Wittve und die Kinder sich in die zu seinem Nachlaß gehörigen städtischen Immobilien nach dem bezüglichen Stadtrecht zu theilen haben. Nach dem letzteren ist aber das Intestaterbrecht untrennbar mit dem ehelichen Güterrecht verbunden. Der Antheil, den der überlebende Ehegatte hier nach dem Tode des verstorbenen an dem Gesamtvermögen erhält, ist ausschließlich oder doch zum Theil die in eine bestimmte Quote umgewandelte Mitberechtigung, die ihm bereits während bestehender Ehe am Gesamtgut zustand (Art. 1819 und 1829). Folglich setzt die Bestimmung des Art. 1730 mit Nothwendigkeit die Geltung des Sazes voraus, daß, in Bezug auf die städtischen Immobilien zwischen den Ehegatten, obwohl sie sonst nach Landrecht leben, dennoch die Gütergemeinschaft bestehe.
- 3) Durch den Art. XXVII in Verbindung mit dem Art. XXXIV sind in Livland die Gerichte angewiesen, Immobilien, auch

wenn sie Bestandtheile einer Erbschaft sind, stets nach dem Rechte des Orts, wo sie belegen sind, zu beurtheilen⁵⁾. Daß diese Bestimmung aber auch auf die zu anderen Vermögensgesamtheiten gehörigen Immobilien auszudehnen ist, läßt sich deshalb annehmen, weil auch die obenerwähnte analoge Bestimmung des Art. IV nicht bloß für die zu Erbschaften, sondern ebenso für die zu anderen Vermögensinbegriffen gehörigen Immobilien gilt.

- 4) Art. VIII Pct. 1 des 3. Th. des Pr. R. Fortf. von 1890 (vergl. auch Art. 457 des 1. Th. des Pr. R.) setzt fest, daß Edelleute, Beamte und die mit ihnen gleiche Rechte genießende Personen, wenn sie in der Stadt Immobilien besitzen, in Bezug auf diese überhaupt dem Stadtrecht unterworfen sind.

Obige Erweiterung muß aber auch für die dem livländischen Bauerrecht unterworfenen Personen gelten, da das livländische Landrecht Aushilfsrecht des letzteren ist (Art. XII).

Ferner ist von der ehelichen Gütergemeinschaft auch ausgenommen das Sondergut der Ehegatten (Art. 81 Punkt 2). Von diesem wird weiter unten verhandelt werden.

Die Gütergemeinschaft erstreckt sich auf die den Ehegatten gehörenden Sachen und zustehenden Rechte natürlich nur so weit, als sie überhaupt veräußerlich sind. Nießbrauchsrechte (Art. 1218) und Familienfideicommiss (Art. 2341) werden daher nur in Bezug auf die Nutzung, nicht aber dem Recht nach zwischen den Ehegatten gemeinschaftlich. Erbgüter fallen dagegen, da das Verbot ihrer Veräußerung sich nur auf freiwillige, nicht kraft des Gesetzes eintretende Veräußerungen bezieht, (Art. 966) der Gütergemeinschaft anheim⁶⁾.

5) Obige Auslegung des Art. XXXIV ergibt sich nicht nur aus seinem Zusammenhange mit Art. XXVII, sondern auch aus der unter seinem Text als Quelle citirten Königl. Schwedischen Resolution vom 13. (nicht 23., wie versehentlich gedruckt ist) August 1631 § 11, zufolge welcher bei Erbschaften (nicht etwa in Livland belegene Immobilien von auswärtigen Gerichten nach livländischem Recht, sondern) in Estland belegene Güter von livländischen Gerichten nach estländischem Recht beurtheilt werden sollen.

6) Auch läßt der Art. 80 meines Ermessens darüber keinen Zweifel. Dies ist auch der Standpunkt des gemeinen deutschen Rechts (S. Runde a. a. O. S. 84). Daß das Gleiche auch nach Hamburgischem Rechte gilt, ist oben § 17, Anm. 7 u. 8 bereits erwähnt worden. Abweichend jedoch Erdmann (S. oben ebendasselbst).

Was den Ehegatten angefallene, aber noch nicht angetretene Erbschaften anbetrifft, so werden sie von der Gütergemeinschaft nicht ergriffen⁷⁾, und ist daher der Ehemann nicht befugt, eine der Frau deferirte Erbschaft für sie anzutreten, oder sie gerichtlich zur Antretung derselben zu zwingen. Dies folgt daraus, daß eine erst deferirte Erbschaft kein Recht, sondern bloß eine rechtliche Hoffnung begründet (Art. 2622). Aus denselben Gründen wird die Frau auch gegen den Willen des Mannes eine Erbschaft antreten⁸⁾ oder ausschlagen⁹⁾ können.

Streitig ist die Frage, ob, wenn ein Ehegatte, dessen einer Parents verstorben ist, mit seinem andern Parents in fortgesetzter Gütergemeinschaft lebt, der ihm an der dortigen Gesamtmasse zustehende ideelle Antheil auch in seine eigene Gütergemeinschaft fällt¹⁰⁾. Meiner Meinung nach verbietet sich nach unserem Provinzialrecht die Bejahung der Frage, weil nach Art. 1826 der ideelle Antheil, wenn das Kind, dem er zusteht, ohne Hinterlassung von Leibeserben verstirbt, der Gesamtmasse zufällt. Hätte der Ehegatte des Kindes durch die Ehe mit ihm bereits Miteigenthum an dem ideellen Theile erworben, so wäre der Verlust seines Miteigenthums, den er durch den Tod desselben erleiden würde, nicht zu rechtfertigen¹¹⁾.

7) Siehe Runde a. a. O. S. 84 und Cropp a. a. O. S. § 59.

8) Ueber die Wirkungen einer gegen den Willen des Mannes erfolgten Erbschaftsantretung der Frau s. unten § 25 am Ende.

9) Das Gegentheil wird — meiner Meinung nach mit Unrecht — von dem Bescheide des früheren Rigaschen Vogteigerichts vom 10. August 1868 Nr. 63 (abgedruckt bei Zwingmann, Entscheidungen, Band 1 S. Nr. 57 S. 115) angenommen. Der Frau fehlen in Folge der ehelichen Vormundschaft des Mannes nur die Verwaltungs- und Dispositionsrechte am *Gesamtgute*, zu welchem, wie erwähnt, eine erst deferirte Erbschaft nicht gehört; während sie im Uebrigen durchaus dispositionsberechtigt ist. (Siehe oben S. 30).

10) Bejaht ist die Frage — nach deutschem Recht — von Runde (a. a. O. S. 85 und 257); Roth, („System des deutschen Privatrechts“ Band II § 104 Nr. 9) und Fischer-Benzon („das Land- und Marschrecht S. 126 u. folg.), verneint von Stobbe (a. a. O. Bd. 4 S. 206), Cropp a. a. O. § 22 und 59 u. a. Nach unserem Provinzialrecht haben sich für die Bejahung ausgesprochen das in der vor. Anmerk. erwähnte Erkenntniß des fr. Rig. Vogteigerichts, sowie die in derselben Sache ergangenen Appellationserkenntnisse des früheren Rigaschen Rathes vom 27. August 1869 Nr. 6079 und vom 16. October 1870 Nr. 7407 (abgedruckt bei Zwingmann Entscheidungen, Bd. I S. 117 u. folg.).

11) Auf obige Frage wird noch später bei Gelegenheit der Behandlung der fortgesetzten Gütergemeinschaft zurückgekommen werden.

**Eintritt der Gemeinschaft kraft Gesetzes und Folgerungen daraus für's
Grundbuchwesen.**

§ 22.

Die Gemeinschaftlichkeit des Vermögens tritt von selbst auf Grund des Gesetzes ein (Art. 79). Die einzelnen Vermögensobjecte der Ehegatten werden daher ihr gemeinsames Eigenthum, ohne daß es einer Uebertragung bedarf. Nach Art. 3004 und Anm. 2 zu diesem Artikel sind „kraft des Gesetzes bestehende dingliche Rechte auch ohne Eintragung in die öffentlichen Bücher wirksam“. Eine Folge hiervon ist, daß der Eintritt des Miteigenthums, welches ein Ehegatte an den Immobilien des andern durch die Ehe erwirbt, nicht davon abhängig ist, daß im Grundbuch ein bezüglicher Vermerk über das Bestehen der Gütergemeinschaft gemacht wird. Es wird daher beispielsweise ein auf den Namen der Frau verzeichnetes Grundstück auch ohne eine solche vorausgehende Vermerkung im Grundbuch von dem Ehegatten mit Zustimmung seiner Frau oder von ihr mit seiner veräußert und verpfändet werden können; ferner wird ein solches Mobil von den Gläubigern des Mannes zur Execution gezogen werden können und endlich wird auch der Mann, wenn es die Frau ohne seine Zustimmung veräußert und dem Erwerber in dem Grundbuch auftragen läßt¹⁾, die Veräußerung und die Zuschreibung anfechten können²⁾.

Im Widerspruch stehen hiermit allerdings die Art. 810, 812 und 813, wonach jede Veränderung welche in der Person des Eigen-

1) Besterer Fall wäre freilich, — da aus dem Kaufcontract der Namenswechsel, den die Frau durch ihre Verheirathung erfahren und dadurch auch letztere die Verheirathung) selbst in der Regel ersichtlich sein wird und da die Grundbuchbehörde die kraft des Gesetzes in Folge der Ehe eingetretene Dispositionsbeschränkung der Frau zu berücksichtigen hat, abgesehen von einem culposen Verhalten der Grundbuchbehörde, — wohl nur dann denkbar, wenn die Frau bereits vor ihrer Verheirathung den gleichen Familiennamen mit dem Mann gehabt hätte.

2) In den Motiven zu dem Gesetz über die Grundbuchordnung vom 9. Juli 1889 (siehe Ausgabe von Gaßmann und Nolden) und zwar zu Art. 20 desselben heißt es, daß es verlangt wird („требуетсѣ“), daß der Umstand, ob das Grundstück ein Bestandtheil der Gemeinschaft oder Sondergut des Ehegatten ist, in dem Grundbuch angegeben sei, da von diesem Umstande das Verfügungsrecht des Besitzers über das Grundstück bedingt sei. Dieser Satz ist wohl nur so zu verstehen, daß, wo die Gütergemeinschaft der gesetzliche Güterstand ist, das Sondergut der Ehegatten regelmäßig ins Grundbuch eingetragen werden muß, um Dritten gegenüber wirksam zu sein. Vergl. unten § 27 und § 28.

thümers erfolgt, in das Grundbuch eingetragen werden muß; ferner nur der als Eigenthümer gilt, der als solcher eingetragen ist und drittens, so lange die Eintragung nicht erfolgt ist, der Erwerber des Immobiles dritten Personen gegenüber keine Eigenthumsrechte ausüben kann; und alle Handlungen desjenigen, der als Eigenthümer verzeichnet ist, gelten lassen muß. Dieser Widerspruch ist aber auf Grund des Art. XX in der Weise auszugleichen, daß die Bestimmungen dieser drei Artikel als die Regel, der Satz des Art. 3004 Anm. 3 aber als Ausnahme zu betrachten ist, und zwar in dem Sinn, daß die kraft des Gesetzes eintretenden Aenderungen des Eigenthumsrechts zwar ebenso wie die vertragsmäßigen regelmäßig eingetragen werden sollen, aber das Unterbleiben der Eintragung bei ihnen nicht die Wirkung des Rechts gegenüber dritten suspendirt.

Andererseits muß aber jedem Ehegatten das Recht zugesprochen werden, das Bestehen der Gütergemeinschaft auf die sowohl ihm als auch dem andern Theil aufgetragenen Immobilien in der Grundbuchbehörde vermerken zu lassen³⁾, auf letztere freilich nur, wenn er zugleich eine das Bestehen der Gemeinschaft bestätigende Declaration des andern Theils, oder eine eine solche Declaration ersetzende gerichtliche Entscheidung beibringt⁴⁾. Der Vermerk im Grundbuchregister kann nur dahin gehen, daß der Eigenthümer mit seinem Gatten in Gütergemeinschaft lebt, und darf jedenfalls nicht verdecken, wer von den Ehegatten das Einzeleigenthum am Immobil vorher hatte, denn, wie weiter unten⁵⁾ näher ausgeführt werden wird, sind die Dispositionsrechte der Ehegatten über die der Gütergemeinschaft unterliegenden Immobilien je nachdem, von wem sie in die Ehe gebracht und wem sie in Folge dessen zum Einzeleigenthum aufgetragen sind, verschiedene⁶⁾.

³⁾ Siehe das Gesetz über die Grundbuchordnung vom 9. Juli 1889 Art. 20.

⁴⁾ Letzteres Erforderniß ist namentlich deshalb nothwendig, weil die gesetzlich bestehende Gütergemeinschaft durch einen Ehevertrag ausgeschlossen sein kann (Art. 94, 36, 38 u. 40 in fine).

⁵⁾ Siehe unten § 28.

⁶⁾ Daß die auf den Namen der Frau aufgetragenen Immobilien nicht als ihr Sondergut betrachtet werden können, versteht sich nach Obigem von selbst; s. darüber die Entscheidung des Meß-Departements des Senats vom 15. September 1892 Nr. 1437 in Sachen G. Cape, betreffend das Testament der Ilse Johanson und die bei Zwingmann „Entscheidungen“ Bd. 1 Nr. 7, Bd. III Nr. 292, Bd. V Nr. 692 und Bd. VI S. 27 abgedruckten Erkenntnisse.

Modificationen und Ausschließung der Gütergemeinschaft durch Eheverträge.**§ 23.**

Die in den einzelnen Gebieten der Ostseeprovinzen gesetzlich bestehenden ehelichen Güterrechte sind dispositives, nicht absolutes Recht, und können daher sowohl bei Eingehung der Ehe, als auch während bestehender Ehe durch Eheverträge ausgeschlossen, sowie auch modificirt werden. (Art. 10, 32 und 33). Die eheliche Gütergemeinschaft des livländischen Stadtrechts macht hiervon keine Ausnahme (Art. 94). Vor Emanirung des die Justizreform in den Ostseeprovinzen einführenden Gesetzes vom 9. Juli 1889 mußten die Eheverträge in den livländischen Städten vor einem Stadtsecretair, nach heutigem Rechte müssen sie notariell abgeschlossen werden. Soll ein Ehevertrag auch für dritte Personen wirksam sein, so muß er — nach einer für alle Rechtsgebiete in gleicher Weise geltenden Vorschrift — außerdem bei der competenten Gerichtsbehörde (gegenwärtig dem Bezirksgericht), producirt und von ihr publicirt werden. (Art. 36 und 38 der Codification, Ausgabe von 1864 und Art. 36, Ausgabe von 1890)¹⁾.

Welches Recht die Ehegatten an Stelle der Gütergemeinschaft setzen wollen, ist ganz ihrem Ermessen überlassen, nur darf der Inhalt der Eheverträge weder den guten Sitten, noch unbedingt gebietenden oder verbotenden Gesetzen zuwiderlaufen, noch mit dem wesentlichen Zweck der Ehe unverträglich sein. Namentlich erklärt das Gesetz auch solche Bestimmungen, welche das gesetzlich angeordnete gegenseitige persönliche Verhältniß der Ehegatten abändern, für unzulässig. Die widergesetzlichen Bestimmungen werden für nicht geschrieben erachtet (Art. 37). Demnach wird die eheliche Vormundschaft mit ihren sämtlichen Wirkungen auf das Vermögen der Ehegatten ausgeschlossen werden können, dagegen das Recht der Frau, sofern ihr eigenes Vermögen dazu nicht ausreicht, von dem Manne, seinem Stande und seinem Vermögen angemessenen, und das Recht des Mannes von ihr im Nothfall überhaupt Unterhalt zu fordern (Art. 8 u. 9) nicht alterirt werden können.

Wird — wie es häufig geschieht — im Ehevertrage nur die Gütergemeinschaft aufgehoben, ohne daß erwähnt ist, welches eheliche

¹⁾ Die Frage, ob, wenn von Ehegatten, die dem livländischen Stadtrecht — sei es von Anfang an oder durch Uebersiedelung — unterworfen sind, ein die Gütergemeinschaft ausschließender Ehevertrag im Auslande abgeschlossen worden, derselbe, um gegen Dritte wirksam zu werden, nachträglich in Rußland publicirt werden muß, ist zu bejahen (vergl. Art. XXXV). Abgesehen von dem Erforderniß der Publication muß aber die Beobachtung der am Ort des Vertragsabschlusses geltenden Formvorschriften genügen (Art. XXXVI).

Güterrecht an ihre Stelle treten soll, so entsteht die Frage, ob das Vermögen der Frau als ihr Sondergut zu betrachten sei und als solches ihrer eigenen Verwaltung und Nutzung unterliege, oder ob der Mann daran das Recht der Verwaltung und Nutzung erwerbe?

Wie bereits oben ausgeführt worden ist²⁾, gilt kraft allgemeiner Rechtsbestimmungen in sämtlichen Rechtsgebieten des Provinzialrechts die eheliche Vormundschaft und gebührt vermöge derselben dem Manne die Herrschaft und die Verwaltung über das gesammte beiderseitige Vermögen, soweit es nicht durch Vertrag oder zufolge gesetzlicher Bestimmung Sondergut ist (Art. 11, 12 u. 27). Aus dieser „Herrschaft“ entspringt aber das in jedem einzelnen Rechtsgebiet anerkannte Nießbrauchsrecht des Mannes am fräulichen Gut (resp. an ihrem Antheil am Gesamtvermögen, wo Gütergemeinschaft besteht). Wenn der Ehevertrag lediglich die Gütergemeinschaft aufhebt, muß daher jenes allgemeine Recht der Verwaltung und des Nießbrauchs des Mannes an ihre Stelle treten.

Welche Befugnisse im Einzelnen aber diesem Rechte entspringen, wird zu entnehmen sein denjenigen Bestimmungen über das ehemännliche Verwaltungs- und Nutzungsrecht, welche sich in sämtlichen Rechtsgebieten des Provinzialrechts, wo Gütertrennung besteht, übereinstimmend finden³⁾, und wo eine solche Uebereinstimmung fehlt, den allgemeinen Rechtsprincipien und der Natur der Sache.

Ueber die Theilung des Gesamtgutes, wenn die Gütergemeinschaft während bestehender Ehe aufgehoben wird, wird weiter unten abgehandelt werden (Siehe § 36) und ebenso über den Einfluß der Grundbuchordnung auf die Wirkungen der Eheverträge (Siehe § 27).

²⁾ Siehe oben S. 29 und 30.

³⁾ Die in dieser Beziehung für alle Rechtsgebiete geltenden Bestimmungen sind die Art. 42—46, 48—51, 53—57 und 60—64, da dieselben nicht nur nach liv- und estländischem Landrecht und dem furländischen Stadtrecht, sondern auch nach dem estländischen Stadtrecht (vergl. Art. 98, 102 u. 103) gelten. Freilich können diese Bestimmungen nicht als formelle Rechtsquelle für das Gebiet des livländischen Stadtrechts gelten, da nach Art. XV die einzelnen Rechtsgebieten zugeeigneten Bestimmungen regelmäßig in den anderen Rechtsgebieten nicht zur Anwendung gebracht werden dürfen; wohl wird man aber in ihnen die Consequenzen erblicken können, die der Gesetzgeber aus dem Begriff der Verwaltung und des Nießbrauchs für das Rechtsverhältniß der Ehegatten gezogen hat, und werden sie auf dieser Grundlage dem Richter als Richtschnur dienen. Auch dürfte die Vermuthung dafür sprechen, daß die Paciscenten sich diesen in den übrigen Rechtsgebieten geltenden Rechtsbestimmungen haben unterwerfen wollen.

Das Sondergut der Ehegatten.**§ 24.**

Wie wir bereits früher bemerkt haben, ist von der nach livländischem Stadtrecht eintretenden allgemeinen ehelichen Gütergemeinschaft auch das Sondergut der Ehegatten ausgeschlossen (Art. 81 Pkt. 2). Sondergut ist:

- I. alles dasjenige Vermögen, welches in einem von den Ehegatten bei Eingehung der Ehe oder während derselben abgeschlossenen Ehevertrage als Sondergut oder doch als von der Gütergemeinschaft ausgenommenes Gut eines der Ehegatten bezeichnet wird und
- II. Sondergut der Frau außerdem alles das, was
 - 1) sie von ihrem in die Ehe gebrachten Vermögen ihrer eigenen Verwaltung und Benutzung ausdrücklich vorbehalten hat;
 - 2) was ihr, von wem es auch sei, unter der Bedingung der eigenen Verwaltung und Nutzung zugewendet worden;
 - 3) was sie aus einem mit des Ehemannes Wissen und Bewilligung unternommenen abgesonderten Gewerbe, oder sonst durch Fleiß und Arbeit für ihre eigene Rechnung¹⁾ erworben hat;
 - 4) was sie von dem Ehemann als Taschen- oder Nadelgeld erhält;
 - 5) was sie von den Früchten und Einkünften dieses ihres Sonderguts erspart und
 - 6) was sie durch das Sondergut oder in Beziehung auf ein solches erwirbt²⁾.

Obiges ergibt sich aus dem Art. 81 Pkt. 2 in Verbindung mit dem von ihm bezogenen Art. 27, da ersterer von der Gütergemeinschaft ausschließt „das durch Vertrag oder Bestimmung (Art. 27) von der

1) Durch die Worte „für eigene Rechnung“ wird der Sonderguts-Charakter für den aus derjenigen Arbeit der Frau fließenden Erwerb ausgeschlossen, die die Frau als Gehilfin des Mannes in seinem Beruf, sowie im gemeinschaftlichen Haushalt leistet.

2) Konsequenz aus dem Vorhergehenden; Siehe Roth, a. a. O. § 137 S. 211. Nach dem deutschen bürgerlichen Gesetzbuch (§§ 1370 u. 1440) ist in dieser Beziehung Sondergut: „was die Frau auf Grund eines zu ihrem Vorbehaltsgut gehörenden Rechts oder als Ersatz für die Zerstörung, Beschädigung oder Entziehung eines zu dem Vorbehaltsgute gehörenden Gegenstandes oder durch ein Rechtsgeschäft erwirbt, das sich auf das Vorbehaltsgut bezieht“.

Gütergemeinschaft ausdrücklich ausgenommene Sondergut eines jeden der beiden Ehegatten“ und letzterer — unter den von den ehelichen Güterrechten geltenden allgemeinen Bestimmungen — die sub 1—5 bezeichneten Vermögensbestände „zu dem von der Verwaltung des Ehemannes ausgenommenen sogenannten Sondergute“ zählt.

Eine Ergänzung finden die im Pkt. 2 des Art. 27 als Sondergut der Frau bezeichneten Zuwendungen durch den Art. 28 und den Art. 115 in Verbindung mit Art. 116. Dieselben bestimmen: (Art. 28): „Zum Sondergut der Ehefrau gehören hiernach (Art. 27) auch die für sie besonders bestimmten Hochzeitsgeschenke, sowie die ihr von dem Ehemanne am Morgen nach der Hochzeit etwa verehrte, sogenannte Morgengabe“³⁾, welche letztere ganz nach den Grundsätzen über Geschenke unter Ehegatten (Art. 110 fgg.) zu beurtheilen sind“.

(Art. 115) „Wo eheliche Gütergemeinschaft besteht, können Ehegatten von ihrem Sondergute einander beliebige Schenkungen machen. Aber auch anderweitige Schenkungen, welche der Ehemann der Ehefrau macht, sind — mit der im Art. 116 angegebenen Einschränkung — gültig“.

(Art. 116): „Jede Schenkung, welche ein Ehegatte dem andern zur Hintergehung der Gläubiger macht, ist nichtig“.

Nach diesen Artikeln müssen ebenfalls als Sondergut der Frau sowohl die ihr von dritten Personen gemachten Geschenke, als auch — sofern damit Uebergabe zu ihrem Besitz und zu ihrer Nutzung verbunden ist — die ihr vom Manne aus seinem Sondergute oder aus dem Gesamtgute gemachten Geschenke betrachtet werden.

In der älteren Gerichtspraxis fand die Ansicht Vertretung⁴⁾, daß durch einen Vorbehalt der Ehefrau bei Eingehung der Ehe, sowie durch eine Schenkung des Mannes an die Frau aus dem Gesamtgut Sondergut nur dann geschaffen werde, wenn der Vorbehalt und resp. die Schenkung in die Form eines Ehevertrages gekleidet und, um gegen Dritte zu wirken — auch publicirt worden. Erst durch die Appellations-

³⁾ Mit dieser (übrigens vollständig in Nichtgebrauch gelangten) Morgengabe ist nicht die auf Gesetz beruhende Morgengabe der Art. 1819—1821 zu verwechseln. Ueber erstere vergl. Bunge, Privatrecht § 263 (not. f.).

⁴⁾ Siehe das in „Zwingmann's Entscheidungen“ Bnd. III S. 410 u. folg. abgedruckte Urtheil der II. Section des Landvogteigerichts vom 22. März 1873 № 20 und die gegen dasselbe gerichtete Nachschrift Zwingmann's dazu S. 412 und folgende.

erkenntnisse des Rigaschen Rathes vom 13. Juni 1884 N. 4059 und vom 18. März 1888 N. 2616 (Siehe Zwingmann's Entscheidungen Bnd. 7 S. 1 und folg. und Bnd. 8. S. 326 und folg.) wurde mit Entschiedenheit mit jener Ansicht gebrochen und die Sondergutsqualität in beiden Fällen auch unabhängig von den Formvorschriften der Eheverträge anerkannt.

Man kann sich für jene ältere Ansicht darauf berufen, daß nach Art. 38 u. 94 der gesetzliche Güterstand nur durch Ehevertrag geändert werden könne, daß bei Zugrundelegung der andern Ansicht durch solche Vorbehalte und Schenkungen ja die meisten und werthvollsten Vermögensobjecte der Frau der Gütergemeinschaft entzogen werden könnten, wodurch die Gläubiger des Mannes, die im Vertrauen auf das Bestehen der Gütergemeinschaft ihm Credit gewähren, in hohem Grade geschädigt werden müßten und daß auch die ausländischen Gesetzgebungen es zu meist als in der Consequenz der Gütergemeinschaft liegend betrachten, daß ein nach dem gesetzlichen Güterrecht dem Gesamtgute anheim fallendes Vermögensobject diesem nur nach den für die Eheverträge geltenden Grundsätzen entzogen werden dürfe⁵⁾.

Obigen Erwägungen kann aber nach den positiven Bestimmungen unseres Provinzialrechts eine ausschlaggebende Bedeutung nicht beigegeben werden. Dies ist auf's Ueberzeugendste in dem oben angeführten Erkenntniß des Rigaschen Rathes vom 13. Juni 1884 und in der in der Anmerkung erwähnten Nachschrift Zwingmann's nachgewiesen worden. Da nach Art. 81 Pkt. 2, das Sondergut nicht bloß durch Vertrag zwischen den Ehegatten entsteht, so liegt es auch nicht im gesetzlichen Güterstande des livländischen Stadtrechts, daß alles Vermögen, welches nicht durch Vertrag der Eheleute ausgeschlossen ist, in die Gütergemeinschaft fällt. Die Bestimmung der Art. 36, 38 u. 94, wonach der gesetzliche Güterstand nur durch Ehevertrag abgeändert werden kann, schließt daher durchaus nicht aus, daß Sondergut auch durch

⁵⁾ Ueber diesen sich meist in den deutschen Güterrechten vorfindenden Standpunkt siehe Runde a. a. O. § 361, 167 und 171; Roth, System des deutschen Privatrechts Thl. 2, § 104 S. 80; Baumeister a. a. O. § 83, I. Das bürgerliche Gesetzbuch für das deutsche Reich erklärt für Vorbehaltsgut der Frau (beim Güterstande der Gütergemeinschaft) lediglich solches Gut, was durch Ehevertrag für Vorbehaltsgut eines der Ehegatten erklärt ist oder ihm von einem Dritten letztwillig oder unter Lebenden mit der Bestimmung, daß es Vorbehaltsgut sein soll, zugewendet worden oder an dessen Stelle tritt. (Siehe §§ 1440, 1369 und 1370 und die Motive Bnd. IV S. 167, 168, 173—178 und 340).

den bezeichneten Vorbehalt der Ehefrau und durch die bezeichneten Schenkungen des Ehemannes zur Entstehung gelangen kann. Zu einer den Wortlaut des Art. 81 Pkt. 2, der auf die sämtlichen im Art. 27 bezeichneten fünf Vermögensbestände als zum Sondergut gehörende hinweist, einengenden Interpretation⁶⁾ liegt daher keine Veranlassung vor.

Ferner wäre die Annahme, daß die von dem Ehemann aus dem Gesamtgut der Frau gemachten Schenkungen sich nach den für die Abschließung von Eheverträgen geltenden Grundsätzen zu richten haben, mit der Bestimmung des Art. 115 ganz unvereinbar. Denn nach jenen Grundsätzen wären solche Schenkungen für die zur Zeit ihrer Entstehung bereits vorhandenen Gläubiger des Mannes an und für sich unwirksam, nach dem Art. 115 sollen sie aber nur nichtig sein, wenn sie behufs Hintergehung derselben gemacht werden.

Daß die von mir in Uebereinstimmung mit dem mehrerwähnten Erkenntniß des Rigaschen Rathes vertretene Ansicht die Interessen der Gläubiger nicht genügend schützt, muß zugestanden werden. Dies Zugeständniß vermag aber die rechtliche Basis, auf der der Satz zufolge der angeführten positiven Bestimmungen des Gesetzes steht, nicht zu erschüttern. Die Motive für ihn werden darin zu suchen sein, daß das fast unbeschränkte Verfügungsrecht des Ehemannes über das Gesamtgut und die einschneidenden erbrechtlichen Wirkungen der Allgemeinen Gütergemeinschaft es im Interesse der Ehegatten als wünschenswerth erscheinen lassen, die Constituirung von Sondergütern nicht zu sehr zu erschweren, und sie daher nicht an die für die Eheverträge vorgeschriebene Form der Veröffentlichung zu binden, welche nicht nur mit Kosten und Weitläufigkeiten verbunden ist, sondern häufig auch im Zartgefühl der Ehegatten Widerstand findet.

Auch ist die Berufung auf verwandte ausländischen Gesetzgebungen gegen unsere Ansicht insofern nicht ganz zutreffend, als dieselben zwar in der Regel die Constituirung von Sondergütern durch Vorbehalt und Schenkungen nach den für die Abschließung der Eheverträge bestehenden

⁶⁾ Gegen dieselbe spricht auch der russische Text des Art. 81, der also lautet: „Из общности имущества изъемятся: 1) земскія помѣстья и вообще недвижимости, находящіяся внѣ городской черты, какъ подлежащія, въ отношеніи къ правамъ супруговъ по имуществу, дѣйствію земскихъ правъ; 2) отдѣльное имущество каждаго изъ супруговъ, по договору или въ случаяхъ, указанныхъ въ ст. 27, именно изъятые изъ общности имущества“.

Grundsätzen beurtheilen, diese Grundsätze aber keineswegs in allen jenen Güterrechten die Veröffentlichung des Vertrags vorschreiben⁷⁾, durch welche doch allein das Interesse der Gläubiger ausreichend geschützt ist.

Endlich ist zu berücksichtigen, daß, wenn unsere Ansicht auch zu einer Gefährdung der Interessen der Gläubiger führen kann, sie doch wohl erworbene Rechte unberührt läßt. Denn wenn das Gesetz eine Constituirung von Sondergütern — mit Wirksamkeit gegen dritte Personen — durch Schenkungen des Mannes an die Frau zuläßt, so wird damit auch das unbedingte Vertrauen der Gläubiger des Mannes, daß jedes einzelne zum Gesamtgute gehörige Vermögensobject von der Haftung für ihre Forderungen nicht ohne ihre Zustimmung befreit werden könne, zu einem unberechtigten. Auch ist die Verhaftung der einzelnen Vermögensobjecte für die Gesamtgutschulden nicht in dem Sinne aufzufassen, als ob jedes von ihnen hypothekarisch verhaftet wäre, sondern haften sie dinglich nur so lange den Gesamtgutgläubigern, als sie Bestandtheil der Gesamtmasse sind, andernfalls würde ja (was doch vollständig ausgeschlossen ist) ihre Verhaftung auch dann nicht aufhören, wenn sie an dritte Personen veräußert werden würden. Daß aber im Gegensatz hierzu — wie wir später sehen werden — bei Auflösung der Gütergemeinschaft allerdings die bei dieser jedem Ehegatten zugetheilten Vermögensobjecte den bisherigen Gläubigern der Gesamtmasse dinglich verhaftet bleiben, steht nur scheinbar im Widerspruch zu Obigem, denn daß hier die Haftung fortbesteht, liegt allein darin, daß, wenn die Gütergemeinschaft als ehelicher Güterstand überhaupt aufgehoben wird, die Ehegatten kraft gesetzlicher Vorschrift verpflichtet sind, vor der Theilung die auf dem Gesamtgut lastenden Schulden zu bezahlen und daher, sofern sie diese Verpflichtung verletzen, die Gläubiger den Auseinanderfall der Gesamtmasse nicht anzuerkennen brauchen⁸⁾.

§ 25.

Es ist oben, auf Grund des Art. 27 Pft. 3 in Verbindung mit Art. 81 Pft. 2, alles das, was die Frau aus einem mit des Ehemannes Wissen und Bewilligung unternommenen abgeordneten Gewerbe, oder sonst durch Fleiß und Arbeit für ihre eigene Rechnung erwirbt, als Sondergut derselben hingestellt worden.

⁷⁾ Siehe Runde a. a. O. §§ 164 u. 165: Roth a. a. O. § 104 S. 80.

⁸⁾ S. darüber unten §§ 34—36.

Dies bedarf einer näheren Ausführung.

Daß nicht der ganze Arbeits-Erwerb der Frau als ihr Sondergut anzusehen ist, müßte schon daraus, daß der Art. 80, entsprechend dem Begriff der allgemeinen Gütergemeinschaft, das von den Ehegatten während der Ehe Erworbene, und folglich auch das durch ihre Arbeit Gewonnene im Allgemeinen zu dem gemeinschaftlichen Vermögen rechnet, erschlossen werden. Indesß bedarf es gar nicht erst eines solchen Schlusses. Der Art. 27 Pkt. 3 weist ausdrücklich nur einen Theil des Arbeits-Erwerbs der Frau ihrem Sondergut zu, nämlich nur denjenigen, welcher einer doppelten Bedingung entspricht: einmal der allgemeinen Bedingung, daß er von ihr für ihre eigene Rechnung gemacht worden ist und sodann der speciellen, daß, falls es sich um den Erwerb aus einem Gewerbe handelt, außerdem das Gewerbe von ihr mit Wissen und Willen des Mannes unternommen worden ist¹⁾.

Aus diesen von dem Art. 27 Pkt. 3 aufgestellten Bedingungen in Verbindung mit der Bestimmung des Art. 92, sowie aus allgemeinen Rechtsgrundsätzen lassen sich nachstehende Folgesätze ableiten:

- 1) Handelt es sich um einen von der Frau außerhalb eines Gewerbes gemachten, also gelegentlichen Arbeits-Erwerb, so fällt derselbe stets — unabhängig von der Einwilligung oder dem Widerspruch des Mannes — in ihr Sondergut²⁾.
- 2) Wird der Erwerb von ihr in einem Gewerbe gemacht, so kommt es zunächst darauf an, ob der Mann sich durch eigene Arbeit an demselben theiligt oder nicht. Im ersteren Fall muß der Erwerb als für gemeinschaftliche Rechnung gemacht und daher als in das Gesamtgut fallend erachtet werden.
- 3) Theiligt sich der Mann dagegen an dem Gewerbe nicht, so ist weiter in Betracht zu ziehen, ob er — und unter

1) Vergl. über die Auslegung des Art. 27 Pkt. 3 auch Erdmann (a. a. O. S. 82 u. folg.), der im Wesentlichen der gleichen Ansicht ist. Für dieselbe spricht entschieden der deutsche Text desselben, während der russische Text auch so aufgefaßt werden könnte, daß — damit ihr Erwerb Sondergut werde — der Mann in jedem Fall zu ihm seine Einwilligung ertheilt haben müsse. Die augenfällige Unbilligkeit, die diese Auffassung für die Frau involviren würde, zwingt dazu, auch den russischen Text nicht anders, wie oben, auszulegen.

2) Wohl wird dem Manne aber kraft seiner hausherrlichen Gewalt (Art. 8 Pkt. 1) das Recht zuerkannt werden müssen, die Frau, sofern sie durch solche Arbeit ihre Geschäfte als Hausfrau vernachlässigt, zur Unterlassung derselben anzuhalten.

welchen Bedingungen — ihr zur Führung desselben seine Einwilligung ertheilt hat. Verweigert er dieselbe oder erteilt er sie nur unter der Bedingung, daß der Erwerb ein gemeinschaftlicher werde, so muß letzterer als ein gemeinschaftlicher gelten, sofern nicht sein desfallsiges Verhalten als ein Mißbrauch seiner hausherrlichen Gewalt sich qualificirt, in welchem Fall das Gericht auf das Ansuchen der Frau (cf. Art. 9) seine Einwilligung zu dem Betriebe überhaupt bezw. dazu, daß der Erwerb für ihre alleinige Rechnung gemacht werden könne, zu suppliren berechtigt erscheinen muß³⁾. Ertheilt er die Genehmigung, ohne daß dabei die Frage, ob der Erwerb ein gemeinschaftlicher sein soll, entschieden wird, so wird — dies folgt aus der bei der allgemeinen Gütergemeinschaft die Regel bildenden Gemeinschaftlichkeit des Vermögens — die Vermuthung für den gemeinschaftlichen Erwerb streiten.

- 4) Ist das Gewerbe, das die Frau selbstständig betreibt, ein Handelsgewerbe, so wird außerdem in Anbetracht dessen, daß bei diesem der Mann, sofern er seine Einwilligung dazu erteilt hat, auch mit seinem eigenen, im Gesamtgut stekenden Vermögen für die innerhalb dieses Geschäftsbetriebes von der Frau getroffenen Verfügungen und contrahirten Schulden verantwortlich ist⁴⁾, ihm gegen die Unternehmung desselben ein absolutes — mithin die richterliche Supplirung ausschließendes veto zustehen⁵⁾.

³⁾ Hierzu wird das Gericht zweifelsohne namentlich dann berechtigt erscheinen, wenn der Mann seiner gesetzlichen Verpflichtung, die Frau zu alimentiren (Art. 9), nicht nachkommt, und das Gewerbe nur den Zweck haben soll, die für die Frau nothwendigen Unterhaltungsmittel zu beschaffen.

⁴⁾ Für die Schulden, die die Frau in einem anderen selbstständigen Gewerbe, d. h. einem solchen, welches sich nicht als Handelsgewerbe qualificirt, macht, erscheint die gesammte Masse nicht als haftbar. Dies ergibt sich daraus, daß der Art. 92 solche Verhaftung ausdrücklich nur auf die Handelsschulden der Frau einschränkt und die Inanspruchnahme eines Credits nur bei dem Handelsgewerbe sich als unerläßlich erweisen dürfte, mithin nur hier in der seitens des Mannes erfolgten Einwilligung zu dem Betriebe des Gewerbes selbst auch seine Genehmigung zur Contrahirung von Schulden liegen dürfte.

⁵⁾ Nach deutschem Recht fällt dort, wo Gütergemeinschaft besteht, der von der mit Zustimmung des Mannes etablirten Handelsfrau gemachte Erwerb stets dem Gesamtgute zu. Das Gleiche gilt auch von dem Vermögen, welches die Frau

Die Frage, ob der Erwerb, welchen die Frau nicht durch ihre Arbeit, sondern anderwärts — beispielsweise durch ein gelegentliches Kaufgeschäft oder den Antritt einer Erbschaft — gegen den Willen des Ehemannes macht, in ihr Sondergut fällt, ist zu verneinen, da bei der kategorisch ausgesprochenen Regel des Art. 80 derselbe aus der Gesamtmasse nur ausgeschlossen werden könnte, wenn er — was nicht geschehen ist — unter die Ausnahmen des Art. 81 aufgenommen wäre.

Die entgegengesetzte Meinung wird von einigen Schriftstellern⁶⁾ für das Gebiet des früheren gemeinen deutschen Rechts vertreten und könnte man auf den ersten Blick meinen, für sie auch nach unserem Provinzialrecht einen Stützpunkt finden zu können, nämlich darin, daß nach einer von uns oben kennen gelernten Bestimmung der Statuten des rig. Stadtrechts die Frau das, was sie ohne ihren Ehemann eingekauft hat, auch ohne ihn verkaufen kann (s. die oben § 4 Anm. 3 angeführten Stellen). Nähere Betrachtung schließt aber diese Ansicht aus. Da, wie wir oben gesehen haben, die Statuten des rig. Stadtrechts im Princip den Boden der dem Eigenthumsrecht nach getrennten Güter der Ehegatten noch nicht vollständig verlassen hatten, so können die einzelnen Rechtsätze derselben als Ergänzung der Bestimmungen der von der Gütergemeinschaft ausgehenden Codification nur so weit herangezogen werden, als sie sich dem System dieser ohne Zwang einreihen lassen. Dieses ist aber in Bezug auf jenen Satz der Statuten nicht möglich. Denn er wäre, ebenso wie der allgemeine Satz, daß jeder von der Frau wider Willen des Mannes gemachte Erwerb ihr Sondergut werde, mit der Gütergemeinschaft nur vereinbar, wenn er auf einen Verzicht des Ehemannes auf seine Mitberechtigung sich zurückführen ließe. Dies scheitert aber daran, daß, da die Gütergemeinschaft kraft des Gesetzes, also ohne jede vorgängige Uebertragung der einzelnen jedem Gatten zustehenden Rechte auf den andern eintritt, der Verzicht seine Wirkung

durch den Betrieb eines andern Erwerbsgeschäfts oder durch ihre sonstige Arbeit erwirbt. Einen Sonderguterwerb der Frau hier anzuerkennen, wird als mit dem Zwecke der Gütergemeinschaft nicht vereinbar erklärt. S. das bürgerliche Gesetzbuch für's deutsche Reich § 1440 in Verbindung mit § 1367 und Motive zu demselben Bd. IV. S. 432; Stobbe a. a. O. § 229 S. 153; Roth a. a. O. § 104 S. 80 u. folg.

⁶⁾ So Stobbe a. a. O. § 230 S. 155 und Roth a. a. O. § 137 Pft. 11. Der Entwurf des deutschen bürgerlichen Gesetzbuchs erster Lesung hatte sich ebenfalls dieser Ansicht angeschlossen, bei der zweiten Lesung wurde sie aber aufgegeben. S. Motive Bd. IV. S. 171 und die §§ 1366—1370 und 1440 des Gesetzbuchs.

erst üben könnte, nachdem das von der Frau erworbene Gut bereits Gesamtgut geworden wäre, er würde mithin nicht einen besondern Entstehungsgrund von Sondergut der Frau bilden, sondern sich als eine Schenkung des Ehemannes an die Frau darstellen und Sondergut derselben nur in soweit erwirken, als das eine Schenkung vermag.

Unsere obige Annahme, an welcher wir sonach festhalten zu müssen glauben, muß freilich eine Consequenz in den Kauf nehmen, die unter Umständen der Billigkeit zuwiderlaufen kann, nämlich die, daß, wenn mit den Rechten, die die Frau (ohne Zustimmung des Mannes) erwirbt, Verpflichtungen verbunden sind (wie stets bei gegenseitigen Verträgen und meist bei Erbschaften), erstere (die Rechte) Gesamtgut werden, letztere (die Verpflichtungen) aber gleichwohl aus diesem nur nach den Grundsätzen der Bereicherungsflagen Befriedigung erwarten können, darüber hinaus aber nur auf das Sondergut der Frau, oder auf ihr nach Auflösung der Gütergemeinschaft frei werdendes Vermögen angewiesen sind⁷⁾.

Das Verfügungsrecht der Ehefrau über ihr Sondergut.

§ 26.

Wie weit die Verfügungsrechte der Ehefrau über ihr Sondergut reichen, ist, sofern dasselbe auf Grund eines Ehevertrages entstanden ist, zunächst nach den Bestimmungen des Ehevertrages, und, sofern es auf der Bestimmung des Punkt 2 des Art. 27 beruht, zunächst nach den Bedingungen der Zuwendung zu beurtheilen (Art. 37 u. 38). — Enthält der Ehevertrag oder bezw. die Zuwendung weder allgemeine noch specielle Bestimmungen, wonach sich ihr Verfügungsrecht für einen in Frage kommenden Fall entscheiden läßt, oder ist das Sondergut auf Grund der Punkte 1, 3, 4 und 5 des Art. 27 entstanden, so kann die Frau über dasselbe unter Lebenden im Allgemeinen mit voller Freiheit disponiren. Nur sofern es sich um die Veräußerung eines unbeweglichen Sonderguts handelt, bedarf sie der Zustimmung ihres Ehemannes, wenn die Veräußerung zu Gunsten einer dritten Person, und der Zustimmung eines von ihr zu erwählenden andern

7) Die von uns bekämpfte Ansicht führt aber, da sie, so lange der Ehemann sich nicht darüber äußert, ob er das Geschäft der Frau genehmigt oder nicht, einen Schwebezustand hervorrufen, jedenfalls zu nicht geringeren practischen Schwierigkeiten. S. darüber die Motive zu dem bürgerl. Gesetzbuch an der in der vorigen Anmerkung angeführten Stelle.

Beirathes, wenn die Veräußerung an ihren Ehemann geschehen soll. Ist solche Zustimmung nicht erwirkt, so kann sie das Veräußerungsgeschäft anfechten. Das Gleiche gilt von ihren sämtlichen Verfügungen auf den Todesfall. Verweigert der Mann hier oder dort seine Zustimmung aus Eigennutz, so ist ihr gestattet, dagegen die Hilfe des Richters in Anspruch zu nehmen (Art. 29, 30, 1991)¹⁾.

Verstirbt ein Ehegatte, ohne über sein Sondergut eine letztwillige Disposition getroffen zu haben, so erben dasselbe der überlebender Ehegatte und die Kinder resp. die entfernteren Blutsverwandten des verstorbenen gemeinschaftlich nach Verhältniß derselben ideellen Antheile, die ihnen an der Gesamtmasse gesetzlich zugetheilt sind (Art. 1822 u. folg. und Art. 1810), wobei sie nach diesem Verhältniß auch in die auf dem Sondergut lastenden Verpflichtungen eintreten. Dieser Satz findet sich in der Codification zwar nirgends ausdrücklich ausgesprochen, er folgt aber aus dem Art. 1707, wonach der überlebende Ehegatte stets mit den auf Grund der Verwandtschaft zur Erbschaft berufenen Personen concurrirt, in Verbindung mit den unter dem Text dieses Art. als Quelle angeführten Bestimmungen des Rigaschen Stadtrechts Buch IV, Tit. 4, §§ 1—4, Tit. 6, § 1, worin gesagt ist, daß nach Auflösung der Ehe der überlebende Parens einerseits und die Kinder oder entfernten Blutsverwandten des Verstorbenen andererseits sich bei der Auseinanderlegung in das gesammte Gut nach jenen Quoten zu theilen haben²⁾.

Einfluß der Grundbuchordnung auf die Wirkungen der Eheverträge und das Sondergut.

§ 27.

Muß, soweit Immobilien in Frage kommen, die Ausschließung der Gütergemeinschaft — um gegen Dritte wirksam zu sein, — in den

¹⁾ Daß die Codification, bei deren Emanation das Institut der Geschlechtsvormundschaft bereits aufgehoben war, obige Beschränkungen der Ehefrau in der Verfügung über ihr Sondergut noch beibehalten hat, läßt sich freilich schwerlich rechtfertigen.

²⁾ Auch wird obiger Satz in der Theorie der ehelichen Gütergemeinschaft allgemein anerkannt: S. Baumeister a. a. O. § 3 S. 101; Stobbe a. a. O. § 230 S. 157 u. § 241 S. 237 und Runde a. a. O. § 167. Wer den Beweis dafür, daß auch hier die Theilung nach den für das Gesamtgut festgesetzten Quoten zu erfolgen habe, für nicht erbracht ansieht, wird sich für gleiche Kopftheile entscheiden müssen.

Grundbüchern vermerkt werden?¹⁾ Diese Frage ist meines Erachtens je nach der Verschiedenheit der Fälle also zu beantworten:

1) Geschieht die Ausschließung der Gütergemeinschaft durch einen Ehevertrag, sei es vor Eingehung der Ehe oder sei es während der Ehe, sei es in Bezug auf das sämmtliche Vermögen der Ehegatten, oder sei es bloß in Bezug auf ein besonderes Immobil, so kommt es darauf an, ob das Güterrechtsverhältniß, welches nach dem Ehevertrag eintreten soll, dem im Grundbuch in Betreff des Immobiles eingetragenen Rechtsverhältniß entspricht oder mit ihm in Widerspruch steht. Ist 1) das Erstere der Fall z. B. das Immobil im Grundbuch auf den Namen der Frau (einerlei, ob auf denjenigen Namen, welchen sie vor der Ehe geführt, oder ob auf den, welchen sie durch die Ehe erhalten hat,) eingetragen und soll die Frau auch nach Inhalt des Ehevertrages das Sondereigenthum an dem Immobil haben, so bedarf der Ehevertrag, um auch hinsichtlich des Immobiles gegen dritte Personen wirksam zu sein, nicht der Eintragung, denn die dritten Personen erhalten durch die Publication des Ehevertrages Kenntniß von dem eintretenden Rechtsverhältniß und werden sie — da letzteres der grundbuchmäßigen Eintragung entspricht, auch nicht durch das Grundbuch zu einer entgegengesetzten Annahme inducirt. Wenn aber 2) der andere Fall vorliegt, z. B. ein auf den Namen der Frau eingetragenes Immobil oder ein in Folge der etwa bereits stattgehabten Gütergemeinschaft als gemeinsames Vermögen im Grundbuch vermerktes Immobil auf Grund des Ehevertrages Sondereigenthum des Mannes werden soll, so wird die Eintragung des Ehevertrages erforderlich sein, denn, wenngleich die dritten Personen durch die Publication des Ehevertrages auch hier vom eintretenden Rechtsverhältnisse Kenntniß erhalten, so wird doch hier durch den Ehevertrag, also durch ein Rechtsgeschäft, ein grundbuchmäßig bestehendes Rechtsverhältniß abgeändert; die Abänderung

¹⁾ Bejaht wird die Frage im preussischen Allgemeinen Landrecht (II, 1 § 216, 374—376); vergl. darüber die Motive zum bürgerlichen Gesetzbuch für's deutsche Reich, Bnd. IV S. 319. Der Auffassung des preussischen Landrechts folgt auch Stobbe a. a. O. § 238 S. 205.

eines solchen durch ein Rechtsgeschäft kann aber nach Art. 813 u. 3004, Anmerk. 2, ohne grundbuchmäßige Eintragung keine Wirkung gegen Dritte erhalten²⁾).

- 2) Wird das Sondergut nicht durch Ehevertrag, sondern durch einen von der Frau bei Eingehung der Ehe gemachten Vorbehalt oder durch eine Schenkung Seitens dritter Personen oder Seitens des Mannes begründet (Art. 27 u. 28)³⁾, so muß selbst dann, wenn das Immobil im Grundbuch als Eigenthum der Frau verschrieben steht, in demselben seine Ausschließung aus der Gütergemeinschaft vermerkt werden, da ohne die Vermerkung die dritten Personen annehmen dürften, daß das Immobil in die Gütergemeinschaft falle. Gegen diesen Satz läßt sich scheinbar folgender Einwand erheben. Das Gesetz lasse die Begründung von Sondergut durch Vorbehalt und Schenkung zu, das Gesetz müsse aber von Allen gekannt sein, folglich seien die dritten Personen daraus, daß das in diesem Wege entstandene Sondergut nicht als solches im Grundbuch vermerkt worden, noch nicht zum Schluß berechtigt, daß es nicht Sondergut sei. Dieser Einwand läßt sich jedoch nicht aufrecht erhalten. Denn das Sondergut entsteht hier nicht kraft des Gesetzes, sondern kraft eines in einem Rechtsgeschäft⁴⁾ documentirten Rechtswillens, dem das Gesetz nur seine Anerkennung nicht verweigert.

Aber — könnte man hierauf entgegnen — auch der Ehevertrag ist ein Rechtsgeschäft und doch soll er, wie oben sub 1 ausgeführt worden ist, wenn durch ihn ein Immobil zum Sondergut desjenigen Ehegatten, auf dessen Namen es im Grundbuch verzeichnet ist, constituirt werden soll, nicht der Eintragung bedürfen. In dem hier besprochenen Fall stände ja das Immobil bereits ebenfalls auf den Namen des Gatten verzeichnet, der daran Sondergut erwerben soll, und dennoch sollte hier die Eintragung erforderlich sein. Diese Engenngung schlägt fehl. Dort konnte jeder Dritte, weil der die Gütergemeinschaft ausschließende

²⁾ Vergl. hiezu sowie zu dem folgenden Punkt den Art. 20 des Gesetzes über die Grundbuchordnung vom 9. Juli 1889 und die Motive zu demselben in der Ausgabe von Gaßmann und Rolßen sowie oben § 22.

³⁾ Siehe oben § 24.

⁴⁾ Siehe Art. 2936.

Ehevertrag publicirt war, es wissen, daß das auf den Namen des Ehegatten eingetragene Immobil trotz der bestehenden Ehe dessen Sonder-eigenthum war. Hier muß er dagegen beim Unterbleiben der Eintragung der Sondergutseigenschaft des Immobiles, da das dieses Sondergut begründende Rechtsgeschäft nicht publicirt ist, annehmen, daß das Immobil, ungeachtet es nur auf den Namen des einen der Gatten verzeichnet steht, in Folge der bestehenden Ehe dennoch nicht sein Alleineigenthum sei.

Die Rechte des Ehemannes am Gesamtgut.

§ 28.

Dem Ehemanne gebührt als ehelichem Vormunde die Verwaltung des Gesamtguts (Art. 82). Kraft dieses Rechts ist er insbesondere zum Besitze der zum Gesamtgute gehörigen Sachen und Rechte, sowie über sie unter Lebenden¹⁾ zu verfügen berechtigt, so daß er sie beliebig veräußern und in Bezug auf sie alle Rechtsstreitigkeiten führen kann. Seine Handlungen verpflichten persönlich aber nur ihn, während sie für die Frau nur soweit sie das Gesamtgut betreffen, verbindlich sind (Art. 84—86). Er kann daher — wenn er nicht zugleich eine Vollmacht von der Frau hat²⁾ die Geschäfte nur in seinem eigenen Namen abschließen. Das ihm am Gesamtgut und den einzelnen zu demselben gehörigen Sachen zustehende Miteigenthum als solches ist er nicht berechtigt zu veräußern, da es als ein gesondertes Recht nicht hervortritt und außerhalb des ehelichen Verhältnisses, worin es allein seine Begründung hat, nicht zu bestehen vermöchte.

Eine Ausnahme von dem freien Verfügungsrecht des Mannes bilden nach Art. 83 die Immobilien, welche in den Gerichtsbüchern auf „den Namen der Frau verzeichnet“ sind und „solche, welche während bestehender Ehe von beiden Ehegatten gekauft sind“. Diese soll er ohne Genehmigung der Frau „weder veräußern, noch mit Hypotheken und andern Lasten beschweren können“.

1) Ueber die Verfügungsrechte der Ehegatten auf den Todesfall siehe unten § 54.

2) Eine solche ihm zu ertheilen, ist die Frau aber nicht verpflichtet, dagegen wird sie, falls es sich um ein Verwaltungsgeschäft handelt, welches in der Sphäre des freien Verfügungsrechts des Ehemannes liegt, gleichwohl aber aus formellen Gründen der Zustimmung Seitens der Frau bedarf, zu solchem Verwaltungsge-
schäft ihm die Erlaubniß nicht versagen dürfen.

Worin liegt der Sinn des Art., soweit er die in zweiter Stelle erwähnten Immobilien betrifft? Will er besagen, daß der Ehemann die auf den Namen beider Ehegatten angekauften Immobilien nicht ohne Zustimmung der Frau veräußern darf³⁾? Meiner Ansicht nach besagt er mehr. Sind beide Ehegatten in dem Kaufcontract als Käufer des Immobilis bezeichnet worden, so muß ja das- selbe nothwendig in den Grundbüchern auch auf den Namen beider Ehegatten verzeichnet werden, da das Grundbuch sich in Uebereinstimmung mit dem Erwerbstitel befinden muß. Es hätte mithin der Gesetzgeber, wenn er nur jenes hätte besagen wollen, zweifelsohne seinem Gedanken den Ausdruck verliehen, der der Form der gleichzeitig gegebenen Bestimmung über die auf den Namen der Frau allein verzeichneten Immobilien entsprochen hätte, d. h. den letzteren Immobilien nur noch die Worte hinzugefügt die „auf den Namen beider Ehegatten aufgetragenen“ Immobilien. Daß er dieses nicht gethan, führt zur Annahme, daß er unter den während der Ehe von beiden Ehegatten angekauften Immobilien diejenigen verstanden hat, die aus theils vom Manne, theils von der Frau herrührenden Mitteln gekauft sind. Eine Bestätigung findet diese Auslegung darin, daß wie wir oben gesehen haben⁴⁾, der Art. 83 auf eine dem hamburgisch-rigischen Recht (I, 10), dem umgearbeiteten rigischen Recht (IV, 4) und den Statuten von 1673 (Lib. III Tit. 11 § 4) gemeinsamen Stelle zurückzuführen ist, die in obiger Weise zu verstehen ist. Ist unsere obige Auslegung des Art. richtig, so wird sich aus ihm auch das Recht der Frau ableiten lassen, von dem Manne zu verlangen, daß, wenn Immobilien angekauft werden, zu deren Kaufpreis sie aus von ihr herrührendem Gute zugeschossen hat, in dem Kaufcontracte auch sie mit als Käuferin bezeichnet und das Immobil folgeweise auch auf ihren Namen in den Grundbüchern verzeichnet werde⁵⁾. Dagegen wird, falls der Ehemann ein solches Immobil dennoch auf seinen Namen allein kauft und verzeichnen läßt und dann es nachher ohne ihre Zustimmung veräußert,

³⁾ Diese Ansicht ist in einer Entscheidung des Rigaschen Rathes vom 18. November 1881 Nr. 7546 vertreten worden.

⁴⁾ Siehe oben § 5 am Ende und § 4 Anm. 2.

⁵⁾ Um so mehr wird dies auch in Bezug auf diejenigen Immobilien zu gelten haben, die ausschließlich aus dem von der Frau herrührenden Gut gekauft werden. Die Frage, ob der Frau ein gleiches Recht auch in Betreff der aus der ehelichen Erzungenschaft angekauften Immobilien zuzusprechen sei, wird von der Praxis jedenfalls verneint.

der Verkauf dritten Personen gegenüber nicht anfechtbar sein. Dies würde der Grundbuchordnung widerstreiten⁶⁾).

Macht die ordnungsmäßige Verwaltung der Gesamtmasse die Aufnahme einer Hypothek oder die Bestellung eines andern dinglichen Rechts an einem Immobil, welches der Mann Obigem nach nicht ohne Zustimmung der Frau veräußern darf, oder selbst den Verkauf eines solchen nothwendig und verweigert die Frau die Zustimmung, so kann letztere durch richterliche Entscheidung ergänzt werden⁷⁾. Der innere Grund hierfür liegt darin, daß bei der ehelichen Gütergemeinschaft die Theilungssklage, die bei dem gewöhnlichen condominium einen solchen zwischen den Miteigenthümern entstehenden Conflict durch Auflösung der Gemeinschaft zu lösen vermag, ausgeschlossen ist.

Proceffe, welche dingliche Rechte an den in Rede stehenden Immobilien betreffen, zu führen ist der Mann — auch ohne Zustimmung der Frau — sowohl activ als passiv legitimirt, da die Proceßführung an sich eine Veräußerung nicht involvirt. Doch gilt dies nicht von dingliche Rechte bewirkenden Zugeständnissen oder Vergleichen, da diese sich als Veräußerungen qualificiren. Auch dürfte es sich Vorsichts halber empfehlen, zu solchen Proceffen die Frau stets hinzuzuziehen⁸⁾.

Andere Beschränkungen des Verfügungsrechts des Ehemannes über das Sammtgut, als die obenbezeichneten, erkennt unser Provinzialrecht nicht an. Daß er auch zu Schenkungen ohne Zustimmung der Frau berechtigt ist, folgt aus dem Art. 85, wonach die Gesamtmasse auch für diejenigen von ihm contrahirten Schulden haftet, die „aus unentgeltlichen Titeln“ entstanden sind.

Das Verfügungsrecht des Ehemannes ist auch insofern ein unbeschränktes, als es an keine Rechenchafts- und an keine Ersatzpflicht ge-

⁶⁾ In obiger Weise ist im Wesentlichsten der Art. 83 von mir auch in meiner mehrerwähnten Abhandlung in der Dorpater Zeitschrift, Jahrgang 4, Heft 3, S. 23 u. folg. ausgelegt worden. Abweichend Erdmann (a. a. O. S. 101 u. Anmerk. 513). Er versteht unter den im Art. 83 bezeichneten Immobilien die Immobilien „der Frau, sowie gemeinschaftlich gekaufte (d. h. aus dem Sondergut der Ehefrau)“ und fügt in Bezug auf die letztern hinzu: „denn aus dem Eingekauften der Ehefrau kann auch ohne Genehmigung derselben vom Ehemann allein (also nicht „gemeinschaftlich“) gekauft, wie jede andere Obligation eingegangen werden“.

⁷⁾ Siehe Stobbe a. a. O. Bd. IV § 238 S. 210 und Roth, a. a. O. § 105 S. 85. Ebenso entscheidet auch das deutsche bürgerl. Gesetzbuch Art. 1447.

⁸⁾ Von der Proceß-Legitimation wird weiter unten noch näher verhandelt werden S. § 31.

knüpft ist, auch nicht bei culposen oder dolosen Schädigungen des Gesamtguts⁹⁾ und ebensowenig bei Verwendungen desselben (auf sein Sondergut¹⁰⁾).

II. Dem Ehemann gebührt die Nutzung der Gesamtmasse. Dies sein Nutzungsrecht erzeugt ebensowenig wie sein Verwaltungsrecht irgend welche seinerseitige Rechenschafts- oder Ersappflicht. Das Aequivalent für dasselbe liegt in seiner ihn auch persönlich und daher auch sein Sondergut erfassenden Verpflichtung, der Frau einen seinem Stande und dem Gesamtgute sowie seinem Sondergute angemessenen Unterhalt zu gewähren (Art. 9)¹¹⁾.

Die Rechte der Ehefrau am Gesamtgut.

§ 29.

Da es einerseits in der Natur des Miteigenthums liegt, daß keiner der Miteigenthümer ohne den andern das Eigenthum in Bewegung setzen kann, und andererseits die Verwaltung des Gesamtgutes kraft der ehelichen Vormundschaft dem Mann gebührt, so ist es die Regel, daß die Frau keine selbstständigen Verfügungsrechte am Gesamtgute hat, sondern ihre Verfügungen nur so weit wirksam sind, als der Mann ihr dazu seine Zustimmung ertheilt hat. Veräußert die Frau eine zum Gesamtgute gehörige Sache oder bestellt sie an ihr überhaupt irgend welches dingliche Recht, so tritt daher derselbe Rechtszustand ein, der besteht, wenn überhaupt ein Miteigenthümer ohne den andern ein Veräußerungsgeschäft an der gemeinschaftlichen Sache vornimmt: Erhebt der Mann gegen die Veräußerung Widerspruch, so gilt das Geschäft als nicht zu Stande gekommen und jeder Theil (sowohl die Ehefrau als der Dritte) kann, sofern nicht eine Frist stipulirt worden, bis zu deren Ablauf die Zustimmung des Mannes abgewartet werden soll, vor Eintritt derselben vom Geschäft ohne Weiteres zurücktreten (Art. 929, 930, 3135 und 3137)¹⁾.

⁹⁾ Siehe unten § 35, Pkt. 9.

¹⁰⁾ S. § 35, Pkt. 10. Verwendungen, die aus dem Sondergut der Ehegatten zum Vortheil des Sammtguts gemacht worden sind, sind dagegen dem Sondergut aus diesem zu ersetzen: Siehe ebendasselbst.

¹¹⁾ Siehe auch oben § 23.

¹⁾ Hat die Frau ihrem Mitcontrahenten zugesagt, daß der Mann seine Zustimmung ertheilen werde, oder war es dem Mitcontrahenten unbekannt, daß die Frau Ehefrau ist, so ist letztere bei nicht erfolgender Zustimmung des Mannes ihrem Mitcontrahenten schadenersappflichtig. Vergl. darüber das gleich Folgende.

Obiges gilt nur von Veräußerungsgeschäften der Frau und auch nur von solchen, welche das Gesamtgut betreffen. Handelt es sich dagegen um Geschäfte, durch welche die Frau sich zu einer Leistung verpflichtet oder die ihr Sondergut betreffen, so ist — da die eheliche Vormundschaft ihre Geschäftsfähigkeit an sich nicht beschränkt, sondern nur die Wirksamkeit ihrer Geschäfte auf das der Verwaltung und Nutzung des Mannes unterliegende Vermögen ausschließt — das Geschäft vollkommen gültig, doch können ihre Mitcontrahenten sich deshalb nur an das Sondergut der Frau und an ihr nach Auflösung der Ehe frei werdendes Gut halten (Art. 91²⁾).

Keine wirkliche Ausnahme von der obigen Regel, daß die Frau ohne Zustimmung des Mannes über das Sammtgut nicht verfügen darf, sondern vielmehr eine Bestätigung der Regel bilden die sich aus dem Art. 56 Punkt 2 in Verbindung mit dem Art. 88 und aus dem Art. 92 ergebenden Bestimmungen, wonach

- 1) sowohl Verfügungen der Frau, welche „auf einem allgemein oder speciellen, ausdrücklichen oder stillschweigenden Auftrage des Mannes beruhen,“ als auch
- 2) alle ihre Verfügungen und Handlungen, die ein von ihr mit Genehmigung des Mannes selbstständig betriebenes Handelsgeschäft betreffen³⁾ volle Wirksamkeit haben sollen. Denn in beiden Fällen ist die Genehmigung des Mannes mindestens in genereller Weise ertheilt.

Eine wirkliche Ausnahme von unserer Regel bildet jedoch die i. g. Schlüsselgewalt der Frau, d. i. ihre Berechtigung, Verfügungen „im Bereiche des inneren Hauswesens zu ihrem und der Familie Bedarf“ zu treffen (Art. 56 Pkt. 1). Ausdrücklich rechnet das Gesetz zu diesen die Annahme weiblicher Dienstboten. Ebenso wird man sie kraft dieses ihres Rechts für befugt erachten „zum Einkauf von Lebensmitteln, von Bekleidungsgegenständen für sich und die Kinder, von Schmuck und Putz innerhalb des standesmäßigen Aufwandes, von Leinen-, Küchen-

²⁾ Daß ausnahmsweise für dieselben auch der Mann mit der Gesamtmasse und auch seinem Sondergute verantwortlich ist, wird weiter unten bei der Abhandlung über die Schulden der Ehegatten (§ 30) ausgeführt werden.

³⁾ Natürlich können hier ihrem Veräußerungsrecht nur diejenigen Capitalien und Vermögensobjecte, welche der Mann der Frau zur Führung des Geschäfts überwiesen hat, nicht auch das in seiner Hand zurückgebliebene Vermögen, anheimfallen. Ueber die von der Frau als Handelsfrau contrahirten *Schulden* siehe unten § 30.

und Haushaltungsgeräth, zum Verkauf dessen, was für den Anzug und die Haushaltung überflüssig und entbehrlich geworden ist, u. f. w. — Dagegen z. B. nicht zum Miethen einer Wohnung, zum Ankauf eines neuen Mobiliars⁴⁾ u. f. w.

Da der Art. 56 diese Verfügungen der Frau von den daselbst sub 2 bezeichneten, „welche auf einem allgemeinen oder speciellen, ausdrücklichen oder stillschweigenden Auftrage des Mannes beruhen,“ unterscheidet, so ist auf sie nicht, wie bei Lehrern, der Grundsatz des Mandats, wonach der Auftrag jederzeit vom Auftraggeber widerrufen werden kann, anwendbar, sondern wird der Mann sie auch dann als für sich verbindlich anerkennen müssen, wenn sie von der Frau gegen seinen Willen getroffen sind. Der Grund dafür wird darin zu sehen sein, daß das Gesetz für diese Handlungen der Frau im Hinblick auf die Verpflichtung des Mannes, mit seinem Vermögen und mit den Einkünften des ihrigen die Lasten des Haushalts zu tragen (Art. 9), die Zustimmung des Mannes präsumirt und zwar in einer durch Gegenbeweis nicht widerlegbaren Weise (*praesumptio juris et de jure*). Andererseits wird man aber dem Manne auf Grund seiner hausherrlichen Gewalt, die ihm gestattet, durch seine Vorschriften den Aufwand für das Hauswesen zu begrenzen, das Recht nicht absprechen können, durch private Mittheilung solcher Vorschriften an den Dritten oder durch eine mit richterlicher Hülfe zu erwirkenden öffentlichen Publication derselben zu weit gehende Dispositionen der Ehefrau für ihn und das Sammtgut wirkungslos zu machen⁵⁾.

Ueber die Berechtigung der Ehefrau, auch gegen den Willen des Mannes Erbschaften anzutreten und auszuslagen, siehe oben § 21 S. 77.

Nach manchen Gesetzgebungen geht das Recht der Verwaltung der Gesamtmasse und damit auch das Verfügungsrecht über dieselbe auf die Frau in den Fällen über, in welchen der Mann durch Abwesenheit oder Krankheit zc. an der Verwaltung behindert ist, oder wegen Verschwendung oder Geisteskrankheit unter Curatel gestellt ist⁶⁾. Das

4) Die obigen Machtbefugnisse, in denen Stobbe (a. a. O. § 229) den charakteristischen Inhalt der Schlüsselgewalt der Frau sieht, entsprechen auch vollständig den Anschauungen und Gewohnheiten, wie sie in den livländischen Städten bestehen.

5) Vergl. Stobbe a. a. O. § 229 S. 147: „Eine private Anzeige in der Zeitung genügt nicht“.

6) Siehe darüber Stobbe a. a. O. § 229 S. 148.

Provinzialrecht nimmt diesen Standpunkt jedoch nicht ein, sondern räumt der Frau in solchen Fällen außer denjenigen Rechten, die sich auch schon für dritte Personen aus den allgemeinen Regeln der Geschäftsführung ohne Auftrag ergeben (Art. 4423 und folg.), nur die Befugniß ein, auf die Bestellung einer Curatel über das Vermögen anzutragen. (Art. 31 u. 87¹⁾).

Die Schulden der Ehegatten.

§ 30.

Zunächst ist selbstverständlich, daß jeder Ehegatte persönlich für diejenigen Schulden haftet, die in seiner Person entstanden sind.

In Bezug auf die Schulden, die die Ehefrau im Bereich des inneren Hauswesens contrahirt, gilt dies jedoch mit der Einschränkung, daß, wenn dem Gläubiger bekannt ist, daß sie Ehefrau ist und sie nicht ausdrücklich erklärt hat, daß sie im eigenen Namen das Geschäft abschließt, dasselbe als für Rechnung des Ehemannes abgeschlossen gilt und daher nicht sie, sondern letzterer aus ihm persönlich verpflichtet wird¹⁾ (cf. Art. 56 Pkt. 1 u. 88). Dies folgt daraus, daß nach dem Gesetz der Mann die Kosten des Haushalts zu tragen hat und das Gesetz Jedermann kennen soll, mithin zu vermuthen ist, sowohl daß sie in diesem Bereich im Namen des Mannes zu contrahiren beabsichtigt hatte, als auch daß dem Dritten diese Absicht bekannt war.

Nach der allgemeinen Regel, daß die Gläubiger wegen ihrer Forderungen sich an das sämmtliche Vermögen ihrer persönlichen Schuldner halten können, in Verbindung mit dem der ehelichen Gütergemeinschaft des livländischen Stadtrechts zu Grunde liegenden Princip, daß an dem gemeinschaftlichen Vermögen besondere Antheile der Ehegatten während der Ehe nicht hervortreten und daher das Vermögen des einen Gatten von dem des andern untrennbar ist, — müßte man zu dem Satz gelangen, daß für die Schulden eines jeden von ihnen die Gesamtmasse verhaftet ist, also alle Schulden der Ehegatten zugleich auch Gesamtgutschulden sind. Aber es kommt hier noch ein

7) Daß in solchen Fällen von dem Vormundschaftsamt nicht der Frau selbst die Curatel übertragen werden kann, folgt aus den Art. 494 u. 317, ist aber in hohem Grade unbillig. Für die Fähigkeit der Frau über den Mann die Vormundschaft zu übernehmen: das deutsche bürgerliche Gesetzbuch § 1900.

1) Dies ist auch die herrschende Ansicht in den ausländischen Gesetzgebungen. Siehe Runde a. a. O. § 41 S. 101; Stobbe a. a. O. § 229 Anmerk. 4; Deutsches bürgerliches Gesetzbuch § 1357.

anderer Grundsatz in Betracht, nämlich der (siehe oben § 28 u. § 19 S. 64), daß das Vermögen der Frau durch die von ihr eingegangenen Rechtsgeschäfte dem gesetzlichen Verwaltungs- und Nutzungsrecht des Mannes nicht ohne seine Zustimmung entzogen werden darf. In Folge dessen haben die aus nicht vom Manne genehmigten Rechtsgeschäften der Frau entstehenden Verbindlichkeiten nur ausnahmsweise — in einzelnen durch positive Rechtsvorschrift festgesetzten Fällen — den Character von Gesamtgutschulden. Auf Grund obiger Grundsätze und mit Berücksichtigung der auf positiver Vorschrift beruhenden Ausnahmen, müssen als Gesamtgutschulden folgende bezeichnet werden:

- 1) die sämtlichen Schulden des Ehemannes, „sie mögen vor oder nach Eingehung der Ehe, aus Verträgen oder aus unerlaubten Handlungen des Mannes, aus entgeltlichem oder unentgeltlichem Titel, mit oder ohne Wissen und Willen der Ehefrau entstanden sein“ (Art. 85)²⁾.
- 2) folgende Schulden der Frau:
 - a. die aus von ihr mit Zustimmung des Mannes³⁾ eingegangenen Rechtsgeschäften entstandenen;

²⁾ Daß für sie auch diejenigen Immobilien haften, welche nach Art. 83 der Mann nicht ohne Zustimmung der Frau veräußern kann, ist bereits oben S. 51 näher ausgeführt worden.

³⁾ Es fragt sich, ob, wenn die Frau ein Rechtsgeschäft mit Beziehung auf ihr Sondergut eingeht, und der Mann dazu seine Zustimmung erteilt, die aus solchem Rechtsgeschäft sich ergebenden Schulden auch als Gesamtgutschulden zu gelten haben? Die Frage ist meiner Ansicht nach nur dann zu verneinen, wenn entweder es mit Bestimmtheit hervortritt, daß die Frau sich nur mit ihrem Sondergut verpflichten will, oder wenn es sich um eine ein unbewegliches Sondergut derselben betreffende Verbindlichkeit handelt, welche sie nach Art. 29 ohne die Assistenz des Mannes gar nicht eingehen kann. Denn nur in diesen beiden Fällen ist die Absicht der Ehegatten, auch das in der Gütergemeinschaft begriffene Vermögen haftbar zu machen, ausgeschlossen oder beziehungsweise nicht zu vermuthen. Nicht aber wird die Haftung der Gesamtmasse auch schon dann als ausgeschlossen gelten können, wenn bloß feststeht, daß die Frau die Rechte aus dem Geschäft zu ihrem Sondergut erwerben soll. Letzteres beweist der Art. 92, da nach ihm angenommen werden muß, daß für die Schulden, die die Frau in einem mit Genehmigung des Mannes betriebenen Handelsgewerbe eingeht (abgesehen von dem Fall, daß etwa das Entgegengesetzte öffentlich bekannt gegeben worden), die Gesamtmasse stets, also auch dann haftet, wenn die Frau das Geschäft zum Vortheil ihres Sonderguts führt. Es werden daher beispielsweise, wenn der Mann seine (nach dem Gesetz durchaus nicht erforderliche) Zustimmung dazu giebt, daß die Frau eine ihr als Sondergut deferirte Erbschaft (vergl. Art. 27 Pkt. 2) antritt, die auf dem

- b. die von ihr zwar im eigenen Namen, aber auf Grund eines ihr vom Manne ausdrücklich oder stillschweigend erteilten, allgemeinen oder speciellen Auftrags contrahirten Schulden (Art. 56 Pft. 2⁴);
- c. die von ihr im Bereich des inneren Hauswesens contrahirten Schulden (Art. 56 Pft. 1);
- d. die von ihr als Handelsfrau⁵) eingegangenen Schulden, falls sie sich mit Genehmigung des Mannes selbstständig als Handelsfrau etablirt hat (Art. 92);
- e. die von ihr in dringender Noth gemachten Schulden (Art. 56 Pft. 3);
- f. solche Schulden, durch welche der Ehemann und insoweit er durch dieselben bereichert worden ist (Art. 56 Pft. 4);
- g. die Delictschulden der Frau (Art. 90);
- h. die unmittelbar aus dem Gesetze entspringenden Verbindlichkeiten derselben, wie z. B. die Alimentationsverbindlichkeiten⁶).

Ist der Mann durch Abwesenheit, Krankheit oder andere Umstände an der Verwaltung des Gesamtguts behindert, so sind die

Nachlaß ruhenden Schulden als Gesamtgutverbindlichkeiten zu betrachten sein, obwohl die Erbschaft von der Frau als Sondergut erworben wird.

In dem Appellationserkenntnis des Rigaschen Rathes vom 3. Juni 1887 N. 5128 (siehe Zwingmann, Entscheidungen, Bnd. 8 S. 9 u. folg.) wurde der Charakter einer Gesamtgutschuld der Verbindlichkeit der Frau in einem Falle abgesprochen, in welchem die Frau außer einem unbeweglichen Sondergut auch ihr ganzes übriges Vermögen verpfändet und der Mann den Schuldschein „als Assistent“ ohne jede Einschränkung mit unterschrieben hatte. Richtig ist es meines Ermessens in solchem Falle seine persönliche Verpflichtung, unrichtig dagegen die Haftung der Gesamtmasse auszuschließen.

4) Hat die Frau in obigen Fällen das Geschäft ausdrücklich auf den Namen des Mannes geschlossen, so ist die Schuld natürlich ebenfalls Gesamtgutverbindlichkeit, aber hier deshalb, weil sie dann auch eine persönliche Schuld des Mannes ist.

5) Die Schulden, die die Frau im Bereich eines andern mit Genehmigung des Mannes betriebenen Erwerbsgeschäfts eingeht, sind dagegen nicht als Gesamtgutschulden zu betrachten, was offenbar darauf beruht, daß bei andern Erwerbsgeschäften der Credit nicht die wesentliche Bedeutung, wie bei dem Handelsgeschäft hat.

6) Konsequenz aus den oben aufgestellten allgemeinen Grundsätzen, die um so weniger abgelehnt werden kann, als das Provinzialrecht für die Delictschulden der Frau die Verhaftung des Gesamtguts ausdrücklich anerkennt. Als selbstverständliche Folge der ehelichen Gütergemeinschaft auch anerkannt von Roth a. a. O. § 107 Anmerk. 21.

Schulden, welche die Frau in diesen Fällen contrahirt, für die Gesamtmasse nur soweit verbindlich, als sie unter die Grundsätze der Geschäftsführung ohne Auftrag fallen oder wirkliche Noth die Frau zur Eingehung derselben gezwungen hat⁷⁾.

Unter den oben (sub 2 a—h) bezeichneten Gesamtgutverbindlichkeiten haben die sub b, c, e und f angeführten noch die Eigenthümlichkeit, daß für sie — obgleich auch sie von der Ehefrau contrahirt sind — der Ehemann nicht bloß mit dem Gesamtgut, sondern auch persönlich haftet. Dies beruht auf einer positiven Vorschrift des Gesetzes⁸⁾, die ihre innere Rechtfertigung darin hat, daß diese Schulden dem Manne oder dem Hauswesen zu Gute kommen, dessen Lasten der Mann zu tragen hat oder auf seine Urheberschaft zurückzuführen sind⁹⁾.

Wegen der Schulden der Frau, welche nicht zugleich Gesamtgutschulden sind, können ihre Gläubiger sich nur an ihr Sondergut und an ihr nach Auflösung der Ehe frei werdendes Vermögen halten (Art. 91)¹⁰⁾.

Wenn oben die Delictschulden der Frau unter den Gesamtgutverbindlichkeiten angeführt worden sind, so bedarf dies doch einer Einschränkung. In erster Linie haben sich die Gläubiger aus diesen Schulden der Frau an ihr Sondergut zu halten und haftet für sie die Gesamtmasse nur soweit, als das Sondergut der Frau zu ihrer Befriedigung nicht ausreicht (Art. 90)¹¹⁾.

Was endlich die vorhelichen Schulden der Frau anbetrifft, so haben sie mit den Delictschulden der Frau das gemeinsame, daß auch für sie zunächst ihr Sondergut haftet; sie weichen aber von jenen darin ab, daß in zweiter Linie für sie nicht das Gesamtgut unbeschränkt haftet, sondern nur so weit, als das von der Frau in die Ehe gebrachte und während derselben durch sie in die Gesamtmasse geflossene Vermögen reicht (Art. 89).

7) Siehe oben § 29 am Ende und Art. 31.

8) Siehe Art. 56 im Eingange, im Gegensatz zu Art. 90 u. 92.

9) Nach dem frühern deutschen gemeinen Recht war es eine Streitfrage, wie weit die Ehegatten auch persönlich für die Gesamtgutschulden haften (siehe darüber die Motive des bürgerlichen Gesetzbuchs für's deutsche Reich Bnd. IV S. 366). Letzteres läßt den Mann auch persönlich für alle Gesamtgutschulden haften (§ 1459).

10) S. unten § 34 Pft. 2.

11) Analog wird dies auch auf die oben sub h genannten Verpflichtungen der Frau ex lege anzuwenden sein.

Die Passiv-Legitimation bei Klagen wider die Ehegatten.

§ 31.

Selbstverständlich sind die Gläubiger befugt, ihre Klage gegen denjenigen Ehegatten zu richten, welcher ihnen, den obigen Grundsätzen zufolge, persönlich verpflichtet ist. Ist die Schuld aber zugleich Gesamtgutverbindlichkeit und will der Gläubiger (was doch gewöhnlich der Fall sein wird) auch ein gegen das Gesamtgut vollstreckbares Urtheil erwirken, so muß er die Klage in den Fällen, in denen die Frau allein seine persönliche Schuldnerin ist (s. d. vor. § Pkt. 2, a, d, g und h) nicht gegen diese (oder doch nicht gegen sie allein), sondern gegen den Ehemann (oder doch zugleich gegen ihn) richten. Dies folgt daraus, daß der Mann dem Gesetze nach der Verwalter und Nutznießer der Gesamtmasse ist und daher ein Urtheil, das nicht gegen ihn selbst ergangen ist, auch gegen das Gesamtgut nicht geltend gemacht werden kann. Das Fundament einer solchen Klage bildet einerseits das obligatorische Rechtsverhältniß, in welchem der Gläubiger zu der Frau steht und andererseits derjenige Thatbestand, welcher die Schuld zu einer Gesamtgutverbindlichkeit macht. Das Klagepetitum muß die Einschränkung erhalten, daß die Schuld vom Manne nur insoweit beizutreiben sei, als das Gesamtgut reicht.

Kommt bei der Execution eines gegen den Mann allein ergangenen Urtheils ein Immobil in Frage, welches in dem Grundbuche auf den Namen der Frau verzeichnet steht, so wird nach der bestehenden Praxis, sofern das Immobil nicht als Sondergut der Frau eingetragen ist, die Vollstreckung zugelassen und der Frau überlassen, auf Grund von ihr zu führender Nachweise des etwaigen Sonderguts-Charakters desselben¹⁾, die Aufhebung des Executionsverfahrens zu beantragen, was damit gerechtfertigt wird, daß gegen den Sondergut-Charakter die Vermuthung streitet (Art. 13 u. 812)²⁾.

Ueber die dinglichen Klagen, die auf den Namen der Frau aufgetragene Immobilien betreffen, ist bereits oben im § 28 abgehandelt worden.

1) S. das Erkenntniß der I. Section des Rigaschen Landvogteigerichts vom 15. September 1872 No. 157 bei Zwingmann, Entscheidungen Bd. 3, S. 18 u. folg.

2) Daß ein auf den Namen der Frau aufgetragenes Immobil Sondergut derselben ist, ohne daß die Sonderguteigenschaft aus dem Grundbuch ersichtlich ist, kann beispielsweise dann vorkommen, wenn von den Ehegatten ein die Gütergemeinschaft aufhebender Ehevertrag abgeschlossen ist. S. oben § 27.

Viertes Capitel.

Die Auflösung der ehelichen Gütergemeinschaft.

§ 32.

Die eheliche Gütergemeinschaft erlischt:

- 1) Durch den Tod eines Ehegatten, wenn die Ehe unbeerbt ist.
- 2) Durch vertragsmäßige Aufhebung;
- 3) Durch Austritt des Ehemannes aus der Unterordnung unter das Stadtrecht;
- 4) Durch Trennung der Ehe wegen Nichtigkeit;
- 5) In Folge der Aufhebung der Ehe durch Ehescheidung.

Erster Abschnitt.

Die Auflösung der Gütergemeinschaft durch den Tod eines Ehegatten.

Charakterisirung der bei der Auflösung dem überlebenden Ehegatten und den Blutsverwandten des verstorbenen gebührenden Antheile.

§ 33.

Die Gütergemeinschaft erlischt durch den Tod eines Ehegatten nur dann, wenn die Ehe unbeerbt ist. Ist sie beerbt, so wird die Gütergemeinschaft zwischen dem überlebenden Ehegatten und den Kindern fortgesetzt. Die einzelnen Bestimmungen, die die Codification in Betreff des ersten Falls, der hier der Betrachtung unterzogen werden soll, enthält, finden sich in den Art. 1819—1821, deren Inhalt wir bereits oben kennen gelernt haben (§. 12, 21 u. 32).

Zunächst stellt sich uns die Frage, welchen rechtlichen Charakter der nach Art. 1819 dem überlebenden Ehegatten bei der Auseinandersetzung mit den Blutsverwandten des verstorbenen zugewiesene Antheil an dem Gesamtgut hat? Ist er allein als seine nunmehr in eine bestimmte Quote umgewandelte Mitberechtigung, die er an dem gemeinschaftlichen Vermögen während der Ehe hatte, oder zugleich auch als ein Erbtheil in den Nachlaß des verstorbenen Gatten aufzufassen?

Daß er das erstere, also Eigenthumsantheil — ist, darüber kann kein Zweifel bestehen, da der Tod des verstorbenen Gatten nicht zu einem Verlust seines Vermögens führen kann. Andererseits steht aber auch fest, daß das Gesetz den überlebenden Ehegatten auch als Erben des Verstorbenen auffaßt, denn es sind nicht nur die Bestimmungen der Art. 1819—1821, die seine nach dem Tode des verstorbenen Gatten eintretenden Rechtsverhältnisse zu dem in der Gütergemeinschaft begriffen gewesenen Gut regeln, dem von der gesetzlichen

Erbsfolge handelnden Tit. II des III. Buchs einverleibt und zwar speciell der fünften Abtheilung desselben, die die Ueberschrift „Erbsfolge der Ehegatten nach livländischem Stadtrecht“ trägt, sondern ist außerdem im Art. 1707 bestimmt, daß das Erbfolgerecht des überlebenden Ehegatten durch das Dasein von Blutsverwandten nicht ausgeschlossen wird, sondern der überlebende Ehegatte stets mit den auf Grund der Verwandtschaft zur Erbschaft berufenen Personen concurrirt^{1) 2)}.

Ergiebt sich sonach die Nothwendigkeit, in der dem überlebenden Ehegatten zugewiesenen Theilungsquote (von $\frac{2}{3}$ resp. $\frac{1}{2}$) sowohl sein aus der Ehe herrührendes Miteigenthum, als auch einen Erbtheil in dem Nachlaß des verstorbenen zu sehen, so gelangt man zu der weiteren Frage, wie viel sie das eine und das andere ist.

Das Provinzialrecht giebt über diese Frage keinen directen Aufschluß und muß daher ihre Beantwortung im Wege der Schlußfolgerung gesucht werden. Wenn den verstorbenen Ehegatten nicht nur seine Blutsverwandten, sondern auch der überlebende Ehegatte beerben sollen, so ist dies nur unter der Voraussetzung möglich, daß das quotativ unbestimmte Miteigenthum des verstorbenen Ehegatten sich bereits im Augenblick seines Todes in ein quotativ bestimmtes umwandelt, mithin in dieser bereits stattgehabten Umwandlung seinen Nachlaß bildet, denn die entgegengesetzte Annahme, daß die Quotifizirung der Gesamtmasse sich erst nach dem Anfall der Erbschaft in den Personen des überlebenden Ehegatten und der Blutsverwandten des verstorbenen sich vollziehe, ist aus dem doppelten Grunde unmöglich: einmal, weil das quotativ unbestimmte Miteigenthum durch das Gemeinschaftsverhältniß zwischen den Ehegatten so sehr bedingt ist, daß es ohne dieses selbst nicht fortbestehen kann und zweitens weil der überlebende Ehegatte, der bei der letzteren Annahme schon ein quotativ unbestimmtes Miteigenthum hätte, nichts desto weniger ein gleiches quotativ unbestimmtes Miteigenthum von dem verstorbenen Ehegatten zusammen mit dessen Blutsverwandten auch noch

1) Daß jeder Gatte Erbe des andern ist, beweist ferner der Art. 2863.

2) In wie weit in den Gebieten des deutschen Rechts der dem überlebenden Gatten am Gesamtgut gebührende Theil unter dem Gesichtspunkt des Erbtheils aufgefaßt wird, darüber zu vergl. Runde a. a. O. 109, Stobbe a. a. O. § 238 Anm. 41 und § 240 Anm. 5, und die „Motive zu dem bürgerlichen Gesetzbuch für das deutsche Reich“ Bd. IV S. 401 u. folg.

erben würde — was keinen Sinn hätte, da die Zulegung eines quotativ unbestimmten Miteigenthums zu einem andern solchen Miteigenthum, wenn noch ein drittes solches besteht (scil. bei den Blutsverwandten) einen *Z u s a m m e n s t i m m u n g* von Rechten nicht ergeben, mithin wirkungslos sein³⁾ würde).

Die Frage, welche Quote der Gesamtmasse der überlebende Ehegatte als *E r b e* des verstorbenen erhält, führt daher zur Vorfrage, welche Quote jeder Ehegatte am Gesamtgut im Augenblick der Auflösung der Ehe durch den Tod eines von ihnen hat, und entscheidet sich dann mit dieser ganz von selbst, da derjenige Bruchtheil, um welchen die nach dem Gesetz dem überlebenden Ehegatten bei der Theilung mit den Blutsverwandten zugeeignete Quote von $\frac{2}{3}$ und resp. $\frac{1}{2}$ seine im Augenblick der Auflösung der Ehe ihm bereits zustehende Quote am Gesamtgut übersteigt, sein Erbtheil in den Nachlaß des verstorbenen sein muß. Für die Entscheidung dieser Vorfrage finden wir in der gesetzlichen Bestimmung, daß beim Tode der Frau ihren Blutsverwandten $\frac{1}{3}$ und beim Tode des Mannes seinen Blutsverwandten $\frac{1}{2}$ von der Gesamtmasse anfallen, einen festen Anhaltspunkt. Sie führt — da die Blutsverwandten des verstorbenen Ehegatten doch von ihm nur etwas erben können, was ihm selbst bereits im Augenblick des Todes gehört hatte, zum Schluß, daß bei Auflösung der Ehe

³⁾ Wollte man trotzdem annehmen, daß die Umbildung des quotativ unbestimmten Miteigenthums des verstorbenen Ehegatten in ein quotativ bestimmtes Miteigenthum sich erst in den Personen der Erben vollzieht, so könnte sie nur als ein vom Gesetz festgestellter *T h e i l u n g s m o d u s* aufgefaßt werden. Damit wäre aber die Möglichkeit, die Quote, mit welcher der überlebende Ehegatte den verstorbenen beerbt, zu ermitteln, von vornherein ausgeschlossen, da der überlebende Ehegatte und ebenso die Blutsverwandten des verstorbenen solchenfalls eine Quote der Gesamtmasse gar nicht g e e r b t hätten. Für diejenigen Güterrechts-Systeme, bei denen die Gütergemeinschaft während der Ehe noch gar nicht besteht, sondern erst nach Auflösung der Ehe eintritt (s. g. Gütergemeinschaft von Todes wegen) ist, wie wir oben bereits gesehen haben, allerdings der Versuch gemacht worden, die Quotisirung der Gesamtmasse erst in den Personen der Erben eintreten zu lassen und zwar in der Art, daß der überlebende Ehegatte, um den verstorbenen beerben zu können, sein Vermögen in den Nachlaß einwerfen müsse. Dieser Versuch scheitert jedoch bereits bei jenem Güterrechtssystem überall dort, wo der überlebende Ehegatte nicht unter Beibehaltung seiner Illaten den Nachlaß des verstorbenen auszuschlagen berechtigt ist (Siehe oben § 18, Anm. 9), für uns kommt er außerdem nicht in Frage, da wir nach unserem Provinzialrecht bereits w ä h r e n d d e r Ehe die Gütergemeinschaft annehmen.

die Quote des Mannes am Gesamtgut nicht kleiner als $\frac{1}{2}$, die Quote der Frau an demselben nicht kleiner als $\frac{1}{3}$ gewesen sein kann. Was hiernach aber noch unbestimmt bleibt, ist, ob das Sechstel, welches vom Gesamtgut nach Abzug jener Eigenthumsantheile von $\frac{1}{2}$ und $\frac{1}{3}$ noch übrig bleibt, im Augenblick der Auflösung der Ehe dem Manne, oder der Frau oder beiden, jedem zu einem Theil, gehöre? Nehmen wir das erste an, so würde bei Auflösung der Ehe das Miteigenthum des Mannes ($\frac{1}{2} + \frac{1}{6} =$) $\frac{2}{3}$ und das der Frau $\frac{1}{3}$ betragen und die Consequenz hiervon sein, daß der Mann gar nichts von der Frau, diese aber vom Mann ($\frac{1}{2} - \frac{1}{3}$) $\frac{1}{6}$ der Gesamtmasse erben würde⁴⁾; nehmen wir das zweite an, so würde bei Auflösung der Ehe das Miteigenthum des Mannes $\frac{1}{2}$ und das der Frau $\frac{1}{2}$ betragen, mithin die Frau nichts vom Mann, er aber von ihr ($\frac{2}{3} - \frac{1}{2} =$) $\frac{1}{6}$ erben, und nehmen wir endlich das dritte an, so würde bei Auflösung der Ehe das Miteigenthum des Mannes größer als $\frac{1}{2}$ und kleiner als $\frac{2}{3}$ und das Miteigenthum der Frau größer als $\frac{1}{3}$ und kleiner als $\frac{1}{2}$ des Gesamteigenthums sein, und folgeweise jeder den andern mit einem Bruchtheil der Gesamtmasse beerben, der kleiner als $\frac{1}{6}$ wäre, aber zu dem Erbtheil des Andern zugerechnet $\frac{1}{6}$ ergeben würde.

Da wir nun von der dem Provinzialrecht zu Grunde liegenden Voraussetzung ausgehen, daß jeder der beiden Gatten Erbe des andern ist, so ist evident, daß die dritte Annahme die richtige ist. Dafür aber, nach welchen Bruchtheilen das nachbleibende Sechstel bei Auflösung der Ehe Miteigenthum des einen und des andern Gatten ist, und folgeweise mit welchem Bruchtheil von dem Sechstel der Mann die Frau und die Frau den Mann beerbt, dafür giebt das Gesetz uns keinen Anhaltspunkt. Wir müssen daher diese Frage, nach dem allgemeinen Grundsatz, daß in Gemeinschaftsverhältnissen im Zweifel jedem Interessenten ein gleiches Recht zuzusprechen sei (cf. Art. 4309 und 4293 und L. 29 pr. pro socio 17, 12 und § 1 J. de societate 3, 26), dahin entscheiden, daß bei Auflösung der Ehe jeder Ehegatte mit einer Hälfte an dem Sechstel, also einem Zwölftel participirt und mithin das Miteigenthum des Mannes ($\frac{1}{2} + \frac{1}{12} =$) $\frac{7}{12}$

⁴⁾ Nach der Auffassung Erdmann's (a. a. O. S. 242 und 201), die mit seiner oben erörterten Ansicht zusammenhängt, zufolge welcher nach livländischem Stadtrecht zwischen den Ehegatten überhaupt nicht Gütergemeinschaft besteht, soll nur die Ehefrau Erbin des Mannes, nicht aber auch er ihr Erbe sein.

und das Miteigenthum der Frau ($\frac{1}{3} + \frac{1}{12} = \frac{5}{12}$ beträgt⁵⁾ und folgendermaßen jeder Ehegatte mit $\frac{1}{12}$ den andern beerbt⁶⁾.

Der Umstand, daß unsere Rechtsquellen selbst die obige Feststellung des in der Theilungsquote des überlebenden Ehegatten liegenden Erbtheils (auf $\frac{1}{12}$ der Gesamtmasse) nicht vornehmen, sondern die Größe desselben nach Anhaltspunkten, die sie gewähren, und mit Zuhilfenahme allgemeiner Erwägungen erst im Wege der Schlußfolgerung ermittelt werden muß, ist daraus zu erklären, daß — wie wir oben gesehen haben — das eheliche Güterrecht des livländischen Stadtrechts sich nach den alten Statuten principiell noch nicht zum System einer wirklichen Gütergemeinschaft abgeschlossen hatte, und daher nach ihm als Nachlaß des verstorbenen Ehegatten noch die von ihm in die Ehe inferirten und von ihm erworbenen einzelnen Vermögensobjecte galten, und daß die Codificatoren von 1864 die eheliche Gütergemeinschaft zwar principiell als das herrschende System zur Anerkennung brachten, doch die Folgesätze aus ihr in das Gesetzbuch nur soweit aufnahmen, als diese sich bereits in den auf dem Wege der Entwicklung zu ihr sich befindenden alten Statuten vorfanden, oder auf deren ausdrückliche Feststellung ein unabweisbares practisches Bedürfniß hinwies⁷⁾. Obiger Umstand läßt aber zugleich darauf schließen, daß die alten Statuten und, ihnen folgend, die Codification unter den Fragen, deren Entscheidung, nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen, ohne die Feststellung der Größe des in der Theilungsquote des überlebenden Ehegatten liegenden Erbtheils nicht möglich ist, die wichtigste und am meisten in

⁵⁾ Den oben angeführten Gesetzesstellen würde es freilich mehr entsprechen, das Sechstel ganz dem Eigenthumstheil der Frau zuzuweisen und damit beide Eigenthumsantheile als gleich groß anzunehmen, was auch mit der in der allgemeinen Theorie der Gütergemeinschaft meist vertretenen Ansicht übereinstimmen würde. (Siehe darüber Runde, a. a. O. § 106 S. 239 und § 59 S. 141). Diese Annahme ist aber, wie wir oben gesehen haben, mit unserem Provinzialrecht unvereinbar, da sie dahin führen würde, daß nur der Mann die Frau beerbe.

⁶⁾ Zu einem ähnlichen Resultat gelangt nach Hamburgischem Recht, welches ebenso wie das livländische Stadtrecht bei unbeerbter Ehe dem überlebenden Mann $\frac{2}{3}$ und der überlebenden Frau $\frac{1}{2}$ zuspricht, auch Runde (Siehe denselben a. a. O. § 101 Anmerk. i), wogegen Cropp (a. a. O. S. 578) und Baumeister a. a. O. (§ 83, Anm. 34) nach hamburgischem Recht die quotative Ausscheidung eines bestimmten Eigenthumsantheils der Ehegatten aus ihrer ganzen Theilungsquote verwerfen.

⁷⁾ Wie z. B. auf den Satz, daß die Gesamtmasse auch für die Delictschulden der Ehefrau haftet.

Betracht kommende — nämlich die Frage über die Haftung des überlebenden Ehegatten für die Schulden des verstorbenen zufolge speciellen Rechtssatzes unabhängig von der Größe seines Erbtheils, geordnet hat⁸⁾. Bevor wir hierauf näher eingehen, ist noch in Betreff der den Blutsverwandten des verstorbenen Ehegatten zufallenden Quoten der Gesamtmasse (Art. 1819) zu bemerken, daß sie selbstverständlich ausschließlich den Character von Erbtheilen in seinen Nachlaß haben. Nach den allgemeinen Regeln des Intestaterbrechts müssen sie daher, um von ihnen erworben zu werden, von ihnen angetreten werden. Schlagen die sämtlichen, den zunächst berufenen Klassen angehörigen Blutsverwandten

8) Einen Fall, in welchem der Erbtheil des überlebenden Ehegatten nach dem oben gefundenen Maßstab (also auf $\frac{1}{12}$) zu berechnen sein wird, bildet der Verlust des Intestaterbrechts, welcher als Strafe den überlebenden Ehegatten in den in den Art. 2861 und 2863 bezeichneten Fällen trifft. Nach den älteren Statuten, die übrigens die Bestimmung nur für die Ehefrau, nicht auch den Ehemann kannten (hamb.-rig. Recht V, 7; umgearbeitete Statuten V, 21 und VI, 1; Statuten von 1673 Lib. IV, Tit. 6, § 2), scheint der Ehefrau in den bezeichneten Fällen ihr ganzes Gut entzogen worden zu sein. Da aber die Codification — offenbar in Anerkennung der Härte dieser Bestimmung, nur vom Verlust des Intestaterbrechts resp. Erbrechts spricht, so dürfte dem heutigen Recht die obige Einschränkung der Strafe entsprechend sein.

Einen andern Fall bietet die Erbschaftsteuer. Hier hat die Praxis — Schwanckungen abgerechnet — sich dahin entschieden, die ganze Quote des überlebenden Ehegatten von der Erhebung der Steuer zu befreien, wofür sich geltend machen läßt, daß das Erbschaftsteuergesetz den Fall nicht vorgesehen hat. Sollte die Gesetzgebung in Zukunft darin eine Aenderung eintreten lassen, so müßte Obigem nach auch hier der Erbtheil auf $\frac{1}{12}$ der Gesamtmasse berechnet werden. Dagegen muß die Ansicht, die mitunter auch Vertretung gefunden hat, daß als Nachlaß des verstorbenen Ehegatten alles das zu berechnen und daher zu besteuern ist, was er in die Ehe gebracht hat oder während derselben erworben hat, aufs Entschiedenste abgelehnt werden. Sie widerspricht nicht nur vollständig dem Princip der ehelichen Gütergemeinschaft, sondern ist auch — wenn man diese verwirft und bloß eine s. g. „Gütergemeinschaft von Todeswegen“ annimmt, unhaltbar. Da der überlebende Ehegatte nicht das Recht hat, unter Ausschlagung der Erbschaft des verstorbenen Ehegatten das von ihm (dem überlebenden) in die Ehe gebrachte oder ihm während derselben besonders zugefallene Vermögen zu behalten, so kann von denen, die nur eine Gütergemeinschaft von Todeswegen annehmen, die Theilung des beiderseitigen Vermögens nach Quoten der Gesamtmasse, wie bereits oben bemerkt (s. § 18 Anmerk. 9), nicht auf den Gesichtspunkt einer Einwerfung des Vermögens des Ueberlebenden in den Nachlaß des Verstorbenen zurückgeführt werden, sondern müßte die substantielle Verschmelzung des beiderseitigen Vermögens schon in den Zeitpunkt des Todes verlegt werden, mithin könnte auch nach dieser Ansicht das, was als Nachlaß an den überlebenden

sie aus, so accresciren sie nicht dem überlebenden Ehegatten, sondern werden sie der folgenden Klasse derselben deferirt (Art. 1882 u. 2886), und erst wenn Niemand von ihnen den Nachlaß antritt, gelangen sie nach Art. 1708 an den überlebenden Ehegatten.

Die Haftung des überlebenden Ehegatten und der Blutsverwandten des verstorbenen für die Schulden.

§ 34.

Da der überlebende Ehegatte Erbe des verstorbenen ist, so müßte er — wenn dieses sein Erbrecht nach den allgemeinen erbrechtlichen Grundsätzen zu beurtheilen wäre — zufolge der Bestimmungen des Art. 2646 u. folg. nach Verhältniß seiner Erbquote (also nach unserer obigen Berechnungsweise mit $\frac{1}{12}$) für die in der Person des verstorbenen Ehegatten entstandenen Schulden haften und zwar, wenn er von der Rechtswohlthat des Inventars Gebrauch gemacht hätte, bis zum Belaufe des Erbtheils, andernfalls auch mit seinem Sondergut und dem künftigen Erwerb. Das Gesetz hat die Frage aber nicht so entschieden.

Ehegatten und die Blutsverwandten gelangt, immer nur eine Quote des Gesamtvermögens sein. Außerdem ist Folgendes zu erwägen: Da der Ehegatte nach den Bestimmungen des livländischen Stadtrechts kraft seiner ehelichen Vormundschaft das ganze beiderseitige Vermögen in seinen Besitz nimmt und meist über dasselbe gerade so, wie wenn es ausschließlich sein eigenes wäre, disponirt, da er ferner in Bezug auf dasselbe zu keiner Rechnungslegung verpflichtet ist und da es auch für alle seine Schulden haftet, so wird man auch, wenn man eine wirkliche Gütergemeinschaft während bestehender Ehe nicht annimmt, doch so viel zugestehen müssen, daß das Vermögen der Ehegatten thatsächlich während der Ehe so sehr mit einander verschmilzt, daß nach Auflösung derselben — es sei denn, daß sie von einer kurzen Dauer gewesen ist — sich unmöglich auch nur mit einiger Sicherheit feststellen läßt, was von dem vorhandenen Vermögen von dem einen oder dem andern Ehegatten in die Ehe gebracht ist oder an die Stelle des von ihm in die Ehe gebrachten getreten ist und was von jedem einzelnen und was von ihnen zusammen erworben ist. Dazu kommt noch die schwierige Frage, was ist als von ihnen gemeinschaftlich und was als von ihnen separat erworben anzusehen? Kurz — um alles dieses festzustellen — müßte nach jedem Todesfall erst eine äußerst schwierige Untersuchung angestellt werden, eine Untersuchung, die in den meisten Fällen auch bei gutem Willen der Betheiligten ein ganz unsicheres Resultat ergeben würde. Auch wären in solchem Falle absichtliche oder versehentliche Unrichtigkeiten der Erbschaftsaufgabe kaum jemals zu ermitteln. Die Folge davon wäre aber, daß das als Nachlaß des Verstorbenen aufzugebene Vermögen zum Nachtheil des Fiskus in der Regel an Werth hinter dem Antheil an der Gesamtmasse, der nach der gegenwärtigen Praxis bestimmt wird, zurückstehen würde.

Wir haben allen Grund anzunehmen, daß eine Haftpflicht für die in der Person des verstorbenen Ehegatten entstandenen Schulden, soweit sie nicht zugleich die Gesamtmasse belasten, für ihn garnicht, sondern nur für die Blutsverwandten besteht, und sofern sie auf der Gesamtmasse ruhen und aus dieser vor der Theilung nicht bereits bezahlt sind, er unabhängig von den Vorschriften des erbrechtlichen Inventarrechts, stets nur mit denjenigen Vermögensobjecten verantwortlich ist, welche ihm bei der Theilung zugefallen sind. Dies ergibt sich aus der Auffassung, die das alte deutsche Recht von dem Erbrechte hatte und aus positiven Bestimmungen unseres provinziellen Rechts, welche darthun, daß dasselbe hierin jener Auffassung gefolgt ist.

Dem alten deutschen Recht war das Princip (das dem römischen Recht innewohnt), daß der Erbe die Person des Verstorbenen repräsentirt, die Erbfolge also der Eintritt des Erben in die Gesamtheit der vermögensrechtlichen Verhältnisse des Verstorbenen, — ebenso in seine Schulden, wie in sein actives Vermögen — ist, fremd. Nach ihm war vielmehr das Erbrecht nur eine durch den Tod des Erblassers vermittelte Berechtigung auf die einzelnen Gegenstände des Nachlasses.¹⁾ Im Zusammenhang damit bedurfte es auch nicht Seitens des deutschen Erben, um die Erbschaft zu erwerben, erst eines besondern Willensacts (wie im römischen Recht, wo er durch den Repräsentationscharakter des Erben bedingt war) — des Erbschaftsantritts, — sondern fiel ihm der Nachlaß nach dem Grundsatz „der Todte erbt den Lebendigen“ mit dem Tode des Erblassers von selbst an.²⁾ Die Schulden des Verstorbenen erscheinen als Lasten des Vermögens und mußten daher von dem Erben nur so weit übernommen werden, als der Erblasser berechtigt war, die betreffenden Vermögenobjecte frei zu veräußern und auch nur soweit, als das Vermögen selbst zu ihrer Deckung ausreichte, während diejenigen Vermögenobjecte, bezüglich welcher, was namentlich in Betreff der Immobilien der Fall war, ihm ein solches unbeschränktes Veräußerungsrecht fehlte, frei von den Schulden des Erblassers auf den Erben übergingen.³⁾ Der deutsche Erbe war mithin nicht Universalsuccessor, sondern Singularsuccessor. Als das römische Recht in

1) S. Gerber, deutsches Privatrecht § 248, Runde a. a. o. § 106, S. 239.

2) S. Pauli Abhandlungen aus dem Römischen Recht Thl. 3, § 17, S. 131 und § 21; Beseler, System des gemeinen deutschen Privatrechts § 152 u. § 149, Runde a. a. O. § 107 u. § 108 und Entscheidungen des deutschen Reichs-Oberhandelsgerichts Bud. IX S. 253.

3) S. die Citate der beiden vorhergegangenen Anmerkungen.

Deutschland recipirt wurde, machte freilich im Allgemeinen das Princip der Singularsuccession dem der Universalsuccession Platz, doch in einzelnen Fällen, namentlich dort, wo sich der alte Grundsatz „der Todte beerbt den Lebendigen“ erhalten hatte, blieb die Haftpflicht der Erben noch jezt auf diejenigen Schulden beschränkt, mit denen der Erblasser das Vermögen in rechtswirksamer Weise belastet hatte⁴⁾ und ebenso auch nur auf den Bestand des Nachlasses beschränkt.

Das Provinzialrecht der Ostseegouvernements steht in der Auffassung des Erbrechts nur, was Kurland anbetrifft, vollständig auf dem Standpunkte des römischen Rechts, dagegen ist in Livland und Estland das römische Princip der Universalsuccession nicht zum vollständigen Durchbruch gelangt; sondern mehrfach durchkreuzt durch obige auf Singularsuccession beruhende Auffassung des alten deutschen Rechts.⁵⁾

Daß das Princip der Singularsuccession auch vom livländischen Stadtrecht für das Erbrecht des überlebenden Ehegatten aufrecht erhalten und in Folge dessen seine Haftung für die nicht zugleich die Gesamtmasse belastenden persönlichen Schulden des verstorbenen Ehegatten garnicht, sofern sie aber die Gesamtmasse belasten, nur bis zum Belaufe der ihm bei der Theilung zugewiesenen Vermögensstücke, anerkannt wird, dafür sprechen — abgesehen von dem oben erwähnten Umstande, daß die Größe der Erbquote des überlebenden Ehegatten in den Quellen nicht genannt ist — folgende Momente:

- 1) Das Gesetz räumt dem überlebenden Ehegatten nicht das Recht ein, die Erbschaft des verstorbenen Ehegatten unter Beibehaltung seines in der Theilungsquote liegenden Eigenthums theils auszuschlagen, sondern er kann nur entweder sich mit den nächsten Blutsverwandten „in das gesammte in der Gütergemeinschaft begriffene Gut“ theilen oder „dem ganzen Vermögen“ entsagen (Art. 1819 u. 1821). Aus dieser Untrennbarkeit seines Eigenthumsantheils von seinem Erbtheil, sowie aus der Erwägung, daß sein Eigenthumsantheil, da er ihm bereits während der Ehe zustand, nicht erst auf Grund eines besondern Antritts von ihm erworben werden kann, sondern ihm ipso

⁴⁾ S. Pauli a. a. O. S. 131 u. 148—150. Runde a. a. O. § 108 u. 109 und die Entscheidung des deutschen Reichs-Oberhandelsgerichts Bnd. IX S. 253.

⁵⁾ Vergleiche hierüber Art. 1701, 1744, 1750, 1752, 1843, 1906 u. folg. 1914 u. a. S. auch Bunge, Privatrecht § 371.

jure gehört, folgt aber, daß ihm auch der Erbtheil mit dem Tode des verstorbenen Ehegatten von selbst anfällt. Ist dieses aber der Fall, so ist auch der Annahme, daß er persönlich in die Schulden des Verstorbenen eintritt, der Boden entzogen, da das Provinzialrecht die Uebertragung der Schulden auf den Erben ausdrücklich als eine Wirkung der Erbschaftsantretung hinstellt (Art. 2646).

- 2) Bestimmt der Art. 91, daß im Allgemeinen die Schulden, welche die Ehefrau ohne des Mannes Vorwissen während der Ehe contrahirt hat, der Mann nicht anzuerkennen braucht, den Gläubigern jedoch unbenommen ist, sich deshalb an das etwaige Sondergut der Frau zu halten oder ihre Forderungen gegen sie nach Auflösung der Ehe geltend zu machen. Wenn es nun im Sinne des Gesetzes gelegen hätte, daß die Gläubiger diese Schulden nach Auflösung der Ehe auch gegen den Mann geltend zu machen berechtigt wären, so hätte solches, da unmittelbar nachher in dem Art. der Mann von der Verpflichtung dieselben anzuerkennen unabhängig von jeder Zeitdauer, also ganz allgemein freigesprochen wird, ausdrücklich vom Gesetze hinzugefügt werden müssen.

- 3) Nach Art. 1821 geht die Frau, falls sie Jahr und Tag ohne Inventar in den Gütern sitzen bleibt, nur der „Rechtswohlthat“ im Concurse des verstorbenen Mannes eine bevorzugte Location ihrer Morgengabe zu beanspruchen, verlustig, dagegen ist im Art. nicht gesagt, daß sie solchenfalls für die Schulden des Mannes auch persönlich haftet resp. auch ihren nach dem Tode des Mannes gemachten und zukünftigen Erwerb in die Concursmasse des Mannes zu bringen hat. Ja, erschließen läßt sich gerade das Umgekehrte, denn der Verlust der bevorzugten Location ihrer Morgengabe-Forderung, von welcher hier allein die Rede ist, schließt doch nicht ihr Recht aus, auf Befriedigung derselben als chirographarische Gläubigerin neben den übrigen Creditoren pro rata Anspruch zu machen; ist sie hierzu aber berechtigt, so kann ihre Haftpflicht auch nach versäumter Inventur nicht eine persönliche sein, da, wenn das der Fall wäre, auch die Dividende, die sie aus dem Concurse erhielte, den Gläubigern zufallen würde.

- 4) Bestimmt derselbe Art. 1821, daß die Schulden vor der Theilung von dem Gesamtvermögen bezahlt werden müssen, ohne daß einer persönlichen Haftung der Erben erwähnt wird. Dies weist ebenfalls darauf hin, daß der deutschrechtliche Gesichtspunkt, wonach die Schulden als Lasten des Vermögens anzusehen sind, hier in den Vordergrund tritt.⁶⁾

Fortsetzung. Auseinandersetzung zwischen dem überlebenden Ehegatten und den Blutsverwandten.

§ 35.

Nach dem oben aufgestellten Princip werden sich für die Auseinandersetzung des überlebenden Ehegatten mit den Blutsverwandten des verstorbenen im Einzelnen folgende Grundsätze aufstellen lassen:

- 1) Der überlebende Ehegatte bleibt bei der Auseinandersetzung mit den Blutsverwandten des verstorbenen den Gläubigern gegenüber für diejenigen Schulden, welche während bestehender Ehe in seiner Person entstanden waren, in vollem Umfange nach wie vor verhaftet. Dies ist selbstverständlich, da die Gläubiger in den von ihnen erworbenen Rechten durch die Auseinandersetzung nicht beeinträchtigt werden können.
- 2) Die Gesamtgutschulden¹⁾ sind — und zwar noch vor der Theilung der Masse — aus dieser zu berichtigen, die Delictz-

⁶⁾ Daß der überlebende Ehegatte mit seinem Sondergut oder mit seinem spätern Erwerb für die Schulden nur dann haftet, wenn er bereits während der Ehe als persönlicher Schuldner galt wird auch meist nach gemeinem deutschen Recht angenommen. So Stobbe a. a. O. S. 230 und Runde a. a. § 109. Nach dem lübischen Recht (S. unten) und dem auf diesem beruhenden estländischen Stadtrecht (P. R. Thl. III Art. 1856 in Vergleich mit Art. 1843) wird freilich zwar nicht die unbeerbte, wohl aber die beerbte Wittwe, wenn sie nicht den Nachlaß in bestimmter Frist den Gläubigern hingiebt, auch mit ihrem zukünftigen Erwerb für alle Schulden des Mannes verantwortlich. Darüber, daß dies keineswegs mit dem römisch-rechtlichen beneficium inventarii zusammenhängt, sondern auf einem deutsch-rechtlichen Lossagungsrechte von der Erbschaft beruht, zu vergleichen Runde a. a. O. § 14, S. 31 und § 109, S. 246 und Pauli a. a. O. S. 131 und 149. Ueber die theils gleiche, theils abweichende Stellung verschiedener deutscher Particularrechte zu vergl. die Motive des deutschen bürgerlichen Gesetzbuchs Bnd. IV, S. 401 u. 402. Das hamburgische Recht steht nach Baumeister (a. a. O. § 79 S. 80) und Roth (a. a. O. § 107, Anmerk. 14) auf dem oben zuerst bezeichneten Standpunkte.

1) S. oben § 30.

schulden der Frau jedoch nur soweit, als zu ihrer Deckung nicht ihr Sondergut ausreicht (Art. 1821 u. 89).

- 3) Die vorehelichen Schulden der Frau sind ebenfalls zunächst aus ihrem Sondergut zu bezahlen, wo solches aber dazu nicht ausreicht, aus der Gesamtmasse soweit, als letztere durch von ihr in die Ehe gebrachtes oder während derselben erworbenes Vermögen bereichert worden war (Art. 89).
- 4) Hatte die Auseinandersetzung zwischen dem überlebenden Ehegatten und den Blutsverwandten des verstorbenen stattgefunden, bevor die auf der Gesamtmasse lastenden Schulden in Vollem bezahlt worden waren, so haften beide Theile für dieselben (ohne an die erbrechtlichen Inventar-Vorschriften gebunden zu sein) mit denjenigen Vermögensobjecten, welche ihnen bei der Auseinandersetzung zugetheilt wurden,²⁾ beziehungsweise mit dem Werthe diese Vermögensstücke.
- 5) Soweit ein Ehegatte selbst für während der Ehe aus seinem Sondergut auf die Gesamtmasse gemachte Verwendungen gegen diese Forderungen erworben hatte³⁾, sind solche ebenso wie alle andern Gesamtgutschulden vor der Theilung aus dieser zu bezahlen.
- 6) Der nach Berichtigung aller Gesamtgutschulden verbleibende Ueberschuß wird zwischen dem überlebenden Ehegatten und den Blutsverwandten des verstorbenen (zu den im Art. 1819 bezeichneten Quoten) getheilt, wobei, was der überlebende Ehegatte oder die Erben des verstorbenen etwa dem Gesamtgute zu ersetzen verpflichtet sind, sie sich auf ihren Antheil anrechnen lassen müssen. Ueber die Art und die Wirkung der Theilung entscheiden, soweit die obigen Grundsätze dem nicht entgegenstehen, die von der Theilung von Erbschaften geltenden Regeln⁴⁾ (Art. 2677 und folg.).
- 7) Diejenigen in der Person der Ehefrau entstandenen Schulden, welche nicht auf der Gesamtmasse lasten, sind ausschließlich

2) Natürlich gilt dies für den überlebenden Ehegatten nur dann, wenn die in Frage kommende Schuld in der Person des verstorbenen entstanden war, da, wenn sie in seiner Person zur Entstehung gelangt war, er den Gläubigern nach Pkt. 1 in jeder Beziehung unbeschränkt haftet.

3) Siehe oben § 28, Anm. 10 und unten Anm. 7.

4) Siehe Art. 4336.

von ihren Blutsverwandten zu bezahlen, während der überlebende Ehemann für sie in keinerlei Weise verhaftet ist⁵⁾.

8) Wenn der überlebende Ehegatte oder die Blutsverwandten des verstorbenen allein eine Schuld bezahlt haben, deren Berichtigung nach den obigen Grundsätzen beiden Theilen oblag, so kann der Theil, der die Zahlung geleistet hat, vom andern Theil für das für diesen Geleistete Regreß nehmen.

9) Die Frage, ob, wenn während bestehender Ehe eine vor-eheliche oder eine Delictschuld der Frau oder überhaupt eine solche Schuld derselben, für welche die Gesamtmasse gar nicht, oder doch nur eventuell (für den Fall, daß ihr Sondergut dazu nicht ausreicht) haftet, während bestehender Ehe aus dem Gesamtgut bezahlt worden ist oder zu deren Bezahlung eine die Gesamtmasse beschwerende Schuld contrahirt worden ist, solche Verwendung nach Auflösung der Ehe von der überlebenden Frau, resp. wenn sie die zuerst verstorbene ist, von ihren Blutsverwandten bei der Theilung der Gesamtmasse zu ersetzen resp. zur Gesamtmasse zu conferiren ist, ist, meiner Ansicht nach, nach unserem Provinzialrecht zu verneinen. Eine solche Bestimmung kann nur dort gerechtfertigt erscheinen, wo auch der Mann resp. seine Erben Aufwendungen aus der Gesamtmasse für seine vorehelichen oder Delictschulden bei Auflösung der Ehe der Gesamtmasse zu ersetzen resp. zu conferiren haben⁶⁾. Letzteres ist aber nach unserem Provinzialrecht zufolge des Art. 85, der keine Unterscheidung zwischen den Schulden des Mannes gestattet, ausgeschlossen.

10) Ebenso werden auch nicht, wenn Gesamtgut in das Sondergut eines Ehegatten verwendet worden, solche Verwendungen dem Gesamtgute zu ersetzen sein, denn da der Mann,

5) Für die überlebende Ehefrau ist in dieser Beziehung nichts zu sagen, da die in der Person des Ehemanns entstandenen Schulden ja stets zugleich auch Gesamtgutschulden sind.

6) Nach dem deutschen bürgerlichen Gesetzbuch wird die Frage für die Delictschulden der Frau bejaht, aber consequenter Weise auch für die des Mannes (§ 1463). Dasselbe soll nach Stobbe für die Delictschulden beider Ehegatten auch nach gemeinem deutschen Recht gelten (siehe denselben a. a. O. § 238 Not. 42).

abgesehen von den Immobilien, die „freieste“ Verfügung über das Gesamtgut hat, so könnte die Frau einen Ersatz für solche vom Manne auf sein Sondergut gemachten Verwendungen jedenfalls nicht verlangen, mithin wäre die Parität auch hier ausgeschlossen. Dagegen werden Verwendungen, die ein Ehegatte aus seinem Sondergut auf die Gesamtmasse oder zu deren Vortheil gemacht hat, dem letztern von der Gesamtmasse wohl zu ersetzen sein⁷⁾, da positive Bestimmungen des Provinzialrechts, die die Frau auch in dieser Hinsicht ungünstiger stellten, als den Mann, hier nicht vorliegen. Zwar wird die Ersatzpflicht in diesen Fällen nach den von den Bereicherungsklagen und der Geschäftsführung ohne Auftrag geltenden allgemeinen Gesetzesbestimmungen zu bestimmen sein (Art. 3734 flg. 4423 flg.)⁸⁾.

- 11) Vor der Theilung erhalten die Bürgerwittwen beider Gilden (d. h. der altständischen) als Voraus die in dem Art. 1820 genannte Morgengabe. Diese ist als eine ihnen ex lege entstehende Forderung mit dem Charakter von Sondergut aufzufassen, weshalb sie nicht für die Gesamtgutsverbindlichkeiten haftet und daher auch im Concurse über den ehemännlichen Nachlaß von der Wittve geltend gemacht werden kann (Art. 1821).

Zweiter Abschnitt.

Aufhebung der Gütergemeinschaft durch Ehevertrag oder durch Austritt des Ehemannes aus der Unterordnung unter das Stadtrecht.

§ 36.

Das Provinzialrecht bestimmt im Art. 94, in Verbindung mit den Art. 33 und folg., daß die Ehegatten die zwischen ihnen bestehende Gütergemeinschaft jederzeit durch einen Ehevertrag aufheben können und im Art. 93 (Fortsetzung vom Jahre 1890), daß die Gütergemeinschaft auch durch förmlichen Austritt des Ehemannes aus der Unterordnung

7) Solches wird auch anerkannt in dem Querelbescheid des Rigaschen Rathes vom 27. Februar 1876 № 1354, abgedruckt bei Zwingmann, Entscheidungen, Bnd. IV S. 25 und folgende.

8) Ueber die Stellung auswärtiger Gesetzgebungen zur obigen Frage zu vergl. Motive zum deutschen bürgerlichen Gesetzbuch Bnd. IV S. 380, 381 u. 382.

unter das Stadtrecht¹⁾ aufhört. In welcher Weise sich die Ehegatten aber, bei Ermangelung einer desfalls von ihnen getroffenen Uebereinkunft, — in Bezug auf das zwischen ihnen bestandene Gemeinschaftsverhältniß auseinanderzusetzen haben, darüber fehlt es im Provinzialrecht — abgesehen von dem Satz, daß früher erworbene Rechte dritter Personen durch die Aufhebung der Gemeinschaft nicht beeinträchtigt werden (Art. 38 und 93), an jeglicher Bestimmung. Wir werden daher diese Lücke einerseits aus den allgemeinen Bestimmungen über die Theilung des Miteigenthums und andererseits durch analoge Ausdehnung der oben über die Auflösung der Gemeinschaft in Folge des Todes eines Ehegatten aufgestellten Grundsätze ausfüllen müssen.

Da nach unserer Theorie von der ehelichen Gütergemeinschaft das Vermögen der Ehegatten während der Ehe nicht blos äußerlich zu einer Masse verbunden ist, sondern zwischen ihnen ein wirkliches Miteigenthum besteht und da das Gesetz in unseren beiden Fällen die eheliche Gütergemeinschaft nur für die fernere Dauer der Ehe, nicht aber auch mit rückwirkender Kraft für die Vergangenheit aufhebt, so kann die Auseinandersetzung zwischen den Ehegatten in den beiden Fällen natürlich nicht darin bestehen, daß jeder von ihnen das von ihm in die Ehe gebrachte und in derselben besonders erworbene Vermögen herausnimmt und nur das gemeinschaftlich erworbene getheilt wird, sondern ist sie vielmehr Theilung eines wirklichen Miteigenthums, d. i. das gesammte Vermögen wird abgeschätzt und jeder Gatte erhält von ihm so viel Vermögensstücke ihrem Werthbetrage nach zu seinem Separat-eigenthum zugetheilt, als es dem Antheil, den er an der Gesamtmasse hat, entspricht²⁾. Oder mit andern Worten, das bisher den Ehegatten ungetheilt zustehende Gesamtgut wandelt sich bei Eintritt der beiden Fälle zunächst in ein gewöhnliches Miteigenthum zu bestimmten ideellen Theilen um und ist dieses dann der Gegenstand der Auseinandersetzung. In Bezug auf die Bestimmung der Größe des ideellen Antheils, den jeder Ehegatte an diesem Miteigenthum hat, werden wir bei dem Mangel eines positiven Rechtsauspruchs uns auch hier nach demjenigen Resultat zu richten haben, zu dem wir oben³⁾ bei der Bestimmung der

1) Dieser Austritt findet statt, wenn der Ehemann an einen Ort übersiedelt, an welchem das livländische Stadtrecht nicht gilt, oder den Adelsstand erwirbt oder in wirklichen Staatsdienst tritt (siehe oben S. 73).

2) Siehe Art. 933 und 941. So auch Runde a. a. O. § 101 S. 226.

3) Siehe oben § 33.

Antheile der Ehegatten 'im Falle der Auflösung der Gütergemeinschaft in Folge des Todes eines von ihnen gelangten⁴⁾, d. i. an dem Gesamtgute als den Antheil des Mannes $\frac{7}{12}$ und als den der Frau $\frac{5}{12}$ anzunehmen haben⁵⁾.

Vor der — nach diesen Quoten — zu erfolgen habenden Theilung sind die Gesamtgutschulden zu berichtigen⁶⁾ und können, soweit dieses nicht geschieht, die Gläubiger nicht nur denjenigen Ehegatten, in dessen Person die Schuld entstanden war, persönlich auf die ganze Forderung in Anspruch nehmen, sondern auch behufs executivischer Beitreibung der Gesamtgutsforderung von demjenigen Ehegatten, der ihm persönlich nicht verhaftet ist, aber bei der Auflösung der Gütergemeinschaft ein zum Gesamtgut gehöriges Vermögensobject zugetheilt erhalten hat, die Herausgabe dieses Vermögensobjects verlangen⁷⁾. Eine persönliche Haftung des Ehegatten kann, so weit sie nicht bereits während der Gütergemeinschaft bestand, natürlich auch nicht nach Auflösung derselben statuiert werden. In Bezug auf seine Haftung mit den ihm bei der Theilung zugewiesenen Vermögensobjecten werden sich

4) Auch nach Runde (a. a. O. § 101 S. 228) sind die Theilungsquoten bei Ermangelung einer besonderen gesetzlichen Bestimmung nach Analogie des für die Theilung der Gesamtmasse im Falle der Trennung der Ehe durch den Tod bestehenden Grundsatzes zu normiren.

5) Nach den deutschen auf Gütergemeinschaft beruhenden Güterrechts-Systemen ist bei Erlöschung der ehelichen Gütergemeinschaft die Auseinandersetzung zwischen den Ehegatten meist so geordnet, daß jeder von ihnen die Hälfte des Gesamtguts erhält. Die Motive zu dem deutschen bürgerlichen Gesetzbuch sprechen sich darüber also aus: (Bnd. IV, S. 402 und auch S. 400) „Mit der Auflösung der Gütergemeinschaft fällt der Grund, auf welchem es beruht, daß den Ehegatten während des Bestehens der Gütergemeinschaft das Gesamtgut ungetheilt zusteht, hinweg. Es ist daher consequent, wenn mit dem Wegfallen jenes Grundes nunmehr die Antheile der Ehegatten an dem Gesamtgute als selbstständige Vermögensrechte in der Art hervortreten, daß jedem Ehegatten nach Maßgabe der allgemeinen Grundsätze über die Gemeinschaft die Hälfte zusteht, und zwar nicht nur an dem Ganzen, sondern auch an den einzelnen dazu gehörenden Gegenständen“.

6) Vergl. Art. 1821. Der Grundsatz, daß vor jeder Theilung der Gesamtmasse die Schulden zu bezahlen sind, findet sich wiederholt auch in den alten rügischen Statuten ausgesprochen. Siehe oben S. 11 u. 13.

7) Siehe Runde a. a. O. § 51 S. 122 u. § 61: „Wenn die Frau, ihrer Verpflichtung zuwider, vor Berichtigung der Schulden, ihr Vermögen ganz oder zum Theil aus der Verbindung mit dem Vermögen des Mannes herauszieht, so ist sie nach dem Gesetze vom Schadenersatz obligirt, die früheren Gläubiger zu entschädigen, d. h. so viel denselben von dem Zurückgenommenen zu ihrer Befriedigung

aber noch nachstehende Bestimmungen aufstellen lassen. Hat ein (nicht persönlich verhafteter) Ehegatte, von welchem ein Gesammtgutgläubiger behufs Befriedigung seiner Forderung die Herausgabe eines betreffenden Vermögensobjects verlangt, auf dasselbe aus seinem nach Auflösung der Gütergemeinschaft erworbenen Vermögen nothwendige oder nützliche Verwendungen gemacht, ohne von der Forderung des Gläubigers Kenntniß gehabt zu haben, oder in gutem Glauben, daß die Gesamtmasse zur Berichtigung aller Gesamtgutsverbindlichkeiten ausreiche, — so darf er bis zum Ersatz solcher die Herausgabe des Vermögensobjects verweigern, in Bezug auf luxuriöse Verwendungen genießt er aber das Recht der Wegnahme (Art. 574—584)⁸⁾. Wenn er vorher bereits andere auf dem Gesamtgut lastende, ihn ebenfalls persönlich nicht treffende Schulden aus seinem spätern Erwerb bezahlt hatte, so kann er die Herausgabe der betreffenden Sache abwenden, wenn er nachweist, daß der Erlös derselben nicht ausreichen würde, um die Forderung des Gläubigers zuzüglich der von ihm (dem Ehegatten) verwandten Summe zu decken und sodann dem Gläubiger soviel anbietet, als demselben aus dem anzunehmenden Erlöse der Sache entfallen würde, wenn zugleich mit der Forderung des Gläubigers die früher von ihm bezahlten anderen Forderungen zur Execution gelangt wären⁹⁾.

nöthig ist, zurückgegeben, um ihnen *peculio tenus* gerecht zu werden. Zu dem Ende richten die Gläubiger die persönliche Klage, aus ihrem obligatorischen Verhältniß zu dem Manne, gegen die Frau, unter Hinzufügung des Grundes, aus welchem die Klage gegen einen Dritten angestellt wird, mit dem das Obligationsverhältniß nicht eingegangen ist (*adjecticia qualitas*).“ Die Frage, ob für den Fall, daß der Ehegatte das betreffende Vermögensobject veräußert hat, der bei solcher Veräußerung in sein Vermögen geflossene Gegenwerth ebenfalls dem Gläubiger haftet, dürfte zu bejahen sein, da andernfalls das in Rede stehende Recht des Gläubigers so gut wie illusorisch wäre; vergl. auch Art. 2656.

⁸⁾ Obige Berechtigung wird ihm dagegen in dem Fall, wenn er die Insufficienz der Gesamtmasse gekannt hat, abzuspochen sein, da es nicht in sein Belieben gestellt sein kann, seine Verpflichtung vor der Theilung des Vermögens die Bezahlung der auf diesem lastenden Schulden herbeizuführen, unerfüllt zu lassen. Eine ähnliche Bestimmung enthält das deutsche bürgerliche Gesetzbuch (vergl. daselbst d. §§ 1480, 1991, 1978 und 1979).

⁹⁾ Räumte man dem Ehegatten diese Berechtigung nicht ein, so würde den Gläubigern dadurch, daß die Gesamtmasse zur Befriedigung ihrer Forderungen nicht sogleich nach Erlösung der Gütergemeinschaft vertheilt worden, ein Vortheil erwachsen, während sie doch nur an die Gesamtmasse ein Recht haben, so wie sie zur Zeit der Auflösung der Gemeinschaft bestand. Ueber die Stellung des deutschen bürgerlichen Gesetzbuchs zu dieser Frage vergl. d. §§ 1480, 1991 und 1979 des-

In unserer Praxis begegnet man bisweilen der Ansicht, daß die während der Gütergemeinschaft entstandenen Forderungen gegen die Ehegatten von der vertragsmäßigen Aufhebung der Gütergemeinschaft überhaupt nicht berührt werden, sondern bezüglich derselben die Gütergemeinschaft als fortbestehend zu betrachten ist, so daß jeder Erwerb, welchen einer der Ehegatten nach Aufhebung der Gütergemeinschaft während Bestehens der Ehe macht, den Gläubigern, deren Forderungen vor der Aufhebung entstanden sind, ebenso haftet, wie er denselben haften würde, wenn die Gütergemeinschaft nicht aufgehoben wäre¹⁰⁾. Diese Auffassung findet im Gebiete unseres Provinzialrechts durchaus keinen Anhaltspunkt. Nach den oben angeführten Art. 94 und 38 haben die Ehegatten jederzeit das Recht, die zwischen ihnen bestehende Gütergemeinschaft aufzuheben, wobei ihre Gläubiger nur verlangen können, daß ihre bereits erworbenen Rechte durch die Aufhebung nicht verletzt werden, ein Recht haben die Gläubiger aber — abgesehen von ihrer persönlichen Forderung gegen denjenigen Ehegatten, in dessen Person die Schuld entstanden war, — nur an die Gesamtmasse und darauf, daß aus der Gesamtmasse vor der Theilung derselben ihre Forderungen berichtigt werden¹¹⁾, nicht aber darauf, daß die Gütergemeinschaft und damit eine Gesamtmasse für die ganze Dauer der Ehe fortbestehe¹²⁾. Letztere Annahme der Gläubiger könnte nur auf einer rechtlich überall nicht in Betracht kommenden Hoffnung beruhen.

Dritter Abschnitt.

Trennung der Ehe wegen Nichtigkeit und durch Ehescheidung.

§ 37.

Die Wirkungen, welche die Trennung der Ehe wegen Nichtigkeit derselben und die Scheidung einer gesetzlich gültig gewesenen Ehe auf selben. — Besonders wichtig wird dieses Recht dem Ehegatten dann sein, wenn er aus seinem späteren Erwerb auf einem aus der Gesamtmasse stammenden Immobilien ruhende Hypotheken getilgt hat, da in Folge des Vorzugsrechts, die diese genießen, der von ihm dem chirographarischen Gläubiger anzubietende Betrag unter Umständen sehr gering, oder gleich Null sein kann.

¹⁰⁾ Nach den Motiven zu dem bürgerlichen Gesetzbuch für das deutsche Reich Bd. IV. S. 318, soll dies auch die Auffassung des preussischen Allgemeinen Landrechts sein (§ 431, II, 1); doch wird in ihnen ausdrücklich anerkannt, daß es sich hier nicht um eine aus der ehelichen Gütergemeinschaft von selbst fließende Consequenz, sondern um eine positive Regelung des Landrechts handelt.

¹¹⁾ Vrg. Art. 1821. Siehe auch Runde a. a. O. § 51, S. 122.

¹²⁾ Siehe Runde a. a. O. § 164.

die Vermögensrechte der Ehegatten ausüben, sind nach livländischem Stadtrecht im Wesentlichen die gleichen, obwohl im ersten Fall eine wirkliche Ehe niemals vorhanden gewesen ist, im zweiten Fall dagegen eine solche bis zur Scheidung bestanden hat und man der Natur der Sache nach daher dort einen Zerfall der gemeinschaftlichen Gütermasse in ihre ursprünglichen Bestandtheile, hier dagegen eine Theilung derselben unter den Ehegatten nach Quoten erwarten müßte und zwar dies um so mehr, als an die Nichtigkeitserklärung vom Gesetz ausdrücklich die Wirkung geknüpft wird, daß die Verhältnisse der Betheiligten auf den Zustand vor Schließung der Ehe zurückgeführt werden (Art. 117), während es für die Ehescheidung an einer solchen allgemeinen Bestimmung fehlt. Dennoch bestimmen die Art. 118 und 126, daß ebenso bei der geschiedenen, als bei der nichtigen Ehe das Gesamtgut in seine ursprünglichen Bestandtheile aufgelöst werden soll¹⁾.

Die beiden Artikel lauten: (Art. 118). „Ist eine Ehe wegen Nichtigkeit getrennt worden, so erhält jeder der Ehegatten das von ihm in die Ehe gebrachte Vermögen sowohl, als das jedem von ihnen seit Eingehung der Ehe besonders zugefallene, zurück. Das während der Ehe gemeinsam Erworbene wird unter beiden zu gleichen Theilen getheilt.“

(Art. 126). „Wenn unter den Ehegatten Gütergemeinschaft bestanden hatte, so wird durch die Ehescheidung das vereinte Vermögen wieder in seine ursprünglichen Bestandtheile aufgelöst: jeder der beiden Ehegatten nimmt das von ihm in die Ehe gebrachte, das ihm während der Ehe besonders zugefallene, sowie das von ihm besonders erworbene Vermögen heraus; das während der Ehe gemeinsam Erworbene aber wird unter ihnen zu gleichen Theilen getheilt.“

Bei der Auslegung dieser Bestimmungen wird in Erwägung zu ziehen sein, daß, nachdem das Vermögen der beiden Ehegatten, sei es rechtlich oder auch nur thatsächlich eine Reihe von Jahren zu einem Vermögen zusammengeschmolzen war, bei der Auflösung der Gemeinschaft es sich gar nicht, oder doch nicht mit Sicherheit unter-

¹⁾ Den innern Grund dafür, daß das Provinzialrecht der Ehescheidung hier eine gleiche Wirkung, wie der Nichtigkeitserklärung beimißt, haben wir oben (S. 71) bereits in der Erwägung kennen gelernt, daß „die Ehe in ihren regelmäßigen Verhältnissen eine lebenslängliche Verbindung ist, und nur in dieser Voraussetzung vernünftiger Weise anzunehmen ist, daß die Gemeinschaft der Güter gewollt worden.“

scheiden läßt, wer von den Ehegatten die einzelnen in der Masse vorhandenen Vermögensstücke in die Ehe gebracht hatte, wem von ihnen — wenn das Vermögen gewachsen ist, — im Einzelnen der Zuwachs zu danken ist, und wer von ihnen — wenn es sich gemindert hat, — den Verlust bewirkt hat. Die bei Eingehung der Ehe vorhanden gewesenen bestimmten Vermögensstücke sind vielleicht längst in Folge von Umsätzen durch andere ersetzt worden, beide Ehegatten haben an dem gemeinsamen Gut gezeihrt, beide haben sich durch ihre Arbeit, die sich gegenseitig bedingt und unterstützt hat, die Vermehrung und Erhaltung des Vermögens angelegen sein lassen, beide können durch ihre Handlungen und Unterlassungen Verluste des Vermögens verschuldet haben — ohne bei alledem — im Hinblick auf ihre Gemeinschaft — Veranlassung gehabt zu haben, dem Gedächtniß zu erhalten, was dabei dem einen zu Gute, dem andern zur Last zu schreiben wäre. Dieser Umstand muß nothwendig zwei Folgen haben. Einmal wird man in Folge desselben dasjenige, was jeder Ehegatte von seinem eingebrachten Gut bei der Auflösung der Gemeinschaft zurückhalten soll, nicht danach bestimmen, was sich zufällig von demselben noch in der Gesamtmasse in natura vorfindet, sondern nur danach, was es — als Werthobject — zur Zeit seiner Einbringung gewesen ist und zweitens wird jener Umstand dazu berechtigen dasjenige, um was das Gesamtvermögen über den Capitalbestand des Eingebachten gewachsen ist, als einen durch gemeinsame Arbeit oder gemeinsame Ersparniß erworbenen Gewinn (d. h. eheliche Errungenschaft), das an jenem Capitalbestand Fehlende aber als einen gemeinsam erlittenen Verlust unter sie gleichmäßig zu vertheilen.

Daß der Art. 118 in diesem Sinn zu verstehen ist, darüber kann sein Wortlaut auch kaum einen Zweifel lassen, denn er sagt nicht, daß jeder Ehegatte die von ihm in die Ehe gebrachten und ihm während derselben zugefallenen Vermögensstücke, die sich in der Masse noch vorfinden sollten, sondern daß er das von ihm eingebrachte und ihm zugefallene Vermögen, also Sachgesamtheit herausnimmt, — alles Uebrige faßt er aber unter dem „gemeinsam Erworbenen“ zusammen und weist er dieses beiden Ehegatten zu gleichen Theilen zu, woraus dann auch weiter zu folgern ist, daß auch das gemeinsam Verlorene, d. i. der Fehlbetrag zwischen ihnen zu theilen ist²⁾.

²⁾ Daß unter dem Ausdruck „gemeinsam Erworbenen“ im Art. 118 die eheliche Errungenschaft zu verstehen ist, dafür spricht auch eine Stelle aus Bunge's

Dagegen daß im Art. 118 unter dem „gemeinsam erworbenen“ Vermögen die eheliche Errungenschaft zu verstehen sei, wird man vielleicht folgenden Einwand erheben: Der Art. (118) gelte auch für diejenigen Rechtsgebiete, in denen Gütertrennung zwischen den Ehegatten bestehe; in diesen Rechtsgebieten falle bei der Ehescheidung die eheliche Errungenschaft aber dem Manne zu. Wollte man nun annehmen, daß der Art. 118 die eheliche Errungenschaft im Auge habe, so würde es sich ergeben, daß in jenen Rechtsgebieten die in dem ehelichen Gemeinschaftsverhältniß zur Entstehung gelangten Rechtsverhältnisse im Falle der Aufhebung der Ehe wegen Richtigkeit schonender behandelt würden, als im Falle der Scheidung einer gesetzlich bestandenen Ehe. Dieses scheine nicht möglich. Der Einwand ist nicht stichhaltig.

Es liegt durchaus kein Widerspruch darin, wenn ein Gesetz, welches die eheliche Errungenschaft als das ausschließliche Eigenthum des Ehemannes ansieht, dieselbe im Falle der Ehescheidung dem Manne beläßt, dagegen im Falle der Richtigkeitserklärung der Ehe sie zwischen beiden Gatten vertheilt. Denn es läßt sich die Auffassung durchaus rechtfertigen, und kann eine solche Auffassung daher denjenigen Güterrechtssystemen des Provinzialrechts, die von der Gütertrennung ausgehen, sehr wohl unterstellt werden, daß die Zuthellung desjenigen Vermögens, welches von in einer Gemeinschaft unversetzten Charakters stehenden Personen durch ihre Arbeit und ihre Sparsamkeit erworben wird, zu ihrem gemeinschaftlichen Eigenthum mehr ihren Willensintentionen und der Natur der Sache entspricht³⁾, als die Ueberweisung desselben an das Separateigenthum Eines von ihnen, wenn auch des an der Arbeit hauptsächlich beteiligten Gliedes der Gemeinschaft.

Geht aber das Gesetz von dieser Auffassung aus, so ist es durchaus folgerichtig, wenn es in denjenigen Rechtsgebieten, in denen der

Privatrecht der Ostseeprovinzen (Bd. 2 § 281 S. 104 Anm. d), in welcher er unter Bezugnahme auf das als Quelle unter dem Text des bez. Art. citirte Cap. 230 der livländischen Ritterrechte ausdrücklich lehrt, daß für den Fall der Richtigkeitserklärung einer Ehe „jeder Ehegatte dasjenige behalten soll, was er in die Ehe brachte, die Errungenschaft aber unter ihnen zur Hälfte getheilt wird.“ Abweichend Erdmann (a. a. O. S. 158 Anmerk. 3) der regelmäßig das in der Ehe Erworbene nicht als unter den Begriff der „Errungenschaft“, d. h. des „gemeinsam Erworbenen“ fallen lassen will.

³⁾ Vgl. Art. 4293.

gesekliche Güterstand nicht Gütergemeinschaft ist, die positive Bestimmung, daß in der Ehe dem Manne die eheliche Errungenschaft zufällt, als einen durch die Ehe geschaffenen Rechtsatz bei der Scheidung einer gültig gewesenen Ehe bestehen läßt, dagegen bei der Aufhebung einer von Anfang an nichtig gewesenen Ehe als eine den Gemeinschaftsverhältnissen im Allgemeinen weniger entsprechende Bestimmung fallen läßt.

Aber auch dem Art. 126 wird man einen dem Obigen sehr nahe kommenden Sinn beilegen müssen. Ihn ganz so, wie den Art. 118 auszulegen, verbietet der Umstand, daß er zu dem von jedem Ehegatten in die Ehe gebrachten und ihm während der Ehe besonders zugefallenen Gut, welches nach beiden Bestimmungen übereinstimmend jeder zurückhalten soll, noch das „von ihm besonders erworbene“ hinzufügt und erst dann, gleich dem Art. 118 das „gemeinsam erworbene“ zwischen ihnen zur Theilung gelangen läßt.

Es muß daher nothwendig von demjenigen Vermögen, welches nach Art. 118 zwischen den Ehegatten zur gleichmäßigen Theilung gelangt, hier (bei der Ehescheidung) ein gewisser Abzug gemacht werden, der als das „von jedem Ehegatten besonders Erworbene“ dem einzelnen Ehegatten zufällt. Worin besteht nun dieses besonders Erworbene? An das jedem Ehegatten durch Erbchaften, Schenkungen und andere Glücksfälle zugefallene Vermögen kann dabei ebenjowenig, wie an das von ihm mit seinem Sondergut erworbene gedacht werden, an das erstere nicht, weil dieses bereits unter den vorher berücksichtigten Begriff „des von ihm während der Ehe besonders zugefallenen“ (Guts fällt⁴⁾) und schon als solches ihm zurückzugeben ist, und an das letztere nicht, weil der Art. von der Herausnahme aus der Gesamtmasse spricht, letzteres Vermögen aber gar nicht in die Gesamtmasse fiel, sondern ebenfalls Sondergut wurde⁵⁾.

Als das, was darunter verstanden sein könnte, bleibt mithin nur übrig:

- 1) das, was ein Ehegatte aus einem auf seinen Namen abgeschlossenen Rechtsgeschäft erworben hat,
- 2) oder was er — ohne daß es Sondergut wurde — in einem Beruf, in einem Gewerbe, oder in einem Dienst, in dem der andere Theil direct nicht mitgearbeitet hat, erworben hat, oder

⁴⁾ S. Zwingmann, Entscheidungen Bd. 5, S. 9.

⁵⁾ S. oben § 24, S. 82.

3) was der eine Ehegatte wider den ausgesprochenen Willen des andern erworben hat.

Die nachstehende Betrachtung wird zeigen, daß auch der sub 1 und 2 bezeichnete Erwerb auszuschließen ist und nur in dem sub 3 bezeichneten das „besonders erworbene“ erblickt werden kann.

Der Name des Ehegatten, auf welchen das Rechtsgeschäft abgeschlossen ist, kann nicht dafür, für wen der Erwerb gemacht werden soll, entscheidend sein, weil die Ehegatten in dem Bewußtsein, daß der von ihnen gemachte Erwerb in die Gesamtmasse fließt, mithin beiden gleichmäßig zu Gute kommt, der Frage, auf wessen Namen das Geschäft abgeschlossen werden soll, meistens kein Gewicht beilegen und die Geschäfte gewöhnlich von dem Manne als dem Verwalter der Gesamtmasse, unabhängig davon, wem die Mittel und die Gelegenheit zu ihnen zu danken sind, in seinem Namen abgeschlossen werden.

Was aber den Erwerb anbetrifft, den die Ehegatten durch ihre Arbeit machen, so kommt es hier hauptsächlich auf den Erwerb des Mannes an, da die Thätigkeit der Frau meist auf den inneren Hausstand gerichtet ist und zudem das, was sie erwirbt, meist in ihr Sondergut fällt. Der Erwerb des Mannes muß aber auch, wenn die Frau sich nicht direct an seinen Berufs- oder Erwerbsgeschäften theiligt, als für gemeinschaftliche Rechnung gemacht gelten, weil seine Arbeit in demselben dadurch bedingt ist, daß die Frau ihrerseits durch die alleinige Führung des Haushalts und Pflege der Kinder auf diesem Gebiete wiederum seine Thätigkeit entlastet und daher ein Güterrechts-System, welches, wie das unsrige auf dem Princip der Gemeinschaftlichkeit der Güter beruht, ohne seinem Princip untreu zu werden, das durch die Arbeit des Mannes erworbene Vermögen von dem „gemeinsam Erworbenen“ nicht ausschließen kann. Kann aber demnach dieser Erwerb nur als die Frucht des Zusammenwirkens der beiderseitigen Arbeit des Ehepaares betrachtet werden, so muß es auch nach Aufhebung der Ehe als gemeinsames Vermögen gelten, da jenes Zusammenwirken nicht durch die Thatsache der Ehescheidung aufgehoben werden kann⁶⁾.

⁶⁾ Daß nicht auch die in Betreff des von den Ehegatten in die Ehe gebrachten und ihnen während derselben zugefallenen Gutes entstandene Gemeinschaft bestehen bleibt, liegt daran, daß hier die Urheberchaft des Erwerbes in den einzelnen Personen der Ehegatten lag und hier daher die Gemeinschaftlichkeit des Vermögens nur in der Voraussetzung der lebenslänglichen Dauer der Ehe Begründung fand.

Anders liegt aber die Sache bei den Vermögensobjecten, die ein Ehegatte wider den ausgesprochenen Wunsch des andern erworben hat. Wenngleich auch solcher Erwerb in der Regel in die Gesamtmasse fällt, so kann er doch nicht als Frucht des Zusammenwirkens der Arbeit der Ehegatten aufgefaßt werden, er muß daher ebenso wie das eingebrachte und besonders zugefallene Gut demjenigen zurückgegeben werden, welcher ihn machte.

§ 38.

Mit obiger Auslegung des Art. 126 stimmt die Gerichtspraxis insofern überein, als auch sie die eheliche Errungenschaft, bezw. dasjenige, was durch die Berufsthätigkeit des Mannes erworben ist, als gemeinsam erworbenes Vermögen zu gleichen Theilen zwischen den Ehegatten getheilt wissen will. Dahin sprechen sich namentlich aus die in den von Zwingmann herausgegebenen civilrechtlichen Entscheidungen im Bd. I S. 23, Bd. III S. 29, Bd. IV S. 14, Bd. VI S. 23 u. 26, Bd. VII S. 21 und 22 und Bd. VIII S. 15 abgedruckten Erkenntnisse, die von einander jedoch darin abweichen, daß während nach einigen von ihnen¹⁾ unter dem „besonders erworbenen“ Vermögen nur das Sondergut und unter dem „gemeinsam erworbenen“ alles, was nicht Sondergut und nicht eingebrachtes Vermögen ist, verstanden werden soll, andere von ihnen die eheliche Errungenschaft in der Regel, d. h. dann, wenn nicht ausnahmsweise besondere Umstände dem entgegenstehen, als zur Theilung gelangendes gemeinsam erworbenes Vermögen ansehen wollen²⁾.

Im Uebrigen ist die Stellung der Praxis zu der oben entwickelten Ansicht theils eine schwankende, theils eine entgegengesetzte. Anerkannt wird, daß wenn aus dem von einem Ehegatten eingebrachten oder von beiden Gatten gemeinsam erworbenen Vermögen nachher eine Sache angeschafft worden, diese bei der Auseinandersetzung der Ehegatten an Stelle des zu ihrer Anschaffung verwandten Vermögens zu treten habe³⁾, da „das Wesentliche eines Erwerbs nicht in der Erlangung einer bestimmten Sache, sondern in der durch den Erwerb hervorgerufenen Vermehrung des Vermögens beruhe“ und ferner, daß der Anspruch auf Herausgabe des Eingebachten „nach Maßgabe“ des im Zeitpunkt der Scheidung „vorhandenen Vermögens“ zu bestimmen

1) Bd. IV S. 14; Bd. VI S. 26 und Bd. VII S. 21 und 22.

2) Bd. I S. 23, Bd. III S. 29 und Bd. VI S. 23.

3) Zwingmann, Entscheidungen Bd. 6 S. 23 und 24.

fei⁴⁾), zugleich wird aber auch ausgesprochen, daß „die ursprünglichen Bestandtheile“ zur Zeit der Ehescheidung „thatſächlich noch vorhanden sein müssen, damit sie dem, der sie eingebracht, restituirt werden können“⁵⁾; ferner, daß „es ein Irrthum sei, daß bei der Vermögens-theilung das gesammte Vermögen abzuschätzen sei . . . und nicht einzelne Vermögensobjecte herausgerissen werden dürften“⁶⁾ und endlich, „daß nur soweit das während der Ehe, gemeinsam Erworbene“ in Betracht kommt, es zur Auseinandersetzung der Ehegatten eines gemeinsamen Theilungsacts bedürfe, sonst aber die Gütertrennung von selbst oder durch einseitigen Beschluß eines der Ehegatten erfolge“⁷⁾.

Es ergeben sich mithin zwischen der Auffassung der Praxis und der unsrigen folgende Differenzpunkte: Nach jener wird der Anspruch auf Restitution des eingebrachten Guts in dem Fall, daß dasselbe bei der Scheidung weder in Natur, noch in einem Surrogat, welches nachweislich an seine Stelle getreten ist, vorhanden ist, verſagt, ferner ist nach ihr, wenn das eingebrachte Gut zwar vorhanden ist, aber in einem abgebrauchten, entwertheten oder geschädigten Zustande, die Werthdifferenz nicht zu ersetzen und endlich vollzieht sich nach der Praxis der Rückfall des Eingebachten ipso jure und zwar an jedem einzelnen Vermögensobject besonders. Unsere Ansicht geht dagegen dahin, daß das von jedem Ehegatten eingebrachte Gut (worunter auch das ihm während der Ehe besonders zugefallene zu verstehen ist) nach dem Werthe, den es bei seiner Einbringung gehabt hat, abzuschätzen ist und in jedem Fall ihm nach diesem Werth ersetzt werden muß, und nur das, was sodann vom vorhandenen Gut noch nachbleibt, als gemeinsam erworben zwischen den Ehegatten zu theilen ist, daß ferner die Auseinandersetzung nur auf Grund eines die ganze Masse ergreifenden einheitlichen Theilungsacts erfolgen kann und daß endlich, wenn die vorhandene Masse den Werth des eingebrachten Vermögens nicht vollständig deckt, der Zukurzschuß von beiden Ehegatten ebenso zu gleichen Theilen aufzubringen ist, wie sie am Ueberschuß zu gleichen Theilen participirten⁸⁾.

4) S. ebendaſelbſt Bd. 8 S. 14.

5) S. ebendaſelbſt Bd. 8 S. 14.

6) S. ebendaſelbſt Bd. 7 S. 21.

7) S. ebendaſelbſt Bd. 8 S. 15.

8) Nach denselben Grundsätzen erfolgt die Auseinandersetzung bei der Ehescheidung nach dem bürgerlichen Gesetzbuch für das deutsche Reich für den Fall, daß der an der Ehescheidung nicht schuldige Theil statt der Theilung der Gesamtmasse nach gleichen Quoten die Herausgabe seines Eingebachten fordert (ſ. d. § 1478 in Verbindung mit §§ 1575 und 1476).

Wir glauben unserer Ansicht vor der der Praxis den Vorzug einräumen zu müssen um deßwillen, weil sie einerseits eine gerechtere Auseinandersetzung herbeizuführen vermag als jene⁹⁾ und andererseits auch mehr als letztere sich mit unserer Theorie von der Gütergemeinschaft in Einklang bringen läßt, nach welcher das Vermögen der Ehegatten im Gesamtgut seiner Substanz nach verschmolzen ist¹⁰⁾ und daher das von jedem Ehegatten eingebrachte Gut nicht in dem gefunden werden kann, was sich von den eingebrachten Vermögensstücken zufällig noch in natura oder als nachweisliches Surrogat in der Masse vorfindet, sondern nur in dem Werth, den es bei der Einbringung repräsentirte.

Wir haben noch der Wirkungen zu erwähnen, welche die Auflösung der Ehe durch Nichtigkeitserklärung oder Scheidung auf die Schuldverhältnisse der Ehegatten ausübt. In Bezug auf das Verhältniß der Ehegatten zu einander muß hier der Satz aufgestellt werden, daß von dem eingebrachten Gut, welches jedem Ehegatten aus der Gesamtmasse zu ersehen ist, diejenigen Schulden, die er bei Eingehung der Ehe hatte, und von dem ihm während der Ehe zugefallenen Gut, auf dessen Herausgabe er ebenfalls Anspruch hat, außerdem noch diejenigen Schulden, die bei der Einbringung speciell auf diesem Gut lasteten, zuvor in Abzug zu bringen sind. Dies folgt aus dem Grundsatz „*Bona intelliguntur cuiusque, quae deducto aere alieno supersunt*“ (L. 39 § 1 de verb. signif. 50, 16).

Den Gläubigern gegenüber muß hier aber dasselbe gelten, was wir oben bei der Auflösung der Ehe durch Ehevertrag oder Domicilwechsel festgestellt haben: Die Schulden, welche auf der Gesamtmasse lasten, müssen aus ihr vor der Theilung berichtigt werden und haftet für dieselben jeder Ehegatte — soweit es nicht geschieht — ab-

⁹⁾ Um die Ungerechtigkeit, zu welcher die Anschauung der Praxis führen kann, zu perlustriren, vergegenwärtige man sich z. B. den Fall, daß der Ehemann ein Immobil von 10,000 Rbl. in die Ehe gebracht hat und die Ehefrau ein Baarcapital im selben Betrage und daß dann während der Ehe mit letzteren Actien angekauft worden sind, die in Folge eines Falissements der Actiengesellschaft verloren gegangen sind. In diesem Fall würde bei der Ehescheidung nach der Praxis der Ehemann in dem Immobil sein volles eingebrachtes Gut zurückerhalten, die Ehefrau dagegen ganz leer ausgehen, während nach unserer Ansicht der bei der Auseinandersetzung an der Summe des beiderseits eingebrachten Vermögens sich ergebende Fehlbetrag von 10,000 Rbl. von beiden Theilen gemeinsam zu tragen ist und daher der Ehemann der Frau aus dem Immobil die Summe von 5000 Rbl. zu ersehen hätte.

¹⁰⁾ Vergleiche oben § 18.

gesehen von seiner selbstverständlich fortdauernden persönlichen Haftung für die in seiner Person entstandenen Verbindlichkeiten mit denjenigen Vermögensobjecten, die ihm bei der Auseinanderetzung zugetheilt wurden (Art. 120, 125 und 126)¹¹⁾.

Eine Ausnahme von dieser Regel tritt aber bei der Putativehe (Art. 117, Abj. 2) für den Fall ein, daß einem Ehegatten bei Abschließung der Ehe die Widergesetzlichkeit derselben unbekannt war; in diesem Fall kann nach Art. 120 für die Gesamtgutschulden, die nicht in der Person dieses Ehegatten entstanden sind, sein eingebrachtes Gut von den Gläubigern nicht in Anspruch genommen werden¹²⁾.

Fünftes Capitel.

Die fortgesetzte Gütergemeinschaft.

Erster Abschnitt.

Natur derselben.

Allgemeine Charakteristik.

§ 39.

Die Güterrechts-Systeme, welche während bestehender Ehe zwischen den Ehegatten Gütergemeinschaft annehmen, weichen in Bezug auf die Ordnung der Rechtsverhältnisse, welche bei beerbter Ehe nach dem Tode eines Gatten in Ansehung des Gesamtgutes zwischen dem überlebenden Gatten und den Kindern entstehen, vielfach von einander ab. Es lassen sich hierbei drei Hauptgruppen unterscheiden:

- I. System der Consolidation: Nach diesem geht mit Auflösung der Ehe das gesammte Vermögen auf den überlebenden Ehegatten über, während die Kinder ihm gegenüber neben einem unentziehbaren Erbrechte nur einen unter gewissen Voraussetzungen, insbesondere im Falle der Wiederverheirathung des überlebenden Ehegatten eintretenden Anspruch auf sofortige Abfindung wegen des ihnen sonst erst auf Grund ihres Erbrechts zufallenden Vermögensantheils haben. Tritt eine jener Voraussetzungen ein, so wird die

¹¹⁾ S. oben § 36 und Erdmann a. a. O. S. 166.

¹²⁾ Vergl. darüber auch Erdmann a. a. O. S. 161 und 162. Nach ihm ist die Haftung des schuldigen Theils für die nicht in seiner Person entstandenen Gesamtgutschulden auf den dolus desselben zurückzuführen, da die Ehe als nichtige auch für die Gläubiger keine Wirkung haben kann.

Theilung nach dem Vermögensstande, wie er dann besteht (ex nunc) bewerkstelligt¹⁾. Unter Lebenden hat der überlebende Parent freies Verfügungsrecht über das Vermögen.

- II. System des sog. Beisitzes: Bei dieser Form erhalten die Kinder sogleich nach der Auflösung der Ehe bestimmte ideelle Antheile am Gesamtvermögen, der überlebende Parent hat aber außer seiner Quote an demselben auch noch ein Nutzungsrecht an den Quoten der Kinder, den sog. Beisitz, dessen Dauer verschieden begrenzt ist. Die Kinder können gewöhnlich die Abtheilung nicht nur für den Fall seiner Wiederverheirathung, sondern meist auch beim Eintritt anderer Umstände, als: wenn sie majorenn geworden sind, eine eigene Haushaltung anstellen oder sich verheirathen wollen, ferner wenn der Parent in Vermögensverfall kommt u. verlangen. Sind die Kinder im Falle der Wiederverheirathung des Parent noch minderjährig, so braucht vor ihrer Volljährigkeit ihr Erbtheil ihnen nicht ausgekehrt zu werden, wohl muß er aber auf eine feste Geldsumme fixirt resp. sicher gestellt werden. Die Theilung findet nach demjenigen Vermögensbestande statt, wie er zur Zeit der Auflösung der Ehe bestand (ex tunc), so daß, was der überlebende Parent nach dem Tode des verstorbenen ohne Rücksicht auf den Besitz der Erbschaftsmasse, (also z. B. durch Schenkungen, Erbschaften u.) erwirbt, nicht in die Theilungsmasse fällt. Nur was der Gesamtmasse selbst zuwächst oder von ihr verloren geht, trifft auch die Antheile der Kinder, ebenso wie den seinigen.

Stirbt ein Kind während des Beisitzverhältnisses, so wächst sein Antheil nicht allen übrigen Interessenten der Gemeinschaft zu, sondern er fällt an seine Erben. Der überlebende Parent hat neben dem Nießbrauch auch die Verwaltung der den Kindern gehörigen Quoten, doch ist er zu einer einseitigen Verfügung über das gemeinsame Vermögen nicht berechtigt²⁾.

¹⁾ Siehe Stobbe a. a. O. § 242; Roth a. a. O. § 112, Motive zum bürgerl. Gesetzbuch für's deutsche Reich, Bnd. IV S. 424 und 425.

²⁾ Roth a. a. O. § 110; Stobbe a. a. O. § 241 S. 233—235; Motive zum bürgerlichen Gesetzbuch für's deutsche Reich Bnd. IV S. 425.

III. System der fortgesetzten Gütergemeinschaft im engeren Sinne: Nach diesem geht der Antheil, den der verstorbene Parens an dem Gesamtgut hatte, auf die Kinder als seine Erben über und setzt der überlebende Parens mit diesen die Gütergemeinschaft fort. Ist der Mann der überlebende, so bleibt seine Stellung in der Gemeinschaft dieselbe, die er vorher hatte; die Frau dagegen gewinnt, wenn sie den Mann überlebt hat, eine ähnliche, wie er sie hatte. Die Antheile der Kinder an der Gesamtmasse treten als selbstständige Vermögensrechte erst hervor, wenn der überlebende Parens freiwillig zur Abtheilung derselben schreitet oder dazu in Folge einer von ihm beabsichtigten zweiten Ehe gezwungen wird. Der sämmtliche Erwerb des überlebenden Parens fällt in die Gesamtmasse und wird auch hier, wenn es zur Theilung kommt, dieselbe nach demjenigen Vermögensstande bewerkstelligt, der sich zur Zeit der Theilung herausstellt (ex nunc). Stirbt ein Kind während der fortgesetzten Gütergemeinschaft ohne Leibeserben, so accrescirt nach einzelnen Rechten sein Antheil den andern Interessenten, nach anderen wird er nach allgemeinen Grundsätzen vererbt³⁾.

Daß das livländische Stadtrecht auf dem Boden des drittgenannten Systems steht, kann nicht bezweifelt werden⁴⁾. Die Unterstellung des Princips der Consolidation oder des Alleinerbrechts des überlebenden

³⁾ Stobbe a. a. O. § 241 S. 235 u. folg.; Roth a. a. O. § 111; Motive zum deutschen bürgerlichen Gesetzbuch Bnd. IV S. 425. Letzteres Gesetzbuch hat einen Mittelweg zwischen diesem dritten System und dem Princip der Consolidation eingeschlagen. Nach ihm wird der überlebende Ehegatte zum Alleinerben des verstorbenen berufen, zugleich treten aber die Kinder kraft des Gesetzes mit dem überlebenden Ehegatten in das Rechtsverhältniß der fortgesetzten Gütergemeinschaft, so daß sie für das ihnen entzogene Erbrecht durch einen kraft des Gesetzes ihnen zufallenden Antheil an dem Gesamtgute schadlos gehalten werden: § 1483 und Motive Bnd. IV S. 431 und folg.

⁴⁾ Siehe Bunge, Privatrecht, Bnd. II § 284 S. 114. Daß die Kinder sofort nach dem Tode des verstorbenen Parens ideelle Antheile an der Gesamtmasse haben, ist auch die in der Praxis herrschende Ansicht: Siehe darüber die bei Zwingmann, civilrechtliche Entscheidungen, abgedruckten Erkenntnisse des Rigaschen Rathes Bnd. I № 56, Bnd. III № 323, Bnd. IV № 523 u. 526, Bnd. VII № 1287 u. 1498, Bnd. VIII № 1526 und namentlich auch die daselbst Bnd. VIII S. 56 u. folg. abgedruckte Entscheidung des III. Departements des Senats. Abweichend jedoch die Entscheidung in Bnd. VI № 1007.

Gatten muß als ausgeschlossen gelten, weil den Kindern schon vom Momente des Todes des verstorbenen Parens ideelle Theile am Ganzen zugesprochen werden (Art. 1825) und weil, wenn die Ehefrau der überlebende Theil ist und nicht vom verstorbenen Ehemann als Vormünderin der Kinder eingesetzt, oder vom Waisengericht als solche ausdrücklich bestellt worden ist, während der Minderjährigkeit der Kinder die Vormünder dieser an der Verwaltung und Vertretung der Gesamtmasse Theil nehmen (Art. 1825 in Verbindung mit Art. 286). Gegen die Annahme des „Beisitzes“ spricht aber der doppelte Umstand, daß erstens, wie aus dem Art. 1827 und 1829 in Verbindung mit dem Art. 1947 und folgenden zu entnehmen und auch in der Praxis stets anerkannt worden ist, bei der Absichtung der Kinder das sämtliche vom überlebenden Ehegatten auch nach dem Tode des verstorbenen erworbene Vermögen in die Theilungsmasse fällt und daß zweitens nach Art. 1826 der Antheil eines ohne Leibeserben versterbenden Kindes nicht vererbt wird, sondern der Gesamtmasse anfällt: was beides auf die Fortdauer des Sammtgutes schließen läßt⁵⁾.

Die Einzelheiten der Lehre, auf die wir jetzt übergehen, werden die Richtigkeit dieser Auffassung noch ferner bestätigen.

Subjecte der fortgesetzten Gütergemeinschaft und Object derselben.

§ 40.

Subjecte der Gemeinschaft sind auf der einen Seite der überlebende Ehegatte und auf der andern Seite:

- 1) die gemeinschaftlichen Kinder beider Ehegatten und die Descendenten während der Ehe oder nach Auflösung der Ehe verstorbener Kinder derselben. Diejenigen Kinder und resp. Enkel, welche während bestehender Ehe oder nach Auflösung der Ehe abgefordert worden, sind, wenn ihre Absonderung aus dem gesammten väterlichen und mütterlichen Gute stattgefunden hatte, nicht Theilnehmer der fortgesetzten Gütergemeinschaft. Dagegen verlieren sie durch eine Absonderung vom väterlichen oder mütterlichen Gut, sowie durch eine Unterstützung, welche sie behufs der Einrichtung eines eigenen Haushaltes erhalten, oder durch Empfang

⁵⁾ „Beisitz“ nimmt Erdmann an: System Bnd. III § 207 S. 68 — was freilich seiner Auffassung der ehelichen Gütergemeinschaft als einer bloß äußern vollkommen entspricht, mit jener aber zugleich fällt.

einer Aussteuer ihre Theilhaberschaft an der Gütergemeinschaft nicht, es wäre denn, daß damit zugleich ihre vollständige Abtheilung beabsichtigt und ausdrücklich erklärt worden wäre (Art. 1947)¹⁾. Jene Zuwendungen haben vielmehr nur den Charakter eines Vorausempfanges, der in Gemäßheit des Art. 2751 und 2752²⁾ bei der spätern Schichtung in die Masse zu conferiren ist;

2) ferner die eingekindschafteten Kinder. Diese sind gerade so Theilnehmer der fortgesetzten Gütergemeinschaft, wie die gemeinschaftlichen Kinder (Art. 1828 in fine und Anmerk., sowie Art. 2512 und folg.);

3) die gemeinschaftlichen Adoptivkinder, falls nicht durch den Adoptivvertrag eine Einschränkung erfolgt ist (Art. 187, 192 und 259)³⁾.

Daß der Ehegatte eines mit einem Elternteil in fortgesetzter Gütergemeinschaft lebenden Kindes nicht selbst auch Theilnehmer derselben ist, ist bereits oben ausgeführt worden⁴⁾.

1) Ein gesetzlicher Maßstab für die Größe des Abfindungsquantums besteht nur, wenn die Abfindung nach Auflösung der Ehe erfolgt, auf welchen Fall allein die in den Art. 1830 und 1831 fixirten Antheile sich beziehen. Während bestehender Ehe beruht, wie die Abfindung selbst, so auch das Abfindungsquantum ausschließlich auf freier Vereinbarung. Der Grund hierfür liegt darin, daß während bestehender Ehe die Kinder überhaupt noch keine Rechte am Gesamtgut haben und daher während derselben ihre Abfindung sich von einem gewöhnlichen Erbverzicht (Art. 2763 u. folg.) nicht unterscheidet. Die Statuten von 1673 bezeichnen die Absonderung in letzterem Fall als Abfindung „mit bescheidenem Gute“, in ersterem Fall als nach „Stadtrechten“ erfolgend (Lib. IV, Tit. III § 1). Siehe a. Baumeister a. a. O. § 86 Anmerk. 20.

2) Art. 2751: „In den Städten Liv- und Estlands erben unabgesonderte Kinder und deren Descendenten das gesammte elterliche Vermögen, ohne daß ihnen dasjenige angerechnet wird, was sie von ihren Eltern bei deren Lebzeiten erhielten, ausgenommen, wenn die Eltern die Anrechnung ausdrücklich angeordnet oder das den Kindern Gegebene ausdrücklich als auf deren künftigen Erbtheil gegeben bezeichnet haben“.

Art. 2752. „Wenn nach dem Ableben des einen Ehegatten, der überlebende mit den Kindern in ungetheiltem Besiz verbleibt, und einem oder mehreren von ihnen einen Theil des Vermögens schenkt, so wird ihnen dieser bei der künftigen Erbtheilung in Anrechnung gebracht. Zu solchen anzurechnenden Schenkungen sind aber die Kosten einer standesmäßigen Erziehung der Kinder, sowie die Aussteuer der Töchter nicht zu rechnen. In Reval erhalten die lebigen Töchter, wenn sie mit ausgesteuerten concurriren, den Betrag der Aussteuer voraus.“

3) Siehe Zwingmann, civilrechtliche Entscheidungen, Bnd. IV № 528.

4) Siehe oben § 21 am Ende und auch unten S. 138—140.

In die Gemeinschaft fällt außer dem zur Zeit der Auflösung der Ehe vorhandenen gesammten Vermögensbestand das Sondergut des verstorbenen Ehegatten, sofern er über dasselbe nicht letztwillig verfügt hat⁵⁾, sowie der sämtliche spätere Erwerb des überlebenden Pares (Art. 1827 und 1829)⁶⁾. Dagegen ist von der Gemeinschaft ausgeschlossen der Erwerb, welchen die Kinder während derselben machen.⁷⁾ Das ist daraus erklärlich, daß denselben, wie wir später sehen werden, jedes Dispositionsrecht über ihre Antheile an der Gesamtmasse fehlt und der überlebende Pares die Nutzung der Gesamtmasse hat, der eigene Erwerb der Kinder aber unmöglich einer solchen Beschränkung unterworfen werden kann.

Die Natur der ideellen Antheile des überlebenden Ehegatten und der Kinder.
(Construction des Rechtsverhältnisses).

§ 41.

Zunächst kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die Antheile der Kinder an der Gesamtmasse Erbtheile in den Nachlaß des verstorbenen Pares sind. Dies folgt aus dem Art. 1822, wonach die Kinder bei der fortgesetzten Gütergemeinschaft „in die Stelle des verstorbenen Pares treten“, und aus dem Art. 1825, wonach ihre Rechte bereits als „ideelle Theile am Ganzen“ bezeichnet werden. Zugleich steht aber auch fest, daß die Vermögensquoten, die sie bei der Schichtung erhalten, (Art. 1830 u. 1831) den Charakter einer Abfindung vom Vermögen des überlebenden Pares haben, da sie durch dieselben als vom väterlichen und mütterlichen Gut abge sondert gelten und daher durch die nicht abgesonderten Kinder von der Erbfolge in den Nachlaß beider Elternteile ausgeschlossen werden (Art. 1947 und 1948).

Diese obige Charakterisirung der ideellen Antheile der Kinder kenntzeichnet aber ihre juristische Natur erst zu einem Theil. Nach Art. 1826 geht, falls ein Kind in fortgesetzter Gütergemeinschaft mit Hinterlassung von Leibeserben verstirbt, sein Antheil auf diese über¹⁾, da-

⁵⁾ Dies ist oben § 26, Anm. 2 bereits erörtert worden.

⁶⁾ S. Statuten der Stadt Riga v. 1673 Lib. IV Tit. 4 § 5, ferner Stobbe a. a. O. § 241, Roth a. a. O. § 111, S. 103; Erdmann a. a. O. S. 223; Zwingmann a. a. O. Bd. 3 № 324.

⁷⁾ S. Stobbe und Roth an den in der letzten Anmerkung citirten Stellen; Zwingmann, Entscheidungen Bd. 8, № 1527 S. 61.

¹⁾ Seine Leibeserben rücken an seine Stelle nicht als seine Erben, sondern als Erben des verstorbenen Großelternteils ein. S. darüber unten S. 140 und 141.

gegen fällt er entgegengesetzten Falls nicht seinen Erben, sondern der Gesamtmasse zu, so daß bei der nachmaligen Theilung nur diejenigen Kinder und resp. Kindesinder berücksichtigt werden, welche zur Zeit der Theilung am Leben sind. Entsprechend dieser Bestimmung und in völliger Uebereinstimmung auch mit der allgemeinen Theorie²⁾ der fortgesetzten Gütergemeinschaft hat die Praxis von jeher angenommen, daß die Kinder weder unter Lebenden, noch von Todeswegen über ihre Antheile an der Gesamtmasse disponiren können³⁾ und daß letztere auch nicht für ihre persönlichen Schulden haften⁴⁾. Diese Eigenthümlichkeit der ideellen Theile der Kinder, welche in vollständigem Gegensatz zu den beim römischrechtlichen Miteigenthum vorkommenden ideellen Antheilen steht (Art. 938), bedarf noch der Erklärung, und ebenso auch der Umstand, daß ihr Erbtheil in den Nachlaß des verstorbenen Parens mit der Abfindung, die sie vom Vermögen des überlebenden Parens bei der Schichtung empfangen, in einer Quote verbunden ist. Betrachten wir zunächst die erstbezeichnete Eigenthümlichkeit. Das Recht läßt hier eine Wirkung eintreten, die sich nach allgemeinen Grundsätzen nicht einmal mit einem nur erst angefallenen, geschweige denn mit einem bereits angetretenen Erbtheil vereinigen läßt. Wenn jemand zu einer Erbschaft berufen worden ist, sie aber noch nicht angetreten hat, so wird mit seinem Tode das Recht, sie anzutreten, auf seine Erben transmittirt (Art. 2632), wo aber das Transmissionsrecht nicht Platz greift, accrescirt sein Erbtheil denjenigen Miterben, „welche ihn erhalten haben würden, wenn der wegfallende von Anfang an nicht da gewesen wäre, und zwar nach Verhältniß ihrer Antheile an der Erbschaft“ (Art. 2884 und 1882)⁵⁾. In Bezug auf den Antheil eines in der

²⁾ S. Stobbe a. a. O. § 241 S. 239 u. 240 und Motive zum deutschen bürgerlichen Gesetzbuch Bd. IV S. 428.

³⁾ S. Zwingmann, Civilrechtliche Entscheidungen Bd. 1 № 57, Bd. 4 № 524, Bd. 6 № 1007. Nach der Entscheidung in Bd. 8 № 1526 ist eine eventuelle Verpfändung zulässig. S. unten § 47 gegen Ende.

⁴⁾ S. Zwingmann, Entscheidungen Bd. 1 № 57, Bd. 6 № 1007.

⁵⁾ Nach den beiden oben bezeichneten Bestimmungen des Provinzialrechts wird d. i. g. successio graduum, d. h. das Einrücken des in derselben Classe nach dem Wegfallenden zunächst berufenen Erben durch das Accrescenzrecht ausgeschlossen. Aber auch wenn man der successio graduum, der von manchen Schriftstellern für das römische Recht versuchten Ansicht (S. Windscheid a. a. O. § 573) folgend, vor dem Accrescenzrecht den Vorzug geben wollte, so würde sich doch durch sie das in unserm Fall obwaltende Verhältniß nicht erklären lassen, da zufolge derselben an Stelle des Wegfallenden diejenigen nach ihm zunächst berufenen Erben eintreten,

fortgesetzten Gütergemeinschaft verstorbenen Kindes greift aber weder ein solches Transmissionsrecht, noch ein solches Accrescenzrecht Platz: ersteres nicht, da, wenn das Kind ohne Leibeserben verstirbt, weder sein Ehegatte, der doch auch zu den Erben gehört, noch die abgesonderten Geschwister an seinem Antheil participiren⁶⁾ und außerdem sein Antheil dem überlebenden Parent und den unabgesonderten Geschwistern nicht nach den Regeln des für die zweite Classe geltenden Erbrechts, d. i. zu gleichen Kopftheilen, (Art. 1939), sondern so zufällt, als ob das verstorbene Kind überhaupt niemals gelebt hätte. Das Accrescenzrecht allein kann aber die hier eintretende Wirkung auch nicht erklären, denn, wenn das Kind mit Hinterlassung von Leibeserben verstirbt, so geht sein Antheil nicht auf den überlebenden Parent und die Geschwister, sondern stets auf seine Leibeserben über.

Daß die oben gekennzeichnete Eigenthümlichkeit der ideellen Antheile der Kinder vollends nicht der Natur bereits angetretener Erbtheile entspricht, leuchtet von selbst ein, da letztere sowohl vererbt werden, als auch veräußert und verschuldet werden können.

Und ebensovienig stimmt die oben erwähnte zweite Eigenthümlichkeit mit den Grundsätzen über bereits angetretene Erbtheile überein:

Der Schlüssel zur Erklärung beider wird in der historischen Entwicklungsweise der fortgesetzten Gütergemeinschaft zu suchen sein, die, wie man annehmen darf, in folgender Weise verlaufen ist: Ursprünglich hatte man sich mit der Bestimmung beschieden, daß nach dem Tode eines der Ehegatten die Hausgemeinschaft nicht aufgelöst, sondern unter der Leitung des in der Disposition der ganzen Vermögensmasse verbleibenden Wittwers oder der in die Verwaltung derselben eintretenden Wittve in möglichst unveränderter Weise fortgesetzt werde und die definitive Regelung des Rechtsverhältnisses verschoben bis zu einer etwaigen Wiederverehelichung des überlebenden Ehegatten oder bis er freiwillig sich mit den Kindern abtheilt. Letzteres brachte es mit sich, daß die Rechte der Kinder an der gesamten Masse bis zur Schichtung unentschieden blieben und, gleich bloßen Anwartschaften, weder veräußerlich, noch vererbbar waren. Erst als die Verkehrsverhältnisse sich mehr entwickelt hatten und damit die Nothwendigkeit eintrat, dem Rechtsver-

die schon zur Zeit des Anfalles der Erbschaft solche waren, während in unserem Falle auch die erst nach dem Tode des Parent geborenen Kindesfinder an Stelle des verstorbenen Kindes treten.

⁶⁾ S. Anl. 1826.

hältniß schon mit dem Momente des Todes des verstorbenen Ehegatten eine feste Gestalt zu geben, schritt man zu einer bestimmten Construction des Rechtsverhältnisses, wobei man vor der Alternative stand, entweder die Gesamtmasse als das Alleineigenthum des überlebenden Ehegatten aufzufassen, den Kindern aber nur (unentziehbare) Erbrechte einzuräumen, oder den Kindern schon vom Tode des verstorbenen Ehegatten an ideelle Theile an der Gesamtmasse zuzusprechen, diese dann aber bis zur Schichtung als unveräußerlich und unvererbbar anzusehen⁷⁾. Das livländische Stadtrecht entschied sich fürs letztere.

7) Siehe oben § 39 und Erdmann a. a. O. S. 171, Baumeister a. a. O. § 86 Anmerk. 31, Gerber a. a. O. S. 613 u. 614, Runde a. a. O. S. 62. Darauf, daß die Construction der den Kindern während der Zeit vor der Schichtung zustehenden Rechte als Theile am Ganzen erst einer späteren Zeit angehört, weist auch der Umstand hin, daß sich erst in den Statuten von 1673 die Ausdrucksweise findet, daß, wenn ein Kind vor der Schichtung verstirbt, sein „Antheil“ auf den gemeinen Haufen entfällt (Lib. IV Tit. 4 § 6), während das ungearbeitete Rigasche Stadtrecht, welches eine ähnliche Bestimmung enthält, (V, 6) hier den unbestimmten Ausdruck „Gut“ gebraucht „starwe dere Kindere welic, so velle dat Gut uppe den menen hop“).

In den Motiven des deutschen bürgerlichen Gesetzbuchs (siehe Bnd. IV S. 457) wird in Bezug auf die unserem Provinzialrecht verwandten deutschen Güterrechtssysteme, namentlich auf das Hamburgische Recht gesagt: „Unverkennbar tritt in diesen Rechten die Tendenz hervor, das Verhältniß so zu behandeln, wie wenn erst mit dem Eintritte des Schichtungsfalles die Erbschaft des verstorbenen Ehegatten den Abkömmlingen angefallen wäre und nur in einzelnen Beziehungen Abweichungen von diesem Grundsatz zu gestatten“. Ebenso wird das Rechtsverhältniß in einem im 9. Bande der Entscheidungen des deutschen Reichsoberhandelsgerichts sub N. 77 abgedruckten Erkenntniß dieses Gerichtshofs aufgesaßt, woselbst es S. 253 heißt: „Es ist den Kindern während der *communio prorogata*, obwohl ihnen ein Miteigenthum nominell zusteht, virtuell die Ausübung aller wesentlichen aus dem Eigenthum fließenden Rechte entzogen“. In dem bei Zwingmann, Entscheidungen, in Bnd. 6 N. 1007 abgedruckten Erkenntniß des Rigaschen Raths wird das Verhältniß also charakterisirt: „die stadtrechtliche Bestimmung, daß den Kindern ideelle Theile an dem zur fortgesetzten Gütergemeinschaft gehörigen Gesamtvermögen zustehen, läßt sich nicht auf ein Miteigenthum zwischen den Gliedern dieser Rechtsgemeinschaft zurückführen, sie will vielmehr dem Gedanken Ausdruck geben, daß den Kindern an dem Nachlaß ihres verstorbenen Parens zwar Erbrechte zustehen, diese aber erst bei Auflösung der Gütergemeinschaft und dann mit gleichzeitiger Abfindung aus dem Vermögen des überlebenden Parens realisirt werden sollen“.

Soweit in dem letzten Erkenntniß ausgesprochen wird, daß die ideellen Antheile der Kinder in wesentlichen Beziehungen (bis zur Schichtung) rechtlich wie bloße Anwartschaften behandelt werden, stimmt dasselbe mit meiner obigen Auffassung überein. Sofern es aber an anderer Stelle ausführt, daß die während der Ehe

§ 42.

Dieser Entwicklungsverlauf der fortgesetzten Gütergemeinschaft erklärt alle Besonderheiten, die die ideellen Antheile zeigen — ihre Unveräußerlichkeit und Unvererbbarkeit, ferner, daß sie mit der Abfindung, die die Kinder bei der Schichtung auch vom Vermögen des überlebenden Parens erhalten, in einer Quote verbunden sind und endlich auch den Umstand, daß der Antheil eines während der fortgesetzten Gütergemeinschaft verstorbenen Kindes, wenn es Abkömmlinge hinterläßt, an diese kraft eigenen Rechts fällt, sonst aber erlischt, wie wenn das Kind gar nicht gelebt hätte. Diese Folgen traten eben ein, weil die Erbschaft des verstorbenen Parens erst im Augenblick der Schichtung als eröffnet galt, also einerseits sich mit der Abfindung vom Vermögen des überlebenden Parens verschmolz und andererseits denjenigen Descendenten des verstorbenen Parens deferirt war, die in diesem Augenblick seine Erben waren, während bis dahin nur Anwartschaften bestanden.

Es fragt sich nur noch, ob nachdem das Gesetz jetzt den Rechten der Kinder schon vom Moment des Todes des verstorbenen Parens ab die Natur ideeller Antheile an der Masse zuerkannt hat, es mit dieser ihrer Natur noch vereinbar ist, daß sie bei eintretendem Tode der Kinder in einem Fall der Masse anheimfallen, im andern Fall auf ihre Abkömmlinge übergehen? Meines Erachtens ist die Frage zu bejahen, weil in unserem Provinzialrecht die römischrechtliche Regel „semel heres, semper heres“ keine allgemeine Geltung genommen hat¹⁾ und daher

auf den Namen des Ehemannes aufgetragenen Immobilien sowohl während der Ehe, als auch nach dem Tode der Frau bis zur Schichtung als sein Alleineigenthum anzusehen seien, und damit eine wirkliche Gütergemeinschaft sowohl für die Zeit während der Ehe, als auch nach Auflösung derselben negirt, kann ich ihm nicht beipflichten. Auch steht in letzter Beziehung das Erkenntniß in Widerspruch zu einer großen Anzahl anderer Erkenntnisse des Rigaschen Rathes, in welchen die fortgesetzte Gütergemeinschaft als eine wirkliche Rechtsgemeinschaft anerkannt ist (Zwingmann, a. a. O. I § 56, III, 323; IV, 523 u. 526 u. a.). Daß die Gütergemeinschaft zwar grundverschieden von dem römischrechtlichen Miteigenthum ist, den Kindern aber gleichwohl „ideelle Antheile“ an der Gesamtmasse zuzusprechen sind, hat auch das dritte Departement des Senats in seiner Entscheidung vom 26. März 1887 № 345 anerkannt (abgedruckt bei Zwingmann a. a. O. Bnd. VIII S. 56 u. folgende).

¹⁾ Dies beweist namentlich der Art. 2545. Daß auch eine Reihe deutscher Partikularrechte den römischrechtlichen Grundsatz nicht recipirt haben, darüber zu vergl. die Motive zum deutschen bürgerlichen Gesetzbuch Bnd. V S. 79—81. Auch erkennt letzteres an, daß der Antheil des in der fortgesetzten Gütergemeinschaft versterbenden Kindes nicht zu seinem Nachlaß gehört. (Siehe § 1490 und Motive Bnd. IV S. 458.)

der Auffassung nichts im Wege steht, daß wenn ein Kind, bevor es abgetheilt ist, verstirbt, sein Antheil seinen Abkömmlingen als Erbschaft des Großelterntheils im Wege einer Nacherbfolge von Neuem deferirt wird; im Falle, daß es aber keine Abkömmlinge hat und nicht bereits abgetheilt war, diese zweite Delation der großelterlichen Erbschaft nicht stattfindet, sondern sein Antheil ganz ausfällt und den anderen Gemeinschaftsinteressenten nach den Bestimmungen des Accrescenzrechts²⁾ zuwächst.

Die Frage, ob auch der überlebende Parens Erbe des verstorbenen ist, ist zu bejahen. Als ein Erbrecht in den Nachlaß des verstorbenen Gatten ist zunächst sein Nießbrauchsrecht aufzufassen, welches er an den Antheilen der Kinder hat (Art. 1825). Der Art 2863 zwingt aber dazu, ihn auch mit einer Quote des ideellen Eigenthumsantheils an der Gesamtmasse als Erben anzusehen. Da nach diesem Art. die Wittve die Vormünderin ihrer Kinder war, wenn sie zu einer zweiten Ehe schreitet, ohne sich mit den Kindern erster Ehe abgetheilt oder anderweitig auseinandergesetzt zu haben, „ihres Intestaterbrechtes in den Nachlaß ihres Ehemannes zum Besten der Kinder verlustig gehen“ und dieselbe Strafe auch den in diesem Fall die Abtheilung und Auseinandersetzung unterlassenden Vater treffen soll, und der Verlust des Nießbrauchsrechts an den Antheilen der Kinder den überlebenden Parens schon als Folge seiner Wiederverhehlung vom Volljährigkeitsalter derselben an trifft, also auch dann, wenn er sich mit den Kindern abgetheilt hatte, so würde er, wenn er Erbe des verstorbenen bloß mit dem Nießbrauchsrechte wäre, durch die von ihm bei der Wiederverhehlung unterlassene Abtheilung der Kinder nur noch den Nießbrauch für die etwa noch nicht abgelaufene Zeit der Minderjährigkeit der Kinder verlieren können — ein Verlust, den allein der Art. 2863 nicht im Auge gehabt haben dürfte, und zwar um so weniger, als nach den älteren Statuten, die freilich diese Wirkung nur für die Wittve eintreten ließen, die Strafe in obigem Falle in dem Verlust der ganzen Theilungsquote bestand³⁾.

²⁾ Daß es sich hier um ein Accrescenzrecht handelt, ist auch anerkannt in dem bei Zwingmann a. a. O. Bnd. VII № 1498 abgedruckten Erkenntniß des Rigaschen Raths und geht auch daraus hervor, daß, wenn die Gütergemeinschaft zwischen einem Stiefparens und zwei eingekindschafteten Kindern fortgesetzt wird und das eine von diesen verstirbt, dessen Antheil auch dem Stiefparens zu Gute ommt, der nach Art. 2522 ein Erbrecht in dessen Nachlaß gar nicht hat.

³⁾ S. hamburg-rig. Recht V, 7; und umgearbeitete Statuten V, 21 und VI, 1; vergl. auch die Statuten von 1673 Lib. IV, Tit. 6 § 2. S. auch oben § 38 Anm. 8.

Welche Quote von seinem ideellen Antheil an der Gesamtmasse aber als sein Erbtheil anzusehen sei, wird sich auch hier nur nach derselben Berechnung bemessen lassen, die wir bereits oben für den Fall der unbeerbten Ehe aufgestellt haben. Diese Ausföhrung ergab, daß der Antheil, in den sich bei Auflösung der Ehe das bis dahin ungetönderte Miteigenthum der Ehegatten verwandelte, für den Mann auf $\frac{7}{12}$ und für die Frau auf $\frac{5}{12}$ zu berechnen sei. Hiernach ist also der Proprietät nach der Mann Erbe der Frau nur wenn und soweit er bei der Theilung mit den Kindern mehr als $\frac{7}{12}$ und die Frau des Mannes nur, wenn und soweit sie bei der Theilung mehr als $\frac{5}{12}$ erhält. Dies ergibt gemäß Art. 1830 und 1831, welche die ganze Theilungsquote des überlebenden Ehegatten normiren, daß Mann und Frau (abgesehen von dem Nießbrauchsrecht) sich einander nur dann beerben, wenn sie mit nur einem Kinde concurriren und in diesem Falle zwar jeder mit $\frac{1}{12}$.⁴⁾

Die fortgesetzte Gütergemeinschaft tritt kraft des Gesetzes mit dem Moment des Todes des verstorbenen Ehegatten ein, ohne daß es Seitens des überlebenden Ehegatten oder Seitens der Kinder eines Erbschaftsantritts bedarf.⁵⁾

4) Nach der bei Erhebung der Erbschaftsteuer beobachteten Praxis wird, abgesehen von Schwankungen, der ganze in den Art. 1830 und 1831 bezeichnete ideelle Antheil des überlebenden Ehegatten als sein aus der Zeit der Ehe stammender Eigenthumstheil angesehen und daher der Besteuerung nicht unterworfen, — was, da das Nießbrauchsrecht des überlebenden Parens kein lebenslängliches ist, sondern mit seiner Wiederverhehlichung im Volljährigkeitsalter der Kinder erlischt und da das Gesetz selbst direct die Frage nicht entschieden hat, was von der Quote vom Eigenthumsrecht als Erbtheil zu betrachten ist, erklärlich ist. S. auch oben § 33 Anm. 8.

5) S. Art. 1822; zu vergl. Roth a. a. O. Th. 2 § 111, Anm. 24 und Stobbe a. a. O. S. 236. Dies entspricht dem germanischen Grundsatz, „daß der Todte den Lebendigen erbt“ (vergl. Rig. Statuten von 1673 Lib. IV Tit. 5 § 3 und Pauli „Abhandlungen“ aus dem Lübischen Recht III p. 131), und ist motivirt in Betreff des überlebenden Ehegatten dadurch, daß sein Antheil an der Masse während der fortgesetzten Gütergemeinschaft im Wesentlichen mit seinem Eigenthumsantheil, den er bereits während der Ehe an der Masse hatte, zusammenfällt; in Betreff der Kinder aber dadurch, daß ihre Rechte bis zur Schlichtung oder dem Tode des überlebenden Parens überhaupt in den Hintergrund treten. S. auch oben S. 113 und 114.

Zweiter Abschnitt.

Die einzelnen Grundsätze der fortgesetzten Gütergemeinschaft.

Die Haftung für die Schulden.

§ 43.

1) Haftung des überlebenden Parenz.

Zunächst steht fest, daß der überlebende Parenz voll und unbeschränkt sowohl persönlich als mit der gesamten Masse für diejenigen während der Ehe entstandenen Schulden haftet, welche in seiner eigenen Person entstanden waren, oder für die er aus einem sonstigen Grunde schon persönlich als Schuldner galt. War die Frau während der Ehe mit Ueberschreitung ihrer Competenz Schulden eingegangen, so wird nach dem Tode des Mannes nunmehr auch für diese ihre Schulden die Gesamtmasse verhaftet (Art. 91).¹⁾

Für die Schulden, für welche der überlebende Ehegatte zwar während der Ehe nicht persönlich haftbar war, die aber doch die Gesamtmasse belasteten, hat er mit der gesamten Masse einschließlich dessen, was während der fortgesetzten Gütergemeinschaft in dieselbe fließt, nicht aber auch mit seinem Sondergut einzustehen (S. Art. 1827), für diejenigen persönlichen Schulden des verstorbenen,²⁾ welche nicht die Gesamtmasse belasteten, haftet er überhaupt nicht.³⁾

Die in beiden Beziehungen gemachte Einschränkung der Haftpflicht des überlebenden Ehegatten ist eine Folge davon, daß sein Erbrecht in den Nachlaß des verstorbenen Ehegatten ebenso hier, wie in dem oben bereits abgehandelten Fall der unbeerbten Ehe und aus denselben Gründen, die wir in letzter Hinsicht oben kennen gelernt haben⁴⁾ keinen Repräsentativcharakter hat.

1) Dies ist ein nothwendiges Correlat dazu, daß auch der zukünftige Erwerb der überlebenden Frau in die Gesamtmasse fließt, die Gemeinschaft eine „auf Gedeih und Verderb“ ist. S. auch Runde a. a. O. § 114.

2) Hiermit sind namentlich die Schulden der Ehefrau, welche sie mit Ueberschreitung ihrer Competenz contrahirt hatte, gemeint. Rein persönliche Schulden des Ehemannes giebt es nicht, da für seine sämtlichen Schulden die Gesamtmasse haftet.

3) Art. 91. In obiger Weise ist die Haftpflicht des überlebenden Ehegatten für die während der Ehe entstandenen Schulden auch im deutschen Recht beschränkt (S. Stobbe a. a. O. S. 230 und 212; ferner Runde a. a. O. § 55 S. 135 und § 10 und die Motive zum deutschen bürgerlichen Gesetzbuch Bd. IV S. 431 u. 432).

4) S. oben § 34 und § 42 Anm. 5.

2) Haftung der Kinder.

A. Vor der Schichtung: haften die Kinder nur für diejenigen Schulden ihres verstorbenen Patens, die die Gesamtmasse belasten, nicht auch für die rein persönlichen Schulden der verstorbenen Mutter und zwar beschränkt sich auch hier ihre Haftung nur auf den Bestand ihrer in der Hand des überlebenden Patens befindlichen Antheile⁵⁾ (Art. 1827).

B. Nach der Schichtung: haften sie bis zum Ableben des andern Patens für die Schulden des verstorbenen Patens — auch für dessen rein persönliche — mit denjenigen Vermögensobjecten, mit denen sie bei der Schichtung abgefunden werden.⁶⁾

C. Sind beide Eltern gestorben, so treten sie persönlich in die Schulden beider Eltern ein, vorausgesetzt, daß sie den Nachlaß des länger gelebt habenden Patens antreten, wobei sie ihre Haftung nicht bloß in Bezug auf die Schulden des letzteren, sondern auch in Bezug auf die des erstverstorbenen bis zum Bereich des in ihren Besitz gelangten Nachlaßvermögens einschränken können, wenn sie in der gesetzlichen Frist nach dem Tode des länger gelebt habenden Patens ein Inventar errichten.⁷⁾

Die einzelnen Rechte des überlebenden Patens.

§ 44.

Der überlebende Ehegatte hat nach Art. 1825 der Codification von 1864 die Verwaltung und den Nießbrauch des gesammten Vermögens,

⁵⁾ Das erstere folgt aus dem letztern in Verbindung damit, daß der überlebende Vater, der die Disposition auch über die ideellen Antheile der Kinder hat, seinerseits die rein persönlichen Schulden der verstorbenen Frau nicht anzuerkennen braucht (Art. 91).

⁶⁾ Letzteres ist eine Consequenz dessen, daß sie, soweit sie in den Besitz des Nachlasses gelangen, auch alle Pflichten der Erben haben. Anerkannt auch von Runde a. a. O. § 118 S. 265 Anmerk. f und von Heise u. Cropp, jurist. Abhandl. Bd. 2, VIII S. 277 Anmerk. S. auch Post „das Sammtgut“ S. 71. Ueber abweichende Bestimmungen deutscher Partikularrechte zu vergl. die Motive zum deutschen bürgerlichen Gesetzbuch S. 475 und 476. S. auch weiter unten §§ 47 u. 48.

⁷⁾ Art. 1827 und 2649. Dies ist auch im deutschen Recht angenommen. Siehe darüber die Motive zum deutschen bürgerlichen Gesetzbuch Bd. IV S. 431 u. 432 und die trefflichen Ausführungen in der oben bereits citirten Entscheidung des deutschen Reichs-Oberhandelsgerichts Bd. 9 № 77. Daß die Kinder — um ihre Haftung auch für die Schulden des erstverstorbenen Patens in obiger Weise einzuschränken — schon nach dem Tode dieses zur Inventarlegung verpflichtet wären, kann nicht angenommen werden, da sie, so lange der andere Elternteil lebt, gar nicht in den Besitz und die Disposition ihrer Erbtheile treten, daher ihnen auch alle Voraussetzungen zur Inventarlegung fehlen.

das Verwaltungsrecht der überlebenden Ehefrau ist aber während der Zeit der Minderjährigkeit der Kinder von gewissen Voraussetzungen abhängig, die ihre historische Erklärung finden in der Geschlechtsvormundschaft, welcher früher, wie die Personen weiblichen Geschlechts überhaupt, so auch die Wittve unterworfen war. Diese brachte es mit sich, daß der Wittve die Verwaltung der Gesamtmasse nicht unbeschränkt und beziehungsweise auch garnicht überlassen wurde, sondern sie — falls der Mann testamentarisch sie zur Vormünderin bestellt oder bei Volljährigkeit der Kinder ihr die alleinige Verwaltung überwiesen hatte — die Verwaltung „mit Einrathen“ der aus den Blutsverwandten des Mannes zu erkorenden Rathsfreunde zu führen hatte, im entgegen gesetzten Falle aber die Verwaltung des Vermögens den Vormündern der Kinder, bezw. ihren Rathsfreunden überlassen mußte¹⁾.

Nachdem das auch auf die Ostseeprovinzen ausgedehnte Gesetz vom 22. December 1785 die Geschlechtsvormundschaft aufgehoben hatte, zog die Codification von 1864, wie sich aus Art. 1825 in Verbindung mit Art. 286 ergibt, mit Recht aus solcher Aufhebung die Consequenz, daß die Wittve, sobald die Kinder volljährig geworden, der Beiordnung von Rathsfreunden nicht mehr benöthigt sei und daher die Verwaltung der Gesamtmasse, welche während der Zeit nach Eintritt der Volljährigkeit der Kinder früher ihren Rathsfreunden zustand, jetzt ihr selbst gebühre. Hierbei blieb die Codification aber stehen, obgleich es in der weiteren Consequenz jenes Gesetzes gelegen hätte, jetzt der Wittve auch stets den minderjährigen Kindern gegenüber — also unabhängig von ihrer etwaigen Vormundschaft über die Kinder — ein gleiches Verwaltungsrecht an der Gesamtmasse einzuräumen. Denn, wenn sie das Recht den volljährigen Kindern gegenüber genießt, so kann es nicht Ausfluß der Vormundschaft sein.

Statt dessen nahm die Codification aus dem frühern Recht die Bestimmung herüber, daß während der Minderjährigkeit der Kinder der Wittve nur dann die ausschließliche Verwaltung der Gesamtmasse gebühre, wenn sie Vormünderin der Kinder ist,²⁾ wobei allerdings ihre Berechtigung zur Vormundschaft nicht auf den Fall einer diesbezüglichen testamentarischen Verfügung des Ehemannes beschränkt ist, sondern auch

1) S. die Rigasche Vormünder-Ordnung vom Jahre 1591 (gedruckt in Riga bei Müller (1798) §§ 2, 3, 4 u. 11) und Statuten von 1673 Tit. IV Tit. 5 § 1.

2) Art. 1825 Anmerk. in Verbindung mit Art. 286. S. a. Zwingmann, Entscheidungen Bd. 7 S. 132.

der Vormundschaftsbehörde das Recht zusteht, sie als Vormünderin zu bestellen.

Betrachten wir zuerst das Rechtsverhältniß während der Großjährigkeit der Kinder und darnach die Modificationen, die sich für die Wittve während der Minderjährigkeit ergeben.

Im Allgemeinen ist die Stellung des überlebenden Parens in der fortgesetzten Gütergemeinschaft derjenigen analog, die der Ehemann im Gemeinschaftsverhältniß während der Ehe hatte. In Bezug auf das bewegliche Vermögen ist daher das Verwaltungsrecht des überlebenden Parens ein unbeschränktes, und schließt namentlich auch das Recht der Disposition über die Substanz ein. Er kann als Vertreter der Gesamtmasse rechtsgiltig Zahlungen empfangen und Zahlungen leisten, die Capitalien beliebig anlegen und umsetzen, Forderungen cediren, sowie überhaupt Verträge aller Art eingehen und ist zur Führung der Rechtsstreitigkeiten activ und passiv legitimirt. Selbst zu Schenkungen ist er berechtigt (Art. 2752). Dabei macht es, vorausgesetzt, daß das Vermögensobject zur Gesamtmasse wirklich gehört, keinen Unterschied, ob es auf den Namen des verstorbenen Parens, oder auf den des überlebenden Parens oder zugleich auch auf den Namen der Kinder verschrieben steht. Für die Schulden, die der überlebende Parens eingeht, oder die sonst in seiner Person entstehen, (also auch Delictschulden) ist er nicht bloß persönlich, sondern auch die gesamte Masse³⁾ verpflichtet. Auf den Namen der Kinder darf er aber Verträge und Verbindlichkeiten nicht eingehen, ebensowenig in ihrem Namen Rechtsstreitigkeiten führen, da hierdurch, wenn er dazu berechtigt wäre, eine persönliche Obligirung derselben bewirkt werden würde, während nach Art. 1827 l. c. die Kinder für die von ihm eingegangenen Schulden nur mit ihren Antheilen an der Gesamtmasse, nicht aber persönlich haftbar sind. Diese Stellung des überlebenden Parens entspricht nicht nur der allgemeinen Theorie der fortgesetzten Gütergemeinschaft⁴⁾, sondern ist auch sowohl in einer Reihe von Entscheidungen des

3) Art. 1827. Dies ist das nothwendige Correlat dazu, daß auch sein Erwerb in die Gesamtmasse fällt, die Gemeinschaft eine Gemeinschaft auf „Gedeih und Verderb“ ist. Ueber die Haftung der Gesamtmasse für die vom überlebenden Ehegatten zur Zeit der Ehe contrahirten Schulden. Siehe oben § 43 Pft. 1.

4) Siehe Roth a. a. O. § 111 S. 104 u. 105; Runde a. a. O. § 114; Stobbe a. a. O. § 241 S. 239.

fr. Rigaschen Rathes und dessen Unterbehörden⁵⁾ als auch durch die oben bereits erwähnte Entscheidung des III. Departements des Senats vom 26. März 1887 N^o 345⁶⁾ anerkannt.

In dem in der letzten Entscheidung vorgelegenen Fall, in welchem die Wittve N. während der fortgesetzten Gütergemeinschaft einen Wechsel ausgestellt und ihr Wechselgläubiger K. diese Forderung auf das der Schuldnerin und ihren Kindern aufgetragene Immobil im Executionswege ingrossiren lassen hatte, erkannte der Senat dahin, daß „das Recht der Verwaltung und Nutzung der Gesamtmasse einzig dem überlebenden Ehegatten zusteht, welcher dabei an die Zustimmung der Kinder nicht gebunden ist“ und daher „die Wittve N. befugt war, für ihre Wechselschuld an K. das nach dem Tode ihres Mannes in die mit ihren Kindern fortgesetzte Gütergemeinschaft gelangte Immobil als Sicherheit zu bestellen“.

Das Dispositionsrecht des überlebenden Parens über die zur Gesamtmasse gehörigen Immobilien insbesondere.

§ 45.

Wie wir oben¹⁾ gesehen haben, darf der Ehemann während bestehender Ehe diejenigen Immobilien, welche auf den Namen der Frau in den Grundbüchern verzeichnet sind oder von beiden gemeinschaftlich erworben worden, ohne die Genehmigung der Ehefrau nicht veräußern, in Bezug auf alle übrigen Immobilien steht ihm aber eine unbeschränkte Dispositionsfreiheit zu. Da nun nach der allgemeinen Theorie der fortgesetzten Gütergemeinschaft dem überlebenden Ehegatten während derselben analoge Rechte, wie dem Ehemann während der Ehe, zustehen und außerdem die Codification unseres Privatrechts in dem Art. 967 die positive Vorschrift ertheilt, daß der überlebende Ehegatte über „ein von zwei Ehegatten während der Ehe durch Kauf erworbenes Immobil nicht zum Nachtheil der Kinder aus dieser Ehe verfügen kann“²⁾, und da ferner die Dispositionsbeschränkungen, welchen er in Bezug auf die mit dem verstorbenen Ehegatten gemeinsam erworbenen Immobilien unterliegt,

⁵⁾ Siehe namentlich die bei Zwingmann, Entscheidungen, abgedruckten Erkenntnisse Bnd. I N^o 58; Bnd. III N^o 323. Bnd. IV N^o 523, Bnd. VI, 1009, Bnd. VII N^o 1287; Bnd. VIII N^o 1527.

⁶⁾ Abgedruckt bei Zwingmann, Entscheidungen, Bnd. VIII S. 56 u. folg.

¹⁾ Siehe oben § 28.

²⁾ Ueber den Ursprung und die Auslegung dieses Art. siehe oben § 5 Anm. 6; § 10, Anm. 6 und § 20, Anm. 7.

umfomehr auch in Bezug auf die von dem letztern allein erworbenen gelten müssen, so darf geschlossen werden, daß der überlebende Parens über diejenigen Immobilien, die von dem verstorbenen Ehegatten in die Ehe gebracht, oder ihm während der Ehe zugefallen, oder von beiden Ehegatten gemeinschaftlich erworben worden waren, nicht ohne Zustimmung der Kinder disponiren darf, während er alle von ihm selbst in die Ehe gebrachten oder von ihm während derselben allein erworbenen auch einseitig veräußern und mit dinglichen Lasten beschweren kann. Letzteres ist auch in der am Schluß des vorigen § erwähnten Entscheidung des III. Departements des Senats³⁾, sowie mehrfach in Urtheilen des Rigaschen Rathes und seiner Unterbehörden⁴⁾ anerkannt. Ein unbeschränktes Dispositionsrecht wird übrigens dem überlebenden Ehegatten auch über die erstbezeichneten Immobilien dann zuzugestehen sein, wenn dieselben, obwohl er sie nicht selbst, oder nicht allein erworben hatte, doch während der Ehe auf seinen Namen allein aufgetragen worden waren (arg. Art. 83 u. 84⁵⁾).

Was Obigem nach von den zur Gütergemeinschaft gehörigen Immobilien gilt, wird auch von den zur Gesamtmasse gehörigen dinglichen Rechten an fremden Immobilien gelten müssen, da nach Art. 536 der Codification dingliche Rechte an Immobilien zum unbeweglichen Vermögen zählen. Man wird daher dem überlebenden Ehegatten, wenn das dingliche Recht in den Grundbüchern auf seinen Namen eingetragen ist, das einseitige Dispositionsrecht über dasselbe zuzusprechen, wenn es dagegen auf den Namen des verstorbenen oder beider Ehegatten eingetragen ist, abzusprechen haben. Nicht das Gleiche ist jedoch zu statuiren in Bezug auf eine zur Gesamtmasse gehörige Hypothek. Ueber diese wird der überlebende Ehegatte stets frei disponiren können, da das Provinzialrecht (Art. 537) Forderungsrechte stets zu dem beweglichen Vermögen rechnet und die Hypothek als

3) Wenn diese Entscheidung es sogar für zulässig erachtet, daß die Wittve überhaupt alle zur gemeinschaftlichen Masse gehörigen Immobilien einseitig verschulden kann, so dürfte dies in Anbetracht des Art. 967 der Codification zu weit gehend sein.

4) Siehe Zwingmann, Entscheidungen, Bnd. I № 58; Bnd. III № 324; Bnd. IV № 525; Bnd. VI № 1007 und die auf S. 93 dieses letztern Bandes befindliche Anmerkung. Ueber die meiner Ansicht nach unrichtigen Motive der Entscheidung des Rigaschen Rathes im Bnd. VI № 1007. Siehe oben § 41, Anm. 7.

5) Siehe die Entscheidungen in der vorigen Anmerkung.

accessorium der Forderung dem Rechtschicksal dieser folgt (Art. 1339 u. folg., Art. 1597). In der Praxis ist die Frage übrigens streitig⁶⁾.

Die theoretische Begründung für die obige Dispositionsbeschränkung des überlebenden Parens in Bezug auf die erwähnte Kategorie der Immobilien ist nicht in der Annahme zu suchen, daß die Kinder hier über ihre ideellen Antheile selbst zu disponiren haben, denn dann könnten sie ja ihre ideellen Theile auch als solche und unabhängig vom überlebenden Parens veräußern und müßte außerdem beim Verkauf der Immobilien ein entsprechender Antheil am Kaufpreise (als dem Surrogat derselben) in ihre Disposition fallen — was beides nicht der Fall ist — sondern beruht auf dem Aufsichtsrecht der Kinder über die auch in diesen Fällen dem überlebenden Parens als Vertreter der Gesamtmasse allein zustehende Verfügungsgewalt⁷⁾, welches Aufsichtsrecht hier aus Gründen, die aus dem historischen Entwicklungsverlauf der fortgesetzten Gütergemeinschaft zu erklären sind⁸⁾, stärker als sonst hervortritt.

Verweigern die Kinder ihre Zustimmung zu einer von dem überlebenden Parens im Interesse der Gesamtmasse für nothwendig befundenen Veräußerung oder Belastung des Immobilien grundlos, so kann daher ihre Zustimmung durch richterliches Decret ergänzt werden.

Der überlebende Parens ist nach der Praxis zwar berechtigt aber nicht verpflichtet, die Immobilien, die während der Ehe auf einen Namen in dem Grundbuche verzeichnet standen, in demselben während der fortgesetzten Gütergemeinschaft als zu dieser gehörig, vermerken, resp. sich gemeinsam mit den Kindern auftragen zu lassen. Dagegen kann er die auf den Namen des verstorbenen Gatten verzeichneten Immobilien nur sich und seinen Kindern gemeinschaftlich zuschreiben lassen⁹⁾.

⁶⁾ Ueber die allgemeine Frage vergl. Windscheid, Pandekten Bnd. I, § 139, Anmerk. 5 und Unger, System des österreichischen Privatrechts Bnd. I, § 48 Anmerk. 59. Lehkerer sagt: „Durch die Immobilität des Pfandrechts kann die verpfändete Forderung selbst nicht zu einem Immobile werden Rechnet man also auch die Forderung zum beweglichen Vermögen und das Pfandrecht an Immobilien zum unbeweglichen Vermögen, so fällt doch stets Jenem, welcher das bewegliche Vermögen erhält, auch das Pfandrecht zu.

⁷⁾ Der Art. 967 spricht dem überlebenden Parens selbst die Verfügung zu und beschränkt ihn nur darin, daß er nicht „zum Nachtheil“ der Kinder verfügen darf.

⁸⁾ Siehe oben § 5 Anm. 6 und § 20 Anm. 7.

⁹⁾ Auf Grund des Abjudicationsbescheides des Gerichts, durch den ihm und den Kindern der Nachlaß des Verstorbenen zugesprochen wird. Vgl. hierüber Zwingmann, Entscheidungen, Bd. VI S. 92 u. 93 Anm. u. Bd. I S. 123 und oben § 22.

Beschränkungen der Rechte der Wittve während der Minderjährigkeit der Kinder.**§ 46.**

Ist der Ehemann mit Hinterlassung von minderjährigen Kindern verstorben, so ist das Recht der Wittve — was die Verwaltung der Gesamtmasse anbetrifft — während der Zeit der Minderjährigkeit derselben ein verschiedenes, je nachdem sie 1) vom verstorbenen Manne durch letztwillige Verordnung als Vormünderin eingesetzt ist, beziehungsweise von der Vormundschaftsbehörde als solche bestellt ist, oder 2) sie nicht Vormünderin der Kinder ist.

Erster Fall:

Die Wittve hat auch hier die Verwaltung der gesamten Masse, doch werden ihr vom Vormundschaftsgericht zwei Beiräthe beigeordnet, die zugleich Mitvormünder der Kinder sind, die ihre Verwaltung zu beaufsichtigen haben und deren „Rath sie in allen wichtigen Angelegenheiten einholen muß“¹⁾. Im Uebrigen ist ihr Verwaltungsrecht dasselbe, wie gegenüber von großjährigen Kindern. Auch ist sie weder zur Aufnahme eines Inventars, noch zur Deponirung der zur Gesamtmasse gehörigen Kostbarkeiten, Werthpapiere und Documente verpflichtet (Art. 371 in Verbindung mit 367). Daß die oben erwähnte Beschränkung der Wittve nicht die Kinder gegen eine etwaige unredliche Verwaltung der Mutter, sondern nur gegen ihre etwaige Unbesonnenheit oder Geschäftsunkundigkeit schützen soll, ist ersichtlich, sowohl aus ihrer Befreiung von der Inventarlegung und daraus, daß sie im Besitz des Vermögens verbleibt und zu keiner Rechenschaftsablegung über ihre Verwaltung verpflichtet ist, — was nicht denkbar wäre, wenn das Gesetz einen Schutz der Kinder in erster Beziehung im Auge gehabt hätte, als auch aus der Ausdrucksweise des Gesetzes, die indem sie die Wittve zur Einholung „des Rathes“ der Rathsfreunde verpflichtet, es deutlich kennzeichnet, daß es nur auf solche Geschäfte abgesehen ist, die eine besondere Erwägung oder Geschäftskennntniß erfordern. Bei Geschäften, die wenngleich ihrem Werthgegenstande nach von Belang, aber ihrer Natur nach einfach sind — wie z. B. der Empfang von Zahlungen²⁾ wird daher die Wittve zur Einholung des Rathes der Rathsfreunde nicht verpflichtet sein. Das Gleiche wird für die durch die häusliche Wirth-

¹⁾ Art. 1825 Anmerk. und Art. 286.

²⁾ Anerkannt in dem bei Zwingmann, Entscheidungen, Bd. VII S. 131 abgedruckten Erkenntniß des Landvogteigerichts.

schaft bedingten Geschäfte gelten müssen, da bei ihnen die Geschäftsfundigkeit der Wittve vorauszusetzen ist, und sie meistens auch nicht zu den wichtigen Angelegenheiten zu zählen sein werden.

Dagegen wird sie bei Veräußerungen und Verpfändungen von werthvollen Vermögensobjecten, namentlich auch von Immobilien, sich der Berathschlagung mit den Rathsfreunden nicht entziehen dürfen. Indeß ist diese Beschränkung der Wittve — entsprechend dem Wortlaut des Art. 286 — nur so zu verstehen, daß sie, um diesen Rechtsgeschäften Wirksamkeit zu verleihen, sich über sie mit den Rathsfreunden zuvor berathen müsse, und nicht so, daß sie auch ihrer Zustimmung bedürfe, vielmehr wird sie auch gegen den ausgesprochenen Willen der letzteren rechtswirksam handeln können. Diese Auslegung des Art. 286 entspricht auch der Auffassung des Senats, welche in seiner mehrerwähnten Entscheidung vom 26. März 1887³⁾ ausgesprochen ist. Einmal heißt es daselbst, daß gemäß der Anmerkung zu Art. 1825 und Art. 286 das Verfügungsrecht der überlebenden Mutter nur in dem Falle einer Einschränkung unterliegt, daß nach dem Tode des Vaters minderjährige Kinder nachbleiben und die Mutter nicht zur Vormünderin derselben bestellt ist. Damit ist also auch gesagt, daß nicht nur, wenn die Kinder großjährig sind, sondern auch dann, wenn sie als Vormünderin von nachgebliebenen minderjährigen Kindern bestellt worden ist, ihr Verfügungsrecht über die Gesamtmasse ein unbeschränktes ist. Ferner besagt die Entscheidung, daß nach Art. 440 und 448⁴⁾ der Codification die Rechte und die Pflichten der Mitvormünder der Wittve sich darauf beschränken, über das Interesse der Pupillen zu wachen und die nöthigen Maaßregeln zur Wahrung ihrer Rechte bei Verfügungen über deren Vermögen zu ergreifen, und daß dieses Recht bezüglich der Gesamtmasse, sobald die Kinder die Volljährigkeit erreicht haben, auf sie selbst übergeht, woraus dann weiter ausdrücklich gefolgert wird, daß die Wittve hinsichtlich des Vermögens der großjährigen Kinder keine weiter gehenden Befugnisse, als hinsichtlich des der minderjährigen Kinder habe, und endlich statuirt die Entscheidung, daß der überlebende Parens bei der Verwaltung und

³⁾ Siehe Zwingmann, a. a. O. Bd. 8 S. 56 u. folg. und oben § 44 am Ende.

⁴⁾ Nach diesen Art. sind im Allgemeinen die Handlungen jedes Vormundes für die Pupillen rechtsverbindlich, sofern nicht die Mitvormünder bei der Verhandlung widersprochen haben.

Nutzung des Gesamtvermögens an die Zustimmung der Kinder nicht gebunden ist. Aus allem Dem geht deutlich hervor, daß auch nach Ansicht des Senats der Rath der Rathsfreunde, dessen Einholung der Art. 286 der zur Vormünderin ihrer minderjährigen Kinder bestellten Wittwe zur Pflicht macht, sie nicht bindet.

Was die Legitimation der Wittwe zur Führung von wichtigen Rechtsstreitigkeiten für die Gesamtmasse anbetrifft, so dürfte hier eine directe Bethheiligung der Rathsfreunde am Proceß selbst allerdings zu fordern sein⁵⁾, da eine Berathung vor dem Beginn des Proceßes über die während des Proceßes zu ergreifenden Maaßregeln gar nicht oder nicht in ausreichender Weise möglich ist.

Die Frage, ob für die Schulden, die die Wittwe ohne vorherige Berathung mit den Rathsfreunden eingeht⁶⁾, die gesamte Masse in Anspruch genommen werden kann, ist meines Erachtens auf Grund des Art. 1827 l. c. zu bejahen, da ja auch der ihrerseitige Erwerb in die Gesamtmasse fließt⁷⁾. Handelt es sich um ein solches Rechtsgeschäft, welches nach dem Gesetz Vormünder ohne Genehmigung des Waisengerichts nicht eingehen dürfen, (Siehe namentlich Art. 382), so bedarf die Wittwe nach der Praxis zu der Eingehung eines solchen auch der Zustimmung des Waisengerichts.

Bei Verkauf von Immobilien wird nach der Praxis der Wittwe vom Waisengericht zur Pflicht gemacht, die von dem Käufer gezahlten Kaufpreizraten, sowie in Anrechnung auf den Kaufpreis ausgestellten hypothekarischen Obligationen, soweit solche auf die ideellen Antheile der minderjährigen Kinder entfallen, zur Sicherstellung der letzteren beim Waisengericht zu deponiren⁸⁾.

5) Diese Ansicht wird auch vertreten in der bei Zwingmann, civilrechtliche Entscheidungen, Bd. VII S. 131 abgedruckten Entscheidung des Landvogteigerichts und ebenso vom Herausgeber derselben im Bande IV S. 112, Anm. Nach den Rig. Statuten von 1673 (Lib. II Cap. VI § 2) hatten die Personen weiblichen Geschlechts ohne einen kriegerischen Vormund überhaupt nicht persona standi in judicio.

6) Ueber die Haftung der Gesamtmasse für die Schulden, die in der Person des überlebenden Ehegatten während der Ehe entstanden waren, S. oben § 43, Pft. 1.

7) Dieselbe Ansicht ist auch ausgesprochen in den bei Zwingmann, Entscheidungen, in Band VI S. 95 und Bd. VIII S. 60 abgedruckten Erkenntnissen.

8) Diese Praxis beruht auf der Erwägung, daß, da die Wittve ohne die Zustimmung der Kinder resp. deren Vormünder über das Immobil nicht frei verfügen kann, es billig ist, daß das Vetorecht auch in Bezug auf eine zukünftige Veräußerung des an die Stelle des verkauften Immobil getretenen Kaufpreises

Der zweite Fall. Ist die Wittwe weder durch letztwillige Verordnung des Ehemannes, noch durch Verfügung des Waisengerichts zur Vormünderin ihrer Kinder bestellt, so ist während der Minderjährigkeit der letzteren die Verwaltung der Gesamtmasse von ihr und den Vormündern der Kinder gemeinschaftlich zu führen (Art. 286). Die Vormünder haben dem Waisengericht über das Vermögen ein Inventar vorzustellen und die bei der Inventur vorgefundenen Kostbarkeiten, Werthpapiere und Documente bei der Waisenbehörde zu deponiren. Daß hier die Wittwe ohne Zustimmung der Vormünder nicht über die Substanz des Vermögens verfügen und daher auch nicht die zu der Gesamtmasse gehörigen Vermögensobjecte veräußern kann, darf als selbstverständlich angenommen werden⁹⁾, da andernfalls der

den Kindern gewahrt sein müsse. Dieser Grund scheint indeß nicht stichhaltig. Ist die Veräußerung des Immobils im Interesse der Gesamtmasse geboten, so dürfen die Kinder und resp. deren Vormünder meines Erachtens auch nicht ihre Zustimmung zu derselben versagen und könnte ihre Zustimmung eventuell auch gerichtlich supplirt werden. (S. oben § 45 gegen Ende). Das Recht derselben gehört zu werden, ist daher nicht darin begründet, daß sie an den Immobilien andere Rechte haben, als an den übrigen Vermögensstücken der Gesamtmasse, sondern nur darin, daß die Veräußerung der Immobilien eine größere Umsicht und Vorsicht erheischt, als die von beweglichem Gut. Auch führt diese Praxis häufig gar nicht oder doch nur theilweise zu dem beabsichtigten Ziel. Dieses Ziel könnte nur dann mit Sicherheit erreicht werden, wenn der ganze Erlös (also auch die Antheile der Wittve und der großjährigen Kinder) der Disposition der Wittve bis zur Schichtung entzogen würde, oder sie gezwungen wäre, sich sogleich nach der Veräußerung des Immobils in den Erlös mit den Kindern zu theilen. Dazu ist sie aber natürlich nicht verpflichtet, folglich fallen die zum Besten der unmündigen Kinder deponirten Summen — trotz ihrer Deposition — in die Gesamtmasse und kommen daher bei der späteren Theilung der letztern, sei es, daß diese zu Lebzeiten, oder nach dem Tode der Wittve erfolgt, allen Gemeinschaftsinteressenten gleichmäßig zu, wenn auch die Wittve ihren Antheil am Kaufpreise und die der großjährigen Kinder an demselben gehoben hätte. Nach Hamburgischem Recht wird der ganze Erlös des verkauften Immobils auf ihren und der Kinder gemeinschaftlichen Namen angelegt, bei der Maßgabe, daß die Wittve über die Substanz ohne Zustimmung der Kinder nicht verfügen darf. Dasselbe geschieht aber nach jenem Recht auch in Betreff des übrigen Vermögens, so weit es schon beim Tode des Vaters vorhanden war. (Siehe Baumeister a. a. O. § 85 S. 121 u. 122).

⁹⁾ So hat sich auch das bei Zwingmann, a. a. O. Bd. 4 Nr. 526 abgedruckte Erkenntniß des fr. Rigaschen Waisengerichts ausgesprochen. In der oben wiederholt erwähnten Entscheidung des Senats (Siehe Zwingmann a. a. O. Bd. 8 S. 56 u. folg.) wird constatirt, daß die Wittve, wenn sie nicht Vormünderin ist, „nur das Recht des rechenchaftslosen Nießbrauchs des Vermögens der Kinder hat während die Vertretung der Kinder und die Verwaltung ihres Vermögens den Vormündern nach den allgemeinen Grundsätzen zusteht.“

Unterschied, den der Art. 286 zwischen diesem Fall und dem, in welchem sie Vormünderin der Kinder ist, keinen Sinn hätte.

Die Frage, ob der während der fortgesetzten Gütergemeinschaft in Folge von Schenkungen, Erbschaften u. von der Wittve gemachte Erwerb ebenfalls ihrer alleinigen Disposition zu entziehen sei, dürfte zu verneinen sein¹⁰⁾. Denn, wenngleich derselbe auch in die Gesamtmasse, an der die Kinder ideelle Antheile haben, fällt, so qualificirt er sich doch nicht als Erbtheil am Nachlaß des Verstorbenen; das Miterbrecht der Kinder allein aber vermag die Beschränkung des Verwaltungsrechts der Wittve an der Gesamtmasse zu rechtfertigen. Was endlich die Schulden betrifft, welche die Wittve ohne den Rath der Vormünder einzuziehen, contrahirt, so muß die Haftung der Gesamtmasse für dieselben auch hier angenommen werden, da die Wittve für sie persönlich und mit ihrem ideellen Antheil jedenfalls verantwortlich wäre, ihre ausschließliche Verhaftung aber in Anbetracht, daß auch ihr Erwerb der Gesamtmasse zufällt, eine nicht zu rechtfertigende Ungerechtigkeit gegen sie wäre und da entgegengesetzten Falls es in der Hand der Gläubiger liegen würde, die Wittve zur Absonderung der Kinder, die ja stets eine Abfindung auch von ihrem eigenen Vermögen ist, und daher über's Ziel hinauschießen würde, zu zwingen^{11) 12)}.

Die Rechte der Kinder während der fortgesetzten Gütergemeinschaft.

§ 47.

Aus dem, was wir oben über die Natur der ideellen Theile der Kinder am Sammtgute einerseits, und über die Rechte des überlebenden Parens an demselben andererseits gesagt haben, ergiebt sich von selbst, welche Rechte die Kinder im Einzelnen in Bezug auf das Sammtgut vor der Schichtung ausüben. Ihrer Natur nach unveräußerlich, unvererbbar und unverschuldbar und durch das Verwaltungs- und Nießbrauchsrecht des überlebenden Parens der eigenen Nutzung der Kinder entzogen, äußern sich ihre ideellen Theile an der Gesamtmasse in dem

¹⁰⁾ So auch das Hamburgische Recht (Siehe Baumeister a. a. O. § 85 S. 121).

¹¹⁾ Nach Baumeister (a. a. O. § 85 S. 121) wird auch nach Hamburgischem Recht „bei Verhaftung für rechtsbeständig contrahirte Schulden die Wittve dem Wittwer gleichgestellt“ und zwar unabhängig davon, in welcher Form das Vermögen belegt ist. (S. 129).

¹²⁾ Ueber die in der Person der Wittve während der Ehe entstandenen Schulden siehe oben § 43, Pft. 1.

Rechte, die in der Hand des überlebenden Parens liegende Verwaltung der Masse zu beaufsichtigen, außerdem aber nur noch in dem Anspruch auf Alimente und Erziehungskosten (Art. 1825)¹⁾.

Kraft ihres Aufsichtsrechts haben die Kinder nicht nur den Anspruch darauf bei Veräußerungen gewisser zur Gesamtmasse gehörigen Vermögensobjecte — in den oben bereits kennen gelernten Fällen²⁾ gehört zu werden, sondern können sie auch, falls der überlebende Parens durch gewissenlose oder nachlässige Verwaltung den Bestand des Vermögens gefährdet, Maßnahmen zur Sicherstellung ihrer Rechte treffen, namentlich, wenn sie unmündig sind, die Entfernung des überlebenden Parens von der Vormundschaft und Einsetzung einer andern vormundtschaftlichen Verwaltung beantragen (Art. 477 u. 481 in Verbindung mit der Anmerk. zum Art. 1825 u. Art. 277 u. 286), und wenn sie volljährig sind, um gerichtliche Anordnung einer Curatel über die Gesamtmasse nachsuchen³⁾, an welche dann — vorbehaltlich des Nießbrauchsrechts des Parens — die Verwaltung übergeht.

Es ist im Allgemeinen bereits an einer früheren Stelle⁴⁾ dargelegt worden, daß die Kinder über ihre ideellen Antheile an der Gesamtmasse nicht verfügen dürfen. Hier ist noch speciell die Frage zu untersuchen, ob sie ihr Miteigenthum an einzelnen zur Gesamtmasse gehörigen Vermögensobjecten (insbesondere Immobilien) auch nicht eventuell, d. i. auf den Fall des dereinstigen Eintritts ihrer Dispositionsbefugniß hin, veräußern⁵⁾ oder verpfänden können⁶⁾. Die Frage ist meines Erachtens zu bejahen, jedoch nur, sofern der Veräußerung resp. Verpfändung des Anthells der Sinn beigelegt wird, daß einerseits

1) Ein Recht der Kinder auf Ausstattung bei ihrer Verheirathung, welches in manchen ausländischen Gesetzgebungen den Kindern während der fortgesetzten Gütergemeinschaft gewährt wird (siehe Baumeister a. a. O. § 84 S. 115, Roth a. a. O. § 111, Anmerk. 41 und Stobbe a. a. O. § 241 Anmerk. 29), ist in unserem Provinzialrecht nicht anerkannt, es dürfte aber, soweit Töchter in Frage kommen, in der feststehenden Sitte Begründung finden.

2) S. §§ 45 u. 46.

3) Anerkannt in den bei Zwingmann a. a. O. Bnd. III S. 106; Bnd. IV S. 114; Bnd. VI S. 93 u. 94 und Bnd. VIII S. 56 abgedruckten Erkenntnissen.

4) Siehe oben S. 137.

5) Ueber die den Kindern in Betreff ihrer ideellen Antheile mangelnde Testirfähigkeit. Siehe unten § 55.

6) Wird die Frage bejaht, so wäre damit auch den Gläubigern der Kinder das Recht zugestanden, auf deren Antheile an den Immobilien im Zwangswege eine Hypothek ingrossiren zu lassen.

dieselbe nur wirksam wird, wenn entweder das Vermögensobject zur Zeit der Schichtung sich in der Gesamtmasse noch vorfindet und bei der Schichtung ganz oder zum Theil dem betreffenden Kinde zugetheilt wird, oder wenn es — ohne daß es vorher zur Schichtung gekommen ist — sich im Nachlaß des zuletzt verstorbenen Ehegatten noch vorfindet und daß andererseits, (ungeachtet der Maßregel), sowohl dem überlebenden Parens sein Recht, das Vermögensobject zu veräußern und zu verpfänden und zwar letzteres mit dem Vorzugsrecht vor dem eventuellen Pfandrecht des Gläubigers —, als auch dem betreffenden Kinde selbst das Einspruchsrecht gegen eine vom Parens vorzunehmende Veräußerung vorbehalten bleibt. Wollte man einer eventuellen Veräußerung oder der Verpfändung des Anthells eines Kindes eine weiter gehende Wirkung beilegen, namentlich dahin, daß das Kind zum Nachtheil seines Gläubigers ohne diesen in die Veräußerung oder Verpfändung des Vermögensobjects seitens des überlebenden Parens gar nicht willigen dürfe, so würde damit auf die Art und Weise der Schichtung und auch schon vorher auf die Disposition über das Sammtgut einer dritten Person ein Einfluß eingeräumt sein, welcher mit dem allein auf die Familienglieder und deren enges Band unter einander berechneten Gemeinschaftsverhältniße unverträglich wäre⁷⁾.

7) Obige Frage wurde in dem Sinne, wie wir sie oben beantwortet haben, entschieden in einem bei Zwingmann a. a. O. Bd. VIII № 1526 erwähnten Erkenntniß des früheren Rigaschen Landvogteigerichts, welches jedoch im Sinne der weitergehenden Wirkung der Veräußerung durch Appellationserkenntniß des Rigaschen Rathes vom 14. Mai 1886 abgeändert wurde (siehe ebendasselbst) und zwar unter der Begründung, daß in der Zustimmung des Kindes zu der Veräußerung des Immobils Seitens des überlebenden Parens eine Disposition des Kindes über seinen ideellen Anthell liege, diese ihm aber zu Gunsten des Gläubigers entzogen war. Die Argumentation des Rigaschen Rathes ist meiner Ansicht nach um deßwillen nicht stichhaltig, weil, wie wir oben gesehen haben, die erfolgte Zustimmung des Kindes zu der Veräußerung des Immobils aufzufassen ist nicht als eine Disposition seinerseits über seinen ideellen Anthell, sondern als eine Disposition Seitens des überlebenden Parens über die Gesamtmasse, zu der das Kind nur die aus seinem Aufsichtsrecht fließende Genehmigung erteilt. Auch hatte der Rigasche Rath mit Berufung darauf, daß die Kinder unstreitig ideelle Theile an der Gesamtmasse haben, in einem frühern Fall mittelst Appellationserkenntniß vom 16. October 1870 dahin entschieden, daß den Gläubigern eines Kindes resp. des Eheannes einer Tochter das Recht zustehe, zur Befriedigung ihrer Forderungen auf die in der fortgesetzten Gütergemeinschaft stehenden Immobilien ein Veräußerungs- und Verpfändungsverbot notiren zu lassen, mit der Wirkung, daß dadurch der überlebende Parens zwar nicht an der Veräußerung seines ideellen

Dritter Abschnitt.

Die Schichtung.

Eintritt und Bedingungen derselben.

§ 48.

Die fortgesetzte Gütergemeinschaft wird außer durch den Tod des überlebenden Ehegatten oder sämtlicher an ihr theilhabenden Kinder durch Abschichtung beendet. Diese ist entweder eine freiwillige, oder eine nothwendige. Die erstere kann der überlebende Ehegatte jederzeit vernehmen (Art. 1823 u. 1829). Daß er auch berechtigt ist, einen einzelnen Abkömmling (d. h. ohne zugleich die anderen) abzutheilen, ist, sofern dieser damit einverstanden ist, zweifellos, da das Gesetz mehrfache Bestimmungen in Bezug auf die Rechte von abgesonderten Abkömmlingen neben unabgesonderten und von gleichzeitig abgetheilten enthält (Art. 1948 und folg.). Ob aber ein einzelnes Kind gegen seinen Willen abgetheilt werden kann, ist in der allgemeinen Theorie der Gütergemeinschaft streitig¹⁾. Für die Bejahung wird angeführt, daß die Fortsetzung der Gütergemeinschaft ein Recht des überlebenden Parens ist, für die Verneinung, daß durch die Absonderung das abgefundene Kind ja auch von dem zur Gesamtmasse fließenden späteren Erwerb des überlebenden Parens ausgeschlossen wird, wodurch es, wenn ein solcher größerer Erwerb erwartet werden kann, geschädigt werden müßte.

Nach dem Provinzialrecht dürfte man sich für die Verneinung zu entscheiden haben, da nach ihm im Gegensatz zu manchen anderen Rechten auch die dem überlebenden Parens anfallenden Erbschaften in die Gesamtmasse fallen, so daß hier die Schädigung des einzeln abgefundenen Kindes unter Umständen eine sehr beträchtliche sein kann.

Anthells, wohl aber ungeachtet der Zustimmung des Kindes an der Veräußerung des Anthells des letzteren verhindert werde (siehe Zwingmann a. a. O. Bnd. I Nr. 56 S. 117 u. folg.). Unvereinbar mit dieser Auffassung ist jedenfalls das oben S. 139 Anm. erwähnte (spätere) Erkenntniß des Rigaschen Rathes vom 18. November 1881 (siehe Zwingmann a. a. O. Bnd. VI, S. 93). Nach einzelnen Partikularrechten Deutschlands können die Gläubiger der Kinder eine Hypothek auf den künftigen Antheil der Kinder fordern (siehe Stobbe a. a. O. § 241, Anmerk. 28).

¹⁾ Dafür Baumeister a. a. O. § 86 Anmerk. 20 und Runde a. a. O. § 117 Anmerk. a. Dagegen das deutsche bürgerliche Gesetzbuch § 1492 und Motive Bnd. IV S. 469. Diejenigen Güterrechte, in welchen die Frage bejaht ist, haben meist alle die besondere Bestimmung, daß nicht der ganze Erwerb des überlebenden Ehegatten in die Gesamtmasse fällt, (siehe darüber die letztbezeichneten Motive a. a. O.).

Die nothwendige Absichtung tritt ein im Falle der Wieder-
verheirathung des überlebenden Parens (Art. 1828), wenn nicht durch
Einkindschaft auf Grund gegenseitiger Uebereinkunft die Kinder in die
neue Familiengemeinschaft aufgenommen werden (Art. 1828, 278 u. 287²).

Die den Kindern bei der Schichtung gebührenden Antheile (siehe
Art. 1830 u. 1831) werden nach dem Vermögensbestande, wie er sich
zur Zeit der Theilung vorfindet, festgestellt (Art. 1827 u. 1829).

Der überlebende Parens ist verpflichtet, über den derzeitigen Ver-
mögensbestand ein Inventar vorzulegen, dessen Richtigkeit er auf Ver-
langen durch eine Versicherung an Eides statt zu erhärten hat³).

Sind die Kinder unmündig, so werden ihnen besondere Vormünder
bestellt, mit deren Zuziehung, unter Bestätigung des Waisengerichts,
die den Kindern gebührende Abtheilungsquoten ausgemittelt und sicher-
gestellt werden. Die förmliche Auskehrung ihrer Antheile dürfen die
Kinder jedoch erst verlangen, sobald sie großjährig geworden, die Töchter
schon bei ihrer Verheirathung und verbleibt bis dahin dem überlebenden
Parens der Nießbrauch der Antheile (Art. 278, 279, 287, 1832 und
1833). Die Mutter verliert durch ihre Wiederverheirathung die Vor-
mundschaft über die minderjährigen Kinder, der Vater dagegen nicht,
und sind daher die den Kindern für die von ihm vorgenommene
Abschichtung bestellten Vormünder sogleich nach Erledigung derselben
zu entlassen (Art. 287 und 278). Für den Unterhalt und die Erziehung
der Kinder hat der überlebende Parens bis zu ihrer Großjährigkeit
nach wie vor Sorge zu tragen (Art. 279 und 287).

Die auf der Gesamtmasse lastenden Schulden sind entweder vor
der Theilung aus derselben zu bezahlen oder werden behufs Berechnung
der Antheile von der Activmasse abgezogen, in welchem letztern Fall
der überlebende Parens außer seinem Antheil an dem Nettobetrag der
Masse auch noch den zur Deckung der Schulden erforderlichen Betrag
für sich zurückbehält, dafür aber den Kindern gegenüber die Verpflich-

²) Andere Gründe für die Verpflichtung des überlebenden Parens, die Kinder
abzuschichten, — wie namentlich der, daß er zur Führung der Verwaltung unfähig
wäre, (in vielen Gesetzgebungen anerkannt), sind unserem Provinzialrecht fremd.

³) Art. 371 in Verbindung mit dem in diesem als Quelle cit. § 5 Tit. 4
Lib. IV der Statuten von 1673: „Ein Mann oder Frau, so nach Absterben ihres
Ehegatten sich verändern will, soll schuldig sein, ihren Kindern und den
Rathsfreunden und Vormündern all das Gut, so ihnen zugefallen, nach Begehren,
Inhalt Inventarii zu benennen und Richtigkeit zu treffen; bis dahin dann dem-
selben bei aller Verweigerung die Abkündigung oder Kirchgang zu versperren“.

tung hat, die Schulden aus dem feinigten Vermögen zu tilgen und daher den Kindern gegenüber, wenn dennoch diese von den Gläubigern in Anspruch genommen werden, regreßpflichtig ist.⁴⁾

Da die Schichtung eine Abtheilung der Kinder vom beiderseitigen Vermögen der Eltern (dem ganzen Gut) ist,⁵⁾ so haben sie bei derselben, sowohl was sie bei bestehender Ehe der Eltern von ihnen beiden, als auch was sie während der fortgesetzten Gütergemeinschaft von dem überlebenden Parent vorausempfangen hatten, sofern es an sich der Collation unterliegt (Art. 2751 und 2752), in die gesammte Masse zu conferiren:⁶⁾ also gemäß den bez. Art. das, was ihnen während der Ehe von den Eltern mit der ausdrücklichen Bestimmung zukünftiger Unrechnung auf ihren Erbtheil gegeben worden und von dem, was sie während der fortgesetzten Gütergemeinschaft empfangen, alles das, was sich als Schenkung qualificirt, als welche jedoch die Kosten ihrer standesgemäßen Erziehung und die Aussteuer der Töchter nicht gelten.

Die Erfüllung der dem überlebenden Ehegatten obliegenden Pflicht, vor seiner Wiederverheirathung sich mit den Kindern abzutheilen, sucht das Recht dadurch zu sichern, daß es einerseits die unterbliebene Schichtung als ein aufschiebbares Ehehinderniß betrachtet⁷⁾ und andererseits ihm, wenn die Kinder noch minderjährig sind und er ihr Vormund war, zur Strafe für die unterlassene Abtheilung das Erbrecht in den Nachlaß des verstorbenen entzieht.⁸⁾

Wenn der überlebende Parent dennoch zur zweiten Ehe schreitet, ohne daß er sich vorher mit den Kindern abgetheilt hatte, oder ohne daß ein Einkindschaftsvertrag zu Stande gekommen war, so muß, da das Recht ihn für den Fall seiner Wiederverheirathung nur zur Theilung verpflichtet, nicht aber das Gemeinschaftsverhältniß eo ipso erlöschen läßt (Art. 1823 und 1828) die Gütergemeinschaft zwischen ihm und den Kindern bis zur später nachzuholenden Theilung resp. bis zu seinem Tode⁹⁾ als fortlaufend betrachtet werden, und zwar in der Art,

4) In wie weit die Gläubiger berechtigt sind, die abgetheilten Kinder für die Schulden in Anspruch zu nehmen, vergl. oben § 43, Anm. 6 und die dort citirten Schriftsteller.

5) S. Art. 1829 in Verbindung mit Art. 1947.

6) S. Runde, a. a. O. § 118.

7) S. Art. 217 (84) des Gesetzes für die evangelisch-lutherische Kirche in Rußland und rig. Statuten von 1673, Tit. IV Tit. 4 § 5.

8) S. Art. 2863 und oben S. 142 u. 110.

9) Ueber die beim Tode des überlebenden Parent eintretende Wirkung S. unten § 50.

daß die Vermögensmasse der fortgesetzten Gütergemeinschaft von der Masse der neuen Gütergemeinschaft, die er durch die zweite Ehe eingeht, vollständig abge sondert bleibt und in die letztere Masse nur sein ideeller Antheil an jener, und auch nur unbeschadet seiner Dispositionszrechte über sie, fällt¹⁰⁾.

Holt der überlebende Parens später, sei es freiwillig, oder auf Klage der Kinder, deren Absonderung nach, so hat er in Folge der widerrechtlichen Verzögerung den Kindern über die inzwischen stattgehabte Verwaltung des Vermögens Rechnung zu legen und ihnen, falls die Masse sich im Vergleich zu ihrem Bestande zur Zeit seiner Wiederverheirathung verringert haben sollte, Schadenersatz zu leisten, nicht minder auch den Kindern die auf ihre Antheile — in der Zeit von deren Volljährigkeitsalter an — entfallenden Revenüen auszuföhren.

Das Wesen und die Rechtsfolgen der Schichtung.

§ 49.

Wie wir oben gesehen haben,¹⁾ wandelt sich beim Tod eines der Ehegatten ihr bis dahin ungesondertes Eigenthum in ein quotativ bestimmtes Miteigenthum um, und zwar in der Art, daß sich der Antheil für den Ehemann auf $\frac{7}{12}$ und für die Ehefrau auf $\frac{5}{12}$ berechnen läßt. Da nun nach Art. 1830 u. 1831 der überlebende Ehemann, wenn er sich mit den Kindern theilt, je nachdem er mit einem Kinde oder mehreren Kindern concurrirt $\frac{2}{3}$ ($= \frac{8}{12}$) oder $\frac{1}{2}$ ($= \frac{6}{12}$), die überlebende Ehefrau aber im gleichen Fall $\frac{1}{2}$ ($= \frac{6}{12}$) oder $\frac{1}{3}$ ($= \frac{4}{12}$) erhält, so ergiebt sich, wie wir oben bereits ebenfalls gesehen haben, weiter, daß der überlebende Ehegatte im ersten Fall mit $\frac{1}{12}$ Erbe des verstorbenen ist, im zweiten Fall aber (der Proprietät nach) vom Verstorbenen nichts erbt und daß er bei der Theilung im ersten Fall sowohl seinen Eigenthumsantheil, als sein Erbtheil behält, im zweiten Fall aber von seiner Eigenthumsquote einen Theil in der Größe von $\frac{1}{12}$ aufgibt.

Erwägt man endlich, daß der sämmtliche Erwerb, den der überlebende Ehegatte in der Zeit vom Tode des verstorbenen bis zur Schichtung macht, ebenfalls in die Theilungsmasse fällt, so gewinnen

¹⁰⁾ Vergl. Runde a. a. O. § 117. In diesem Sinn ist auch in dem bei Zwingmann a. a. O. Bd. 3 N. 326 abgedruckten Urtheil des Rigaschen Waisengerichts erkannt worden.

¹⁾ S. S. 108, 109 u. 142.

wir in Bezug auf das, was die Kinder in der ihnen bei der Theilung zufallenden Quote erhalten, folgendes Resultat:

1) wenn nur ein Kind vorhanden ist, erhält dasselbe:

- a. sein Erbtheil in den Nachlaß des verstorbenen Parents und
- b. vom Vermögen des überlebenden Parents $\frac{1}{3}$ resp. $\frac{1}{2}$ des von diesem seit dem Tode des verstorbenen gemachten Erwerbes und

2) wenn mehrere Kinder vorhanden sind, so erhalten sie zusammen:

- a. ihre Erbtheile in den Nachlaß des verstorbenen Parents,
- b. vom Eigenthumsantheil des überlebenden Parents $\frac{1}{12}$, und
- c. $\frac{1}{2}$ resp. $\frac{2}{3}$ von dem vom überlebenden Parents seit dem Tode des verstorbenen gemachten Gewinn.

Das Gesetz knüpft nun an diese bei der Schichtung stattfindenden Empfänge der Kinder folgende Wirkungen:

Art. 1948: „Die völlig abgesonderten Kinder sind von aller Erbfolge in den Nachlaß ihrer Eltern ausgeschlossen, so lange unabgetheilte Kinder vorhanden sind, und succediren erst in Ermangelung der letztern, dann aber auch vor allen übrigen Erben. Dies gilt auch von den Descendenten der abgesonderten Kinder.“

Art. 1949: „Wenn mehrere Kinder zusammen abgesondert sind, und eines von diesen abgesonderten Kindern, ohne Descendenten zu hinterlassen, verstirbt, so fällt dessen Nachlaß auf die mit ihm gleichzeitig abgesonderten Geschwister und deren Descendenz, nicht aber auch auf die unabgetheilten, und ebenso wenig an die Eltern.“

Art. 1950: „Wenn dagegen ein Kind oder auch mehrere Kinder nach einander einzeln abgesondert wurden, und eines derselben stirbt ohne Hinterlassung von Leibeserben, so fällt dessen Nachlaß auf alle Geschwister überhaupt, zu gleichen Theilen, sie mögen abgesondert gewesen sein oder nicht.“

Art. 1951: „Wenn nach dem Tode beider Eltern eines von den Kindern, welche bei Lebzeiten der Eltern nicht abgetheilt waren, ohne Leibeserben mit Tod abgeht, so fällt dessen Antheil den übrigen nicht abgetheilt gewesenen Geschwistern zu; die abgesonderten dagegen haben keinen Antheil daran.“

Art. 1952: „Ist nur ein unabgetheiltes Kind vorhanden, so fällt, nach dessen kinderlosem Tode, sein Nachlaß den Eltern, in deren Ermangelung den abgesonderten Geschwistern zu.“

Art. 1953: „Wenn mehrere Geschwister zwar zugleich abgesondert worden (Art. 1949), dieselben jedoch alle, bis auf einen, ohne Descendenz gestorben, und dann auch dieser letzte kinderlos mit Tode abgeht, so wird derselbe, wenn keine Eltern am Leben sind, von den unabgetheilten Geschwistern, so wie von den etwa einzeln abgesonderten, zu gleichen Theilen beerbt.“

Die eine dieser obigen Bestimmungen, daß nämlich die abgetheilten Kinder in Zukunft von dem Nachlaß des erst verstorbenen Parens nichts mehr erhalten, versteht sich ganz von selbst, da sie Obigem nach bei der Absonderung bereits ihr volles Erbtheil an diesem Nachlaß erhalten haben. Wie ist es aber zu erklären, daß sie und ihre Descendenten bei der Beerbung des letztverstorbenen Parens von den unabgetheilten Geschwistern und zwar sowohl von ihren bei ihrer Absonderung in der Gemeinschaft verbliebenen Geschwistern, als auch von den in der zweiten Ehe des Parens geborenen Stiefgeschwistern ausgeschlossen werden?

Es bestehen hierüber drei Meinungen:

1. Theorie des anticipirten Erbrechts²⁾.

Nach dieser kehrt der zur Schichtung schreitende Parens den Kindern nicht nur deren Erbtheile in den Nachlaß des verstorbenen aus, sondern vertheilt er unter sie auch seinen eigenen Nachlaß. Diese Theorie erweist sich aber als unhaltbar, weil der überlebende Parens auch nach Abtheilung sämmtlicher Kinder den bei Weitem größten Theil seines Vermögens nachbehält, so daß bei der Absonderung die abgesonderten Kinder nur erst einen Theil des Nachlasses empfangen haben, mithin — sofern sie das Vorausempfangene nach seinem Tode in den Nachlaß zu conferiren bereit wären, mit den aus einer zweiten Ehe des Parens geborenen Stiefgeschwistern concurriren müßten — was aber nicht der Fall ist.

2. Die Theorie des Erbverzichts³⁾

Nach dieser wird angenommen, daß die Kinder bei der Schichtung auf ihr Erbrecht in den Nachlaß des überlebenden Parens auf den Fall hin, daß bei seinem Tode unabgesonderte Kinder am Leben

²⁾ Vertreten von Kunde a. a. O. § 118 S. 264; bekämpft von Baumeister a. a. O. § 86 S. 138.

³⁾ Vertreten in einem Erkenntniß des Rigaschen Rathes, abgedruckt bei Zwingmann a. a. O. Bd. 7 S. 597. Vergl. darüber auch die Motive zum deutschen bürgerlichen Gesetzbuch Bd. IV S. 460.

wären, stillschweigend Verzicht leisten. Diese Theorie scheitert an zweierlei: einmal daran, daß der überlebende Parens — falls er nur alle Kinder gleichzeitig abtheilt — die Abtheilung jederzeit erzwingen kann, ein Verzicht aber doch ein freiwilliges Aufgeben eines Rechts bedeutet, und sodann daran, daß der Erbverzicht, wenn der Renunciant vor dem Erblasser verstirbt, nicht gegen die Nachkommen des Renuncianten wirkt, sondern diese ihre Erbanprüche unverfehrt behalten (Art. 2772), was in unserem Fall ebenfalls nicht zutrifft, vielmehr hier die Descendenten der abgesonderten Kinder ebenfalls ihre Erbrechte verlieren (Art. 1948).

3. Consolidationstheorie⁴⁾.

Hiernach soll der Antheil des zuletzt verstorbenen Parens auf die unabgesondert gebliebenen Kinder (erster und zweiter Ehe) nicht vererben, sondern ihnen durch Consolidation zufallen. Gegen diese Annahme spricht Folgendes: Die Consolidation setzt ein condominium zwischen Demjenigen, dessen Antheil erlischt und Denjenigen, deren Antheile sich erweitern sollen, bezw. ihre Beschränkung verlieren sollen, voraus. Ein solches condominium bestand nun zwar zwischen dem zuletzt verstorbenen Parens und seinen bis zu seinem Tode in der Gemeinschaft gebliebenen Kindern erster Ehe, nicht aber — wenn er zum zweiten Mal heirathet, zwischen ihm und seinen Kindern zweiter Ehe: folglich können die letztern das, was sie nach seinem Tode erhalten, nur im Wege des Erbrechts erhalten, als Erben müßten sie sich aber die Concurrenz ihrer Mitgeschwister aus der frühern Ehe ihres Parens gefallen lassen. Außerdem läßt uns die Annahme einer Consolidation auch in dem Fall, daß er sich nicht wieder verheirathet hatte, und dann sein Antheil an die unabgetheilt gebliebenen Kinder fällt, im Stich, denn — wie wir später⁵⁾ sehen werden, sprechen gute Gründe dafür, daß der überlebende Parens über seinen ideellen Antheil letztwillig verfügen darf, mithin sein Antheil vererblich ist, die Vererblichkeit eines ideellen Antheils schließt aber die Consolidation des Eigenthums in der Hand der Miteigenthümer aus⁶⁾.

4) Erwähnt, aber zugleich bekämpft in dem oben erwähnten bei Zwingmann a. a. O. Bd. 7 Nr. 1498 abgedruckten Erkenntniß des Rigaschen Raths.

5) Siehe unten § 55.

6) Siehe Steinlechner a. a. O. Abth. 2. §. 52. Die Accrescenz findet beim Miteigenthum nur statt „sobald einer der Miteigenthümer ohne Succession eines andern ausscheidet.“

Die richtige Erklärung für die Wirkungen der Absonderung, so weit sie den Ausschluß der abgeordneten Kinder von der Beerbung des letztverstorbenen Parens (durch ihre nicht abgeordneten Geschwister) betrifft, dürfte in folgender Erwägung zu suchen sein.

Nach dem älteren Livländischen Stadtrecht, wie es uns noch in den rig. Statuten von 1673 entgegentritt, wurde — wie wir oben gesehen haben — nach Auflösung der Ehe zwischen dem überlebenden Ehegatten und den Kindern die Familiengemeinschaft in ähnlicher Weise, wie sie vorher zwischen ihm und dem verstorbenen Ehegatten bestand, fortgesetzt, ohne daß zunächst die Rechte des Parens und der Kinder bestimmt und genau gegen einander abgegrenzt und formulirt wurden. Dieser mehr durch die Macht der Thatfachen, als durch das Recht zusammengehaltene Zustand mußte aufgegeben werden und einer festen Normirung und Absonderung der allseitigen Vermögensrechte Platz machen, sobald der überlebende Parens zu einer neuen Ehe schreiten und an dem zwischen ihm und seinem zukünftigen Ehegatten entstehenden neuen Gemeinschaftsverhältniß die Kinder nicht theilnehmen wollten. Diese durch die zweite Ehe nothwendig gewordene Absonderung des Vermögens der Kinder von dem Vermögen des überlebenden Parens und die ihr nothwendig vorangehende bestimmte Feststellung ihrer Rechte, war nun die Schichtung. Das eheliche Güterrecht der livländischen Städte, das damals noch eine Mischgestalt zwischen einer wirklichen Gütergemeinschaft und einer dem Eigenthumsrecht nach bloß äußeren Vereinigung der Güter bildete, entschied die Frage, wie nun diese Sonderung vorgenommen werden solle, in einem Sinne, der dem Princip der Gütergemeinschaft — entsprach: d. h. statt die von den einzelnen Ehegatten in die Ehe gebrachten und erworbenen Vermögensobjecte von einander, und das vom überlebenden Parens nach Auflösung der Ehe erworbene Gut von jenen abzusondern und darnach sowohl die Erbtheile in den Nachlaß des verstorbenen Parens einerseits und den Eigenthumsantheil des überlebenden Parens andererseits zu bestimmen, theilte es jedem Gemeinschaftsinteressenten, ohne weitere Unterschiede zu machen, — einen Antheil an der Gesamtmasse zu. Diese Art der Schichtung brachte, so lange man sich nicht vollständig auf den Boden einer wirklichen Gütergemeinschaft stellte und damit zugleich die Möglichkeit gewährte, das, was im Augenblick der Auflösung der Ehe als Eigenthum des überlebenden und was als Nachlaß des verstorbenen Ehegatten anzusehen sei, ebenfalls nach

Quoten der Gesamtmasse zu bestimmen, es mit sich, daß einerseits unbestimmt blieb, was die Kinder bei ihrer Absonderung vom Vermögen ihres verstorbenen Parends und was von dem des überlebenden erhielten, mithin ihr Antheil ebenso gut als von dem Vermögen des einen wie von dem Vermögen des andern abgetheilt angesehen werden konnte, und andererseits, daß die Zulassung einer Concurrency der Kinder erster Ehe mit den Kindern zweiter Ehe bei Beerbung des conjux binubus nur durch eine Zerlegung der bei seinem Tode sich vorfindenden Gesamtmasse in deren ursprüngliche Bestandtheile hätte ermöglicht werden können. Schon diese beiden Folgen mußten — die zweite, weil die Auseinandersetzung der möglichenfalls viele Jahre hindurch verschmolzen gewesenen Massen nach ihren ursprünglichen Bestandtheilen, ohne die größten Schwierigkeiten, Härten und Willkürlichkeiten nicht durchführbar erschien, die erste, weil die abgeordneten Kinder in den ihnen zugewiesenen Vermögensstücken möglicher Weise aus dem Vermögen des überlebenden Parends mehr empfangen haben konnten, als bei seinem Tode auf die unabgeordneten Kinder entfiel — es nahe legen, durch eine positive Rechtsvorschrift die abgeordneten Kinder bei einer Concurrency von unabgeordneten Kindern von der Beerbung des letztverstorbenen Parends ganz auszuschließen. Für ein Gleiches sprach noch mehr — und entschied damit zugleich die Lösung der Frage in diesem Sinne — die Erwägung, daß, während die abgeordneten Kinder schon vom Zeitpunkt der Absonderung an in den Genuß ihres ganzen Erbtheils in den Nachlaß des verstorbenen Parends und dessen, was sie auch aus dem Vermögen des überlebenden empfangen hatten, traten, den unabgeordneten Kindern nicht nur dieser Genuß bis zum Tode des Parends entzogen blieb, sondern sie außerdem noch die Gefahr liefen, selbst ihre Erbtheile in den Nachlaß des erstverstorbenen Parends, da sie in der Disposition des überlebenden blieben, zu verlieren.

Die in Rede stehende Folge der Schichtung ist somit — wie man annehmen kann — auf eine durch positive Ausnahmebestimmung des Gesetzes erfolgte Modification des Intestaterbrechts zurückzuführen, — die in dem historischen Verlauf, den das Güterrecht in den livländischen Städten genommen hatte, ihre Erklärung hat. Eine Bestätigung findet diese Ansicht auch darin, daß die Schichtung auch die Folge nach sich zieht, das Erbrecht der abgetheilten, wie unabgetheilten Geschwister gegen einander zu modificiren, — was ohne eine positive

Rechtsvorschrift nicht denkbar ist, und daß die Codification die Bestimmung über die Ausschließung der abgeordneten Kinder durch die unabgeordneten vom Nachlaß des letztverstorbenen Parens, in Verbindung mit jenen Bestimmungen, dem Abschnitt der gesetzlichen Erbfolgeordnung eingereiht hat.

Von praktischer Wichtigkeit zeigt sich diese Auffassung in dem Fall, wenn die Kinder bei der Absonderung wegen Mangels eines zu der Zeit vorhandenen Vermögens nichts erhalten haben. In diesem Fall, in welchem die Absonderung nur in der Constatirung des Nichtvorhandenseins eines zu theilenden Vermögens und der Aufhebung des Gütergemeinschafts-Verhältnisses bestehen kann, werden nach der von uns befolgten Ansicht nichtsdestoweniger die unabgeordneten Kinder die abgeordneten von der Beerbung des nachher zu Vermögen gelangenden zweiten Parens ausschließen.

Die Rechtsfolgen des Todes des conjux binubus bei rechtswidrig unterbliebener Absonderung der Kinder erster Ehe.

§ 50.

Welche Folgen hat der Tod des conjux binubus, wenn er die Absonderung seiner Kinder erster Ehe in rechtswidriger Weise unterlassen hatte?

- 1) Bei unbeerbter zweiter Ehe: Nach Art. 1819 hat sich, wie wir gesehen haben, bei unbeerbter Ehe der überlebende Ehegatte in die gesammte Masse nach den daselbst bestimmten Quoten mit den nächsten Blutsverwandten des verstorbenen zu theilen. Da nun, wenn die zweite Ehe des conjux binubus unbeerbt war, seine Kinder erster Ehe seine einzigen nächsten Blutsverwandten sind, da ferner dieselben in Bezug auf seine Beerbung im Falle, daß ihre Absonderung veräußert worden, nicht schlechter gestellt sein können, als wenn sie abgesondert worden wären und da endlich bei seiner Beerbung die unabgeordneten Kinder stets die abgesonderten ausschließen, so versteht sich von selbst, daß, wenn aus der zweiten Ehe des conjux binubus keine Descendenten vorhanden sind und ebenso wenig eingekindschaste Kinder, seine unabgesondert gebliebenen Kinder erster Ehe — und zwar bei Concurrrenz von abgesonderten mit Ausschluß der letzteren — das nach Art. 1819 den nächsten Blutsverwandten

eingerräumte Erbrecht haben und gemäß dieser Bestimmung vom Stiefparens die Theilung der Gesamtmasse beanspruchen können. Es fragt sich aber, ob sie nicht statt dessen, unter Verzicht auf die Erbschaft in den Nachlaß des letztverstorbenen Parens, von dem Stiefparens, soweit er Erbe des letzteren ist, und wenn neben ihm auch die nach ihnen berechtigten Blutsverwandten den Nachlaß antreten, auch von diesen die Auskehrung desjenigen Vermögens beanspruchen können, welches ihnen zur Zeit der Wiederverhehlung ihres Parens zugekommen wäre, wenn er sich mit ihnen abzutheilen nicht versäumt hätte. Theoretisch dürfte ihnen ein solcher alternativer Anspruch allerdings zuzusprechen sein, Zweckmäßigkeitsgründe werden aber wohl meistens seine Geltendmachung ausschließen, da die nachträgliche Inerweissstellung und Auscheidung jenes Vermögensquantums mit den größten Schwierigkeiten verbunden sein wird¹⁾.

- 2) War die zweite Ehe des conjux binubus beerbt, so tritt bei seinem Tode, wenn er der Vater war, nach Art. 1834 die Folge ein, daß die Gesamtmasse in ihre ursprünglichen Bestandtheile aufgelöst wird, die unabgesonderten Kinder erster Ehe „ihrer Mutter Gut“ vorausnehmen, dann die Wittve oder zweite Ehefrau „ihr Eingebrahtes“²⁾ und in das Uebrige sich die Kinder aus beiden Ehen und die Wittve nach Kopftheilen theilen³⁾.

1) Ob auch dem Stiefparens das Recht einzuräumen sei, statt der Theilung der Gesamtmasse mit den Stiefkindern auf Grund des Art. 1819 die Auskehrung des ihnen bei der Wiederverhehlung des verstorbenen Parens zu leisten gewesenen Abfindungsquantums zu wählen, dürfte dagegen zu verneinen sein, da die Stiefkinder doch jederzeit berechtigt sind, die Seitens ihres Parens ohne ihre Genehmigung erfolgte Inferirung des Vermögens in die neue Ehe nachträglich zu ratihabiren und sie doch nicht in Bezug auf ihre Erbrechte ungünstiger gestellt sein können, als die anderweitigen Blutsverwandten, welche eventuell an ihre Stelle hätten treten können.

2) Darunter wird nicht nur das von ihr bei Eingehung der Ehe mitgebrachte Gut, sondern auch das ihr während der Ehe durch Schenkungen und Erbschaften zc. zugefallene Gut zu verstehen sein.

3) Unter dem „Uebrigen“ fällt darnach auch die Errungenschaft beider Ehen, so daß die Wittve auch von dieser nur einen Kopftheil erhält. Dem Princip der materiellen Gütergemeinschaft würde es entsprechen, ihr von der Errungenschaft der

Ist diese Bestimmung analog auch auf den Fall auszudehnen, daß die Mutter die überlebende und zur zweiten Ehe geschrittene war, ohne die Kinder erster Ehe abzutheilen? Die Frage ist meiner Ansicht nach aus folgenden Gründen zu verneinen⁴⁾.

Der Ehemann ist meist derjenige Theil, dessen directer Arbeit und Leistung das, was in der Ehe an Vermögen erworben wird, zuzuschreiben ist. In vielen Fällen wird das Gut, welches nach dem Tode seiner Ehefrau, die mit ihm ihre zweite Ehe eingegangen war, vorhanden ist, nur in solchem von ihm erworbenen Vermögen bestehen. Soll nun auch er sich mit den Stiefkindern und eigenen Kindern in obiger Weise, — wonach an allem während der Ehe erworbenen Gut die Kinder gleiche Kopftheile wie der überlebende Ehegatte erhält, — theilen, so würde dies gegen ihn eine Ungerechtigkeit einschließen, die die Stiefmutter im gleichen Falle nicht oder doch weit weniger trifft. Es fehlt also hier an der Gleichheit des Grundes, die die analoge Ausdehnung der Bestimmung rechtfertigen könnte.

Es bietet sich aber zur Lösung dieser Frage eine andere Analogie. Da einerseits, wie der Art. 1834 zeigt, das Recht für den Fall der veräußerten Abtheilung der Kinder erster Ehe den einzig möglichen Weg, auf dem nach dem Tode des conjux binubas die Auseinandersetzung zwischen dem zweiten Ehegatten und den Kindern beider Ehen stattfinden kann, darin sieht, die beiden Massen (scil. die bei Auflösung der ersten Ehe vorhanden gewesene und die in der zweiten Ehe durch das Vermögen der beiden Gatten gebildete Masse) in ihre ursprünglichen Bestandtheile aufzulösen, als ob eine Gütergemeinschaft in beiden Ehen

zweiten Ehe, da sie diese miterworben hatte, einen größern Theil zuzusprechen. Indes ist nicht zu vergessen, daß die Codification hier wegen der Schwierigkeit die beiden Massen nach dem Princip der Gütergemeinschaft zu vertheilen, dieselben so auseinanderfallen läßt, als ob Gütergemeinschaft nicht bestanden hätte und vom Standpunkt der getrennten Güter sich die Errungenschaft sehr wohl als das Alleineigenthum des Mannes auffassen läßt. (Siehe oben S. 125). Außerdem fand die Codification die beregte Bestimmung des Art. 1834 bereits in dem alten Rechte vor (siehe oben § 4, Anm. 12 u. 13, sowie S. 72), in welchem, wenigstens nach der in's Gewicht fallenden Ansicht Cropp's (siehe oben S. 19) die Errungenschaft als Alleineigenthum des Mannes galt. Die Bestimmung in einer dem Princip der materiellen Gütergemeinschaft mehr entsprechenden Weise abzuändern, lag aber, weil dieses im vorliegenden Falle doch verlassen werden mußte, für die Codification kein genügender Grund vor.

4) Bejaht ist sie von Bunge a. a. O. § 236 Anmerk. 2.

nicht bestanden hätte⁵⁾, und da andererseits im Falle der Ehescheidung die Gesamtmasse in gleicher Weise aufgelöst wird, so dürften, wenn der Ehemann es ist, welcher sich nach dem Tode des andern Gatten mit eigenen und Stiefkindern zu theilen hat, analog diejenigen Bestimmungen heranzuziehen sein, die das Gesetz für den Fall der Ehescheidung getroffen hat. Demnach würde der Wittwer oder zweite Ehemann außer seinem in die Ehe gebrachten und ihm während derselben besonders zugefallenen Vermögen noch die Hälfte des in seiner Ehe mit der verstorbenen Frau errungenen Guts vorzunehmen, dann die Kinder erster Ehe das Allatenvermögen ihres Vaters, sowie die Hälfte der ehelichen Errungenschaft, welche er mit ihrer Mutter in deren erster Ehe erworben hatte, bekommen; der Rest aber — d. i. das Allatenvermögen der conjux binuba und die Hälfte der ehelichen Errungenschaft beider Ehen — als ihr Nachlaß zwischen ihrem zweiten Ehemanne und den Kindern beider Ehen zu gleichen Kopftheilen⁶⁾ zu theilen sein.

Das Erbrecht einseitiger Kinder in Concurrnz mit zweiseitigen in andern Fällen.

§ 51.

Erster Fall: Der conjux binubus hinterläßt neben Kindern aus zweiter Ehe Kinder erster Ehe, ohne daß er bei Auflösung der ersten Ehe mit den Kindern in fortgesetzte Gütergemeinschaft getreten war. Diese kann ausgeschlossen gewesen sein, weil er vom ersten Ehegatten geschieden war oder von ihm testamentarisch als Universalerbe eingesetzt war.

Zweiter Fall: Der verstorbene Ehegatte hinterläßt neben seinen in der Ehe geborenen Kindern Adoptivkinder, die er einseitig während der Zeit seines ledigen Standes adoptirt hatte oder erbberichtigte¹⁾ uneheliche Kinder.

Daß auch diese einseitigen Kinder ihren Parens beerben, ist nach Art. 1880 Pkt. 1, 1872, 1874 u. 1948 fraglos. In welcher Weise sie aber mit dem Stiefparens und den Stiefgeschwistern sich in die Gesamtmasse theilen, ist im Gesetze nicht speciell bestimmt. Man wird

⁵⁾ Der Grund dafür liegt offenbar darin, daß jeder Versuch die vollständig verschmolzenen beiden Massen als solche von einander zu trennen, an der tatsächlichen Undurchführbarkeit scheitern würde.

⁶⁾ Gemäß der allgemeinen Bestimmung des Art. 1707.

¹⁾ Dies kann nur für die Mutter zutreffen, da die unehelichen Kinder dem Vater gegenüber keine Erbrechte haben (Art. 1872).

daher ihr Erbrecht nach den allgemeinen Regeln, wie Descendenten ihre Ascendenten beerben (Art. 1880 Pkt. 1, 1884 u. 1885) bemessen und zugleich das, was den Nachlaß des verstorbenen Parens ausmacht, nach unserer obigen Feststellung berechnen, d. h. als den Nachlaß des Vaters $\frac{7}{12}$, als den der Mutter $\frac{5}{12}$ der Gesamtmasse betrachten. An diesem Antheil der Gesamtmasse participiren daher die einseitigen Abkömmlinge²⁾ nach gleichen Kopf- und resp. Stammtheilen mit den Stiefgeschwistern, während der Rest der Gesamtmasse ($\frac{5}{12}$ resp. $\frac{7}{12}$) als Eigenthums- theil dem Stiepparens gehört. Jene erhalten, da sie in keinem Familien- bande mit dem Stiepparens stehen, den Besitz und die Disposition ihrer Quoten sogleich, während mit den aus der aufgelösten Ehe entstammenden Kindern der überlebende Ehegatte die Gütergemeinschaft fortsetzt, mithin deren Antheile in diese fallen³⁾. Daß dem überlebenden Parens von der Gesamtmasse außer der seinen Eigenthumsantheil bildenden Quote noch eine weitere Quote als Erbtheil in den Nachlaß des verstorbenen zuzusprechen sei, läßt sich meiner Ansicht nach nicht rechtfertigen. Denn — wie wir oben gesehen haben (S. 142) — beschränkt sich, wenn er mit mehreren eigenen Kindern concurrirt, sein Erbrecht auf das Nießbrauchsrecht an den Antheilen seiner Kinder. Im obigen Fall concurrirt er aber mit mehreren Kindern, freilich ist es möglich, daß von diesen nur eins ein leibliches Kind von ihm ist. Indesß sind die beiden Fälle doch analog und daher gleich zu behandeln.

Vierter Abschnitt.

Die Einkindschaft.

§ 52.

Der praktische Zweck des Einkindschaftsvertrages ist „die Vermeidung der an und für sich bei Eingehung einer zweiten Ehe nothwendigen Absichtung der Kinder früherer Ehe¹⁾“ (Art. 1828 Anmerk. u. Art. 2515 Anmerk.). Der Vertrag „wird vor der Vollziehung der neuen Ehe zwischen den in diese Ehe tretenden Ehegatten einerseits und zwischen ihnen und den Vorkindern andererseits abgeschlossen; die groß-

²⁾ Die Adoptivkinder jedoch regelmäßig nur mit Ausschluß des Erbguks des Adoptivparens (Art. 1874).

³⁾ Darüber, daß die Frage so auch nach der allgemeinen Theorie der ehelichen Gütergemeinschaft entschieden wird, vergl. Runde a. a. O. § 110 S. 248.

¹⁾ Siehe Hillebrand „Von der Einkindschaft“ in der Zeitschrift für deutsches Recht, Bnd. 10 S. 428.

jährigen Kinder dürfen daher wider ihren Willen zur Eingehung des Vertrages nicht gezwungen, die minderjährigen müssen von besonders zu dem Zwecke ernannten Vormündern vertreten werden“ (Art. 2513).

Die wesentlichen Bestandtheile des Einkindschaftsvertrages (ohne welche das Geschäft nicht existent werden und an denen daher auch durch gegenseitige Uebereinkunft nichts geändert werden kann²⁾) sind:

- 1) Der Verzicht der Vorkinder auf ihre ideellen Antheile an der Gesamtmasse zu Gunsten ihres überlebenden Parends, welcher sie wie sein eigenes Vermögen in die neue Ehe bringt (Art. 2515);
- 2) die Begründung eines Erbrechts für die Vorkinder in den dereinstigen Nachlaß sowohl ihres leiblichen Parends, als auch ihres zukünftigen Stiefparends in der Beschaffenheit, wie es die leiblichen Kinder nach dem Intestaterbrechte genießen (Art. 2515 u. 2521) und
- 3) die Aussetzung einer Summe (Voraus, Präcipuum, Ausspruch) an die Vorkinder, welche sie abgesehen von ihrem künftigen Erbtheil vor den Nachfindern voraus zu genießen haben und welche in nicht weniger als in dem sechsten Theile des Vermögens bestehen darf, das sich in der Hand ihres Parends befindet (Art. 2516).

Als natürliche Bestandtheile des Vertrages, d. h. solche, welche durch besondere Verabredung aufgehoben werden können, falls aber eine solche nicht besteht, sich von selbst verstehen (siehe Art. 2991), kommen in Betracht:

- 1) Die Uebernahme der Verpflichtung Seitens des Stiefparends, den Vorkindern gleiche Verpflegung und Erziehung wie seinen leiblichen Kindern angedeihen zu lassen, sowie der elterlichen Pflichten ihnen gegenüber überhaupt; wofür er dann auch seinerseits die elterlichen Rechte³⁾ über sie erwirbt (Art. 2520);
- 2) die Bestimmung, daß der Voraus nach denselben Grundsätzen zu beurtheilen ist, wie der für den Fall der Theilung

²⁾ Vergl. Art. 2990.

³⁾ Also auch die elterliche Gewalt erwirbt der Stiefparend über sie, natürlich jedoch nur, sofern sie nicht von ihrem leiblichen Parend aus derselben bereits entlassen waren oder durch abgesonderten Haushalt resp. Verheirathung aus derselben ausgetreten waren. (Vergl. Art. 229 u. folg.).

zwischen dem zur neuen Ehe schreitenden Parens und seinen Kindern festzusetzende Erbtheil (Art. 1832 u. 1833) und daher wie dieser von den Vorkindern, sobald sie großjährig geworden sind, von den Töchtern auch schon bei ihrer Verheirathung, erhoben werden kann, während bis dahin dem leiblichen oder Stiefvater, nach dessen Tode aber der leiblichen Mutter oder Stiefmutter nach Maßgabe der für das Sondergut der Kinder bestehenden allgemeinen Regeln (Art. 216—219) der Nießbrauch und die Verwaltung zusteht (Art. 2518);

- 3) die Bestimmung, daß die Eltern bis zu demselben Zeitpunkt auch in Bezug auf das übrige Sondergut der Vorkinder das Nutzungs- und Verwaltungsrecht haben (Art. 2519).

Damit sind denn auch die Wirkungen der Einkindschaft bestimmt. Besonders hebt das Gesetz noch hervor, daß, da die Vorkinder „als Vertragsarten zu behandeln“ sind, die Eltern zwar nicht in der Verfügung über das in die zweite Ehe gebrachte Vermögen durch Geschäfte unter Lebenden, sofern sie nicht verschwenderisch umgehen, beschränkt sind, wohl aber das Recht verlieren, auf den Todesfall Verfügungen zu treffen, durch welche den Vorkindern das ihnen zugesicherte Erbrecht entzogen oder auch nur geschmälert werden könnte. Das Recht der Enterbung der Kinder aus gesetzlichen Gründen (Art. 2014 u. folg.) soll übrigens beiden Eltern unbenommen bleiben.

Die Einkindschaft unterscheidet sich in wesentlichen Beziehungen von der Adoption, mit der sie daher nicht — wie es in früherer Zeit oft geschehen ist⁴⁾ — verwechselt werden darf. Nicht nur ist sie nicht an die Voraussetzungen der Adoption (Art. 176 u. folg.) gebunden, sondern sind auch ihre Wirkungen enger, letzteres namentlich in sofern, als der Stiefparens kein Erbrecht in den Nachlaß der Stiefkinder erwirbt (Art. 2522 im Vergleich mit Art. 1876⁵⁾).

4) Siehe darüber Hillebrandt a. a. O. S. 421 u. folg. und Beseler, System des gemeinen deutschen Privatrechts S. 612 § 145.

5) Die Codification läßt ungewiß, ob das Erbrecht der Vorkinder sich auch auf das Ergut des Stiefparens erstreckt? Für die Bejahung der Frage spricht die Bestimmung des Art. 2515, die ohne Statuirung einer Ausnahme die Vorkinder in Bezug auf die Beerbung des Stiefparens den Nachkindern gleichstellt und die Erwägung, daß sie durch die Einkindschaft ja auch ihre ideellen An-

Was das Sondergut des Stiefparens anbelangt, so ist auf Grund der keine Einschränkung machenden Bestimmung des Art. 2515 im Allgemeinen den Vorkindern auch in dieses das Erbrecht zuzusprechen⁶⁾.

Die Frage, ob nicht aber die Eltern die Vorkinder durch eine letztwillige Verfügung von der Beerbung ihres Sonderguts ausschließen können, wird zu bejahen sein, da der Art. 2521, welcher ihnen die letztwilligen Verfügungen zum Nachtheil der Vorkinder verbietet, von dem „in die zweite Ehe gebrachten“, also dem in die Gesamtmasse fallenden Vermögen spricht.

Der Einkindschaftsvertrag muß in notarieller Form abgeschlossen werden und bedarf, wenn die Kinder minderjährig sind, der Genehmigung des Vormundschaftsamts und des Bezirksgerichts (Art. 2514 u. 2516 Anmerk. in der Fortsetzung von 1890).

Die Einkindschaft hört auf:

- 1) Durch den Tod beider Ehegatten;
- 2) durch Ehescheidung, in welchem Falle den Vorkindern das in die zweite Ehe dem Stiefparens zugebrachte Vermögen wieder zu erstatten ist;
- 3) wenn sämtliche Vorkinder versterben, ohne Leibeserben zu hinterlassen; sind Leibeserben vorhanden, so treten diese in die Stelle ihres verstorbenen Parens;
- 4) durch Einwilligung aller Interessenten;
- 5) durch richterlichen Ausspruch, wenn die Kinder, oder in ihrem Namen die nächsten Blutsverwandten, aus gesetzlichen Gründen um Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, oder, weil der Stiefparens mit dem Vermögen verschwenderisch umgeht, um Aufhebung der Einkindschaft bitten (Art. 2524).

theile an den Erbgiitern ihres leiblichen Parens zu Gunsten der zwischen letzterem und dem Stiefparens entstehenden Gütergemeinschaft aufgeben. Für die Vereinbarung, daß, wie erwähnt, die Vorkinder „als Vertrags erben zu behandeln“ sind, über Erbgut aber auch durch Vertrag nicht letztwillig verfügt werden darf (Art. 2485). Stirbt der conjux binubus vor dem Stiefparens, so muß meiner Ansicht nach das Erbgut des Stiefparens in die Anthelle der eingekindschafteten Kinder jedenfalls hineingezogen werden, denn die ideellen Theile der Kinder an der beim Tode eines Parens vorhandenen Gesamtmasse qualificieren sich nur, oder bezw. doch wesentlich als Erbtheile in den Nachlaß des verstorbenen Parens (s. § 49), der conjux binubus hatte aber das Erbgut seines zweiten Ehegatten nicht durch Erbrecht, sondern durch die Ehe erworben.

⁶⁾ In der allgemeinen Theorie der Einkindschaft ist die Frage streitig. Siehe Hillebrandt a. a. O. S. 431.

Sechstes Capitel.

Testwillige Verfügungen während der Gütergemeinschaft.

Die dabei in Frage kommenden Gesetzbestimmungen.

§ 53.

Ob und inwieweit die Ehegatten über ihre Rechte am Gesamtgut auf den Todesfall verfügen können, ist in der Codification von 1864 nicht ausgesprochen. Die Frage muß daher einerseits nach den allgemeinen Bestimmungen über die Testirfähigkeit und anderseits nach der Natur der ehelichen Gütergemeinschaft entschieden werden:

Von allgemeinen Rechtsgrundsätzen kommen hier folgende in Betracht:

- Art. 1993: „Eine testwillige Verfügung ist nur über das eigene, nicht über fremdes Vermögen gestattet. Was daher ein Mitglied einer Gesellschaft auf den Todesfall Jemandem zuwendet, darf nur von seinem Antheil an dem in der Societät begriffenen Vermögen verstanden werden“.
- Art. 1995: „Nach Livländischen Land- und Stadtrechten hat der Testator nicht das Recht, über seine Erbgüter, nach Estländischem überhaupt nicht über den Betrag seines ererbten Vermögens, und zwar weder über die Substanz, noch über die künftigen Früchte, auf den Todesfall zu verfügen, indem das Erbgut — in Estland alles Ererbte — auf seine gesetzlichen Erben übergehen muß und denselben nicht entzogen werden darf“.
- Art. 1996: „Der Testator darf in Liv- und Estland das ererbte Vermögen unter mehreren seiner gesetzlichen Erben nicht beliebig theilen“.
- Art. 1998: „Wenn der Testator kein wohlervorbenes Vermögen hat, so darf er nach Estländischem Landrecht den zehnten Theil seines ererbten Vermögens, nach Livländischem ein Zehnthel von dem Werthe der Erbgüter — nach Abzug der Schulden und sonstigen auf dem Nachlaß ruhenden Lasten — zu milden und frommen Zwecken vermachen.“
- Art. 2000: „Ueber alles übrige Vermögen, hinsichtlich dessen der Testator nicht in der angegebenen Weise (Art. 1994–99) beschränkt ist, darf er in Liv- und Estland nach freier Willkür verfügen. Namentlich darf er in Estland sein wohlervorbenes, in Livland sein gesamntes bewegliches, sowie sein wohlervor-

worbenes unbewegliches Vermögen auf seinen Todesfall hinterlassen, wem er will: sowohl seinen nächsten gesetzlichen Erben, als auch, mit deren Uebergehung, andern Verwandten, oder auch ganz fremden Personen, desgleichen milden und andern Stiftungen zc. Nicht minder darf er dasselbe unter seinen gesetzlichen Erben nach Willkür vertheilen, und ebenso dem eingesetzten Erben die Art der Benutzung und Verwaltung nach Gutbefinden vorschreiben“.

Art. 2001: „Wenn der Testator unmündige Kinder hat, welche noch nicht erzogen sind, und sich ihren Unterhalt nicht selbst erwerben können, noch auch ererbtes Vermögen haben, aus welchem sie erzogen und unterhalten werden könnten, so sind die testirenden Eltern in Liv- und Estland verpflichtet, von ihrem wohlervorbenen beweglichen und unbeweglichen, in Livland auch von ihrem ererbten beweglichen Vermögen solchen Kindern so viel zu hinterlassen, als zu deren Unterhalt und standesmäßiger Erziehung erforderlich ist, bis sie im Stande sind, sich selbst den gehörigen Unterhalt zu verschaffen“.

Art. 1991: „In Liv- und Estland (außer Reval) darf eine Ehefrau zu Gunsten ihres Ehemannes nur mit Zuziehung eines Beiraths testiren. Davon abgesehen können Ehefrauen nur mit Beirath und Einwilligung ihrer Ehemänner über ihr Vermögen auf den Todesfall verfügen. Ist der Ehemann in solcher Verfügung aus Eigennutz der Ehefrau hinderlich, so ist ihr gestattet, dagegen die Hülfe des Richters in Anspruch zu nehmen“.

Art. 965: „In den Städten Livlands ist Erbgut zunächst jedes Immobilien, welches Jemand auf dem Wege der gesetzlichen Erbfolge erlangt hat“.

Art. 967: „Ein von zwei Ehegatten während der Ehe durch Kauf erworbenes Immobilien wird, sobald einer der Ehegatten stirbt, nur insofern Erbgut, als der überlebende Ehegatte darüber nicht zum Nachtheil der Kinder aus dieser Ehe verfügen kann“.

Wenn die obigen allgemeinen Bestimmungen allein maßgebend wären, so müßte nach ihnen der Mann überhaupt, und die Frau in gehöriger Assistenz (Art. 1991) über ihre Rechte am Gesamtgute testiren können, und wären beide hier nur insoweit beschränkt, als sie ihren gesetzlichen Erben nicht ihre unbeweglichen Erbgüter und ihren unmündigen Kindern nicht die zu ihrem Unterhalt und ihrer Er-

ziehung nöthigen Mittel entziehen dürften. Betrachten wir nun, in wie weit dieser Grundsatz durch die Natur der ehelichen Gütergemeinschaft modificirt wird, und zwar zunächst in Bezug auf ihre Testirfähigkeit während bestehender Ehe.

Das Testirrecht der Ehegatten während bestehender Ehe.

§ 54.

I. Daß die Ehegatten über das Gesamtgut, soweit es wohl-erworbenes Vermögen enthält, in einem gemeinsamen Testament verfügen dürfen, kann, da ihnen beiden ausschließlich das Gesamtgut gehört, nicht zweifelhaft sein (cf. Art. 38)¹⁾.

Nur dürfen für den Fall einer beerbten Ehe nicht die gesetzlichen Bestimmungen über die fortgesetzte Gütergemeinschaft in der Art abgeändert werden, daß in das Gemeinschaftsverhältniß Personen aufgenommen werden, die nach dem Gesetz an der fortgesetzten Gütergemeinschaft überhaupt keinen Antheil haben. Dies ist ausgeschlossen durch die Natur der ideellen Antheile des überlebenden Parens und der

¹⁾ So: Bunge a. a. O. § 424 Anm. f.; Erdmann, System III, S. 75; Kupffer, in der Zeitschrift für Rechtswissenschaft, herausgegeben von der jur. Facultät der Universität Dorpat, Jahrg. VII S. 262—264, und Zwingmann, civilrechtliche Entscheidungen, Bd. VII S. 133. Für eine andere Auffassung giebt das daselbst Bd. IV S. 130 abgedruckte Erkenntniß des Rigaschen Rathes Raum. Es wird in ihm die Ansicht vertreten, daß, wenn bei beerbter Ehe die Ehegatten sich gegenseitig zu Universalerben einsetzen, dadurch das Recht der Kinder, von dem überlebenden Parens bei seiner Wiederverheirathung die Abschtung in Gemäßheit des Art. 1828 und folg. zu beanspruchen, nicht alterirt wird. Diese Ansicht ließe sich, wie Zwingmann in einer Nachschrift (S. 131) treffend bemerkt, nur dann aufrechterhalten, wenn ein reciprokes Testament der Ehegatten, durch das die fortgesetzte Gütergemeinschaft ausgeschlossen wird, rechtsunwirksam wäre, denn die in den Art. 1828 und folg. vorgesehene Abfindung bezieht sich bloß auf die fortgesetzte Gütergemeinschaft, und ein Satz, wonach der zur zweiten Ehe schreitende Parens auch dann, wenn er nicht in solcher lebt (also von seinem ausschließlich eigenen Vermögen), seine Kinder abzutheilen hätte, existirt nicht, auch nicht in dem vom Erkenntniß des Rathes citirten Art. 287. Für die Annahme aber, zu der die Ansicht des Rathes zwingt, daß nämlich bei beerbter Ehe ein die fortgesetzte Gütergemeinschaft ausschließendes reciprokes Testament der Ehegatten ungiltig sei, fehlt es ebenfalls an jedem Anhaltspunkt (s. a. Kupffer a. a. O. S. 269). In einem in späterer Zeit erfolgten Erkenntniß hat auch der Rigasche Rath obige Ansicht verworfen: S. Zwingmann a. a. O. Bd. 7 S. 41. Was die Erbsprüche, die die durch ein reciprokes Testament ausgeschlossenen Kinder nach dem Tode des parens binubus haben, betrifft, siehe oben § 51.

Kinder, die wesentlich durch das familienrechtliche Band der Interessen bedingt ist (s. oben §§ 41 u. 42).

Gehören zur Gesamtmasse Erbgüter, so dürfen an diesen die den nächsten Blutsverwandten nach der gesetzlichen Erbfolge zukommenden Antheile denselben nicht entzogen werden (Art. 966).

II. In Betreff der einseitigen leztwilligen Verfügungen der Ehegatten ergeben sich aus der Natur der Gütergemeinschaft in Verbindung mit den obigen allgemeinen Gesetzbestimmungen folgende Sätze:

1) Kein Ehegatte ist berechtigt, durch eine einseitige leztwillige Disposition dem andern Ehegatten etwas von den Rechten zu entziehen, die diesem bei Auflösung der Ehe vom Gesetz zugetheilt sind.²⁾ Dieser Satz ist eine selbstverständliche Konsequenz der inneren Gütergemeinschaft, auf der das eheliche Güterrecht der livländischen Städte beruht, da einerseits zufolge derselben beide Ehegatten schon während bestehender Ehe Miteigenthum an der Gesamtmasse hatten und anderseits das einseitige Dispositionsrecht, welches über die Gesamtmasse (nach Art. 84) während der Ehe dem Manne zusteht, ein Ausfluß seiner Mundialgewalt ist,³⁾ welche über seinen Tod hinaus nicht wirken kann. Aber dieser Satz läßt sich auch unabhängig von der Annahme eines schon während der Ehe bestehenden Miteigenthums begründen, und zwar in folgender Weise: Erstens war er in der Zeit vor der Codification von 1864 als ein feststehendes Gewohnheitsrecht anerkannt und liegt, wie oben nachgewiesen worden,⁴⁾ kein Grund zu der Annahme vor, daß die Codification ihn habe aufgeben wollen.

Zweitens muß man, wenn man während bestehender Ehe zwischen den Ehegatten dem Eigenthumsrecht nach getrennte Güter annimmt, doch jedenfalls das zugestehen, daß das gesonderte Eigenthum mit dem Moment des Todes sich in eine Quote an der Gesamtmasse umwandelt. Ist dies aber der Fall, so repräsentirt diese Quote an der Gesamtmasse das Eigenthum an dem eingebrachten

²⁾ S. Bunge, a. a. D. § 424, S. 427; Kupffer, a. a. D. S. 273 und Erdmann, System Bd. III, S. 75--77.

³⁾ S. oben S. 64.

⁴⁾ S. oben S. 62 und 63.

Gut, was der überlebende Ehegatte bereits während bestehender Ehe hatte, folglich darf es ihm nicht entzogen werden.

Drittens würde, da es dem Manne zufolge Art. 84 möglich ist, während der Ehe das Gut der Frau zu verbrauchen oder in andere Hände zu bringen, seine Berechtigung durch eine letztwillige Verfügung auch das von ihm in die Ehe gebrachte oder während derselbe erworbene Gut ihr zu entziehen, die Folge haben können, daß die Frau vom Vermögen des Mannes vollständig enterbt würde, nicht desto weniger aber noch die Hälfte ihres durch den Mann auf ein Minimum reducirten Allattenvermögens seinen Blutsverwandten hergeben müßte (s. oben S. 61). Die ungeheure Ungerechtigkeit, die hierin gegen die Frau liegen würde, haben auch alle dem livländischen Stadtrecht verwandten fremden Gesetzgebungen anerkannt, indem sie der Frau überall unentziehbare Erbrechte am Gesamtgut zuerkennen.⁵⁾

- 2) Das quotativ und bestimmte Miteigenthum (als solches), wie es jeder Ehegatte während bestehender Ehe hat, kann nur von einem Ehegatten auf den andern, nicht aber auch auf einen Dritten übertragen werden, denn es ist wohl der Consolidation fähig — welche bei seiner Uebertragung auf den andern Gatten eintritt — sonst aber unübertragbar, weil es an das familienrechtliche Verhältniß der Ehegatten zu einander gebunden ist und außerhalb dieses Verhältnisses seine Existenzfähigkeit verlieren müßte.⁶⁾
- 3) Jeder Ehegatte (— die Frau freilich nur in gehöriger Assistenz gemäß Art. 1991—) ist bei unbeerbter Ehe über

⁵⁾ So auch das gegenwärtige hamburgische Recht: Baumeister § 120, S. 346. In Betreff anderer Rechte zu vergl. Roth a. a. D. § 108, S. 92. Auch schon das hamburgisch-rigische Recht von 1270 gestattete dem Ehegatten nicht, zu Ungunsten der Frau einseitig (bei kinderloser Ehe) zu testiren, sondern konnte er hier von seinem wohlgewonnenen Gut nur das einseitig vergeben, was nach seinem Tode gesetzlich seinen Blutsverwandten zufallen würde. S. oben S. 13 u. 17.

⁶⁾ S. oben S. 43 u. 44. Letzteres übersehen Haffe a. a. D. S. 163 und Runde a. a. D. S. 372, wenn sie den Vertretern des Gesamteigenthums, die das einseitige Dispositionsrecht der Ehegatten über ihre Rechte am Gesamtgut ausschließen, Inconsequenz vorwerfen.

denjenigen ideellen Theil der Gesamtmasse, welcher bei mangelndem Testament nach seinem Tode auf seine Blutsverwandten fallen würde, auch zu Gunsten dritter Personen zu verfügen berechtigt.⁷⁾ In der Praxis zur Zeit der Codification war dies nicht anerkannt, sondern war nach ihr überhaupt jede einseitige lehtwillige Veräußerung eines Ehegatten, wenn sie nicht zu Gunsten des andern Ehegatten geschieht, unzulässig.⁸⁾ Diese Beengung der Dispositionsfreiheit liegt aber nicht in der Consequenz der Gütergemeinschaft und kommen auch gegenwärtig in der Praxis nicht selten einseitige Testamente der Ehegatten im obigen Sinne zu Gunsten Dritter vor.⁹⁾ Der nach Art. 1819 auf die Blutsverwandten des verstorbenen Gatten fallende ideelle Antheil der Gesamtmasse ist unstreitig sein Nachlaß, da er sonst ja auch nicht auf seine Intestaterben übergehen könnte und seinem Recht über seinen Nachlaß zu verfügen, steht hier weder ein zu schützendes Interesse des überlebenden Gatten, noch ein Notherbrecht seiner gesetzlichen Erben hindernd entgegen. Der Umstand aber, daß ihm im Zeitpunkt der Verfügung selbst noch nicht der bestimmte ideelle Theil, über den er verfügte, zustand, kann nicht in Betracht kommen, da jedenfalls mit Eintritt des Todes, auf welchen Fall die Disposition allein getroffen wurde, dieser ideelle Antheil sein Vermögen wurde, mithin die Verfügung sein eigenes und nicht fremdes Vermögen trifft.¹⁰⁾

Hat ein Ehegatte über einen größeren ideellen Theil, als seinen Blutsverwandten nach der Intestaterbfolge zufallen

7) Direct ausgesprochen ist dies im hamburgisch-rigischen Recht s. oben S. 13. Vergl. auch Kupffer a. a. O. S. 279 und 284. Es ist wohl nur auf einen Druckfehler zu schieben, wenn Kupffer den bei Eintritt der Intestaterbfolge auf die Blutsverwandten des Mannes fallenden und auch nach seiner Ansicht seiner lehtwilligen Verfügung unterliegenden Antheil statt auf die Hälfte nur auf ein Drittel der Gesamtmasse figirt.

8) S. Bunge a. a. O. § 424.

9) S. Kupffer, a. a. O. S. 279.

10) Daß die Natur der Gütergemeinschaft ein solches einseitiges Verfügungsrecht der Ehegatten zuläßt, ist auch die herrschende Ansicht. S. darüber Runde, a. a. O. § 173, Stobbe, a. a. O. § 238, S. 214, Roth, a. a. O. § 108, S. 92, Baumeister, a. a. O. § 120, S. 347.

würde, oder über das gesammte Vermögen zu Gunsten Dritter verfügt, so ist die Verfügung bis zum Belauf jenes Antheils aufrecht zu erhalten, darüber hinaus aber als ungiltig zu betrachten (Art. 1993).

- 4) Die dem livländischen Stadtrecht eigenthümliche Verpflichtung des überlebenden Parens bei Eingehung einer zweiten Ehe die Kinder nicht bloß mit ihren Ansprüchen an den Nachlaß des verstorbenen Parens, sondern auch mit ihren bereinstigen Erbtheilen an seinem eigenen Vermögen abzufinden, und der Umstand, daß die beiden Abfindungen in einer Quote am Gesamtgut verschmolzen sind, (Art. 1947 u. folg.), bringt es mit sich, daß weder der Ehemann noch die Ehefrau ohne Zustimmung des andern Gatten durch eine letztwillige Verfügung die ideellen Antheile der Kinder unter diese selbst beliebig vertheilen oder ein Kind zu Gunsten eines anderen von der fortgesetzten Gütergemeinschaft ganz ausschließen kann.¹¹⁾ Man nehme beispielsweise den Fall an, daß der Ehemann, der bei seinem Tode drei Kinder hinterläßt, verfügt hätte, daß von der Gesamtmasse ein Kind (A) statt des (gesetzlichen) Antheils von $\frac{2}{9}$ nur $\frac{2}{18}$, jedes der andern beiden Kinder (B und C) dagegen statt $\frac{2}{9}$ einen Antheil von $(\frac{2}{9} + \frac{1}{18} =) \frac{5}{18}$ erhalten sollen. In diesem Falle wäre die überlebende Ehefrau bei ihrer Wiederverheirathung gezwungen A mit $\frac{2}{18}$ und B und C mit je $\frac{5}{18}$ abzutheilen und dadurch, da die Kinder mit diesen Antheilen zugleich auch von ihrem bereinstigen Nachlaß abgefunden wären, in die Zwangslage versetzt, die Kinder auch in Bezug auf ihren bereinstigen Nachlaß ungleich zu behandeln.¹²⁾

Auch dürften in der Praxis dergleichen einseitige letztwillige Verfügungen der Ehegatten nicht vorgekommen sein.

¹¹⁾ S. Ruppfer, a. a. O. S. 273.

¹²⁾ Falls die ideellen Antheile der Kinder in der fortgesetzten Gütergemeinschaft bloß das Gesamtgut ergreifen würden, welches beim Tode des erstverstorbenen Ehegatten vorhanden war, so ließe sich nach der oben (§ 49) aufgestellten Berechnungsweise allerdings das, was sie als Abfindung aus dem Vermögen des überlebenden Parens erhalten, nach Quoten der Gesamtmasse feststellen. Da ihre Antheile sich aber auch auf den zukünftigen Erwerb des überlebenden Ehegatten erstrecken, ist das nicht möglich.

- 5) Wenn ein Ehegatte einseitig über einzelne zum Gesamtgut gehörige Sachen auf den Todesfall verfügt hat, so wird auch hier zwischen dem Fall der unbeerbten und der beerbten Ehe ein Unterschied zu machen sein. Im ersteren Fall wird Folgendes zu gelten haben:

Da, wie wir oben gesehen haben, jeder Ehegatte über den bei unbeerbter Ehe auf seine Blutsverwandten nach Intestaterbrecht entfallenden Antheil an der Gesamtmasse frei verfügen kann, so folgt daraus, daß er auch über die einzelnen Rechte, welche dieser ideelle Antheil umfaßt, frei disponiren kann¹³⁾. Diese einzelnen Rechte bestehen aber in einem jener Quote entsprechenden Miteigenthum resp. Mitrecht an den zur Gesamtmasse gehörigen Sachen resp. Rechten. So weit, als dieses Miteigenthum resp. Mitrecht reicht, ist daher das Vermächtniß einer zur Gesamtmasse gehörigen Sache oder Rechts unbedingt zulässig. Es fragt sich aber noch, wie es zu halten ist, wenn der testirende Ehegatte in dem Vermächtniß nicht bloß dieses seines Miteigenthums, sondern der ganzen Sache Erwähnung gethan hat? Die Antwort auf diese Frage geben die von den Vermächtnissen handelnden Art. 2223 in Verbindung mit 2233 u. Art. 2224, wonach auch das Vermächtniß einer fremden Sache gültig ist und der Onerirte in solchem Fall entweder die Sache herbeischaffen oder den Werth vergüten muß und, wenn dem Testator das Miteigenthum an der von ihm im Testamente vermachten Sache zustand, im Zweifel das Vermächtniß nur auf seinen Antheil daran zu beziehen ist. Hiernach wird in unserem Fall die von dem testirenden Ehegatten mit dem Legat bedachte Person gegen denjenigen, welchen er auf die nach dem Intestaterbrecht auf die Blutsverwandten entfallende Quote der Gesamtmasse als Erben eingesetzt hat, resp. gegen die aus dieser Quote gebildete Nachlassmasse entweder die Herausgabe eines entsprechenden Antheils der ihr vermachten Sache oder den ganzen Werth derselben beanspruchen können, je nachdem es zweifelhaft ist, ob der Testator die ganze Sache habe vermachen wollen, oder Zweifel darüber nicht bestehen.

¹³⁾ Die Frau selbstverständlich auch hier nur mit der durch den Art. 1991 statuirten Einschränkung.

Daß die Ehegatten durch einseitige Verfügungen auch für den Fall der beerbten Ehe, also ihren Kindern solche Vermächtnisse auferlegen können, darf dagegen nicht angenommen werden, und zwar wegen des oben bereits erwähnten Umstandes, daß mit dem Erbtheil der Kinder in den Nachlaß des verstorbenen Parens die Abfindung, welche der überlebende Parens im Falle seiner Wiederverheirathung ihnen auszufehren hat, in einer Quote der Gesamtmasse verschmolzen ist.

**Das Testirrecht des überlebenden Ehegatten und der Kinder während
fortgesetzter Gütergemeinschaft.**

§ 55.

Daß der überlebende Ehegatte über seinen ideellen Antheil an der Gesamtmasse unbeschränkt auf den Todesfall verfügen kann, ist heute sowohl in der Theorie¹⁾ der ehelichen Gütergemeinschaft, als auch in der Praxis²⁾ unbestritten. Dagegen wird den Kindern ein gleiches Verfügungsrecht über die ihnen zustehenden ideellen Antheile vor stattgehabter Schichtung meist nicht zuerkannt³⁾. Dem überlebenden Parens jenes Recht zu versagen, wäre völlig unmotivirt, da er unter Lebenden mehr oder weniger unbeschränkt, sogar über die ganze Masse disponirt; da ferner mit seinem Tode die Gütergemeinschaft überhaupt aufhört und daher auch aus dem Uebergang seines Antheils auf fremde Personen keine Schwierigkeiten entstehen können und da endlich keine Gesetzesbestimmung besteht, welche auf die Unvererblichkeit seines Antheils schließen läßt. In Betreff der ideellen Antheile der Kinder liegen die Verhältnisse aber durchaus anders. Ihre Antheile sind durch das Verwaltungs- und Nutzungsrecht des überlebenden Parens überhaupt noch gebunden, ferner schließen sie eine erst in Zukunft zur Realisation

1) Bunge a. a. D. § 424 S. 428; Kupffer a. a. D. S. 286; Stobbe a. a. D. § 241 S. 240; Roth § 111 S. 106. Anm. 52; Baumeister § 120, S. 351.

2) S. Zwingmann, civilrechtliche Entscheidungen, Bd. VI, S. 96; Bd. VII, S. 597. Die entgegengesetzte Ansicht wurde von dem Rigaschen Rath in einem daselbst Bd. III, S. 109 abgedruckten älteren Erkenntniß vertreten.

3) S. Kupffer a. a. D. S. 286 und folg. und ferner Stobbe a. a. D. § 241, S. 240 und die daselbst in der Anmerkung 32 genannten Schriftsteller. Roth bezeichnet die Frage als streitig (a. a. D. § 111, Anm. 67 u. 68). Anderer Meinung ist Runde a. a. D. § 173, S. 374.

gelangende Abfindungsquote der Kinder von dem Vermögen des überlebenden Parens in sich und eignen sich auch in dieser Eigenschaft vor der Schichtung nicht zu einer Uebertragung auf Andere; ferner dauert nach dem Ableben eines Kindes die Gütergemeinschaft des Parens mit den übrigen Kindern fort, und würde daher die leztwillige Uebertragung ihrer ideellen Antheile den Eintritt dritter Personen in das Verhältniß der Gütergemeinschaft herbeiführen, was der Natur derselben widersprechen würde, und endlich bestimmt das Gesetz ausdrücklich, daß für den Fall, daß die Kinder ohne Leibeserben versterben, ihre Antheile erlöschen (Art. 1826). Nach dem livländischen Stadtrecht wird man daher namentlich aus dem zweiten und letzten Grunde der Meinung zustimmen haben, welche das Recht der Kinder, über ihre Antheile vor der Schichtung zu bestimmen, verneint.

Die weitere Frage, ob der überlebende Ehegatte auch über seinen ideellen Antheil an den von dem verstorbenen Ehegatten in die Ehe gebrachten oder von ihnen beiden während der Ehe gemeinschaftlich erworbenen Immobilien unbeschränkt leztwillig disponiren kann, ist zu bejahen, da sein ideeller Antheil an der Masse wesentlich⁴⁾ sein während der Ehe ungesondert gewesen, jetzt in eine bestimmte Quote umgewandeltes Miteigenthum ist, das von ihm, soweit es von dem verstorbenen Ehegatten herrührte, nicht durch Erbrecht, sondern durch die Ehe erworben wurde, mithin in seiner Hand sich nicht als Erbgut qualificirt. Auch steht dieser Annahme keineswegs der Art. 967 entgegen. Der Sinn dieses Art. ist, wie wir bereits oben⁵⁾ festzustellen Gelegenheit hatten, vielmehr nur der, daß während der fortgesetzten Gütergemeinschaft der überlebende Ehegatte nicht über das ganze Immobil disponiren darf⁶⁾. Wenn der Art. hätte besagen wollen, daß der dem überlebenden Ehegatten bei der Theilung zufallende Antheil an den bezeichneten Immobilien als Erbgut zu behandeln sei, so hätte er auch die Dispositionsfreiheit des überlebenden Ehegatten zum Besten der nächsten Seitenverwandten des verstorbenen Gatten (bei unbeerbter Ehe) einschränken müssen, und nicht bloß zum Besten der Kinder⁷⁾.

4) S. oben S. 142.

5) S. oben § 45, Anm. 2 und § 20, Anm. 7.

6) So daß bei Zwingmann, civilrechtliche Entscheidungen, abgedruckte Erkenntniß Bd. I № 58.

7) Ueber den Ursprung des Art. 967 s. oben § 20, Anm. 7.

Im entgegengesetzten Sinne ist aber die Frage zu entscheiden, ob der überlebende Ehegatte über seinen Antheil an denjenigen Immobilien testiren kann, welche er selbst geerbt hatte. Da er diese Immobilien als Erbgut in die Ehe gebracht hatte und der ideelle Theil, den er an ihnen in der fortgesetzten Gütergemeinschaft behalten hat, sein in die Ehe gebrachtes Vermögen repräsentirt, so hat sein Antheil an diesen Immobilien auch den Charakter als Erbgut nicht verloren, und unterliegt er daher derjenigen Dispositionsbeschränkung, der die Erbüter unterworfen sind⁸⁾.

8) S. Baumeister a. a. O. § 120, E. 352.

Register.

Die Zahlen weisen im Allgemeinen auf die Paragraphen, mit einem vordruckten n. auf die Anmerkungen.

A.

Abfindung der Kinder aus dem Sammtgute während der Ehe 40 n. 1.

- der Kinder aus der fortgesetzten Gütergemeinschaft 48, 49.
- , Einfluß derselben auf das Intestaterbrecht 49.
- , Folgen der versäumten 49 und 50.
- , juristisches Wesen derselben 49.

Absonderung s. Abfindung.

Absehtung s. Abfindung.

Accrescenzrecht 41, n. 5; 42 n. 2.

Actio communi dividundo 1.

Adoptivkinder 40, n. 3, 51.

Alimentation der Ehefrau 23.

- der Kinder 47 n. 1.

Alimentationsverbindlichkeiten der Ehefrau 30 n. 6.

Alleineigenthum des Ehemanns, Theorie desselben 12.

Annullirung der Ehe s. Nichtigkeitserklärung.

Antheile s. „ideelle Antheile“.

Anwachsungsrecht s. Accrescenzrecht.

Anwendungsgebiet der Gütergemeinschaft s. Geltungsgebiet.

Arbeitserwerb der Ehegatten 25; auch Errungenschaft.

Arrest auf die ideellen Antheile der Kinder 47 n. 7.

Aufhebung der Gütergemeinschaft s. Gütergemeinschaft.

Auftrag der Immobilien während der Ehe 6, 20, 22, 28.

- der Immobilien während der fortgesetzten Gütergemeinschaft 45 n. 9.

Ausländer, Eheverträge derselben 23 n. 1.

Ausschlagung einer Erbschaft Seitens der Ehefrau 21 n. 9.

Ausspruch 52.

Aussteuer 40.

Austritt des Ehemanns aus der Unterordnung unter das Stadtrecht 36.

B.

Beamte 21.

Beihilfe, elterliche 40 n. 2, 48 n. 6.

Beirath f. Rathsfreund.

Beifig 40.

Beneficium cessionis bonorum 34 n. 6.

Beneficium inventarii 34 n. 4 u. 6, 35 n. 2, 43 n. 7.

Berathung der Wittve mit den Rathsfreunden 46.

Bösliche Verlassung 33 n. 8.

Brautgefchenke 24.

C.

Cessio bonorum 34 n. 6.

Cession von Forderungen und Obligationen Seitens des überlebenden Parns
f. Obligationen.

Collation 18 n. 9, 33 n. 8, 40 n. 2, 48 n. 6.

Conjux binubus 20, 50, 51.

Consens der Gemeinschaftsinteressenten bei Veräußerungen f. Veräußerung.

Consolidationsprincip bei der fortgesetzten Gütergemeinschaft 39, 49 n. 4.

Curatel über den Ghemann 29 n. 7.

— über die Gesamtmasse bei der fortgesetzten Gütergemeinschaft 47 n. 3.

D.

Delation der Erbschaft f. Erwerbung der Erbschaft.

Delictschuld der Ehefrau 16, 17, 30, 35 n. 6.

Descendenten f. Kinder.

Dingliche Rechte an Immobilien 45 n. 6.

Domicilwechsel des Ghemanns 36.

E.

Edellente 21.

Ehe, zweite f. conjux binubus.

—, putative 38 n. 12.

Ehebruch 33 n. 8.

Ehefrau, deren Rechte am Sammtgut während der Ehe 19, 29.

—, ihre Rechte während der fortgesetzten Gütergemeinschaft 20, 42, 44.

Ghemann, dessen Rechte am Sammtgut während der Ehe 19, 28.

—, dessen Rechte während der fortgesetzten Gütergemeinschaft 20, 42, 44.

Eheliche Vormundschaft, Princip derselben als Grundlage des ehelichen Güterrechts
9, 16 u. 17.

Ehescheidung 20, 37, 38.

Eheverträge 23, 27.

Eigenthumsantheil des Ghemanns bei Auflösung der Ehe 33 n. 5, 42 n. 4.

— der überlebenden Ehefrau bei Auflösung der Ehe 33 n. 5, 42 n. 4,
f. auch ideelle Antheile.

Einkindschaft 40, 52.

Eintwerfung s. Collation.

Erbfolge der Wittve 33, 34, 35, 42 n. 4 u. 5, 43 n. 4.

— des Wittwers 33, 34, 35, 42 n. 4 u. 5, 43 n. 4.

— der Kinder im Allgemeinen 41, 42, 47.

— der abgesonderten Kinder 49.

— der eingekindschaften Kinder 40, 52.

— der Kinder erster Ehe bei versäumter Abfindung 50.

— der unehelichen Kinder 20, 51 n. 1.

— der Seitenverwandten 33, 34, 35.

Erbgut 16, 17, 21 n. 6, 51, n. 2, 52 n. 5, 55 n. 4—8.

Erbrecht des Ehegatten, Verlust desselben als Strafe 33 n. 8, 42 n. 3, 48 n. 8.

—, anticipirtes 49 n. 2.

Erbchaft, dessen Erwerbung Seitens des überlebenden Ehegatten setzt eine Antretung nicht voraus 34, 42 n. 5.

—, eine der Ehefrau deferirte 21 n. 7, 30 n. 3.

Erbchaftsgläubiger s. Schuldenhaftung der Erben.

Erbchaftsteuer bei unbeerbter Ehe 33 n. 8.

— bei beerbter Ehe 42 n. 4.

Erbchafts-Transmission 41.

Erbvertrag 52 n. 5.

Erbverzicht 49 n. 3.

Errungenschaft, eheliche 5, 37, 38, 50.

Erziehungskosten 48.

Execution gegen das Gesamtgut 31.

Exproffation von Hypotheken s. Obligationen.

F.

Fideicommissgüter 21.

G.

Geistliche s. Stadtgeistliche.

Gemeinschaftlich von den Ehegatten gekaufte Immobilien 5, 6, 20, 28, 45, 55 n. 4

Gesamteigenthum 1, 2, 8, 15.

Gesamtgutschulden 30, 35 n. 1, 38 n. 12, 44 n. 3, 48 n. 4.

Geschlechtsvormundschaft 3, 44 n. 1 u. 2.

Gewerbe der Ehefrau 25, 29 n. 3, 30 n. 5.

Gütergemeinschaft, tritt kraft des Gesetzes ein 22.

—, ihre Aufhebung wegen Domicilwechsels 36.

—, " " wegen Ehescheidung 37, 38.

—, " " wegen Nichtigkeit der Ehe 37, 38.

—, " " durch Vertrag 23, 36.

—, " " durch den Tod eines Ehegatten 33, 34, 35.

—, Geltungsgebiet derselben 21.

—, historische Entstehung derselben 18.

—, Natur derselben 5, 7, 8, 11—19.

Gütergemeinschaft, verschiedene Theorien derselben 8, 11—18.

— von Todes wegen 7, 33 n. 8.

Gütergemeinschaft, fortgesetzte, Dauer derselben 48.

— „ „, Natur derselben nach Provinzialrecht 39 n. 4, 41.

— „ „, Subjecte und Objecte derselben 40.

— „ „, verschiedene Systeme derselben 39.

6.

Handelsfrau 6, 16, 17, 25.

Handelsgeschäfte der Ehefrau 29 n. 3, 30 n. 5.

Handlungsfähigkeit der Ehefrau, beschränkte, 3—6, 29.

— der Wittve während der Minderjährigkeit der Kinder 20, 42, 44.

Hypotheken f. Obligationen.

3.

Ideelle Antheile beim Miteigenthum 1, 2.

— „ der Ehegatten während der Ehe 15, 18.

— „ der Ehegatten bei Auflösung der Ehe 33, 36, 41, 42 n. 4.

— „ der Kinder 21 n. 10, 41, 42, 49.

Immobilien, städtische, fallen stets in die Gütergemeinschaft 21.

—, außerhalb der livl. Städte belegene 21.

—, Rechte des Ehemannes und der Ehefrau in Bezug auf ihre Veräußerung f. Veräußerung.

—, Verzeichnung derselben im Grundbuche f. Auftrag.

—, Verzeichnung derselben als Sondergut, f. Sondergut.

Immobilien f. gemeinschaftlich gekaufte.

Inventar, Rechtswohlthat, f. beneficium inventarii.

Juristische Person, Theorie derselben 13.

8.

Kinder, deren Rechte in der fortgesetzten Gütergemeinschaft 45 n. 7, 47.

—, deren ideelle Antheile f. daselbst.

—, Erwerb derselben fällt nicht in's Sammtgut 40 n. 7.

—, Schuldenhaftung derselben 43.

— f. auch Erbfolge derselben.

— f. auch minderjährige.

Klagen der Ehegatten und gegen dieselben 28, 31.

2.

Landgüter fallen nicht in die Gütergemeinschaft 21.

Legalconstruction 1 n. 10.

Minderjährige Kinder, ihre Stellung in der fortgesetzten Gütergemeinschaft 46.

Miteigenthum ohne besondere Antheile 2, 15, 18.

—, römisches 1, 14.

—, „zur gesammten Hand“ 2.

Mobilien f. Veräußerung.

Morgengabe 3, 6, 24 n. 3, 34, 35.

Mundialgewalt des Ehemannes f. eheliche Vormundschaft.

N.

Näherrecht 5.

Nichtigkeitserklärung der Ehe 37, 38.

Nießbrauchrecht des Ehemannes am Gesamtgut 9, 19, 28.

- am Matenvermögen der Frau bei aufgehobener Gütergemeinschaft 23.
- des überlebenden Parents 42.

O.

Obligationen, hypothekarische, Berechtigung des überlebenden Parents dieselben zu veräußern 44, 45 n. 6.

P.

Praecipuum f. Ausspruch.

Proceß der Ehegatten und gegen sie f. Klagen.

Publication der Eheverträge 23 n. 1.

R.

Rathsfreunde der beerbten Wittve 44, 46.

S.

Scheidung f. Ehescheidung.

Schenkungen der Ehegatten 24, 28.

- an die Kinder 48 n. 6.

Schlichtung f. Abfindung.

Schulden des Ehemannes 4, 5, 16 n. 11, 17 n. 3 u. 4.

- der Ehefrau 4—7, 16 n. 12 u. 13, 17, 19, 30.
- " " aus Delicten f. Delictschulden.
- " " , voreheliche 19, 30, 35 n. 6.
- " " , e lege 30 n. 6.
- des Wittvers 44 n. 3.
- der Wittve 44 n. 3, 46.
- f. auch Gesamtgutschulden.

Schuldenhaftung bei der Ehescheidung 38 n. 11.

- des überlebenden Parents und der Erben für die Schulden des verstorbenen 34, 35, 43 n. 6.

Semel heres, semper heres 42 n. 1.

Singularsuccession, als solche qualificirt sich die Erbfolge des überlebenden Ehegatten 34, 43 n. 4.

Sondergut, Art seiner Entstehung und was dazu gehört 16, 17, 24, 25, 26, 27, 30, n. 3, 31 n. 2, 35 n. 7.

- , Eintragung desselben in's Grundbuch 16, 17, 27.
- , dessen Veräußerung 26.
- , dessen Vererbung 26 n. 2, 40 n. 5.

Stadtgeistliche, Güterrecht derselben 21.

Steuer f. Erbschaftssteuer.

Stiefkinder f. Erbfolge.

Stiefparents 50, 51, 52.

I.

Testamente, reciproke, der Ehegatten 54 n. 1.

Testirrecht des Ehemannes und der Ehefrau über das Sammtgut während der Ehe 4—8, 54.

— derselben während der fortgesetzten Gütergemeinschaft 55.

— der Kinder 55.

Theilung der Gesamtmasse bei Aufhebung der Gütergemeinschaft, s. Gütergemeinschaft.

— der Rechte 1 n. 4.

Todte, der, erbt den Lebendigen 34 n. 2 u. 4, 42 n. 5.

II.

Uneheliche Kinder s. Kinder.

Universalsuccession, dem ältern deutschen Erbrecht fremd 34 n. 1 u. 4.

—, auch im Provinzialrecht nicht vollständig durchgeführt 34 n. 5.

Ufucapion des Allatenguts der Frau 18.

B.

Veräußerung von beweglichem Sammtgut während der Ehe 28, 29.

— von unbeweglichem Sammtgut während der Ehe 28, 29.

— von beweglichem Sammtgut während fortgesetzter Gütergemeinschaft 44, 46.

— von unbeweglichem Sammtgut während fortg. Gütergemeinschaft 44, 45, 46, 47.

Verlassung, bössliche, 33 n. 8.

Verpfändung s. Veräußerung.

Verwendungen auf das Sammtgut und Sondergut 35 n. 3, 6, 7 u. 8.

Voraus s. Anspruch.

Vorfinder 52.

Vormundschaft s. Geschlechtsvormundschaft.

— eheliche, s. eheliche Vormundschaft.

— der Wittve über die Kinder 44, 46.

